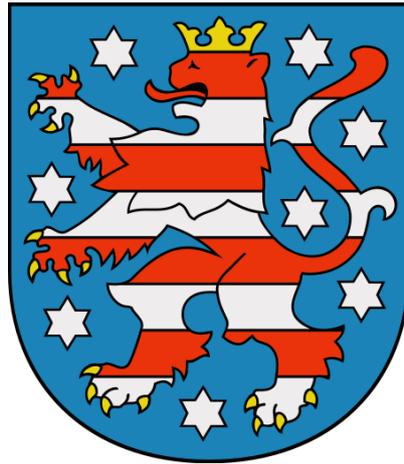


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2016

Prof. Dr. Heinrich Best (wissenschaftliche Leitung)
Steffen Niehoff
Dr. Axel Salheiser
Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Kompetenzzentrum Rechtsextremismus

Vorwort	9
I. Einleitung	11
II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und soziodemographische Lage	16
III. Asyl, Migration und Integration	33
1. Beurteilung der Asyl- und Flüchtlingssituation	33
2. Einstellungen gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen, Aussagen zur Ausgestaltung der Asylpolitik	47
3. Begegnungen und Kontakt mit Flüchtlingen und Asylsuchenden	51
4. Einstellungen zu Migration und Integration	55
5. Einstellungen gegenüber Muslim_innen und dem Islam	64
IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement	69
1. Politische Einstellungen	69
2. Institutionenvertrauen	75
3. Demokratiekritik und politische Partizipation	80
4. Rechtsextreme Einstellungen	90
V. Fazit	108
Literatur	117
Methoden-Glossar	122
Anhang: Tabellarische Übersichten	125

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	„Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.“	14
Abb. 2:	Politisches Interesse 2002–2016	14
Abb. 3:	Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2016	16
Abb. 4:	Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2016	17
Abb. 5:	Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, 1992–2015	18
Abb. 6:	Erwerbslosenquote von Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern, 1991–2015	19
Abb. 7:	Bruttolöhne und -gehälter in Thüringen im Ländervergleich, 2015	20
Abb. 8:	Verfügbares Einkommen je Einwohner_in in Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern, 1991–2014	21
Abb. 9:	Bevölkerungsstruktur in Thüringen, 1991 und 2015	22
Abb. 10:	Natürliche Bevölkerungsbewegung in Thüringen: 1990-2015	23
Abb. 11:	Bevölkerungsentwicklung in Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Bundesländern, 1991-2015	24
Abb. 12:	Räumliche Bevölkerungsbewegung in Thüringen: 1990-2015	25
Abb. 13:	Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen in Deutschland, 1990-2016	26
Abb. 14:	Die fünf zugangsstärksten Herkunftsländer (Erstanträge), 2016	27
Abb. 15:	Entwicklung der Asylantragszahlen und Registrierungen im EASY-System nach Monaten in Deutschland, Januar 2014 – August 2016	28
Abb. 16:	Verteilungsquoten für Asylsuchende nach dem Königsteiner Schlüssel, 2016	29
Abb. 17:	Verteilung der Asylantragszahlen nach Bundesländern, 2015 und 2016	29
Abb. 18:	Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen auf die Bundesländer, 2015	30
Abb. 19:	Wohnorte anerkannter und geduldeter Flüchtlinge in Thüringen, 2016	31
Abb. 20:	Hoffnungen oder Befürchtungen angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden	33
Abb. 21:	Hoffnungen oder Befürchtungen angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden: Erwerbstätigkeit, subjektive Deprivation	34
Abb. 22:	Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden: Chancen und Sorgen	36
Abb. 23:	Beurteilung der Chancen und Sorgen in Verbindung mit der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden	37
Abb. 24:	Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden – Chancen und Sorgen: Dimensionen des Antwortverhaltens der Befragten	38
Abb. 25:	Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden – Befürchtungen, Chancen und Sorgen: Einflussfaktoren auf das Antwortverhalten	40
Abb. 26:	Wahrnehmung von Flüchtlingen und Asylsuchenden als Gefahr für den sozialen Zusammenhalt	41
Abb. 27:	Wahrnehmung von Flüchtlingen und Asylsuchenden als Ursache zunehmender Kriminalität	42
Abb. 28:	Wahrnehmung von Flüchtlingen und Asylsuchenden als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt	43

Abb. 29: Wahrnehmung von Flüchtlingen und Asylsuchenden als Ursache eines „zu stark werdenden Einflusses“ des Islams	43
Abb. 30: Bewertung der Arbeit der Bundesregierung, Landesregierung, Gemeinde in der aktuellen Flüchtlingspolitik / Bewertung der Arbeit der freiwilligen Helfer_innen für die Flüchtlinge	44
Abb. 31: Engagement für Flüchtlinge und Asylsuchende	45
Abb. 32: Tabus der Meinungsäußerung im Zusammenhang mit dem Asylthema	46
Abb. 33: „Einseitige Berichterstattung“ im Zusammenhang mit dem Asylthema	46
Abb. 34: Aussagen zu Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie zur Asylpolitik	47
Abb. 35: Akzeptanz von Asylbewerberheimen in der Nachbarschaft nach Ortsgröße	48
Abb. 36: „Asylsuchende, deren Antrag auf Asyl abgelehnt wurde, sollten ohne Ausnahme abgeschoben werden.“	49
Abb. 37: „Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“	49
Abb. 38: Verständnis für Proteste gegen Asylbewerberheime oder Flüchtlingsunterkünfte	50
Abb. 39: Kontakt zu Flüchtlingen und Asylsuchenden	51
Abb. 40: „Welche Empfindungen haben Sie, wenn Sie Flüchtlingen ... begegnen?“	52
Abb. 41: Subjektive Bedrohung durch Flüchtlinge und Asylsuchende	53
Abb. 42: Gefühlte Bedrohung durch Flüchtlinge oder Asylsuchende	54
Abb. 43: Hoffnungen oder Befürchtungen angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden: Persönlicher Kontakt, subjektiv empfundene Bedrohung	55
Abb. 44: Wordcloud: „Was verbinden Sie mit dem Begriff ‚Integration‘?“	56
Abb. 45: Assoziationen mit dem Begriff „Integration“	57
Abb. 46: Aspekte der Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen	58
Abb. 47: Wichtigkeit des dauerhaften Bleiberechts für die Integration von Asylsuchenden	59
Abb. 48: Wichtigkeit der Teilnahme am Erwerbsleben für die Integration	59
Abb. 49: Aussagen zur Migration	61
Abb. 50: „Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“	62
Abb. 51: „Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.“	62
Abb. 52: Einschätzung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen in Thüringen	63
Abb. 53: „Gefährliche Überfremdung“ der Bundesrepublik, Thüringens und der Wohnumgebung durch „Ausländer“	64
Abb. 54: Aussagen zu Muslim_innen und zum Islam	65
Abb. 55: „Bau von Moscheen in der Nachbarschaft“ als empfundene Störung	67
Abb. 56: Freiheit oder Sicherheit? 2004–2016	69
Abb. 57: Freiheit oder Gleichheit? 2004–2016	70
Abb. 58: Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2016	71
Abb. 59: Bewertung historischer Diktaturen, Diktatur- und Sozialismusaffinität	72
Abb. 60: Demokratietypen	73
Abb. 61: Demokratietypen 2001–2016	73
Abb. 62: Bewertung der Demokratie nach eigener finanzieller Situation 2016	74
Abb. 63: Demokratietypen nach „Ostdeprivation“	75

Abb. 64: Institutionenvertrauen 2000–2016	76
Abb. 65: Vertrauen in die Polizei nach Erwerbstätigkeit	77
Abb. 66: „Bürgerwehren sind notwendig, weil der Staat die Sicherheit der Bürger nicht mehr ausreichend gewährleisten kann.“	77
Abb. 67: Institutionenvertrauen 2016	78
Abb. 68: Vertrauen in Nachrichtenquellen	79
Abb. 69: Parteiverdrossenheit: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“, 2001–2016	80
Abb. 70: „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“ nach Alter	81
Abb. 71: „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“: Einfluss auf Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit	82
Abb. 72: „Weshalb sind Sie unzufrieden mit der Demokratie?“	83
Abb. 73: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2016	84
Abb. 74: Politische Partizipation 2016	85
Abb. 75: Teilnahme an einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit in Abhängigkeit der Teilnahme an einer Demonstration gegen „Islamisierung“	86
Abb. 76: Gewaltaffinität 2001–2016: „... für meine Ziele kämpfen, auch wenn dafür Gewalt notwendig ist“ nach Links-Rechts-Selbsteinordnung	87
Abb. 77: Einflussfaktoren der Gewaltaffinität	88
Abb. 78: Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2016	89
Abb. 79: Zustimmung zu den Fragen zur Erfassung rechtsextremer Einstellung	92
Abb. 80: Anzahl der Zustimmungen zu den einzelnen Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellung	94
Abb. 81: Rechtsextremismus, Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus 2001–2016	96
Abb. 82: Anteil neo-nationalsozialistisch Eingestellter bei ethnozentrischen und nicht-ethnozentrischen Befragten 2001–2016	97
Abb. 83: Anteil an Antwortverweigerungen (min. 1) bei allen Aussagen zur Messung von Rechtsextremismus, Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus	99
Abb. 84: Rechtsextremismus, Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus nach räumlicher Nähe und Kontakt zu Flüchtlingen und Asylsuchenden	100
Abb. 85: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2016 und 2013–2015	104
Abb. 86: Links-Rechts-Selbsteinstufung durch rechtsextrem Eingestellte 2001–2016	106

Vorwort

Der THÜRINGEN-MONITOR wurde im Jahr 2000 unter dem Eindruck eines Brandanschlags auf die Erfurter Synagoge als ein Instrument zur Beobachtung der politischen Kultur in Thüringen mit einem Schwerpunkt in der Erfassung rechtsextremer und demokratiegefährdender Einstellungen begründet. Mit seinem jährlichen Befragungsmodus, der nur im Jahr 2009 einmal unterbrochen wurde, ist er zu einem in Deutschland einzigartigen Instrument zur Langzeitbeobachtung der Entwicklung des politischen Meinungsklimas und gesellschaftspolitischer Einstellungen in einem Bundesland geworden. Indem er politisch kontroverse Themen aufgreift, wurde er selbst zum Gegenstand politischer Kontroversen. Der Nutzen, den eine wissenschaftlich solide und über die Zeit gut konsolidierte Befundlage zur politischen Kultur des Landes für eine Versachlichung öffentlicher Debatten haben kann, wurde und wird aber über ein breites politisches Spektrum anerkannt.

Traditionell verbindet der THÜRINGEN-MONITOR ein jährlich bzw. im regelmäßigen zeitlichen Abstand wiederholtes Fragenprogramm, sein „Standbein“, mit einem wechselnden Schwerpunktthema. In diesem Jahr ist es die mit dem Zustrom von über einer Million Flüchtlingen und Asylsuchenden, durchmischt mit Arbeits- und Armutsmigrant_innen, überwiegend aus islamischen Ländern, verbundene Herausforderung für Politik und Gesellschaft. Dies ist ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliger Vorgang und es ist das erste Mal in der Geschichte des THÜRINGEN-MONITORS, dass zwischen zwei Erhebungspunkten, im gegebenen Fall zwischen 2015 und 2016, eine so dramatische, die öffentliche Debatte so stark bestimmende Entwicklung stattgefunden hat. Was in diesem Jahr mit der politischen Kultur in unserem Land geschehen ist, ob es eine Radikalisierung und Polarisierung gegeben hat, ob eine akute Gefährdungslage für unsere Demokratie entstanden ist, wie die Menschen in Thüringen ihre neuen Mitbewohner_innen wahrnehmen und welche Erwartungen sie hier an die politisch Verantwortlichen haben, wird auf den folgenden Seiten nachzulesen sein.

Der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung liegt eine repräsentative telefonische Befragung mit den folgenden Eckdaten zugrunde:

- Befragungszeitraum: 30. Mai bis 25. Juni 2016
- Stichprobenziehung: Zufallsauswahl unter Thüringer_innen, die zu Bundestagswahlen wahlberechtigt sind (Auswahlgrundlage von Festnetzanschlüssen nach dem Gabler-Häder-Design)
- Stichprobengröße: 1.001 Befragte
- Erhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung)
- Fehlertoleranz: ca. anderthalb Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von fünf Prozent), ca. drei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50 Prozent)

Über Grundlagen der Befragungsforschung und der statistischen Auswertungsverfahren informiert erneut das Methoden-Glossar im Anhang. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten sind im Tabellenteil dokumentiert. Bei den gerundeten Prozentangaben im Text handelt es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente.

Ich danke Herrn Thomas Ritter und seinem Team im CATI-Labor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in deren Händen auch in diesem Jahr die Durchführung der telefonischen Befragung lag. Dank gilt auch Frau Katharina Danner, Frau Laura Uhlig, Frau Rosa Sondermann, Frau Lisa Anke, Frau Katja Salomo, Frau Franziska Schmidtke, Herrn Ekkehard Lux und Herrn Dr. Ronald Gebauer.

Jena, im September 2016

Heinrich Best

I. Einleitung

Im Laufe des letzten Jahres sind über eine Million Flüchtlinge und Asylsuchende vor allem aus Kleinasien und Nordafrika nach Deutschland gekommen. Ihre Aufnahme und Integration gilt vielen Menschen als die größte Herausforderung unseres Landes seit der Wiedervereinigung und der anschließenden Überwindung der Teilungsfolgen. Seit dem Sommer 2015 werden die öffentliche Debatte und die private politische Kommunikation von den Umständen und Folgen der Zuwanderung beherrscht: Die politischen, medialen und gesellschaftspolitischen Debatten entzündeten sich zunächst an der Asylpolitik und der Aufnahmepraxis, der Einreise, Verteilung und Unterbringung der Flüchtlinge. Zunehmend thematisiert wurden jedoch auch Integrationsprobleme von Menschen vor allem aus muslimisch geprägten Herkunftskulturen, die Furcht vor „Parallelgesellschaften“, „Islamisierung“, „Überfremdung“ sowie der Zunahme der Kriminalität durch Menschen mit Migrationsgeschichte. Hinzu traten die Vorfälle in Köln und anderen deutschen Städten in der Silvesternacht 2015 sowie die Bedrohung durch den islamistischen Terror infolge der in den europäischen Nachbarländern und vereinzelt auch in Deutschland verübten Anschläge. Der deutliche Rückgang der Zahlen neuankommender Flüchtlinge (Hauser 2016) hat (noch?) nicht zu einer Abnahme der Bedeutsamkeit des Themas geführt, das nach wie vor in Wahlkämpfen dominiert.

Die Aufnahme der Flüchtlinge und Asylsuchenden und die Integrationsproblematik haben reale und mentale Auswirkungen auf die Menschen und auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. So wird von einer Belastungsprobe für die Demokratie, von einer drohenden Spaltung der Gesellschaft, zumindest aber von einer schwerwiegenden Herausforderung für die politisch Handelnden gesprochen. Während manche die Zuwanderung als *Chance* für Deutschland betonen, sehen andere darin eher Gefahren und Risiken u.a. für den Sozialstaat, die soziale Gerechtigkeit und die nationale Identität (vgl. Münkler/Münkler 2016). Institutionell manifestieren sich diese Entwicklungen in einer markanten Verschiebung des Parteiensystems, indem eine Partei mit einem klar auf Abwehr und Zurückdrängung islamischer Zuwanderung orientierten Profil gestiegene Umfragewerte auf Bundesebene und Erfolge bei den zurückliegenden Landtagswahlen erzielte. Zudem wird eine besorgniserregende Zunahme der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus diagnostiziert, die in Angriffen auf Menschen mit Migrationsgeschichte und in Anschlägen auf Asylbewerberunterkünfte eskaliert, aber auch bei Demonstrationen wie denen von PEGIDA (vgl. Schammann 2015) oder der „Identitären Bewegung“ (Hafeneger 2014) zutage tritt.

Auch die politische Streitkultur in Deutschland hat sich deutlich verändert: Provokante Politikerreden, enthemmte Hasskommentare in sozialen Netzwerken und aggressive öffentliche Kundgebungen werden als Teil einer „Schreispirale“ beschrieben (vgl. Lobo 2016), verbale Entgleisungen und Gewalt gegen die jeweilige politische Gegenseite häufen sich. Manche Stimmen sprechen andererseits von einem Meinungstabu der *Political*

Correctness, das die Gesellschaft, besonders die öffentlich-rechtliche Medienlandschaft und deren Berichterstattung, erfasst habe. Personen mit von der Regierungsposition abweichenden kritischen Meinungen – u.a. zur „Willkommenskultur“ gegenüber Flüchtlingen – würden entmündigt, als „rechtsradikal“ diffamiert und ausgegrenzt. Andere hingegen fühlen sich als „Gutmenschen“ und „Willkommensklatscher“ beschimpft.

Jüngste gesamtdeutsche Bevölkerungsbefragungen dokumentieren zwar eine Zunahme kritischer bis ablehnender Einstellungen gegenüber Asylsuchenden und Muslim_innen sowie eine weitverbreitete Skepsis gegenüber dem Gelingen des gegenwärtigen Asylkurses, der Integration und der möglichen Transformation Deutschlands in eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft, sie belegen gleichzeitig aber auch ein *Absinken rechts-extremer Einstellungen* bzw. deren Stabilisierung auf dem niedrigsten Niveau seit Anfang des letzten Jahrzehnts (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016: 48). Mit dem diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR liegen zu diesen Themenkomplexen aktuelle Vergleichsdaten für die Thüringer Bevölkerung vor (Kapitel III und IV.4).

Der THÜRINGEN-MONITOR hat den Auftrag, sich mit den eingangs skizzierten Konflikten und Paradoxien, mit vermeintlichen und tatsächlichen Krisensymptomen der Demokratie, deren Wahrnehmung und Ursachen, mit der (Un-)Zufriedenheit mit der politischen Praxis und dem Vertrauen in die politischen Institutionen zu beschäftigen. Dabei ist zu prüfen, inwieweit die Bürger_innen ein gestiegenes Misstrauen in die Problemlösungsfähigkeit der politischen Eliten äußern und Defizite der Demokratie erkennen (Kapitel IV). Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurden die Befragten dazu erstmals gebeten, konkrete Gründe für ihre Unzufriedenheit mit der Demokratie, „so wie sie in der Praxis funktioniert“, in eigene Worte zu fassen.

Der Ausdruck einer lebendigen Demokratie ist die politische Partizipation ihrer Bürger_innen und ihr Gefühl, wirksam politischen Einfluss nehmen zu können. Wo sich aber Unzufriedenheit, Enttäuschung und Gefühle der Benachteiligung breitmachen, entstehen Gefährdungen der politischen Kultur und öffnet sich ein Einfallstor für politische Radikalisierung, den Rückzug auf Nationalismus und Ausgrenzung (vgl. Quent/Schmidtk/Salheiser 2016). Bereits in den THÜRINGEN-MONITOREN 2014 und 2015 wurde auf die Gefahren einer „Schönwetter-Demokratie“ hingewiesen: In Krisenzeiten muss sich das demokratische, pluralistische Gesellschaftsprojekt gegen idealisierte, von Extremist_innen und Populist_innen propagierte Alternativentwürfe einer homogenen, autoritäreren, vermeintlich konfliktärmeren und sicheren Gesellschaft behaupten (TM 2015: 124). Auch in historischer Perspektive ist „[i]n Deutschland [...] die Legitimität von Demokratie in hohem Maße an die Befriedigung von Geborgenheitsbedürfnissen geknüpft.“ (Wiedemann 1996: 832). Besonders in Ostdeutschland kann die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik, die Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt sowie die Integration und Gleichberechtigung ethnischer, kultureller und sozialer Minderheiten nur vor dem Hintergrund der historisch gewachsenen Lebenswirklichkeit der Bevölkerung und im nationalen Interpretationsrahmen des unvollendet erscheinenden Vereinigungsprojektes betrachtet werden. Die Frage nach einem *spezifisch ostdeutschen Rechtsextremismus* lässt sich vor dem Hintergrund der doppelten Diktaturvergangenheit, der regionalen Strukturentwicklung, der kollektivbiographischen Erfahrungen in der Transformation

und der damit verbundenen Abwertungs- und Benachteiligungsgefühle beantworten (Best/Salomo/Salheiser 2014). Auch die Wahrnehmung von Fremdheit und die Offenheit gegenüber Fremden sind in diese Kontexte eingebettet. Ausgangspunkt unserer Untersuchung ist deshalb – wie in den Vorjahren – die Diskussion der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung Thüringens anhand ausgewählter Strukturdaten (Kapitel II).

Bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2012 wurden die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung hinsichtlich einer Internationalisierung Thüringens und des Zuzugs von Menschen aus verschiedenen Herkunftsregionen ausführlich untersucht. In den nachfolgenden THÜRINGEN-MONITOREN, insbesondere 2015, wurden die Einstellungen gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte, Muslim_innen und Asylsuchenden im Kontext des Konzeptes der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ erforscht (vgl. TM 2015:103 ff.).¹ Wiederholt haben die Autor_innen des THÜRINGEN-MONITORS darauf hingewiesen, dass die Befragten hinsichtlich der Akzeptanz und Integration der verschiedenen Fremdgruppen ambivalente Bewertungen vornehmen. So wird mehrheitlich eine kulturelle Offenheit und Vielfalt prinzipiell begrüßt, gleichzeitig jedoch begegnen viele Thüringer_innen gerade Muslim_innen und Asylsuchenden mit Skepsis und Misstrauen, beispielsweise was deren Integrationsbereitschaft oder das Zutreffen der Asylgründe anbetrifft. Auch die „gefährliche Überfremdung der Bundesrepublik durch die hier lebenden Ausländer“ ist eine Einschätzung, der – relativ stabil über den Beobachtungszeitraum der THÜRINGEN-MONITORE – ungefähr die Hälfte der Befragten zugestimmt hat.

Bevölkerungsbefragungen wie der THÜRINGEN-MONITOR dienen als Barometer des Meinungsklimas; sie können die Einstellungen zu politischen Fragen und die Verankerung von Grundwerten in verschiedenen Teilen der Gesellschaft abbilden. So lassen sich Rückschlüsse auf Ursachen ziehen und – bei mittel- und längerfristiger Beobachtung – Trends aufzeigen. Die Befragungsforschung ist auf die Teilnahme- und Auskunftsbereitschaft der Bevölkerung angewiesen. Gleichzeitig verleiht die Demoskopie durch Veröffentlichung ihrer Befunde den Befragten eine Stimme, wobei unter dem Schutz der Anonymität auch Positionen und Auffassungen zum Ausdruck kommen können, die außerhalb der Normen etablierter Diskurse, ja selbst außerhalb der Normen des Grundgesetzes liegen. Vielen Befragten scheint sich mit der Interviewteilnahme eine willkommene Gelegenheit zu bieten, ihren politischen Meinungen, ihrer Zustimmung oder Ablehnung, ihrem Unmut oder ihrem Ärger Luft zu machen, zumal sich die überwiegende Mehrheit der Befragten zutraut, politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können (Abb. 1). Dabei gab im gesamten Beobachtungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS nur ein Fünftel bis ein Viertel der Befragten an, sich „wenig“ oder „überhaupt nicht“ für Politik zu interessieren (Abb. 2). Beim anonymen telefonischen Interview muss niemand einen Maulkorb fürchten. Auf der anderen Seite können aber auch Meinungslosigkeit oder die Verweigerung, eine Antwort zu geben, frei zum Ausdruck kommen. Im Tabellenteil des THÜRINGEN-

¹ Neben den Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber Fremden, Asylsuchenden und Muslim_innen erfasst das GMF-Konzept diskriminierende Einstellungen und Verhaltensdispositionen gegenüber weiteren Minderheiten, die als „fremdartig“ bzw. von der vermeintlichen Mehrheit „abweichend“ konstruiert werden, z.B. Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen und Homosexuellen (vgl. auch Zick / Klein 2014). Mit Rücksicht auf das Schwerpunktthema wurde im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR auf die Messung *aller* zwölf GMF-Dimensionen verzichtet.

MONITORS sind die Häufigkeitsverteilungen der originalen Interviewfragen mit den jeweiligen Anteilen fehlender Antworten dokumentiert.

Abb. 1: „Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.“
(in Prozent)

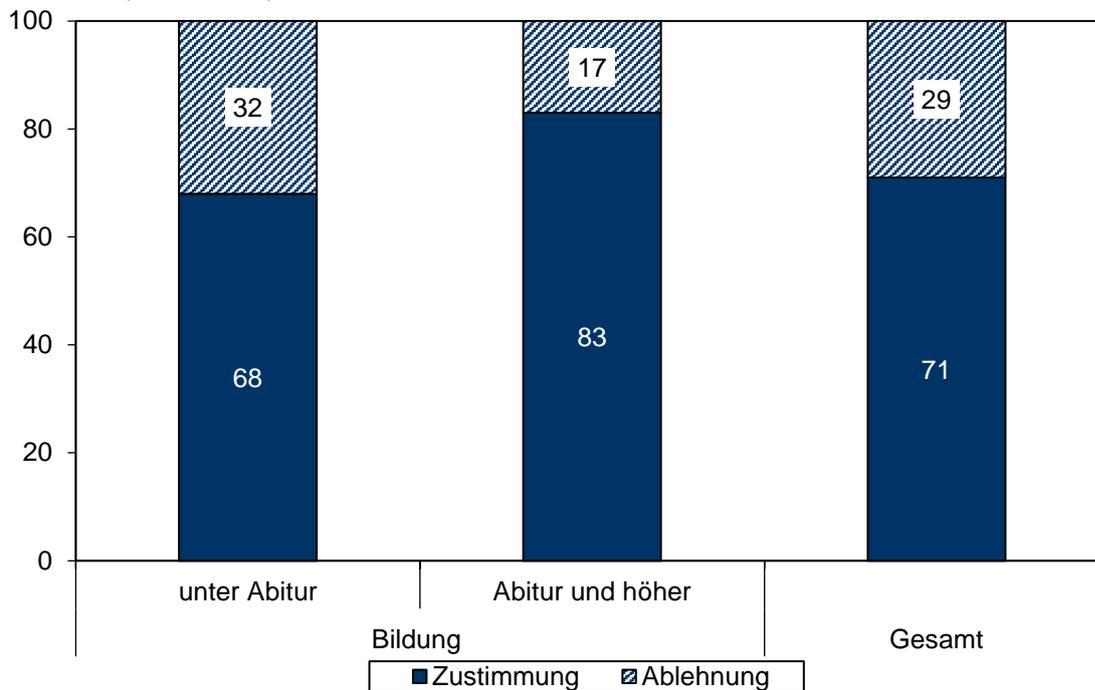
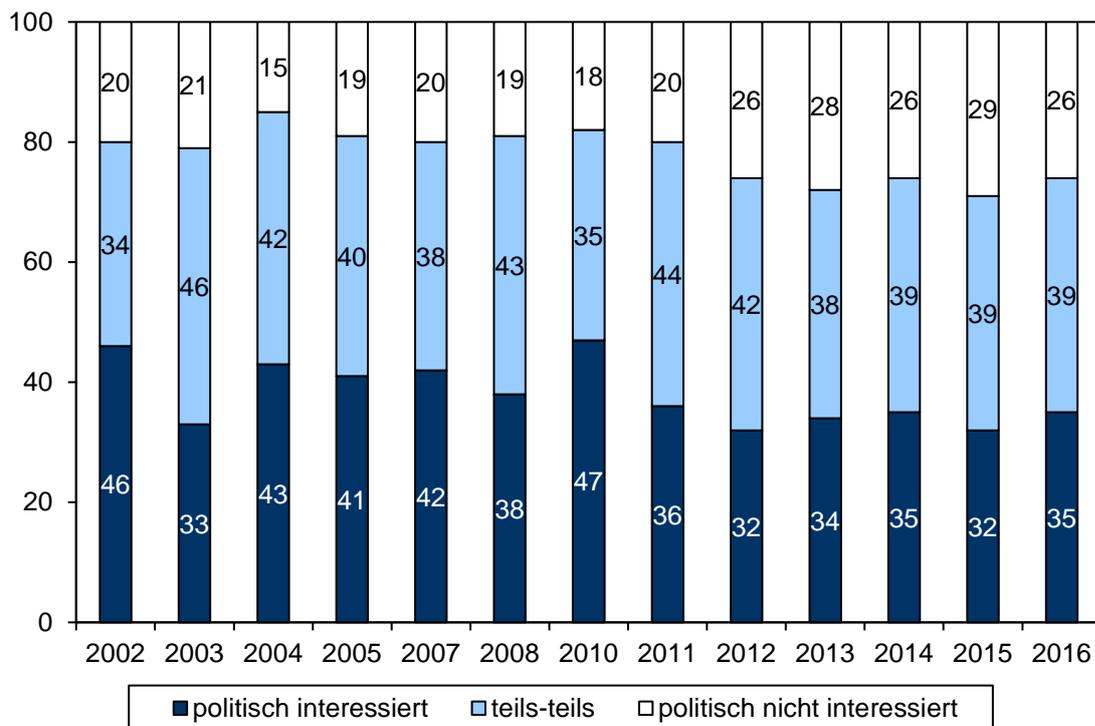


Abb. 2: Politisches Interesse 2002–2016
(in Prozent)



Hinweis: Die Kategorien „stark“ und „sehr stark an Politik interessiert“ wurden zu „politisch interessiert“ und die Kategorien „wenig“ und „überhaupt nicht an Politik interessiert“ wurden zu „politisch nicht interessiert“ zusammengefasst.

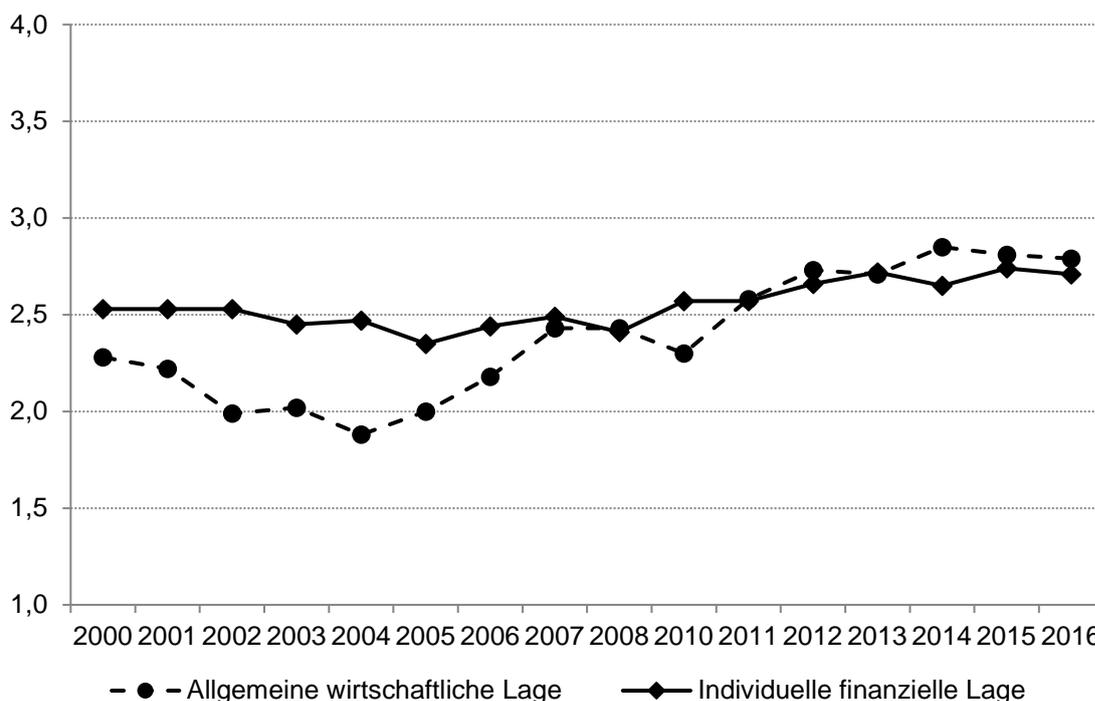
Angesichts solch komplexer Themenfelder wie dem Erfolg und den Defiziten demokratischer Praxis, der Akzeptanz oder Skepsis gegenüber Zuwanderung oder der Gleichbehandlung von Minderheiten kann der Zugriff auf die Vorstellungswelten und Deutungshorizonte der Befragten immer nur ausschnitthaft sein: Schon aus technischen Gründen ist die Dauer der Interviews begrenzt. Dabei wird den Befragten eine Reihe standardisierter Aussagen vorgelesen und die Möglichkeit geboten, sich diesen Aussagen entweder durch Zustimmung anzuschließen oder sich von ihnen durch Ablehnung zu distanzieren. Diese Aussagen sind bewusst pointiert als „Stimuli“ formuliert; in ihnen sind Bedeutungsinhalte auf wenige Worte verdichtet, um eine Vergleichbarkeit der Einstellungen zu gewährleisten. Seit einigen Jahren wird den Befragten bei ausgewählten Fragen die Möglichkeit geboten, mit ihren eigenen Worten Stellung zu nehmen. Für die Forschung liefert eine solche Tiefenanalyse (*probing*) wichtige Hinweise zur Interpretation, beispielsweise inwieweit die Befragten selbst die vorgegebenen Zustimmungsfragen so deuten, wie bei ihrer Konstruktion angenommen wurde. Im Forschungsprogramm des THÜRINGEN-MONITORS haben diese Plausibilitäts- und Gütekontrollen zur Revision und Verbesserung zentraler Messkonzepte (vgl. Best/Salomo 2014) beigetragen und unsere Aufmerksamkeit für Ambivalenzen und Paradoxien bei der Bewertung komplexer gesellschaftlicher Sachverhalte, insbesondere des Konstrukts des „Rechtsextremismus“, erhöht (vgl. Kapitel IV.4).

Im THÜRINGEN-MONITOR werden keine Werturteile gefällt, aber es wird auch keine „wertfreie“ Wissenschaft betrieben, denn seine Autoren sind dem Grundgesetz und den Grundsätzen einer freiheitlichen Demokratie verpflichtet. Nach diesem Maßstab werden Befundlagen eingeordnet, die mit den Zielen und Werten der offenen, pluralistischen Gesellschaft kollidieren und ein unsere Demokratie und die ihr zugrunde liegende Wertordnung bedrohendes Potential enthalten. Die Befunde unserer Forschung liefern Begründungen und Interpretationsvorschläge, deren weitere Beurteilung und Umsetzung in praktisches Handeln – vor allem im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit – jedoch der Politik und der Zivilgesellschaft obliegen.

II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und soziodemographische Lage

Einen wichtigen Hintergrund für die im THÜRINGEN-MONITOR erfassten Einstellungen der Bevölkerung stellt die sozioökonomische und soziodemographische Lage in Thüringen dar. In dem folgenden Kapitel wird deshalb zunächst ein Überblick über die subjektiven Einschätzungen der Befragten zu ihrer individuellen finanziellen Situation und zur wirtschaftlichen Entwicklung im Freistaat gegeben. Diese Einschätzungen werden in der Folge mit dem Blick auf ausgewählte objektive Strukturdaten gerahmt, also mit statistischen Kennziffern zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und demographischen Entwicklung Thüringens. Besondere Aufmerksamkeit gilt in diesem Jahr den statistischen Daten zur Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland und Thüringen.

Abb. 3: *Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2016*
(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = schlecht/ab 2012: sehr schlecht bis 4 = sehr gut)



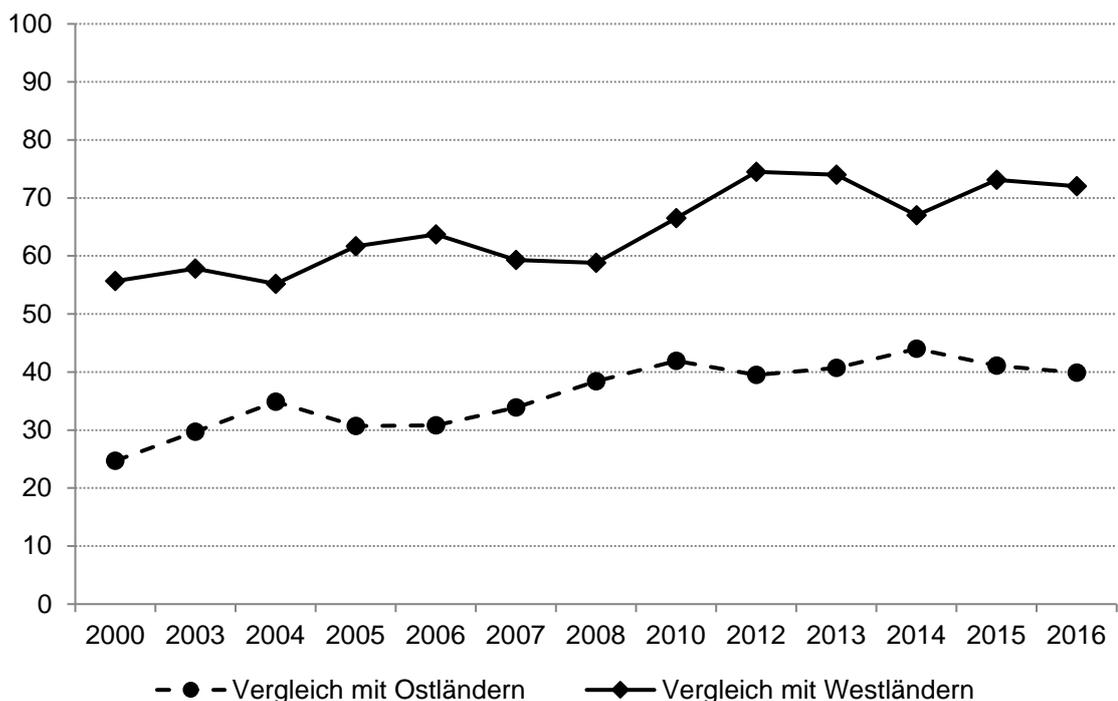
Der Blick auf die allgemeine wirtschaftliche Lage in Thüringen (Abb. 3) liefert einen ersten Hinweis darauf, wie die Thüringer_innen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Freistaat einschätzen. Insgesamt bewerten 72 Prozent der Befragten die allgemeine wirtschaftliche Lage als eher gut, weitere vier Prozent geben diese als sehr gut an. Demgegenüber sehen 22 Prozent die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als eher schlecht und weitere zwei Prozent diese als sehr schlecht. Gegenüber dem Vorjahr ist keine signifikante Veränderung eingetreten, wenngleich der Spitzenwert von 2014 nicht mehr erreicht wird. Damals schätzten 82 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Lage

in Thüringen als gut bzw. sehr gut ein. Die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Freistaat verbleibt aber auf hohem Niveau. Eine positive Einschätzung findet mehrheitlich in allen Befragtengruppen statt, signifikant seltener jedoch durch Arbeitslose (52 Prozent), durch Befragte, die ihre eigene finanzielle Lage als schlecht einschätzen (62 Prozent), sowie durch höhere/leitende Angestellte und Beamt_innen (62 Prozent).

Die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage gibt einen Hinweis auf die persönliche Lebenssituation und die materielle Zufriedenheit der Thüringer_innen. Insgesamt schätzen 64 Prozent der Befragten ihre finanzielle Lage als eher gut ein, weitere sechs Prozent geben sie mit sehr gut an. Auf der anderen Seite bekunden 25 Prozent, dass ihre individuelle Lage eher schlecht ist. Fünf Prozent bewerten diese mit sehr schlecht. Die Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Situation ist von der Erwerbssituation der Befragten abhängig: Jeweils fast 85 Prozent der Vollzeitbeschäftigten und Auszubildenden nehmen eine positive Einschätzung vor, aber jeweils nur knapp ein Drittel der Arbeitslosen und übrigen Nichtberufstätigen. Zusammenfassend lässt sich auch für die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage keine signifikante Veränderung gegenüber dem Vorjahr konstatieren, langfristig kann daher von einer Stabilisierung auf hohem Niveau gesprochen werden. Dies gilt für alle Befragtengruppen mit Ausnahme der Rentner_innen: ihre Einschätzung der eigenen finanziellen Situation (62 Prozent „gut/sehr gut“) hat sich im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR gegenüber dem Vorjahr (75 Prozent) signifikant verschlechtert.

Abb. 4: Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2016

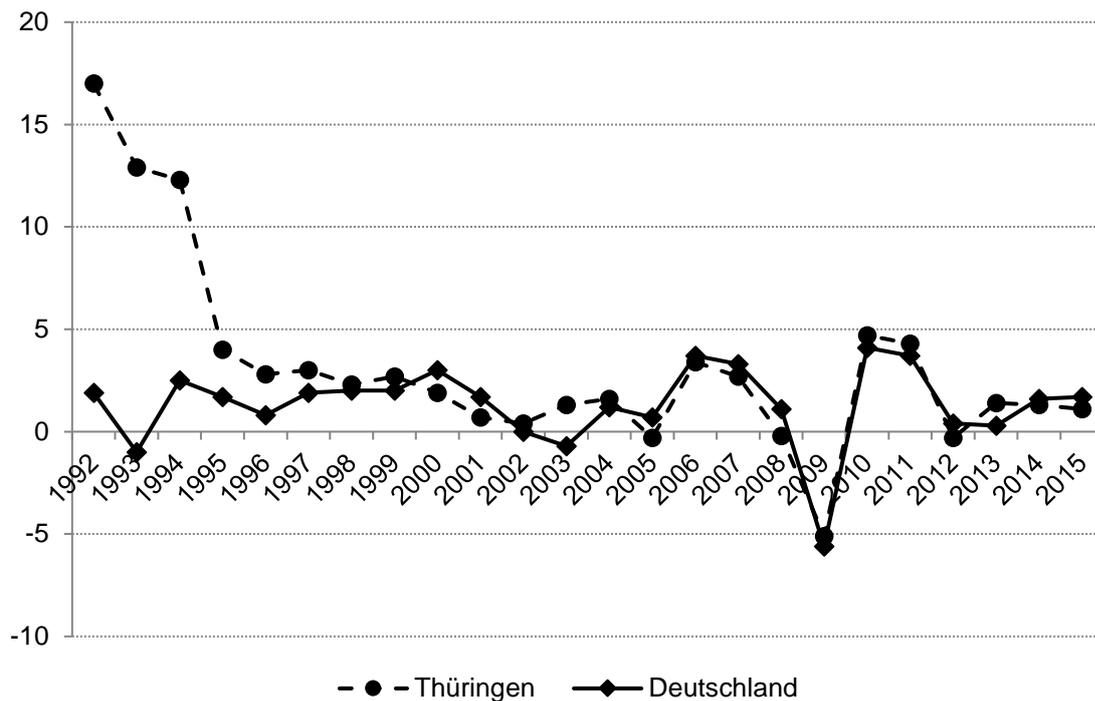
(nur Zustimmung: "Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern" und "Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen")



Stabil sind auch die Ansichten der Befragten zur Wettbewerbsfähigkeit Thüringens mit den übrigen Bundesländern (Abb. 4). So stimmen 40 Prozent der Befragten (gegenüber 41 Prozent im Vorjahr) der Aussage zu, „die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.“ Weitere 40 Prozent (2015: 38 Prozent) stimmen dieser Einschätzung teilweise zu, während eine Minderheit von 20 Prozent der Befragten (2015: 20 Prozent) die Aussage ablehnt. Ein stabiles Antwortmuster zeigt sich auch hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit des Freistaats mit den westdeutschen Bundesländern. Mit knapp 72 Prozent (73 Prozent im Vorjahr) vertritt weiterhin der überwiegende Teil der Befragten die Ansicht, dass Thüringen den Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen braucht.

Die Mehrheit der Thüringer_innen ist demnach weiterhin mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Freistaat und ihrer eigenen materiellen Lage zufrieden. In den folgenden Abschnitten werden diese subjektiven Einschätzungen mit objektiven Strukturdaten zur wirtschaftlichen Situation gespiegelt.

Abb. 5: Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland insgesamt, 1992–2015 (in Prozent)

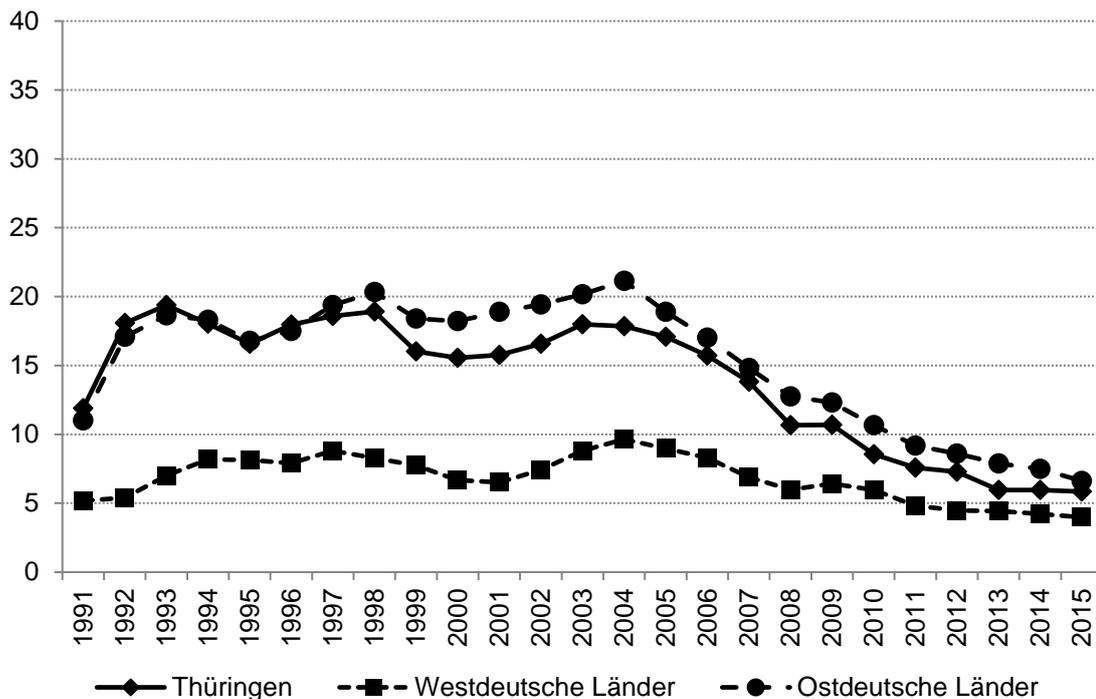


Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Für Thüringen war auch 2015 wieder ein moderates Wirtschaftswachstum zu konstatieren, wenngleich sich die Entwicklung in einzelnen Bereichen differenziert darstellt. Das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen im Inland, ist nominell um 3,3 Prozent gestiegen. Preisbereinigt lag die Steigerung um 1,1 Prozent leicht unter dem Vorjahreswachstum (1,3 Prozent, Abb. 5). Damit entwickelte sich die Wirtschaft im Freistaat etwas langsamer als die Wirtschaftskraft in Deutschland (1,7 Prozent Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes). Im Vergleich zu

den anderen Bundesländern reiht sich Thüringen etwa im Mittelfeld zwischen Baden-Württemberg mit 3,0 Prozent und Nordrhein-Westfalen mit 0,0 Prozent Wachstum ein. Hinsichtlich der Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen Thüringens gab es allerdings markante Unterschiede: Der Dienstleistungsbereich (+1,7 Prozent) und das Verarbeitende Gewerbe (+0,7 Prozent) waren die Stützen des moderaten Wachstums im vergangenen Jahr. Die vergleichsweise kleinen Bereiche Land- und Forstwirtschaft/Fischerei und Bauhauptgewerbe hingegen konnten 2015 die deutlich positive Entwicklung des Vorjahres nicht fortsetzen und verzeichneten ein negatives Wachstum von -7,3 bzw. -5,5 Prozent. Die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes, das in den vergangenen Jahren der wesentliche Wachstumsmotor Thüringens war, hat deutlich an Dynamik verloren. Seine Wachstumsrate rangierte im Bundesländervergleich nur auf dem elften Platz (vgl. TLS 2016a).

Abb. 6: *Erwerbslosenquote von Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern, 1991–2015*
(in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt

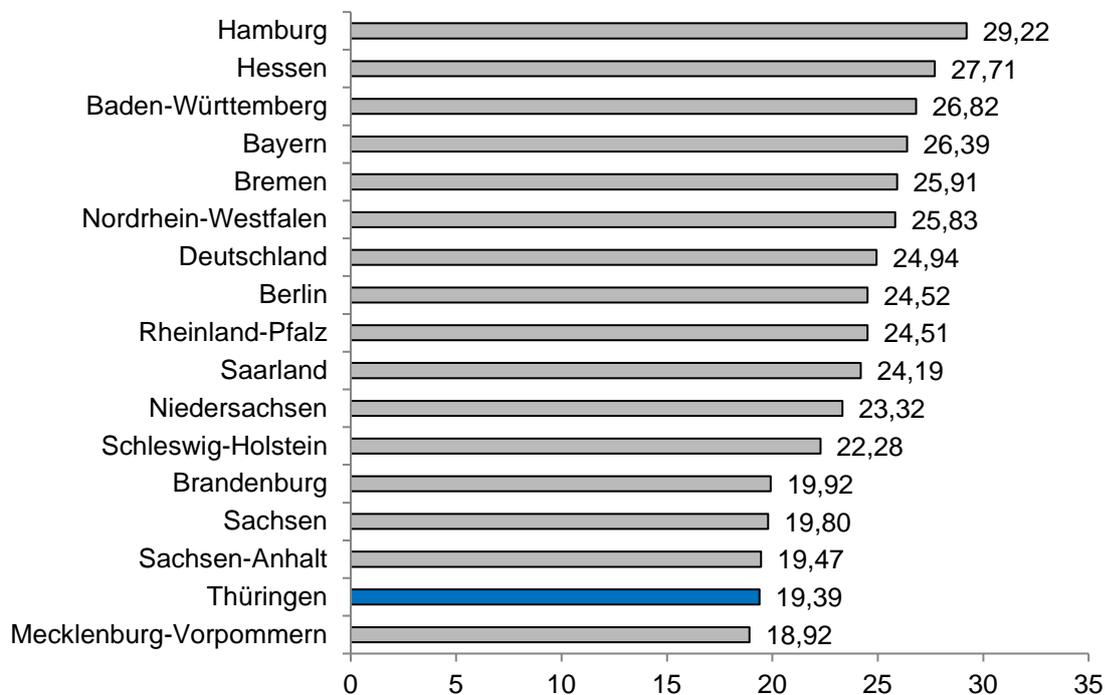
Neben den bisher diskutierten Makrodaten der Wirtschaftsentwicklung sind für den THÜRINGEN-MONITOR vor allem Arbeitsmarktindikatoren relevant, denn die Lebensbedingungen und die Chancen gesellschaftlicher Partizipation der Mehrheit der Thüringer Bevölkerung sind unmittelbar an ihre Teilnahme am Erwerbsleben geknüpft. Eine wesentliche Kennzahl ist die Erwerbslosenquote², die 2015 – ähnlich wie 2013 und 2014 – bei

² Die Erwerbslosenquote ist der Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an allen Erwerbspersonen in der entsprechenden Altersgruppe. Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie bei der Agentur für Arbeit als Arbeitslose

etwa 5,8 Prozent lag (Abb. 6). Damit rangierte Thüringen im Bundesländervergleich weiterhin vor den übrigen ostdeutschen Ländern (6,6 Prozent) und insgesamt auf dem achten Platz. Zwar ist in allen Thüringer Kreisen die Arbeitslosigkeit gesunken, doch immer noch zeigen sich deutliche regionale Unterschiede: Die Arbeitslosenquote, also die Zahl aller registrierten Arbeitslosen im Verhältnis zur Gesamtheit aller zivilen Erwerbspersonen, betrug im Jahresdurchschnitt 2015 nach Daten der Bundesagentur für Arbeit im Kreis Sonneberg 4,6 Prozent, im Kreis Hildburghausen 5,3 Prozent, im Kyffhäuserkreis zwölf Prozent und in der Stadt Gera 12,1 Prozent.

Die Beschäftigtenzahl in Thüringen war 2015 gegenüber 2014 um -0,4 Prozent rückläufig auf 1.042.900 Personen. Der Freistaat liegt damit weiterhin unter dem bundesweiten Trend, nach dem die Beschäftigtenzahl im gleichen Zeitraum um 0,8 Prozent gewachsen ist. Die gleichzeitig sinkende Arbeitslosenquote in Thüringen verweist auf die Auswirkungen des anhaltenden demographischen Wandels im Freistaat (s.u.). Betrachtet man die Art der Beschäftigungsverhältnisse, zeigt sich für die ersten drei Quartale 2015, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um 0,7 Prozent gesteigert werden konnte, während die Zahl der sogenannten marginalen Beschäftigungsfälle (geringfügig Beschäftigte, sog. Ein-Euro-Jobber und kurzfristig Beschäftigte) weiter um 5,7 Prozent gesunken ist.

Abb. 7: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer in Thüringen im Ländervergleich, 2015
(in Euro)



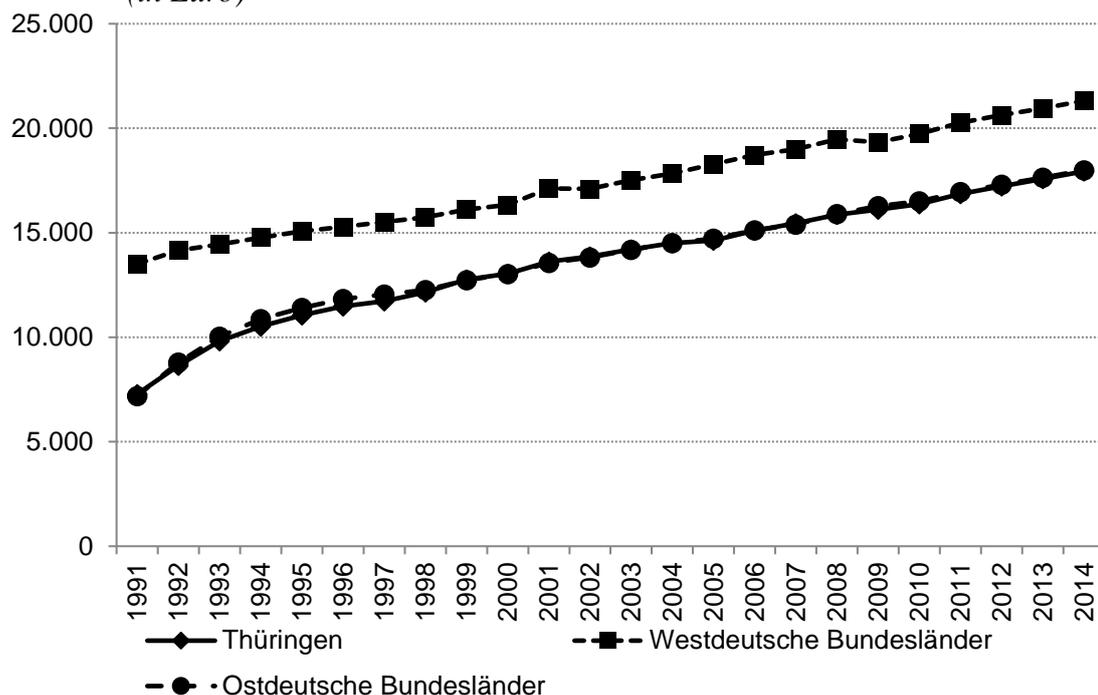
Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen. Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen.

Der Thüringer Arbeitsmarkt erweist sich weiterhin als robust gegenüber einem relativ schwachen Wirtschaftswachstum und einer ungünstigen demographischen Entwicklung. Auch die Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro zu Beginn 2015 hat die Lage auf dem Thüringer Arbeitsmarkt offenbar nicht beeinträchtigt.

Die Thüringer Bruttolöhne und -gehälter sind in 2015 weiter gestiegen, um knapp vier Prozent auf durchschnittlich 26.939 Euro. Trotzdem bleibt die Lohndisparität zwischen alten Bundesländern (durchschnittlich 33.469 Euro) und neuen Bundesländern (durchschnittlich 26.827 Euro) und damit auch Thüringen bestehen. Bei den Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitsstunde im Ländervergleich (Abb. 7) zeigen sich zwei Aspekte: Zum einen die deutlich sichtbare Schwelle zwischen den alten und neuen Bundesländern – von 22,28 Euro in Schleswig-Holstein zu 19,92 Euro in Brandenburg. Zum anderen belegt Thüringen im Bundesländervergleich mit einem Bruttoverdienst von 19,39 Euro pro Arbeitsstunde den vorletzten Platz (vor Mecklenburg-Vorpommern).

Abb. 8: *Verfügbares Einkommen je Einwohner_in in Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern, 1991–2014*
(in Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

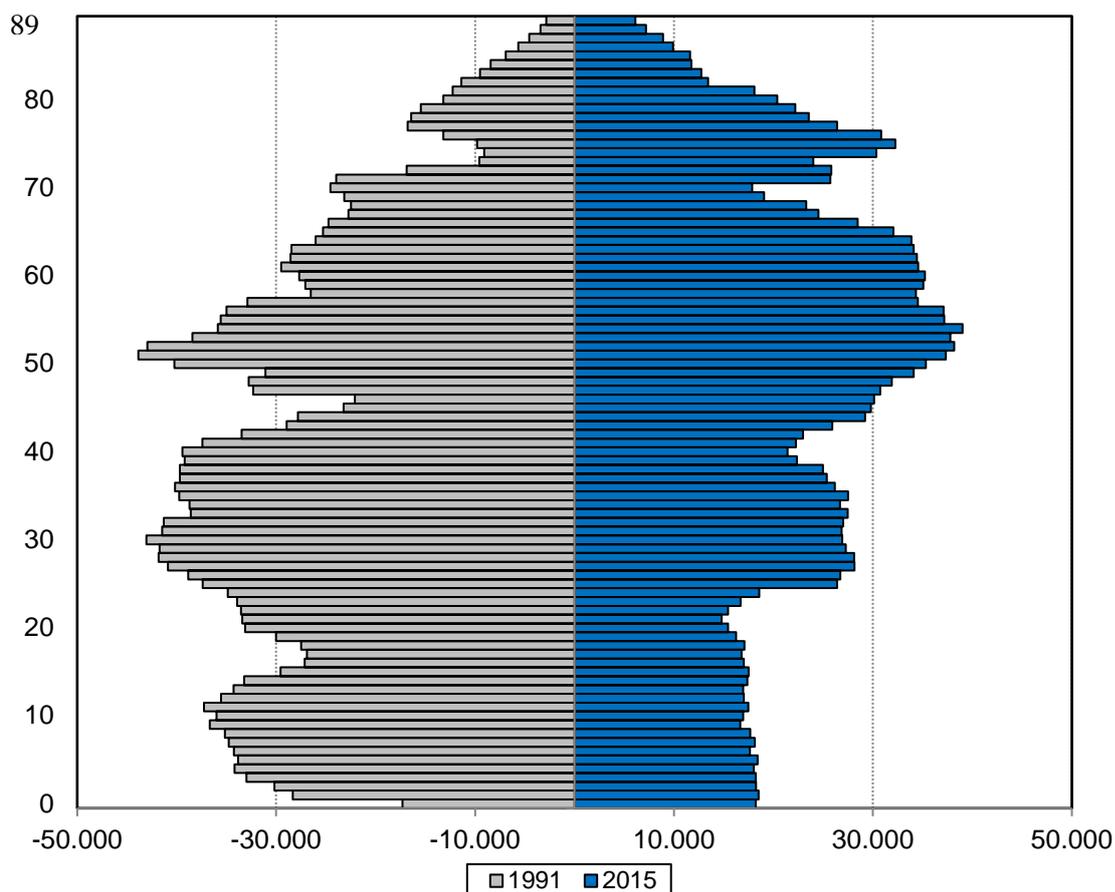
Analog zur weiterhin positiven Entwicklung der Thüringer Wirtschaft, am Arbeitsmarkt und der Bruttolöhne und -gehälter lassen sich auch am verfügbaren Einkommen der Thüringer_innen – dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen sowie der monetären Sozialleistungen abzüglich der zu leistenden Steuern und Sozialbeiträge – Steigerungen feststellen. So ist das verfügbare Einkommen je Einwohner_in von 2013 bis 2014 um etwa 1,7 Prozent auf nun 17.938 Euro gestiegen (Abb. 8). Der Zuwachs lag unterhalb der korrespondierenden jährlichen Preissteigerungsrate für 2014 von 0,8 Prozent. Im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Bundesländern zeigt sich auch an dieser Stelle eine

Fortsetzung der Disparität. So liegt das verfügbare Einkommen der Thüringer_innen weiterhin deutlich unterhalb des westdeutschen Durchschnitts von 21.317 Euro in 2014.

Nach Angaben des Bundesamtes für Statistik (vgl. Destatis 2016) ist die am Landes- bzw. regionalen Median berechnete Armutsgefährdungsquote³ in Thüringen von 11,6 Prozent (2014) auf 12,4 Prozent (2015) geringfügig angestiegen und lag wieder auf dem Niveau von 2010 (12,5 Prozent). Allerdings hatte der Freistaat damit die geringste Armutsgefährdungsquote im Bundesländervergleich 2015.⁴ Die Armutsgefährdungsquote in Deutschland betrug 15,7 Prozent.

Bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREN wurde besonderes Augenmerk auf die Bevölkerungsentwicklung im Freistaat und die daraus entstehenden Herausforderungen gelegt. Die *Fortzüge*, die Geburtenentwicklung, die Überalterung und der natürliche Schwund der Bevölkerung durch Sterbefälle in Thüringen folgen langfristigen Trends. Die diesjährige Diskussion der *Zuzüge* und des Wanderungssaldos steht ganz im Zeichen der Asyl- und Flüchtlingsthematik.

Abb. 9: Bevölkerungsstruktur in Thüringen, 1991 und 2015



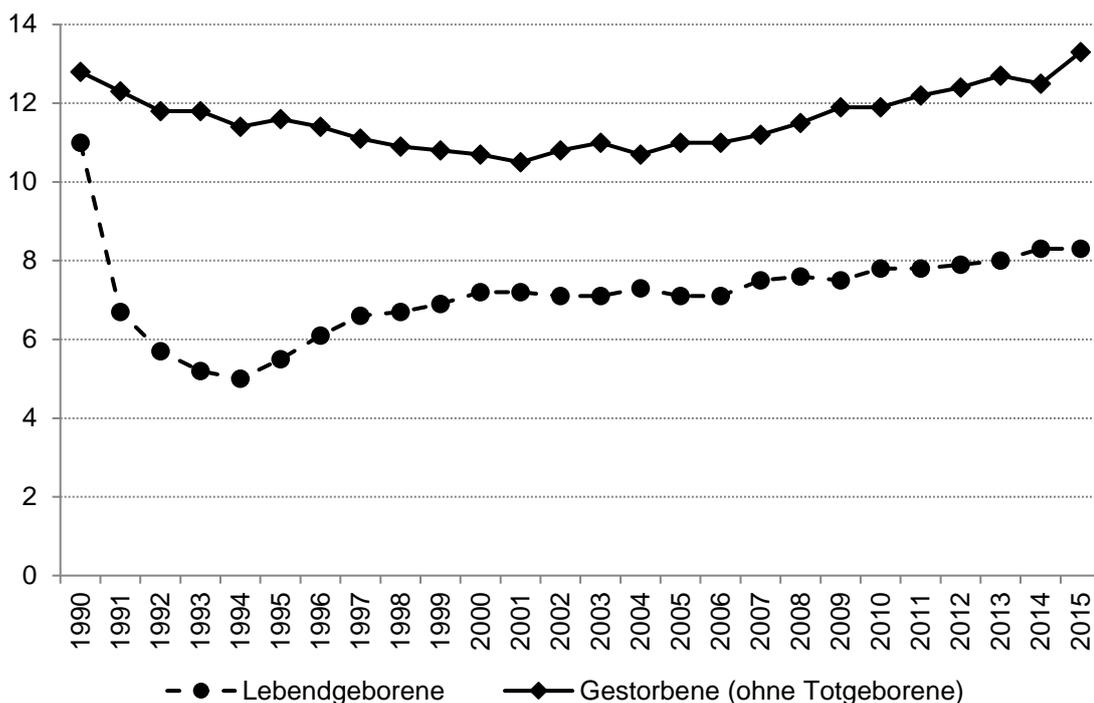
Quelle: Statistisches Bundesamt

³ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

⁴ Sachsen: 12,9 Prozent; Sachsen-Anhalt: 14,5 Prozent; Hamburg: 19,0 Prozent (Höchstwert im Bundesländervergleich). Übersicht der Armutsgefährdungsquoten: <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrdungsquoten.html>

Die anhaltende Überalterung ist eine wesentliche Komponente der vergangenen und auch langfristigen Bevölkerungsentwicklung des Freistaats. Mit Blick auf die Bevölkerungsstruktur in Thüringen im Wandel zwischen 1991 und 2015 zeigt sich eine deutliche Verschiebung in Richtung älterer Kohorten (Abb. 9). Im Jahr 1991 entsprach die Verteilung der Alterskohorten noch weitestgehend dem idealtypischen „Bienenstock“. Demgegenüber ist die Altersstruktur 2015 stark verändert: diese sogenannte „überspitzte Zwiebelform“ ist typisch für moderne westliche Gesellschaften. Markant ist dabei ein Überhang älterer Kohorten bei schwindenden jüngeren Jahrgängen. In Thüringen ist der Anteil der Kohorte der Über-65-Jährigen von 13 Prozent im Jahr 1991 auf 23 Prozent im Jahr 2015 gestiegen, während sich der Anteil der Unter-18-Jährigen im gleichen Zeitraum von 22 auf 15 Prozent verringert hat. Ursächlich für diese Bevölkerungsentwicklung ist einerseits die um etwa sieben Jahre gestiegene Lebenserwartung. Für heute in Thüringen geborene Mädchen beträgt sie 83 Jahre, für Jungen 77,2 Jahre (TLS 2016b). Andererseits ist die geringe Geburtenrate ausschlaggebend.

Abb. 10: *Natürliche Bevölkerungsbewegung in Thüringen: Lebendgeborene und Gestorbene, 1990-2015*
(Anteile je 1000 Einwohner_innen)

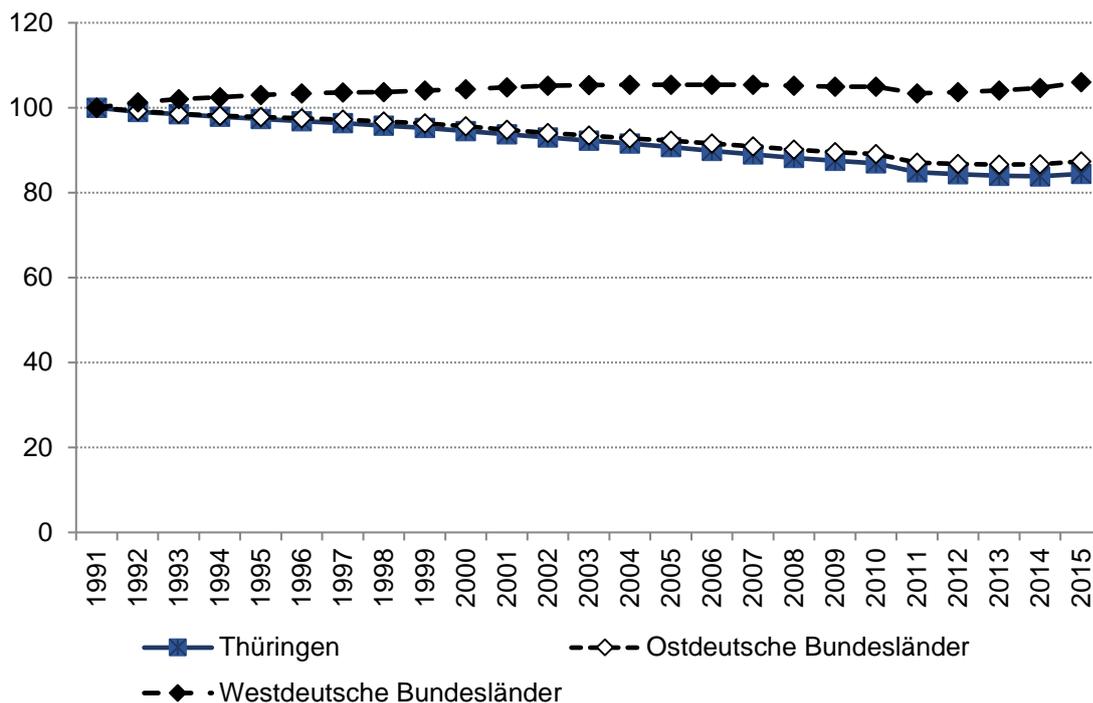


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die sogenannte natürliche Bevölkerungsbewegung im Freistaat ist seit 1990 durch einen Sterbeüberschuss geprägt (Abb. 10). Unmittelbar nach der Wende war die Geburtenrate drastisch von 11,0 (1990) auf 5,0 (1994) Lebendgeborene pro 1.000 Einwohner_innen abgesunken, seitdem steigt sie langsam aber kontinuierlich an und lag 2015 bei 8,3 Lebendgeborenen pro 1.000 Einwohner_innen. Auch die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau ist angestiegen und hat 2014 mit 1,55 Kindern ihren Höchststand seit 1990 erreicht. Damit lag Thüringen 2014 im Bundesländervergleich knapp hinter Sachsen (1,57 Kinder) und gemeinsam mit Brandenburg auf dem 2. Platz. Allerdings ist seit Beginn des letzten

Jahrzehnts auch die Sterberate angestiegen. Sie lag 2015 bei 13,3 Gestorbenen auf 1.000 Einwohner_innen und war damit gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich erhöht. Deshalb besteht im Freistaat das Geburtendefizit bzw. der Sterbeüberschuss fort, wobei die Zahl von 11.000 Personen im Jahr 2015 sogar einen Höchstwert seit 1997 darstellte. Das Geburtendefizit ist mit Ausnahme der Stadt Jena in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens zu konstatieren.

Abb. 11: Bevölkerungsentwicklung in Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Bundesländern, 1991-2015
(in Prozent, 1991=100 Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt

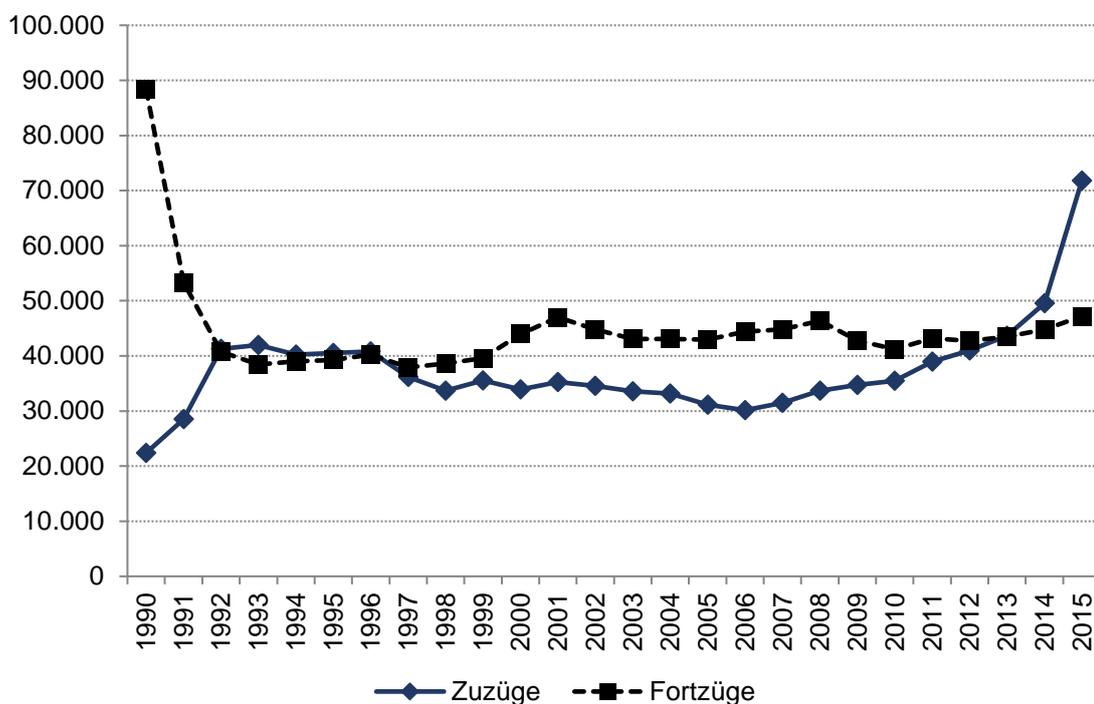
Trotz des anhaltenden Geburtendefizits hat sich die Bevölkerungszahl im Freistaat 2015 zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung überhaupt gegenüber dem Vorjahr erhöht.⁵ Insgesamt stieg die Bevölkerungszahl um etwa 14.000 auf 2.170.714 Personen, was einem leichten Plus von 0,6 Prozent entspricht (Abb. 11). Ursache dafür ist ein erstmals deutlich positiver Wanderungssaldo aus Fort- und Zuzügen.

Bereits 2013 und 2014 wurden mehr Zuzüge als Fortzüge registriert, doch für 2015 ist mit 24.633 Personen der größte Wanderungsgewinn seit 1990 festzustellen (Abb. 12). Gegenüber den Vorjahren sind die Zuzüge um 45 Prozent auf 71.835 Personen und die Fortzüge um fünf Prozent auf 47.202 Personen gestiegen. Hinter diesen Werten verbergen sich allerdings unterschiedliche Wanderungstrends nach Herkunfts- bzw. Zielländern. So ergibt sich ein negativer Wanderungssaldo in Höhe von -5.693 Personen, wenn lediglich Fort- und Zuzüge innerhalb Deutschlands berücksichtigt werden. Das heißt, dass mehr Thüringer_innen in ein anderes Bundesland verzogen sind, als Personen aus anderen Bundesländern nach Thüringen kamen. Die meisten Thüringer_innen zog es nach Sachsen (-

⁵ Thüringen hat seit 1990 ca. 400.000 Einwohner_innen verloren.

1.831 Personen) und Bayern (-893 Personen). Doch der Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland beläuft sich auf +30.326 Personen: 2015 wurden 43.329 Zuzüge aus dem Ausland und 13.003 Fortzüge ins Ausland registriert. Entsprechend ergibt sich ein positiver Wanderungssaldo in Höhe von +30.326 Personen, welcher dann auch wesentlich zum erstmaligen Einwohnergewinn beigetragen hat (vgl. TLS 2016c). Die wichtigsten Herkunftsländer waren Syrien (+11.640 Personen) und Afghanistan (+4.886 Personen); der Bevölkerungszuwachs in Thüringen geht also ganz wesentlich auf die Ankunft der Flüchtlinge und Asylsuchenden zurück.⁶ Der Ausländeranteil an der Thüringer Bevölkerung betrug zuletzt 3,8 Prozent (Stichtag: 31.12.2015); in den Landkreisen 3,0 Prozent, in den kreisfreien Städten allerdings 6,3 Prozent.⁷

Abb. 12: Räumliche Bevölkerungsbewegung in Thüringen: Zuzüge und Fortzüge, 1990-2015



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Seit dem Sommer 2015 sind die Zahlen der Flüchtlinge und Asylsuchenden in Deutschland sprunghaft angestiegen. Die Massenankunft der vor Kriegen und humanitären Katastrophen aus Kleinasien und Nordafrika Geflüchteten stellte die staatlichen Institutionen und Strukturen, vor allem die Bundesregierung, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie die Landesregierungen, Ausländerbehörden und Kommunen, vor erhebliche politische, organisatorische und infrastrukturelle Herausforderungen. Nach den eher moderat gestiegenen Zahlen von Flüchtlingen und Asylsuchenden in den Jahren

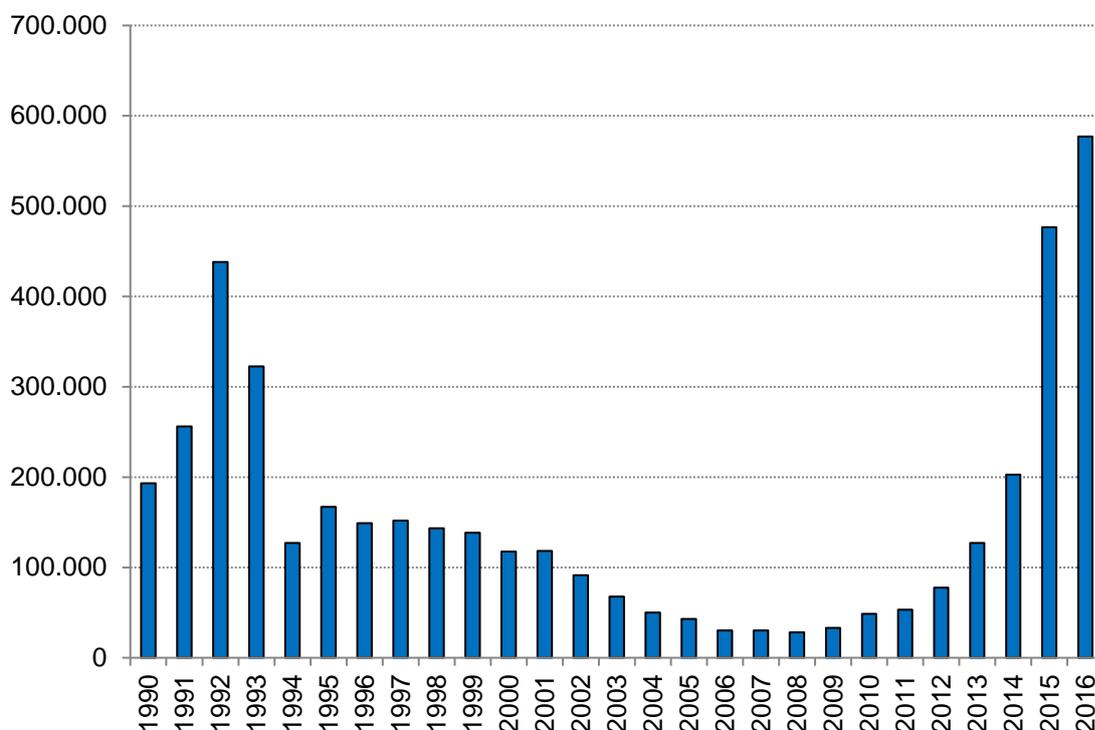
⁶ In der Wanderungsstatistik des Thüringer Landesamts für Statistik wird allerdings keine Unterscheidung zwischen Flüchtlingen / Asylsuchenden und anderen Migrierenden vorgenommen.

⁷ 83.394 Ausländer_innen auf insgesamt 2.170.714 Einwohner_innen. Suhl: 7,8 Prozent (Höchstwert); Hildburghausen: 1,9 Prozent (Tiefstwert), Quelle: <http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000102%7C%7C>

zuvor erreichten nun nicht nur die Aufnahme, Unterbringung und Registrierung von Menschen sowie die Bearbeitung ihrer Asylanträge völlig neue Dimensionen. Auch hinsichtlich ihrer politischen und gesellschaftlichen Folgen wird diese Entwicklung bereits jetzt als historisch betrachtet. Nachfolgend werden ausgewählte Statistiken zur Flüchtlings- und Asylthematik für Deutschland und Thüringen diskutiert.

Aufgrund der großen Zahl der Flüchtlinge und der organisatorischen Probleme bei der Erfassung, u.a. der langen Bearbeitungszeit der einzelnen Fälle, kann die amtliche Statistik keinen Anspruch auf hohe Genauigkeit erheben. Allerdings erlauben die monatlich aktualisierten und vom BAMF herausgegebenen Statistiken zu Zugangszahlen, Herkunftsländern oder Entscheidungsquoten von Asylanträgen einen guten Überblick über die Dynamik des letzten Jahres (vgl. BAMF 2016).⁸

Abb. 13: Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen in Deutschland, 1990-2016⁹



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Im Jahr 2015 verzeichnete das BAMF insgesamt 476.649 Anträge auf Asyl¹⁰, im laufenden Jahr 2016 waren es in den Monaten Januar bis August bereits 577.065 Asylanträge (Abb. 13). Im Zeitverlauf wird die außergewöhnliche Situation mit Blick auf die reinen Antragszahlen deutlich: Seit 1953 wurden ca. 5,2 Millionen Anträge auf Asyl in Deutschland gestellt. Während die Antragszahlen bis 1990 – von einigen Spitzen abgesehen – auf

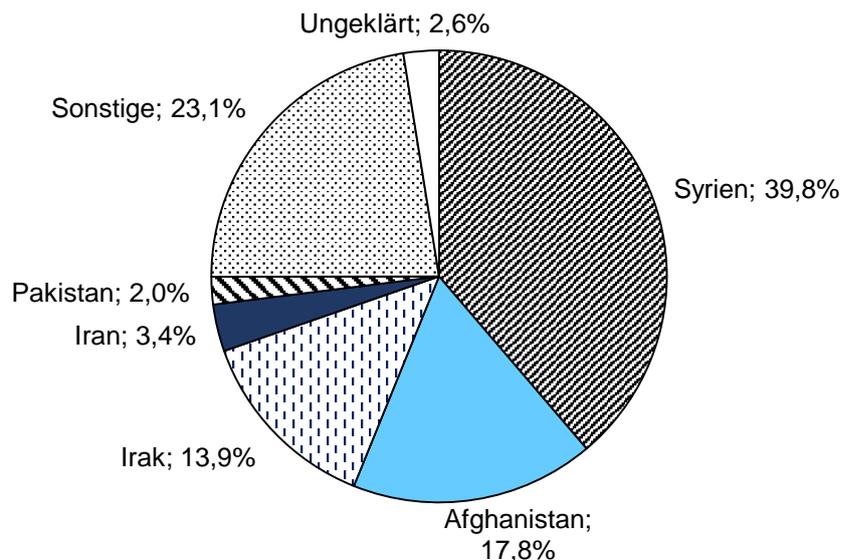
⁸ Für weitere Informationen siehe <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/statistiken-node.html>

⁹ Die Zahlen für 2016 beziehen sich in diesen und den folgenden Darstellungen auf den Zeitraum Januar bis August.

¹⁰ Seit 1995 wird in der Statistik des BAMF zwischen Erst- und Folgeanträgen unterschieden. Die hier dargestellten Zahlen stellen – soweit nicht explizit anders ausgewiesen – die Summe aus beiden Antragsformen dar. Dabei ist berücksichtigen, dass Folgeanträge in den letzten Jahren lediglich einen kleinen Teil dieser Summe ausmachen. 2015 waren von ca. 477.000 Anträgen ca. 35.000 Folgeanträge (7,3 Prozent).

einem niedrigen Niveau blieben, stiegen sie in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – insbesondere infolge der Kriege im ehemaligen Jugoslawien – auf etwa 438.000 Anträge im Jahr 1992 an. Mit der Reform des Asylrechts und der Stabilisierung der politischen Lage in Südosteuropa sanken die Zahlen in den folgenden Jahren bis 2008 deutlich und stiegen erst ab 2013 wieder über 100.000 Asylanträge pro Jahr. 2014 wurden dann bereits ca. 200.000 Anträge gestellt. Die für 2015 genannte Zahl war gegenüber 2014 sogar um 135 Prozent erhöht, wird 2016 aber noch deutlich übertroffen.

Abb. 14: Die fünf zugangsstärksten Herkunftsländer (Erstanträge), 2016



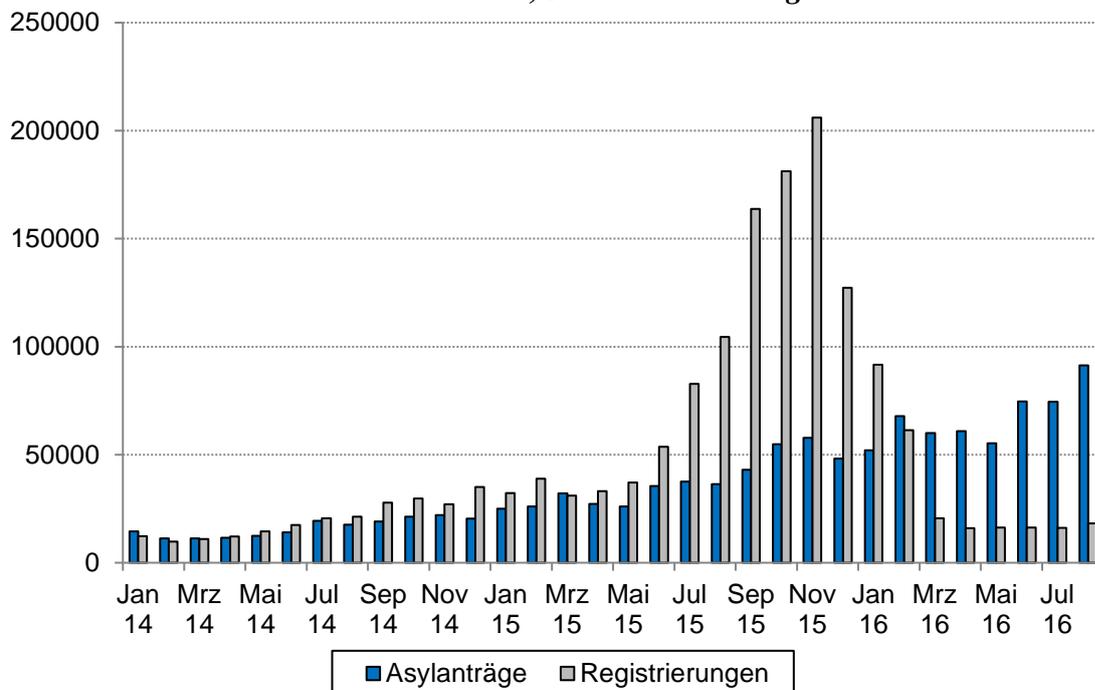
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Die Zahlen zu den zugangsstärksten Herkunftsländern, aus denen Asylsuchende ihren Weg nach Deutschland gefunden haben, erweisen sich als Spiegel der dominierenden globalen Konfliktherde. So wurden 2016 etwa 40 Prozent der Erstanträge von Menschen aus Syrien gestellt (Abb. 14), 18 Prozent von Menschen aus Afghanistan und 14 Prozent von Menschen aus dem Irak. Unter den fünf zugangsstärksten Herkunftsländer 2015 waren auch Albanien (zwölf Prozent der Erstanträge) und der Kosovo (acht Prozent).

Die besondere Dynamik des Flüchtlingsgeschehens seit dem Sommer 2015 wird über die Entwicklung der Antragszahlen hinaus erst mit Blick auf die Zahl der Asylsuchenden deutlich, die im sogenannten EASY-System des BAMF registriert werden. Mit dieser Registrierung ist die Erstverteilung der Asylsuchenden auf die Erstaufnahmeeinrichtungen in den Bundesländern verbunden. Die Registrierungen sind dabei ein unmittelbarer Indikator für die Zahl der Asylsuchenden, da nicht alle sofort bei der Ankunft in Deutschland einen Antrag stellen können. Entsprechend bilden die Antragszahlen die Entwicklung erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung ab. Allerdings können bei den Registrierungen Fehl- oder Doppelregistrierungen nicht ausgeschlossen werden. Die zeitliche Verzögerung bei der Antragsstellung zeigt sich bei der Zahl der Registrierungen, die vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2015 deutlich angestiegen sind (Abb. 15). So erreichten die Registrierungen im November 2015 den bisherigen Höchstwert von ca.

206.000 Personen und sind seitdem auch wieder gesunken. In den Monaten April bis August 2016 schwankte die Zahl der monatlichen Registrierungen in Deutschland zwischen 16.000 und 18.000 Personen, während die Zahl der Asylanträge weiterhin deutlich über diesem Niveau lag, die Zugänge aber nicht entsprechend abbildete.

Abb. 15: Entwicklung der Asylantragszahlen und Registrierungen im EASY-System nach Monaten in Deutschland, Januar 2014 – August 2016



Quelle: Bundesministerium des Inneren

Nach der Registrierung im EASY-System des BAMF werden die Asylsuchenden zum weiteren Ablauf des Asylantragsprozesses nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer und deren Erstaufnahmeeinrichtungen verteilt (Abb. 16). Der Königsteiner Schlüssel berücksichtigt dabei die Steuereinnahmen und die Bevölkerungszahl der Bundesländer und wird jedes Haushaltsjahr entsprechend der Änderungen in beiden Punkten neuerlich festgesetzt. Der aktuelle Schlüssel sieht dabei für Thüringen vor, dass der Freistaat etwa 2,7 Prozent der Asylsuchenden aufnehmen muss. Auf das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen entfallen 21,2 Prozent, während Bremen mit knapp 1,0 Prozent der kleinste Teil der Asylsuchenden zugeteilt wird.

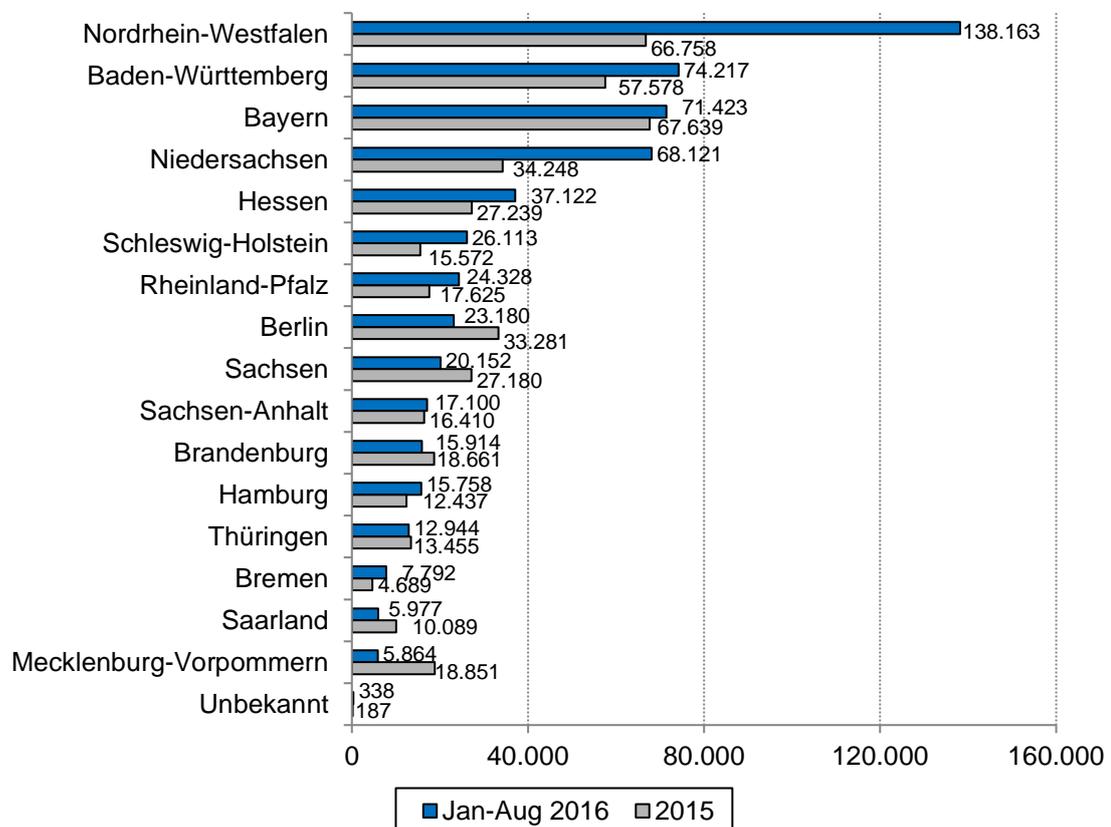
In absoluten Zahlen ausgedrückt, stellt sich die Verteilung der Antragsteller_innen wie folgt dar: 2015 wurden in Thüringen 13.455 Asylsuchende aufgenommen, von Januar bis August 2016 waren es bereits 12.944 (Abb. 17). Damit lag die Zahl mit 3,0 Prozent aller Asylsuchenden in 2015 lediglich leicht über dem Anteil nach dem Königsteiner Schlüssel. Diese Abweichung erklärt sich dadurch, dass die quotengerechte Verteilung grundsätzlich für Asylsuchende anzuwenden ist, die verpflichtet sind, in Aufnahmeeinrichtungen zu wohnen, und nicht die Verteilung des kleineren Teils von Asylsuchenden betrifft, die in die Zuständigkeit der Ausländerbehörden der Bundesländer fallen.

Abb. 16: Verteilungsquoten für Asylsuchende auf die Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel, 2016



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

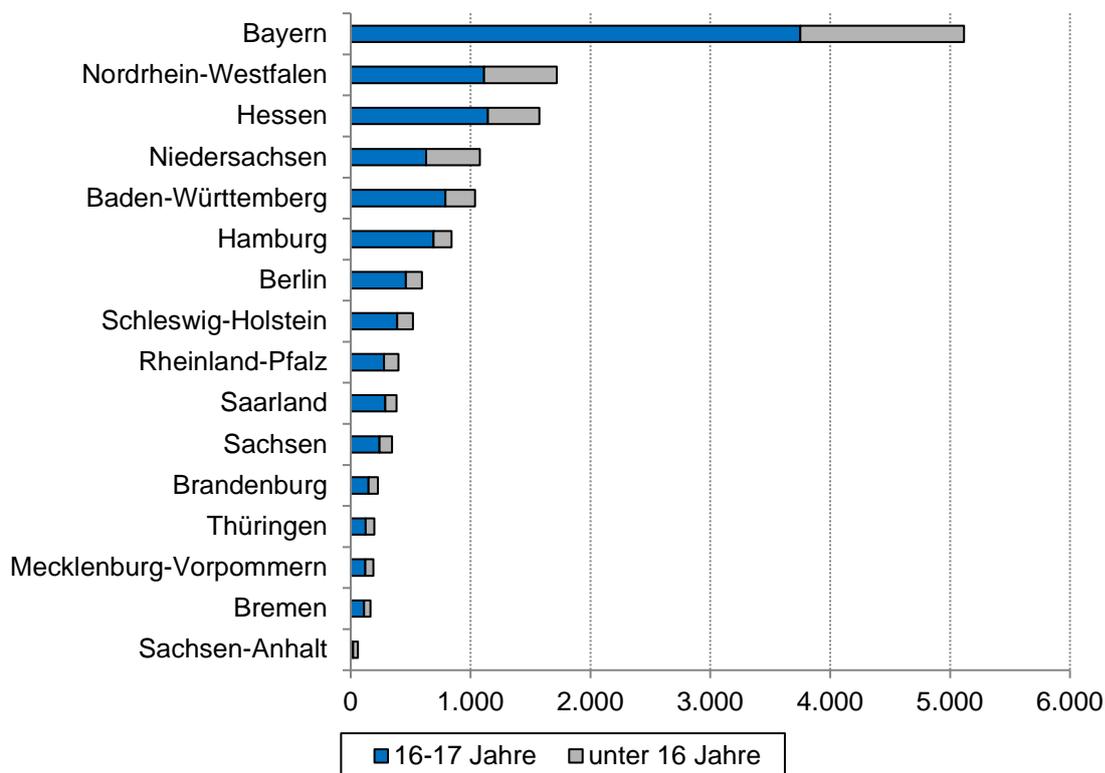
Abb. 17: Verteilung der Asylantragszahlen nach Bundesländern, 2015 und 2016



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Besondere Aufmerksamkeit wird den unbegleiteten Minderjährigen zuteil. Das sind Personen, die unter 18 Jahre alt sind und ohne Begleitung eines für sie verantwortlichen Erwachsenen einreisen. Für sie sind die örtlichen Jugendämter zuständig, unter anderem für die angemessene Unterbringung oder die Bestellung eines gesetzlichen Vormundes. Im Jahr 2015 haben insgesamt 14.439 unbegleitete Minderjährige einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Thüringen hat davon 197 Personen aufgenommen, darunter 73 Minderjährige unter 16 Jahren (Abb. 18). Die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden minderjährigen Flüchtlinge und Asylsuchenden wurde im September 2016 allerdings auf ca. 64.000 geschätzt (vgl. MDR 2016).

Abb. 18: Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen auf die Bundesländer, 2015



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Für den Großteil der Asylsuchenden besteht in der ersten Zeit nach ihrer Ankunft bis zum Abschluss ihrer Verfahren die Pflicht, in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Bundesländer zu wohnen. Wegen des stark gestiegenen Zugangs von Asylsuchenden wurde 2015 die Zahl der Erstaufnahmeeinrichtungen in Thüringen, wie in anderen Bundesländern, deutlich erhöht. Zeitweise wurden im Freistaat zehn solcher Einrichtungen betrieben, wegen der gesunkenen Zugangszahlen sollen mittelfristig acht Einrichtungen wieder geschlossen werden (vgl. Thüringer Allgemeine 2016a). Nach Abschluss der Asylverfahren und nachdem Flüchtlinge Asyl genießen oder geduldet worden sind, sind sie in der Wahl ihres Wohnorts frei – unter der Einschränkung, dass sie zunächst in dem Bundesland verbleiben, auf das sie verteilt wurden. Diese Einschränkung, die im Integrationsgesetz des Bundes verankert ist, soll die Ballung von Flüchtlingen an wenigen Orten – zumeist in Großstädten in den alten Bundesländern – verhindern. Innerhalb des Freistaats gibt es

eine ähnliche Einschränkung nicht. Entsprechend ergibt sich auch eine sehr ungleiche Verteilung der Flüchtlinge auf die Thüringer Kommunen (Abb. 19; vgl. Thüringer Allgemeine 2016b). So liegen einige Kommunen teilweise deutlich in der Entwicklung der IST-Zahlen über den SOLL-Zahlen. Insbesondere für die Städte ist ein größerer Zugang zu registrieren als dies nach Planzahlen angenommen wurde, während einige der Landkreise im Zugang hinter diesen Zahlen deutlich zurückbleiben. Im September 2016 lebten im Freistaat knapp 9.000 Personen, deren Asylverfahren bereits abgeschlossen waren, die also einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung erhalten hatten. **Die Anzahl aller Asylsuchenden und Flüchtlinge in Thüringen wurde zum Stichtag 31. August 2016 auf ca. 25.000 geschätzt.**¹¹

Abb. 19: Wohnorte anerkannter und geduldeter Flüchtlinge in Thüringen nach Landkreisen, 2016

Landkreis/Kreisfreie Stadt	IST-Zahlen	SOLL-Zahlen	Quotenerfüllung
Altenburger Land	299	382	78,3%
Eichsfeld	408	417	97,8%
Gotha	556	558	99,6%
Greiz	267	417	64,0%
Hildburghausen	185	266	69,5%
Ilm-Kreis	532	444	119,8%
Kyffhäuserkreis	315	319	98,7%
Nordhausen	301	355	84,8%
Saale-Holzland-Kreis	12	346	3,5%
Saale-Orla-Kreis	272	346	78,6%
Saalfeld-Rudolstadt	338	453	74,6%
Schmalkalden-Meiningen	505	514	98,2%
Sömmerda	64	293	21,8%
Sonneberg	265	231	114,7%
Stadt Eisenach	372	169	220,1%
Stadt Erfurt	1334	843	158,2%
Stadt Gera	571	390	146,4%
Stadt Jena	672	444	151,4%
Stadt Suhl	77	151	51,0%
Stadt Weimar	376	257	146,3%
Unstrut-Hainich-Kreis	519	426	121,8%
Wartburgkreis	358	515	69,5%
Weimarer Land	275	337	81,6%
Gesamt	8873	8873	100%

Quelle: Zahlen des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, zitiert nach Thüringer Allgemeine vom 16.09.16

Zusammenfassend lassen sich mit Blick auf die vorgestellten subjektiven Einschätzungen der Befragten und die objektiven Parameter zur wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen folgende Aspekte festhalten:

- eine fortgesetzt hohe Zufriedenheit der Thüringer_innen mit der allgemeinen und individuellen wirtschaftlichen Lage,

¹¹ Diese Gesamtzahl umfasst ausländische Personen mit einer Aufenthaltsgestattung, Personen mit einem Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen sowie Personen, die ausreisepflichtig sind (Quelle: Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz). Weitere Informationen zu Flüchtlingen und Asylsuchenden in Thüringen bietet die Website der Thüringer Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge: <http://www.thueringen.de/th10/ab/index.aspx>

- eine positive Wirtschaftsentwicklung des Freistaats, die sich mit einem moderaten Wirtschaftswachstum, weiter verbesserten Arbeitsmarktdaten und einer Zunahme des verfügbaren Einkommens für die Bürger_innen bemerkbar macht, allerdings bei einem fortbestehenden West-Ost-Gefälle der Einkommen und Löhne,
- eine aufgrund eines positiven Wanderungssaldos gegenüber dem Ausland erstmals seit der Wiedervereinigung wieder gestiegene Einwohnerzahl, bei gleichbleibender Grundproblematik in der demographischen Entwicklung aus Überalterung und anhaltendem Geburtendefizit,
- und schließlich die Aufnahme von tausenden Flüchtlingen und Asylsuchenden in Thüringen seit der zweiten Jahreshälfte 2015, bei einer ungleichen Verteilung über die Landkreise und Kommunen.

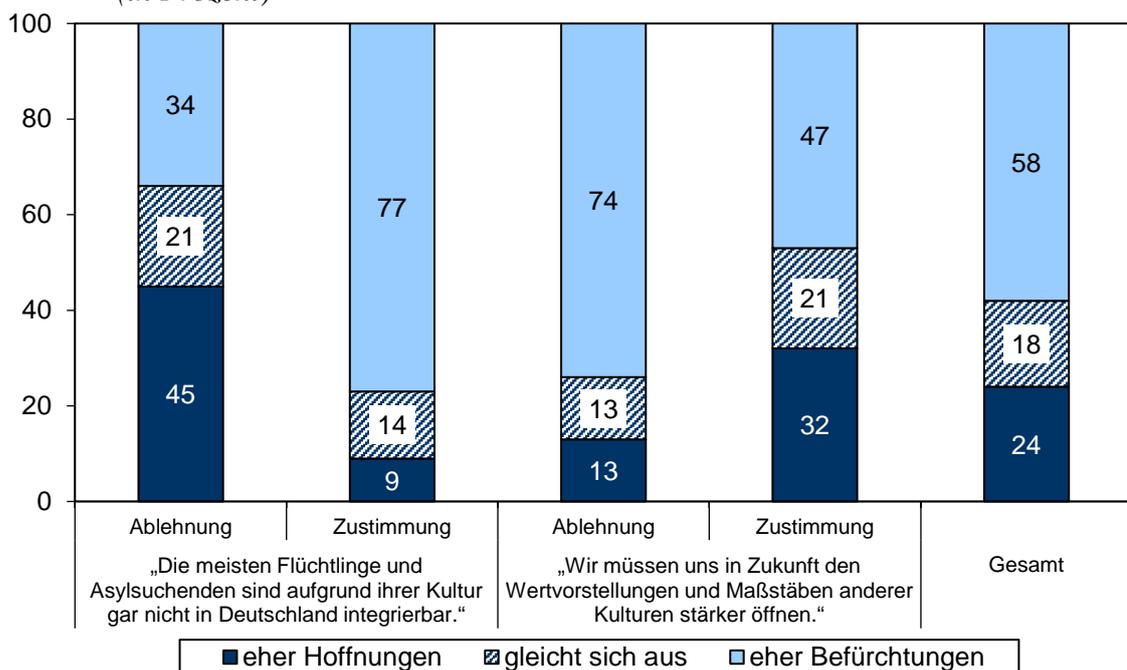
III. Asyl, Migration und Integration

1. Beurteilung der Asyl- und Flüchtlingssituation

Bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2015 wurde der Blick auf die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden gelenkt (vgl. TM 2015: 92 ff.). Die zwischenzeitliche Dynamik und Brisanz der Flüchtlingsthematik haben allerdings dazu Anlass gegeben, in der diesjährigen Befragung ein differenziertes Fragenspektrum einzusetzen, mit dem sowohl die allgemeine Beurteilung der Flüchtlingssituation und der Asylpolitik als auch Einstellungen gegenüber bestimmten Teilaspekten erfasst werden. Neben abstrakten Einschätzungen und gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen sind die Alltagsrelevanz und das Ausmaß der persönlichen Betroffenheit der Befragten wichtig. Begonnen werden soll mit globalen Bewertungen, deren Gegenstand die Zunahme der Flüchtlingszahlen und deren Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft ist.

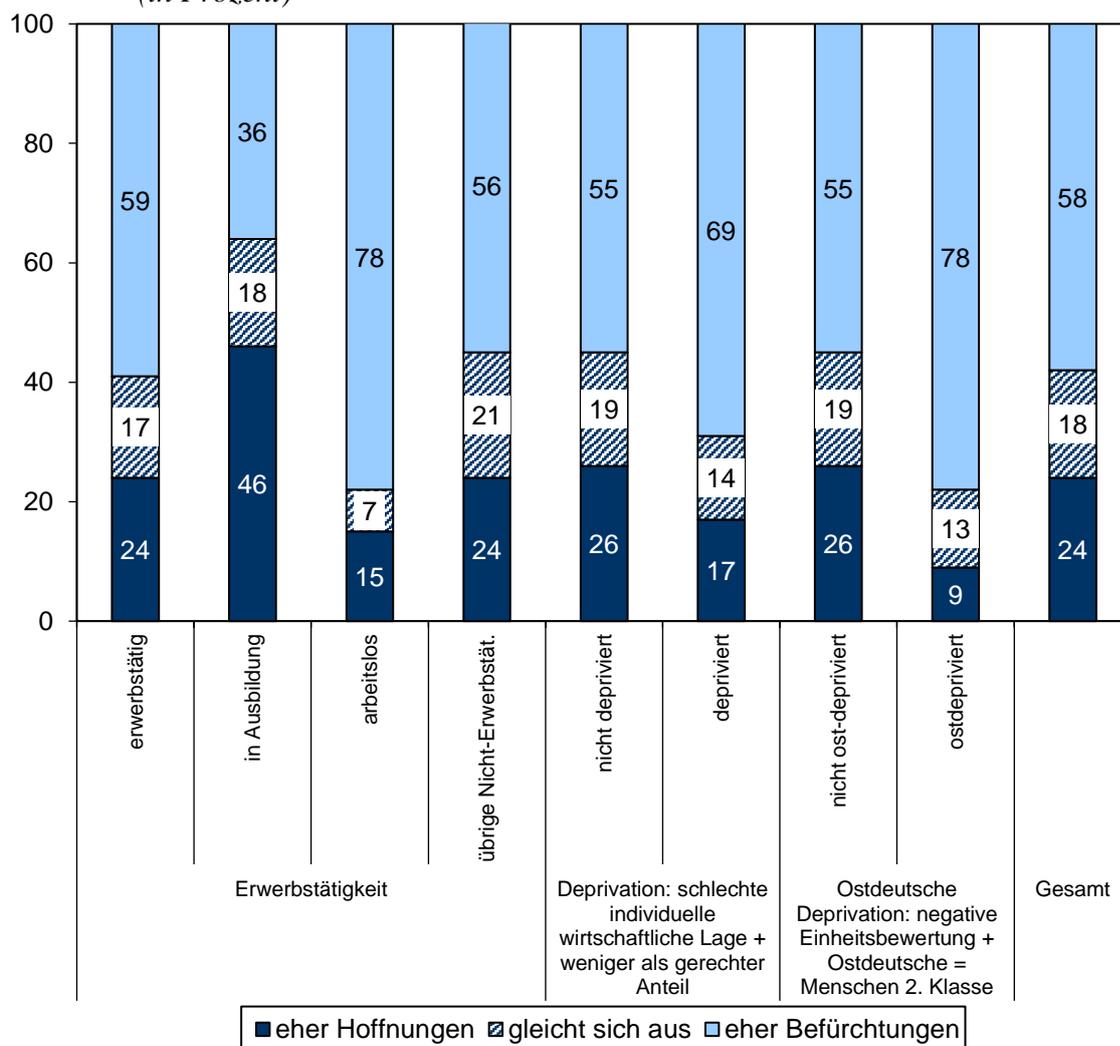
Zunächst wurden danach gefragt, ob die Thüringer_innen angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden eher Hoffnungen oder Befürchtungen haben, wovon nur drei Prozent aller Befragten keine Antwort geben konnten oder wollten. Unter den Befragten mit gültigen Antworten hegt eine deutliche Mehrheit von 58 Prozent Befürchtungen, nur 24 Prozent haben eher Hoffnungen, für 18 Prozent der Befragten gleichen sich Hoffnungen und Befürchtungen aus. Signifikant häufiger haben solche Befragte eher Befürchtungen, die den Flüchtlingen und Asylsuchenden eine eher schlechte Integrationsprognose stellen (s.u.) und eine Öffnung für „Wertvorstellungen und Maßstäbe anderer Kulturen“ ablehnen (Abb. 20).

Abb. 20: Hoffnungen oder Befürchtungen angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden (in Prozent)



Überdurchschnittlich optimistisch sind vor allem jüngere, hochqualifizierte bzw. in Ausbildung befindliche und sozio-ökonomisch gut etablierte Befragte. Auch haben Befragte mit *eigener* Migrationsgeschichte – ca. ein Drittel der Befragten – signifikant häufiger „eher Hoffnungen“ (32 Prozent); dies verweist erneut auf deren gesteigerte Empathie gegenüber Asylsuchenden (vgl. bereits TM 2015: 97). Signifikant häufiger Befürchtungen haben andererseits Befragte, die arbeitslos sind, sich individuell und auch als Ostdeutsche kollektiv benachteiligt fühlen (Abb. 21) und befürchten, „durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ Die Diskussion deutschlandweiter Vergleichsdaten für den Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS ist nur sehr eingeschränkt möglich. In einer im Juni durchgeführten Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach (vgl. Köcher 2016a) äußerten 32 Prozent der Befragten, die derzeitige Flüchtlingssituation bereite ihnen „große Sorgen“, allerdings waren es im Januar 2016 noch 48 Prozent, die diese Aussage trafen.

Abb. 21: Hoffnungen oder Befürchtungen angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden: Erwerbstätigkeit, subjektive Deprivation¹² (in Prozent)



¹² Beachte die gegenüber den Vorjahren veränderte, korrigierte Definition und Berechnung der Messkonzepte „Deprivation“ und „Ostdeprivation“ (vgl. TM 2015: 61, FN 34). Siehe FN 22.

Auch für Thüringen kann folglich ein relativer Rückgang der Krisenwahrnehmung im letzten Halbjahr angenommen werden. Aus deutschlandweiten Befragungen geht allerdings auch eine kritischere bzw. skeptischere Bewertung der Flüchtlingssituation durch Ostdeutsche im Vergleich zu Westdeutschen hervor (vgl. FAZ 2016); „der Anteil der Befragten, die im Osten „eher nicht“ an einen Erfolg [der Bewältigung der Flüchtlingssituation] glauben, lag zuletzt [im August 2016] bei 28,3 Prozent gegenüber 20,4 Prozent im Westen.“

Im THÜRINGEN-MONITOR wird nun ersichtlich, dass die Beurteilung der Flüchtlingsthematik durch die Thüringer_innen von kulturellen, kollektivbiographischen und sozioökonomischen Kontexten mitbestimmt werden, die als genuin ostdeutsch gelten können und sowohl die Antizipation gesellschaftlicher Veränderungen als auch die Wahrnehmung von Fremdheit prägen. Die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden wird von den Befragten mit **Sorgen** betrachtet, aber auch mit **Chancen** „für unser Land“ verbunden (Abb. 22). Charakteristisch ist, dass oftmals gleichzeitig sowohl positive als auch negative Aspekte der Zuwanderung anerkannt werden, also eine differenzierte Bewertung vorgenommen wird; die extreme Überbetonung von Sorgen oder Chancen, aber auch die Negation jeglicher Sorgen und Chancen sind jeweils Minderheitenpositionen. Die Anteil der Befragten, die auf die Fragen nach der Anerkennung der Chancen und Sorgen mit „weiß nicht“ antworteten oder keine Angabe machten, lag bei jeweils nur zwei bis vier Prozent.

Eine deutliche Mehrheit von 58 Prozent erkennt die Chance, dass mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden der Bevölkerungsrückgang ausgeglichen werden kann. Höhergebildete, Auszubildende, höhere und leitende Angestellte, Beamt_innen und Selbständige stimmen signifikant häufiger zu als andere Befragtenkategorien. 52 Prozent der Befragten sind auch der Meinung, dass mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden benötigte Arbeitskräfte für die Wirtschaft kommen; 70 Prozent der arbeitslosen Befragten weisen dies jedoch zurück. Nur 46 Prozent der Befragten denken, dass Flüchtlinge und Asylsuchende zum Erhalt der Infrastruktur auf dem Land beitragen können, indem z.B. Buslinien, Schulen und Kitas oder Einkaufsmöglichkeiten von ihnen mitgenutzt werden. Lediglich 41 Prozent der Befragten aus Wohnorten mit bis zu 5.000 Einwohnern sehen diese Chance; die eigene Betroffenheit erhöht also in diesem Falle eher die Skepsis. Die sehr allgemeine Einschätzung, dass mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden unsere Gesellschaft kulturell vielfältiger werde, teilen 75 Prozent der Befragten.

Die meistgeteilte „Sorge“ in Verbindung mit der Flüchtlingsfrage bezieht sich auf den Zulauf, den Rechtspopulisten und Rechtsextreme bekommen (92 Prozent Zustimmung). Paradoxerweise teilen diese „Sorge“ auch sehr große Mehrheiten derer, die sich selbst rechts der Mitte im politischen Spektrum verorten, asylbewerberfeindlich, fremdenfeindlich bzw. rechtsextrem eingestellt sind (Kapitel IV.4) und „Verständnis für Proteste gegen Asylbewerberheime oder Flüchtlingsunterkünfte“ (s.u.) bekunden. Von vielen Befragten wird „Sorge“ augenscheinlich synonym mit „Wahrnehmung“ oder „Erwartung“ verstanden, es wird also in erster Linie eine *Diagnose* der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung vorgenommen. Auch in einer im STERN im März (Nr. 11/2016) veröffentlichten Befragung wurden „Angriffe auf Flüchtlingsheime, rassistische Gewalt“ (83 Prozent

Zustimmung) und der „Zulauf zu rechtsextremen Gruppen“ (77 Prozent) als die Themen benannt, die die Deutschen am meisten „beunruhigten und besorgten“.

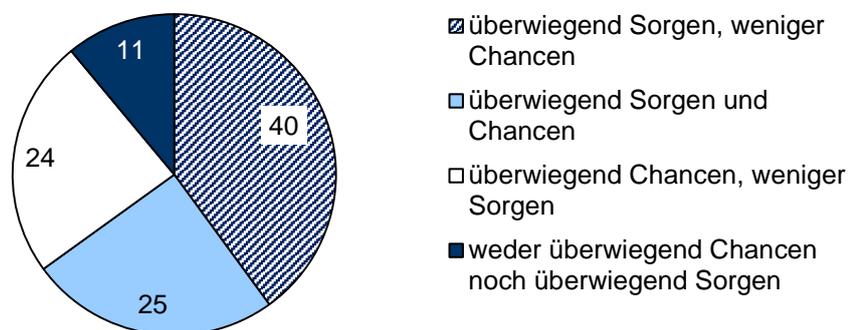
Abb. 22: Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden: Chancen und Sorgen
(in Prozent)

Sehen Sie es als <u>Chance</u> , dass mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden ...	ja	nein
... der Bevölkerungsrückgang ausgeglichen werden kann?	58	42
... benötigte Arbeitskräfte für unsere Wirtschaft kommen?	52	48
... auf dem Land die Infrastruktur erhalten werden kann? (z.B. Buslinien, Schulen und Kitas, Einkaufsmöglichkeiten)	46	54
... unsere Gesellschaft kulturell vielfältiger wird?	75	25
<i>Keine der vier genannten Chancen</i>	13	
<i>Mindestens drei genannte Chancen</i>	49	
<i>Alle vier genannten Chancen</i>	23	
<hr/>		
Haben Sie die <u>Sorge</u> , dass wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden ...	ja	nein
... der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land gefährdet ist?	57	43
... die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zunehmen wird?	41	59
... die Kriminalität ansteigen wird?	70	30
... sich die Art und Weise, wir in Deutschland leben, zu stark verändert?	54	46
... Rechtspopulisten und Rechtsextreme Zulauf bekommen?	92	8
... die Kosten für Unterbringung und Versorgung zu hoch sind?	64	36
... der Einfluss des Islams in unserem Land zu stark wird?	67	33
<i>Keine der sieben genannten Sorgen</i>	2	
<i>Mindestens vier genannte Sorgen</i>	65	
<i>Alle sieben genannten Sorgen</i>	15	

70 Prozent der Befragten befürchten einen Anstieg der Kriminalität; deutschlandweit antworteten so im August 2016 ca. 62 Prozent (vgl. FAZ 2016). 67 Prozent der Befragten

des THÜRINGEN-MONITORS meinen, dass „der Einfluss des Islams in unserem Land zu stark“ werde; hier klingt höchstwahrscheinlich auch die Furcht vor islamistischem Terror an (vgl. Kapitel III.5). 64 Prozent haben die Sorge, dass die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Asylsuchenden zu hoch sind, 54 Prozent glauben, dass „sich die Art und Weise, wie wir in Deutschland leben, zu stark verändert“. 57 Prozent sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. 47 Prozent der Befragten haben die Sorge, „dass die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zunehmen wird“. Einige jener Sorgen über die Folgen der Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland wurden zuletzt im März im Rahmen des ARD-Deutschlandtrends von infratest dimap deutschlandweit abgefragt (infratest dimap 2016: 12). Die Sorge über einen zu großen Einfluss des Islams teilten 50 Prozent der Deutschen, die Sorge über die Veränderung der Lebensweise 47 Prozent, nur 27 Prozent indessen die Sorge über steigende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Im Vergleich zur deutschen Bevölkerung muss die Thüringer Bevölkerung deshalb als signifikant skeptischer gelten, was die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden anbetrifft. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass 40 Prozent der Thüringer Befragten mindestens vier von sieben der thematisierten Sorgen teilen, gleichzeitig aber die Chancen überwiegend negieren; sie sind also „skeptisch bis ablehnend“ und stellen die größte Befragtengruppe dar (Abb. 23). Mit 26 Prozent hat ungefähr ein Viertel der Befragten genau diese Sorgen, erkennt gleichzeitig aber auch mindestens drei der vier thematisierten Chancen; sie können als „neutrale Skeptiker_innen“ gelten. Ein weiteres Viertel der Befragten bejaht mehr als die Hälfte der Chancen, weist gleichzeitig aber mehr als die Hälfte der Sorgen zurück; sie können als „relative Optimist_innen“ gelten. Eine Restkategorie von elf Prozent der Befragten weist sowohl die Mehrheit der abgefragten Sorgen als auch die Mehrheit der abgefragten Chancen zurück: Obwohl nicht im eigentlichen Sinne meinungslos, sind sie in Bezug auf die hier vorgeschlagene Beurteilung der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden indifferent.

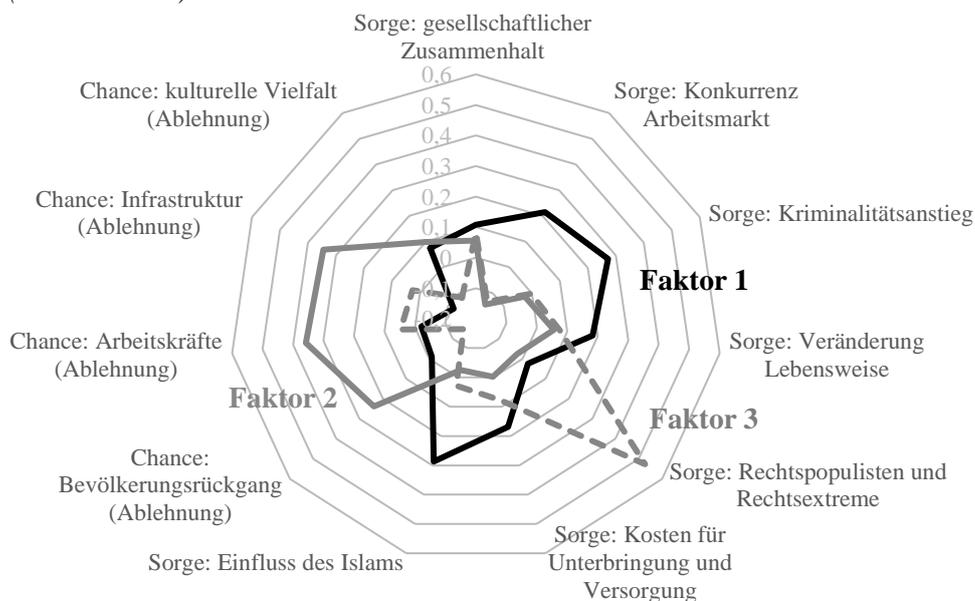
Abb. 23: Beurteilung der Chancen und Sorgen in Verbindung mit der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden
(in Prozent)



Dass viele Thüringer_innen gleichzeitig sowohl positive als auch negative Bewertungen vornehmen und dass die hier thematisierten Aspekte – Chancen und Sorgen – *nicht zwangsläufig* als Gegensätze zu verstehen sind, die sich widerspruchsfrei zu einem einheitlichen Antwortverhalten ergänzen, zeigt auch eine Faktorenanalyse der elf Einzelfragen (Abb. 24). Hier kann nachgewiesen werden, dass die Beurteilung der Sorgen eine

erste Dimension (Faktor 1), die Beurteilung der Chancen (im Modell als deren Ablehnung angelegt) eine weitere (Faktor 2), die „Sorge“ (Wahrnehmung!) bezüglich des Zulaufs für Rechtspopulisten und Rechtsextreme eine dritte (Faktor 3) aufspannen. Das heißt, es gibt zwar die Tendenz, dass die Befragten mehrere Sorgen gleichzeitig anerkennen und auch hinsichtlich der Akzeptanz oder Ablehnung der Chancen Konsistenzen auftreten, aber Sorgen und Chancen werden weitgehend unabhängig voneinander beurteilt, so dass deren gleichzeitige Benennung und auch scheinbare Inkonsistenzen auftreten. So ist z.B. die Sorge vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt nur schwach mit der Ablehnung der Chance der Arbeitskräftegewinnung verknüpft. Dies hat allerdings deshalb Sinn, weil gerade auch solche Befragte, die die Konkurrenz durch Asylsuchende als realistisch einschätzen, anerkennen sollten, dass Asylsuchende arbeitsmarkttauglich sind oder werden können. Umgekehrt gilt: Wer bezweifelt, dass die Fachkräftegewinnung sinnvoll und effektiv sein kann, sieht eventuell gerade deshalb keine wachsende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.

Abb. 24: Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden – Chancen und Sorgen: Dimensionen des Antwortverhaltens der Befragten¹³
(Faktorwerte)



Deutlich erkennbar wird der erste Faktor (Sorgen) durch die Sorge über den Einfluss des Islams und die Sorge um den Kriminalitätsanstieg bestimmt; sowohl *Aspekte einer antizipierten sozio-ökonomischen, kollektiven Deprivation* als auch eines *befürchteten Sicherheitsverlustes* sind maßgeblich. Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt hingegen ist ein allgemeiner, abstrakterer Aspekt und deswegen nur schwach korreliert. In der Dimension der Chancen (Faktor 2) ist die Zunahme kultureller Vielfalt der allgemeinere, *idealistische* Aspekt, der dadurch nur schwach von der Beurteilung der anderen

¹³ Faktorenanalyse (Hauptachsenanalyse) auf Grundlage aller elf z-transformierten „Sorgen“- und „Chancen“-Variablen, „Chancen“-Variablen wurden als „Ablehnung“ dieser Chancen invertiert. Fallzahl n=1.001. Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung. Maß der Stichprobeneignung KMO=.838. 36,3 Prozent erklärte Gesamtvarianz. Drei extrahierte Faktoren (=Dimensionen). Faktor 1: Eigenwert 3,5; 18,7 Prozent. Faktor 2: Eigenwert 1,4; 13,5 Prozent. Faktor 3: Eigenwert 1,0; 4,0 Prozent. Abgetragen sind die **Faktorenwerte** (rotierte Koeffizientenmatrix, nach fünf Iterationen konvergiert).

Chancen abhängt, denn dieser liegen *materialistische Nützlichkeitskalküle* der Zuwanderung (vgl. TM 2012: 55 ff.) zugrunde. Am markantesten hebt sich die „Sorge“ (oder Wahrnehmung) ab, dass Rechtspopulisten und Rechtsextreme Zulauf bekommen (Faktor 3); als *Quasi-Konstante* ist diese unkorreliert mit fast allen anderen Aspekten. Nur mit der Sorge über die Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts gibt es einen wesentlichen Zusammenhang. Eine Ursache hierfür ist, dass viele Befragte – gerade solche, die kulturelle Vielfalt unterstützen und Asylsuchenden gegenüber aufgeschlossen sind – den gesellschaftlichen Zusammenhalt *wegen* der Zunahme des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als gefährdet ansehen.

Die Beurteilung der mit der Asylthematik verbundenen Befürchtungen, Sorgen¹⁴ und Chancen kann einer Kausalanalyse unterzogen werden, wie sie in zurückliegenden THÜRINGEN-MONITOREN hinsichtlich der Ursachen der politischen Partizipationsneigung (vgl. TM 2015: 82), der Ursachen rechtsextremer und asylbewerberfeindlicher Einstellungen (vgl. TM 2015: 96) sowie der Ursachen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (vgl. TM 2015: 115) geleistet wurde. Signifikant erhöhen ethnozentrische Einstellungen ein skeptisches bis ablehnendes Antwortverhalten gegenüber der Ankunft der Asylsuchenden und Flüchtlingen (Abb. 25). Eine ebensolche Wirkung haben Einstellungen, in denen prinzipielles Misstrauen gegenüber der Integrationsfähigkeit der Asylbewerber_innen und der Legitimität ihrer Asylansprüche ausgedrückt wird. Persönlicher Kontakt zu Flüchtlingen führt tendenziell zu weniger „Befürchtungen“ und Sorgen, während sich eine subjektiv empfundene allgemeine Bedrohung durch Flüchtlinge verstärkend auf die Sorgen und eine Negation der Chancen, eine persönliche Bedrohungserfahrung allerdings nur negativ auf die Wahrnehmung der Chancen auswirkt (zu Kontakt und subjektiver Bedrohung vgl. Kapitel III.3). *Abstiegsangst* erhöht geringfügig die Tendenz, eher Befürchtungen zu hegen und Sorgen wahrzunehmen. Auch eine autoritäre Einstellung fördert die Betonung der Sorgen. Demokratiezufriedenheit und höheres Alter können hingegen die Befürchtungen und die Wahrnehmung von Sorgen signifikant dämpfen; Frauen sind tendenziell etwas besorgter als Männer. Bildung hat keinen signifikanten Einfluss auf die Wahrnehmung der Sorgen und Chancen, ebenso wenig die subjektiv empfundene, individuelle und kollektive Benachteiligung. Die Merkmale Berufstätigkeit, Arbeitslosigkeit, höheres Alter, eine selbst *erlebte* Diskriminierung als Ostdeutsche_r sowie eine geringe politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung erhöhen allerdings signifikant die Tendenz, die Chancen der Aufnahme von Asylsuchenden zu negieren. Das deutet darauf hin, dass das Argument der positiven Auswirkungen der Zuwanderung auf bestimmte Strukturbedingungen unseres Landes so manche Thüringer_innen, die von ebendiesen Strukturbedingungen objektiv und unmittelbar negativ betroffen sind, nicht recht zu überzeugen vermag. Wie die Erklärungskraft der statistischen Modelle zeigt, erschließen sich die ambivalenten Beurteilungslogiken der Befragten allerdings nur ausschnittshaft.

¹⁴ Die „Sorge“ (Wahrnehmung), dass Rechtspopulisten und Rechtsextreme Zulauf bekommen, ist als Quasi-Konstante mit dem Faktor 1 („Sorgen“) unkorreliert und damit kein ‚Bestandteil‘ der abhängigen Variable „Sorgen“ in dieser Analyse.

Abb. 25: Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden – Befürchtungen, Chancen und Sorgen: Einflussfaktoren auf das Antwortverhalten
(Multiple lineare Regressionen¹⁵)

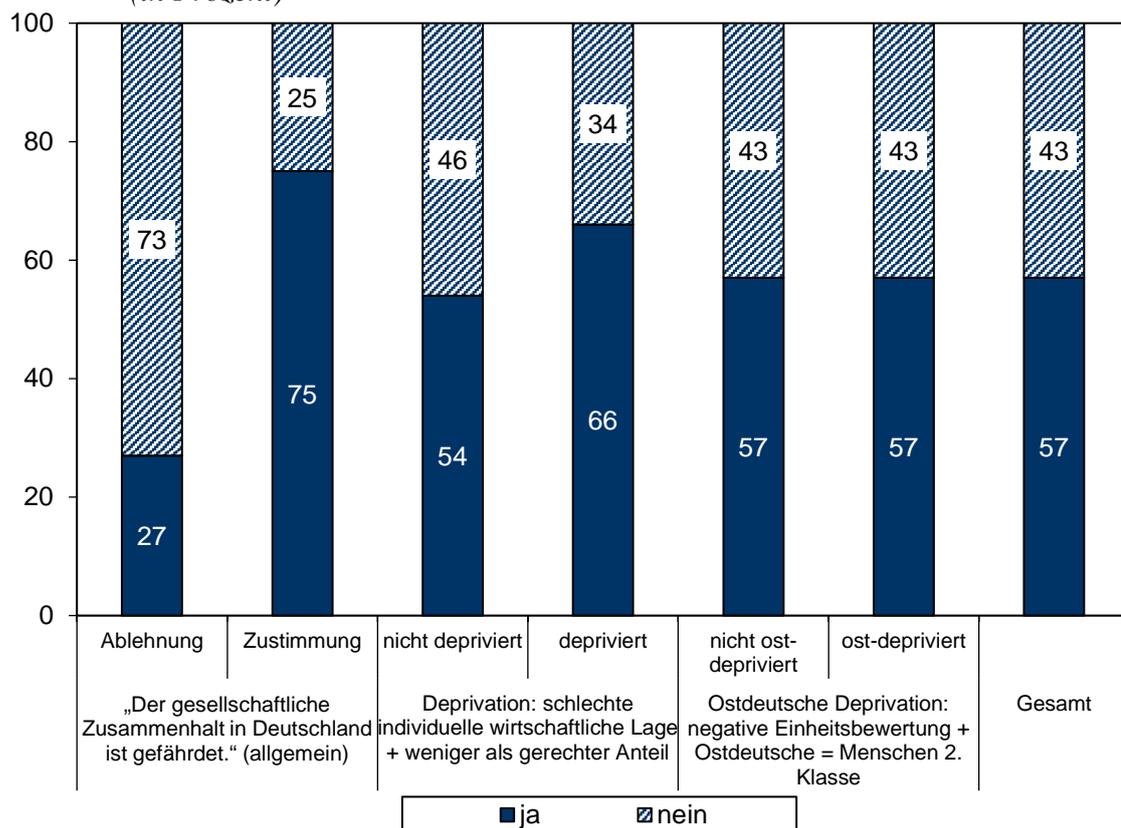
Einflussfaktoren	„eher Befürchtungen“		Sorgen*		Chancen* (Ablehnung)	
	Standardisierte Koeffizienten Beta	Signifikanz (α-Fehler)	Standardisierte Koeffizienten Beta	Signifikanz (α-Fehler)	Standardisierte Koeffizienten Beta	Signifikanz (α-Fehler)
Alter: höher	-,103	,007	-,069	,058	,129	,007
Geschlecht: weiblich	,068	,028	,081	,006	-,052	,178
Bildung: Abitur und höher	,020	,546	-,043	,182	,017	,694
erwerbstätig: ja	,044	,255	,009	,794	,195	,000
arbeitslos: ja	,100	,006	,006	,868	,107	,020
Deprivation: schlechte individuelle wirtschaftliche Lage + „weniger als gerechter Anteil“	,017	,610	,059	,069	-,065	,124
Abstiegsgangst: „Sorgen, [...] auf die Verliererseite d. Lebens zu geraten“	,090	,015	,070	,046	-,073	,110
Ostdeutsche Deprivation¹⁶: neg. Einheitsbewertung + „Ostdeutsche = Menschen 2. Klasse“	-,051	,130	-,002	,949	-,001	,988
Ostdeutsche Diskriminierungserfahrung: ja	-,008	,793	,000	,994	,111	,005
Demokratiezufriedenheit: zufrieden	-,103	,002	-,110	,001	-,048	,253
Politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung: „[...] keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ (Zustimmung)	,006	,864	-,024	,488	,108	,016
Autoritarismus: höher	-,035	,355	,112	,003	-,091	,060
Ethnozentrismus (Ausländerfeindlichkeit/Nationalismus): höher	,406	,000	,316	,000	,037	,491
Selbsteinordnung „weit oder ganz weit links“: ja	-,072	,019	-,021	,468	-,071	,067
Selbsteinordnung „weit oder ganz weit rechts“: ja	-,025	,409	,018	,541	,027	,481
Aussagen zu Asylsuchenden:						
„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“ (Zustimmung):	,133	,000	,174	,000	,083	,073
„Die meisten Flüchtlinge u. Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in D. integrierbar.“ (Zustimmung):	,194	,000	,153	,000	,230	,000
Kontakt zu Flüchtlingen u. Asylsuchenden: ja	-,101	,002	-,070	,024	-,062	,130
Gefühlte allgemeine Bedrohung durch Flüchtlinge u. Asylsuchende: ja	,008	,822	,092	,008	,115	,011
Persönlich erlebte Situation der gefühlten Bedrohung durch Flüchtlinge und Asylsuchende: ja	-,026	,439	-,002	,956	,216	,000
R²_{korr} (Anteil erklärter Varianz)	0.473***		0.576***		0.271***	
Fallzahl n	599		535		535	
(Positives Vorzeichen:) erhöht Zustimmungstendenz → Befürchtungen, Sorgen, Ablehnung von Chancen		Negatives Vorzeichen: senkt Zustimmungstendenz → Befürchtungen, Sorgen, Ablehnung von Chancen			Weiße Felder: nicht signifikant (n.s.)	

¹⁵ OLS (Einschluss). *Abhängige Variablen „Sorgen“ und „Chancen (Ablehnung)“: **Regression Factor Scores** 1 und 2 aus o.g. Hauptachsenfaktorenanalyse auf Grundlage aller elf z-transformierten „Sorgen“- / „Chancen“-Variablen (s.o.). Die „Sorge“ (Wahrnehmung), dass Rechtspopulisten und Rechtsextreme Zulauf bekommen, ist als Quasi-Konstante mit dem Faktor 1 („Sorgen“) unkorreliert und damit kein ‚Bestandteil‘ der abhängigen Variable „Sorgen“. *** p < .001 (höchst signifikant).

¹⁶ Beachte die gegenüber den Vorjahren veränderte, korrigierte Definition und Berechnung der Messkonzepte „Deprivation“ und „Ostdeprivation“ (vgl. TM 2015: 61, FN 34). Siehe FN 22.

Auch die differenzierte Beurteilung der *einzelnen* Sorgen und Chancen hängt von individuellen Kalkülen ab, die sich nicht auf eine einfache Formel bringen lassen. So assoziieren Befragte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland als gefährdet ansehen, diese Gefährdung mit der Aufnahme der Flüchtlinge und Asylsuchenden. Allerdings beurteilen immerhin auch 27 Prozent der Befragten, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland *nicht* als gefährdet einschätzen, die Aufnahme der Flüchtlinge und Asylsuchenden als Gefahr für den sozialen Zusammenhalt (Abb. 26). Deprivierte Befragte, die ihre wirtschaftliche Frage negativ einschätzen und angeben, „weniger als den gerechten Anteil“ zu erhalten, teilen diese Sorge signifikant häufiger als nicht deprivierte Befragte. Die Sorge um den sozialen Zusammenhalt teilen auch solche Befragte signifikant häufiger, die befürchten, „durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ Das Merkmal der „Ostdeprivation“ hat allerdings keinen Einfluss auf die Wahrnehmung der Aufnahme der Flüchtlinge und Asylsuchenden als Gefahr für den sozialen Zusammenhalt.

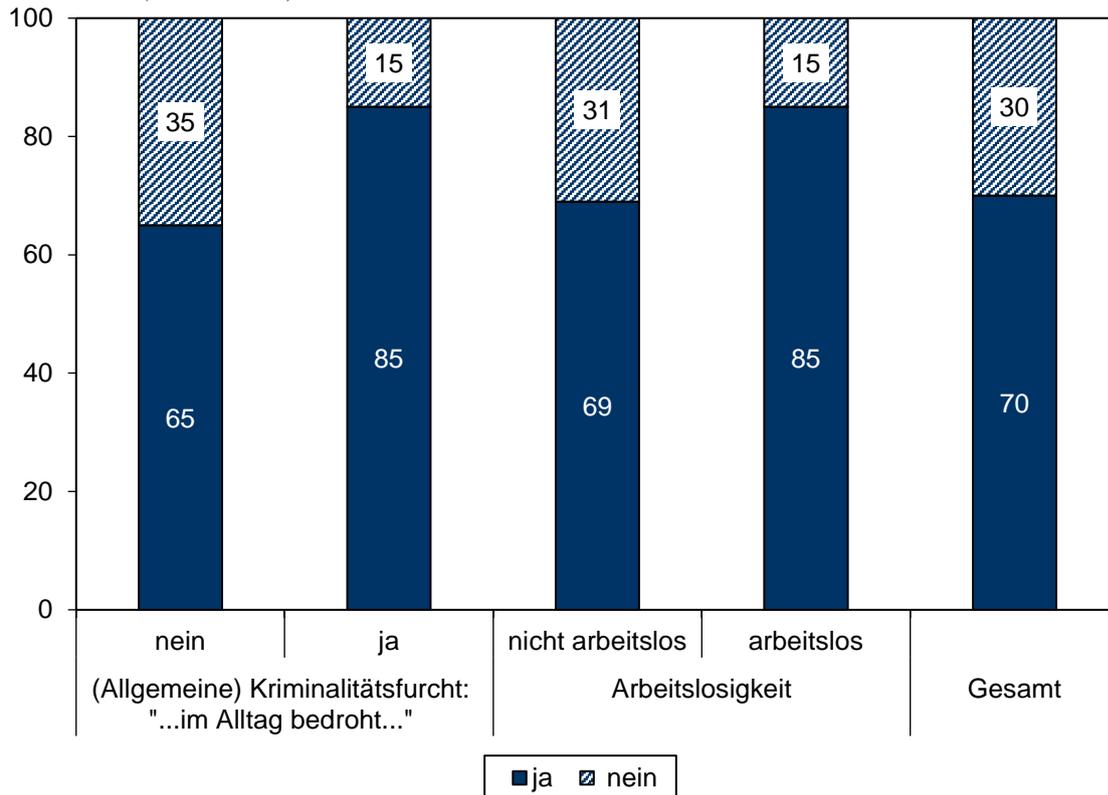
Abb. 26: Wahrnehmung von Flüchtlingen und Asylsuchenden als Gefahr für den sozialen Zusammenhalt
(in Prozent)



Die Sorge vor zunehmender Kriminalität aufgrund der Ankunft der Flüchtlinge und Asylsuchenden benennen am häufigsten Befragte, die sich in ihrem Alltag *allgemein* von Kriminalität bedroht fühlen, sowie arbeitslose Befragte, bei denen Kriminalitätsfurcht im Übrigen signifikant erhöht ist (Abb. 27). Arbeitslose erkennen Flüchtlinge und Asylsuchende auch am häufigsten als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, während Erwerbstätige, die ihren Arbeitsplatz als sicher einschätzen, diese Konkurrenz signifikant seltener

wahrnehmen (Abb. 28). Die Wahrnehmung von Flüchtlingen und Asylsuchenden als Ursache eines „zu stark werdenden Einflusses“ des Islams (Abb. 29) hängt wiederum entscheidend von der generellen Einstellung gegenüber Muslim_innen und dem Islam ab (vgl. Kapitel III.5). Gegenüber deutschlandweiten Befragungsdaten erscheint die islambezogene Sorge der Thüringer_innen erhöht (vgl. ZEIT 2016).

Abb. 27: Wahrnehmung von Flüchtlingen und Asylsuchenden als Ursache zunehmender Kriminalität
(in Prozent)



Eine Verkürzung der Wahrnehmung der Sorgen und Chancen auf „absolute Ablehnung“ vs. „bedingungslose Zustimmung“ ist kontrafaktisch und suggeriert unangemessen eine Polarisierung der gesellschaftlichen Debatte. In den Einstellungen gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen und den konkreten Aussagen zur Asylpolitik kommt eine *ambivalente Haltung* vieler Befragten zum Ausdruck, bei der sich eine prinzipielle Befürwortung der humanitären Hilfe und die individuelle Bereitschaft zum Engagement für Flüchtlinge mit deutlichen Forderungen nach strikteren staatlichen Steuerungs- und Begrenzungsmaßnahmen in der Asylpolitik verbinden. Die bisherige Asylpolitik der Bundesregierung bewertet die deutliche Mehrheit der Thüringer_innen negativ (Abb. 30). Dies entspricht dem Meinungsklima in der Bundesrepublik: Auch in zurückliegenden deutschlandweiten Befragungen kritisierten deutliche Mehrheiten die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung (Köcher 2016a).

Abb. 28: *Wahrnehmung von Flüchtlingen und Asylsuchenden als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt*
(in Prozent)

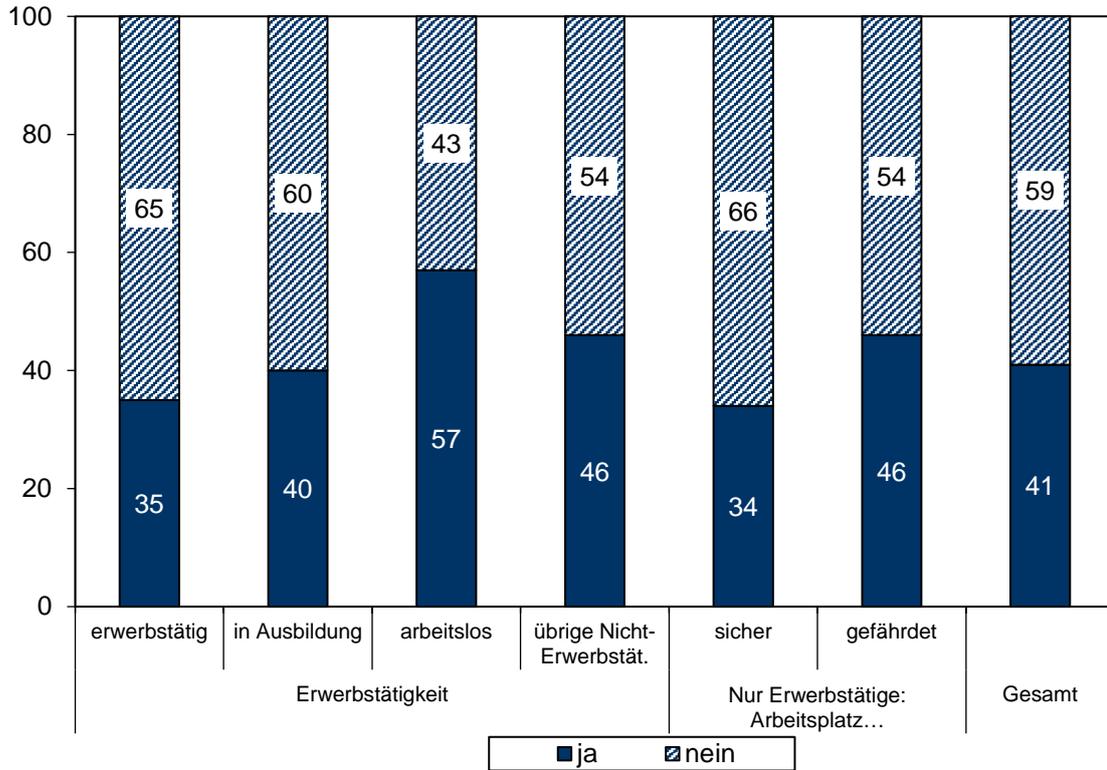
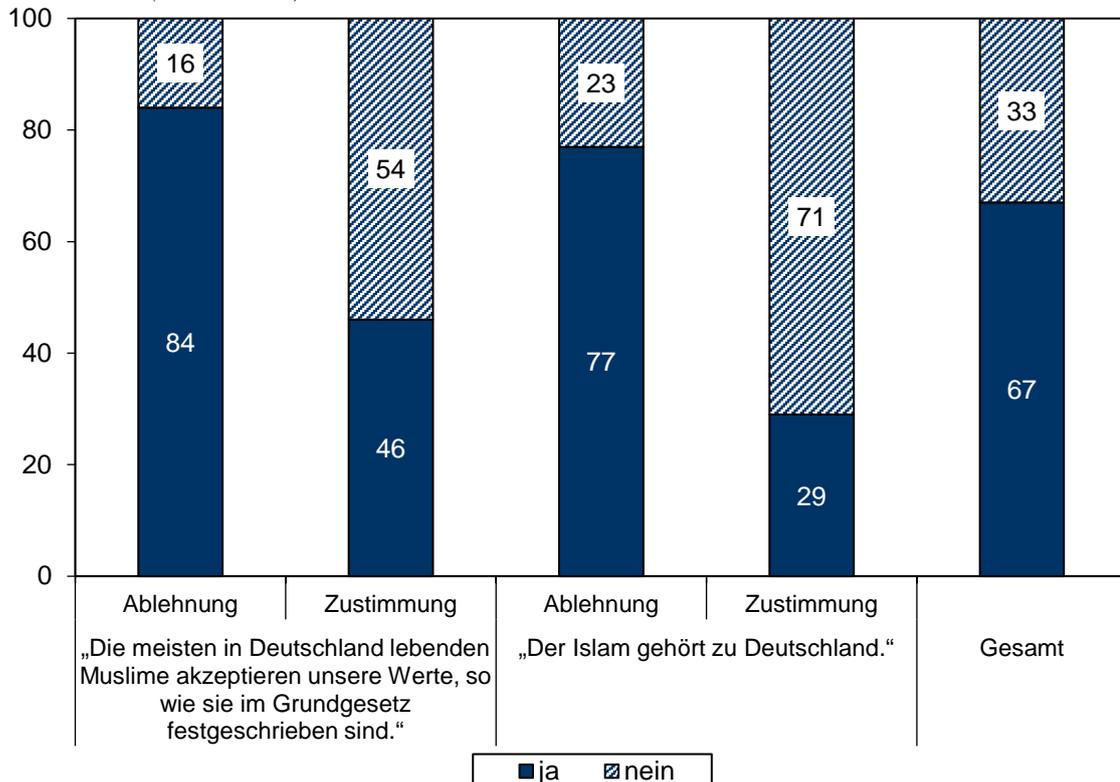


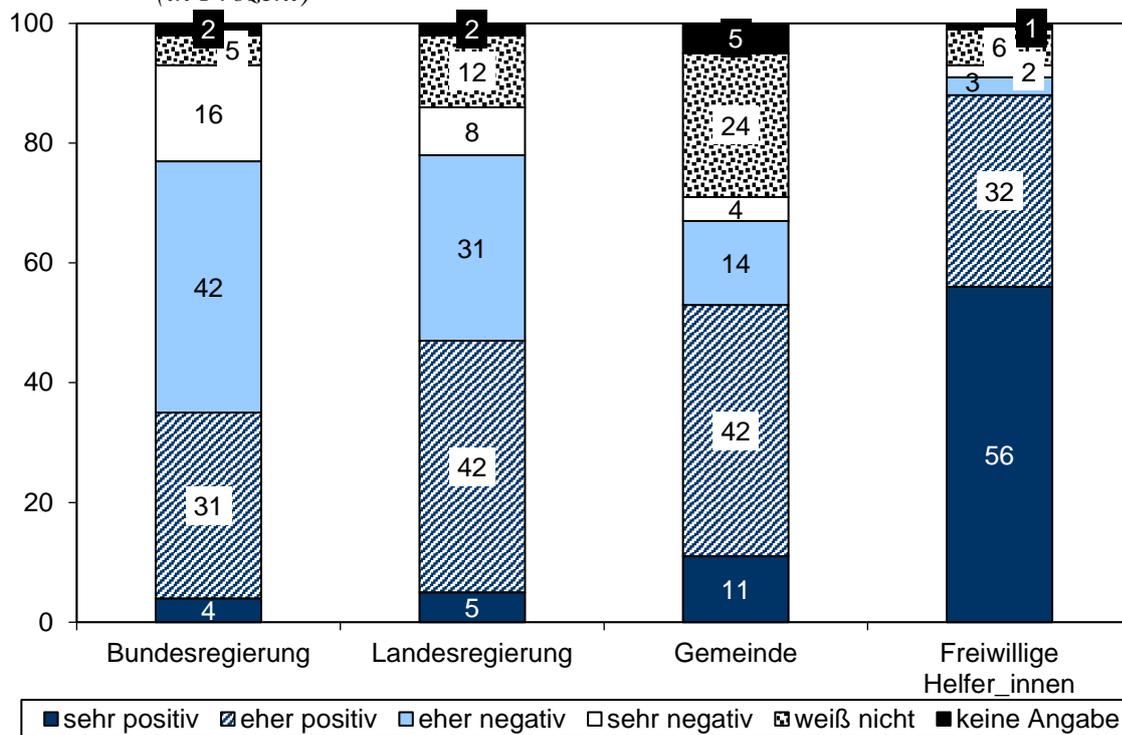
Abb. 29: *Wahrnehmung von Flüchtlingen und Asylsuchenden als Ursache eines „zu stark werdenden Einflusses“ des Islams*
(in Prozent)



Die kritische Einschätzung der Arbeit der Bundesregierung ist durch die Befürchtungen der Thüringer_innen (s.o.) fundiert, variiert jedoch relativ gering zwischen verschiedenen soziodemographischen Befragtengruppen. Allerdings nehmen Auszubildende eine vergleichsweise günstige Bewertung vor (42 Prozent „eher negativ / sehr negativ“), Arbeitslose hingegen eine besonders ungünstige (87 Prozent). Die Arbeit der Landesregierung wird von den Befragten mehrheitlich positiv bewertet, allerdings wussten zwölf Prozent der Befragten hier keine Antwort. Erneut urteilen Auszubildende besonders positiv, Arbeitslose besonders negativ. Weit überwiegend positiv beurteilt wird die Arbeit der Gemeinden, auffällig ist hier aber der Anteil von 30 Prozent der Befragten, die keine Antwort geben konnten oder wollten. Dies verweist auf ein großes Informationsdefizit bei der Bevölkerung hinsichtlich der lokalen Flüchtlingssituation, das wiederum einen Nährboden für Misstrauen, Unsicherheiten und Ängste bietet.

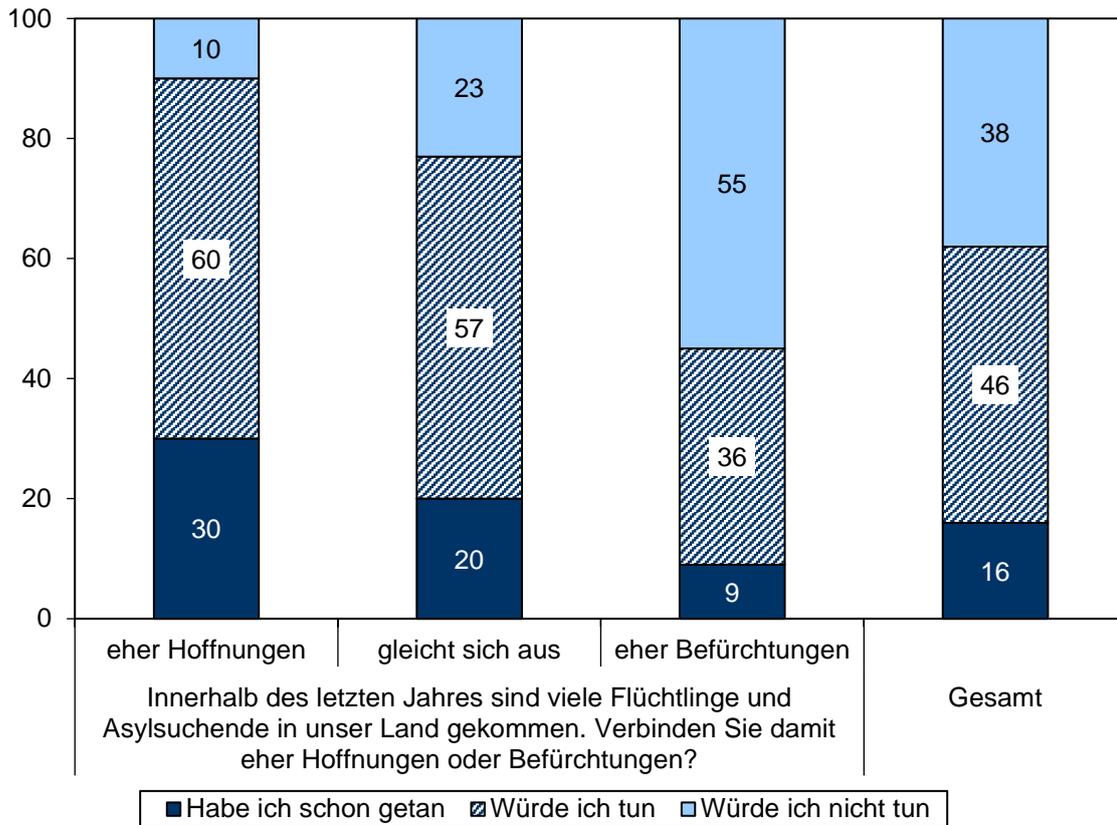
Abb. 30: Bewertung der Arbeit der Bundesregierung, Landesregierung, Gemeinde in der aktuellen Flüchtlingspolitik / Bewertung der Arbeit der freiwilligen Helfer_innen für die Flüchtlinge

(in Prozent)



Am positivsten bewerten die Thüringer_innen die Arbeit der freiwilligen Helfer_innen für die Flüchtlinge: Fast neun von zehn Befragten finden dafür Anerkennung, darunter auch viele Befragte, die dem Asylkurs und auch den Flüchtlingen und Asylsuchenden selbst skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen. Auch zu einem eigenen Engagement für Flüchtlinge und Asylsuchende bekennt sich eine deutliche Mehrheit der Befragten (Abb. 31), ca. jede_r Sechste gibt an, bereits geholfen zu haben. Gegenüber der Messung im Vorjahr ist dabei keine signifikante Veränderung eingetreten (vgl. TM 2015: 123). Besonders ausgeprägt ist die Hilfsbereitschaft unter höherqualifizierten, jungen und in Ausbildung befindlichen Befragten.

Abb. 31: Engagement für Flüchtlinge und Asylsuchende (in Prozent)



Da die Asyl- und Flüchtlingsthematik besonders durch die mediale Berichterstattung und die sich daran anlehenden Diskurse geprägt ist, wurde im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR neben dem Vertrauen in die Medien (vgl. Kapitel IV.2) auch nach dem Eindruck gefragt, „dass die Medien in Deutschland einseitig berichten und von der Politik gelenkt werden“. Außerdem wurde um Zustimmung oder Ablehnung der folgenden Aussage gebeten: „Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.“ Beide Aspekte wurden in der Befragung bewusst nicht mit der Asyl- und Flüchtlingsthematik kontextualisiert, doch Befragte, die die Asyl- und Flüchtlingssituation besonders skeptisch, kritisch oder ablehnend bewerten, fühlen sich signifikant häufiger in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt und von den Medien einseitig informiert (Abb. 32, 33). Erwartungsgemäß markant zeigt sich dies bezüglich der Bewertung der Arbeit der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik: Je negativer diese bewertet wird, desto stärker der Eindruck einer einseitigen Berichterstattung und das Gefühl, seiner Kritik nicht in gebührender Weise Ausdruck verleihen zu können.

Abb. 32: Tabus der Meinungsäußerung im Zusammenhang mit dem Asylthema (in Prozent)

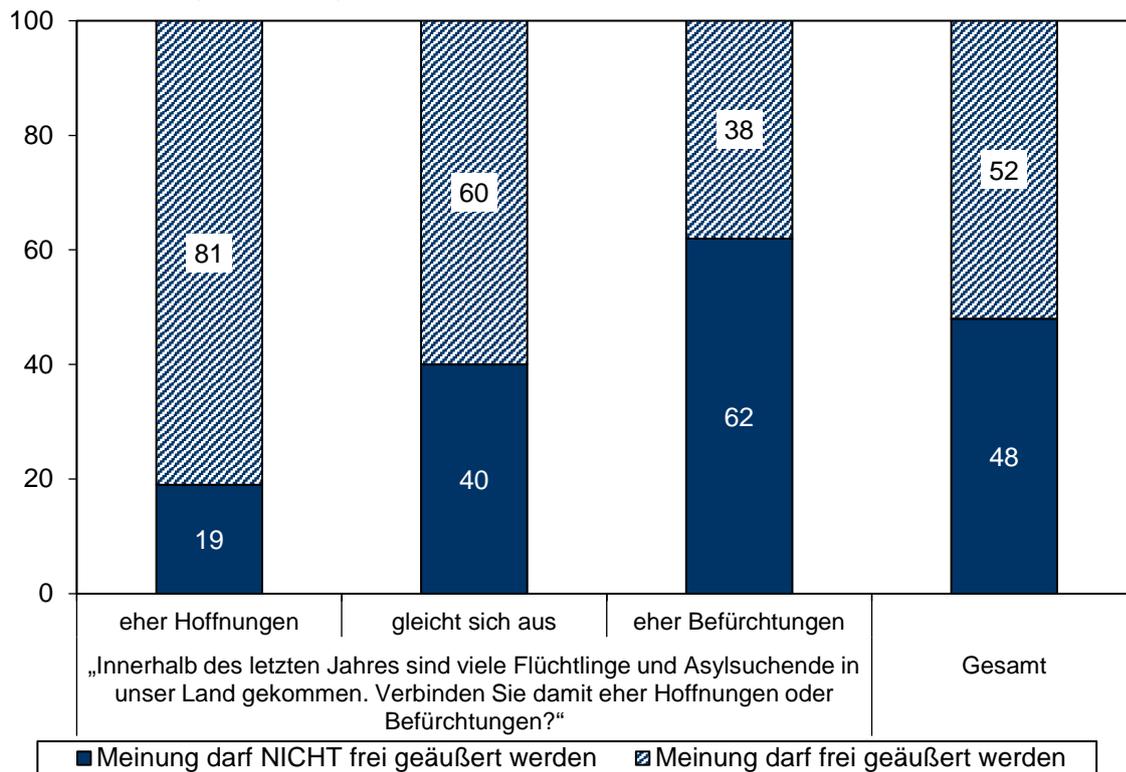
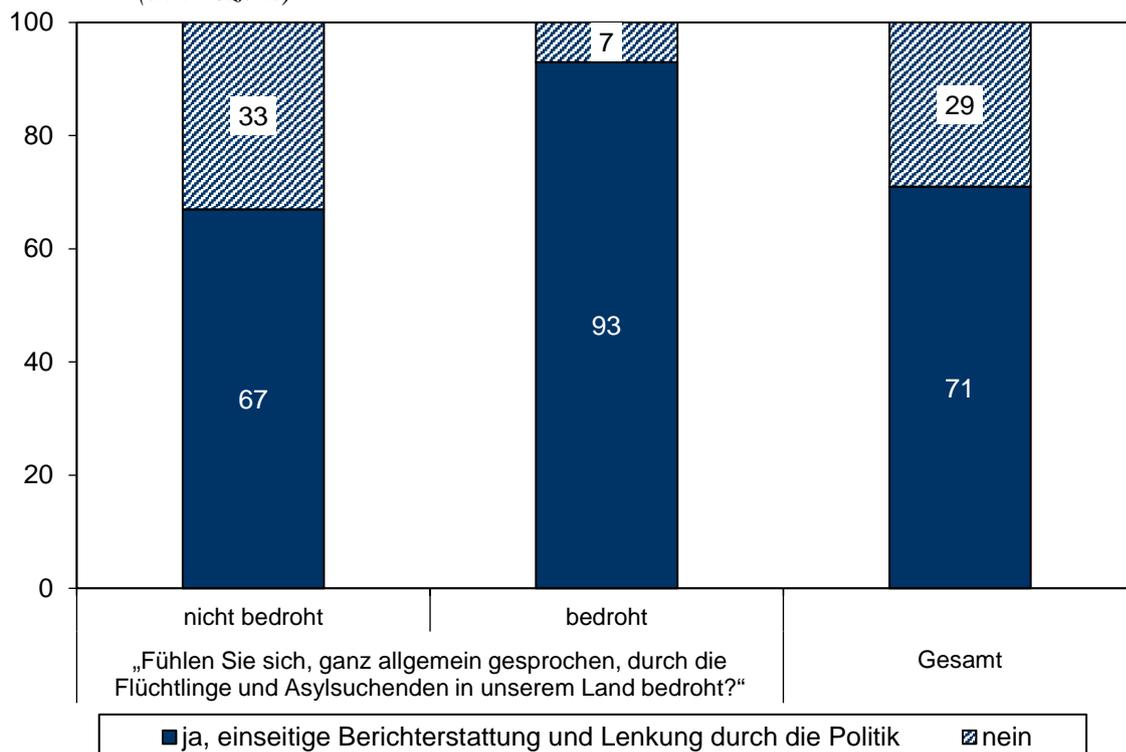


Abb. 33: „Einseitige Berichterstattung“ der Medien im Zusammenhang mit dem Asylthema (in Prozent)



2. Einstellungen gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen, Aussagen zur Ausgestaltung der Asylpolitik

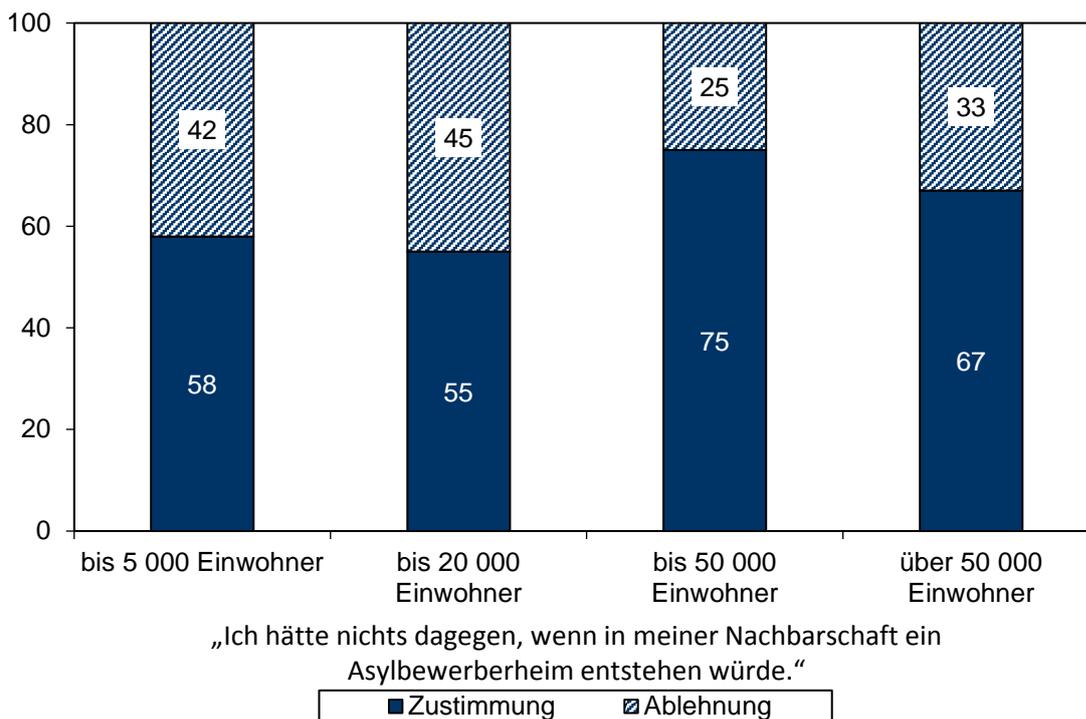
Einstellungen gegenüber Asylsuchenden werden im THÜRINGEN-MONITOR erstmals 2013 gemessen. 2015 wurden drei Aussagen zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt, die sich mit der Unterbringung der Asylsuchenden getrennt von der Bevölkerung, mit der „großzügigen“ Prüfung von Asylanträgen durch den Staat sowie mit der Annahme beschäftigen, dass „die meisten Asylbewerber ... nicht wirklich“ befürchten, „in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“. Da diese Aussagen auf die Isolation und Abweisung von Asylsuchenden abzielen bzw. der Verdacht auf verbreiteten „Asylbetrug“ mitschwingt, dienen sie als Indikatoren für asylbewerberfeindliche bzw. -skeptische Einstellungen (TM 2015: 92 ff.). *Im Ausmaß der Zustimmung oder Ablehnung der drei Aussagen sind keine signifikanten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr eingetreten* (Abb. 34).

Abb. 34: Aussagen zu Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie zur Asylpolitik
(Zustimmung in Prozent)

	2016	2015
„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“	56	55
„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.“	27	30
„Asylbewerber sollten von der übrigen Bevölkerung getrennt untergebracht werden.“	14	18
„Ich hätte nichts dagegen, wenn in meiner Nachbarschaft ein Asylbewerberheim entstehen würde.“	62	57
„Für Flüchtlinge und Asylsuchende sollten legale Möglichkeiten zur Einreise nach Deutschland geschaffen werden.“	79	-
„Es sollte eine nationale Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden eingeführt werden.“	72	-
„Asylsuchende, deren Antrag auf Asyl abgelehnt wurde, sollten ohne Ausnahme abgeschoben werden.“	81	-
„Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“	67	-
„Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.“	58	-
„Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.“	96	-
„Die Behörden tun genug, um Ausländer und Flüchtlinge vor fremdenfeindlichen Übergriffen zu schützen.“	51	-

56 Prozent der Befragten sprechen der Mehrheit der Asylsuchenden ab, triftige Asylgründe vorweisen zu können. (Dies ist aber der entsprechende Anteil an Befragten mit gültiger Antwort. Auf die Frage nach der Verfolgung der Asylsuchenden in ihren Heimatländern antworteten 18 Prozent aller Befragten mit „weiß nicht“.) 73 Prozent der Befragten lehnen eine großzügige Prüfung von Asylanträgen ab, allerdings befürworten nur 14 Prozent eine von der Bevölkerung getrennte Unterbringung der Flüchtlinge und Asylsuchenden. Damit korrespondiert auch die mehrheitliche Akzeptanz eines potenziellen Asylbewerberheimes in der Nachbarschaft, die gegenüber 2015 sogar leicht erhöht zu sein scheint, allerdings ist diese Erhöhung statistisch nicht signifikant. Es verbleibt eine große Minderheit, die eine bevölkerungsnaher Unterbringung der Flüchtlinge und Asylsuchenden offenbar nach dem Sankt-Florians-Prinzip gelöst sehen möchte. Auch Befragte aus Wohnorten mit geringerer Einwohnerzahl (einschließlich der Kleinstädte) akzeptieren mehrheitlich ein potenzielles Asylbewerberheim in der Nachbarschaft, allerdings ist die Akzeptanz bei Befragten aus Mittel- und Großstädten signifikant höher (Abb. 35).

Abb. 35: Akzeptanz von Asylbewerberheimen in der eigenen Nachbarschaft nach Ortsgröße
(in Prozent)



Sieben weitere Aussagen thematisieren die Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen, aus deren Zustimmung vor allem die mehrheitliche Forderung einer restriktiven und konsequenten Asylpolitik abzulesen ist. Zwar befürworten vier von fünf Befragten die Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten, gleichzeitig stimmen allerdings 72 Prozent der Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu; dies entspricht ungefähr einem deutschlandweiten Vergleichswert aus dem März 2016 (infratest dimap 2016). 81 Prozent fordern die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber_innen, wobei diese Forderung signifikant mit einer generellen Skepsis gegenüber dem Zutreffen der Asylgründe korreliert (Abb. 36). Zwei Drittel der

Befragten sehen für die Flüchtlinge keine dauerhafte Bleibeperspektive und sind der Meinung, dass diese wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten, sobald Krieg und Verfolgung beendet sind (vgl. Abb. 37).

Abb. 36: „Asylsuchende, deren Antrag auf Asyl abgelehnt wurde, sollten ohne Ausnahme abgeschoben werden.“

(in Prozent)

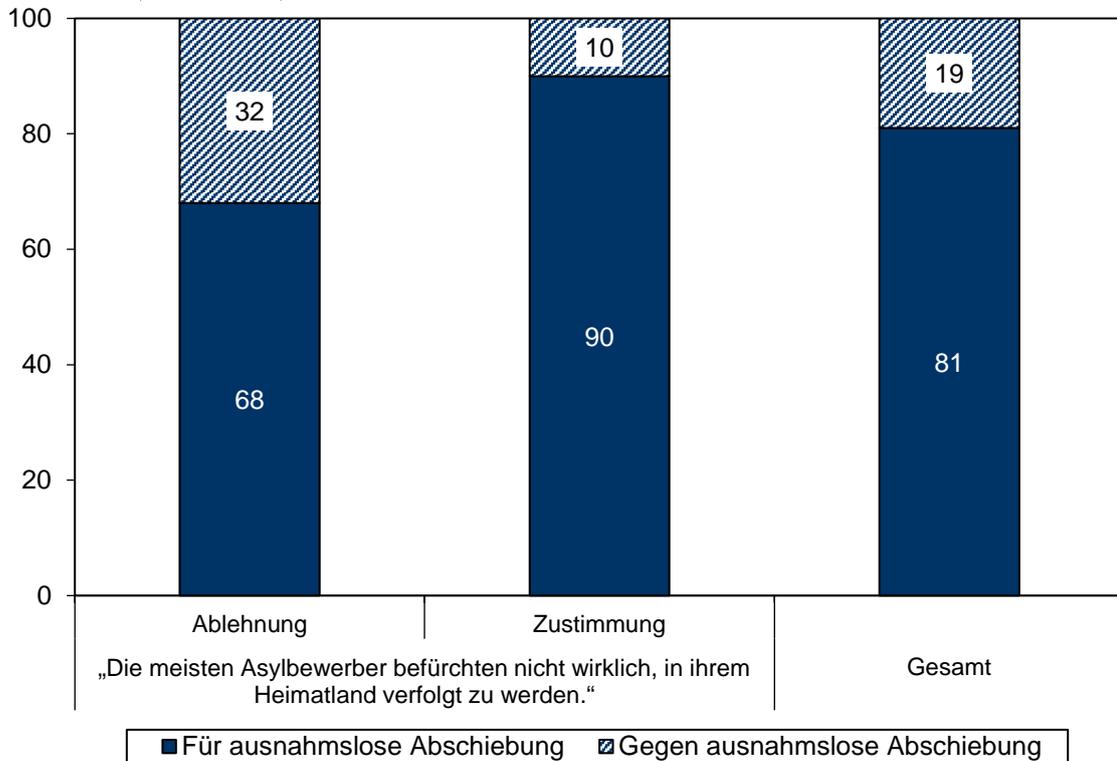
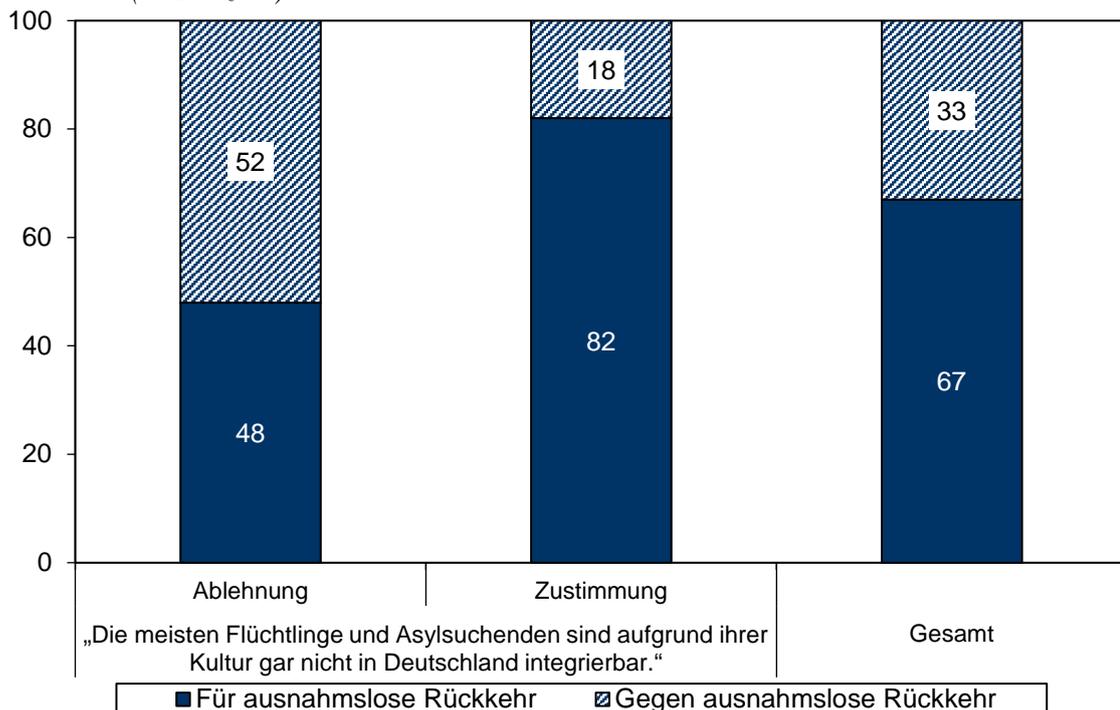


Abb. 37: „Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“

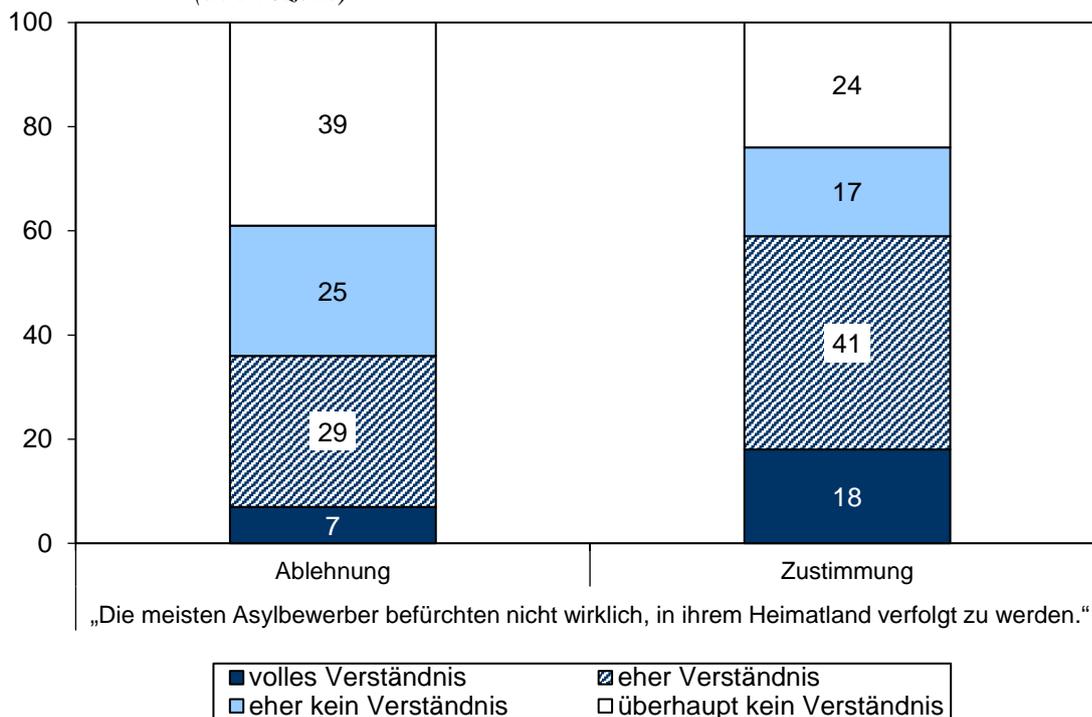
(in Prozent)



Eher skeptisch zeigen sich die Befragten nämlich hinsichtlich der Integrationsfähigkeit der Flüchtlinge: 58 Prozent gehen von unüberwindbaren kulturellen Unterschieden aus. Paradox erscheint in diesem Zusammenhang jedoch die fast einstimmige Meinung, „alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden“ (96 Prozent Zustimmung). Dieses Antwortverhalten verweist auf klare Vorstellungen, die die Thüringer_innen von den Bedingungen für eine gelingende Integration von Zuwandernden haben, selbst wenn sie gegenüber dieser Zuwanderung eher skeptisch bis ablehnend eingestellt sind (vgl. Kapitel III.4). Nur die Hälfte der Befragten meint, „die Behörden tun genug, um Ausländer und Flüchtlinge vor fremdenfeindlichen Übergriffen zu schützen.“; auch hier ist der Anteil derer, die sich keine Beurteilung zutrauen, mit neun Prozent relativ hoch.

Für „Proteste gegen Asylbewerberheime oder Flüchtlingsunterkünfte“ haben 49 Prozent der Befragten Verständnis, wenngleich die Bereitschaft, selbst an einer „Protestaktion gegen ein Asylbewerberheim oder eine Flüchtlingsunterkunft“ teilzunehmen (vgl. Kapitel IV.3), nur von acht Prozent der Befragten bekundet wird. Auch 38 Prozent derer, die ein Asylbewerberheim in der eigenen Nachbarschaft akzeptieren würden, äußern Verständnis für die Proteste. Signifikant erhöht ist das Verständnis für Proteste bei Befragten, die den „meisten“ Asylsuchenden pauschal das Zutreffen der Asylgründe absprechen (Abb. 38). Hier deutet sich an, dass gruppenbezogene Ressentiments zur faktischen Entsolidarisierung mit Hilfsbedürftigen führen; Proteste gegen Asylbewerberheime oder Flüchtlingsunterkünfte treffen schließlich jene mit besonderer Härte, deren Asylgründe einwandfrei nachweisbar sind und die sich Zuflucht und Schutz erhoffen.

Abb. 38: *Verständnis für Proteste gegen Asylbewerberheime oder Flüchtlingsunterkünfte*
(in Prozent)

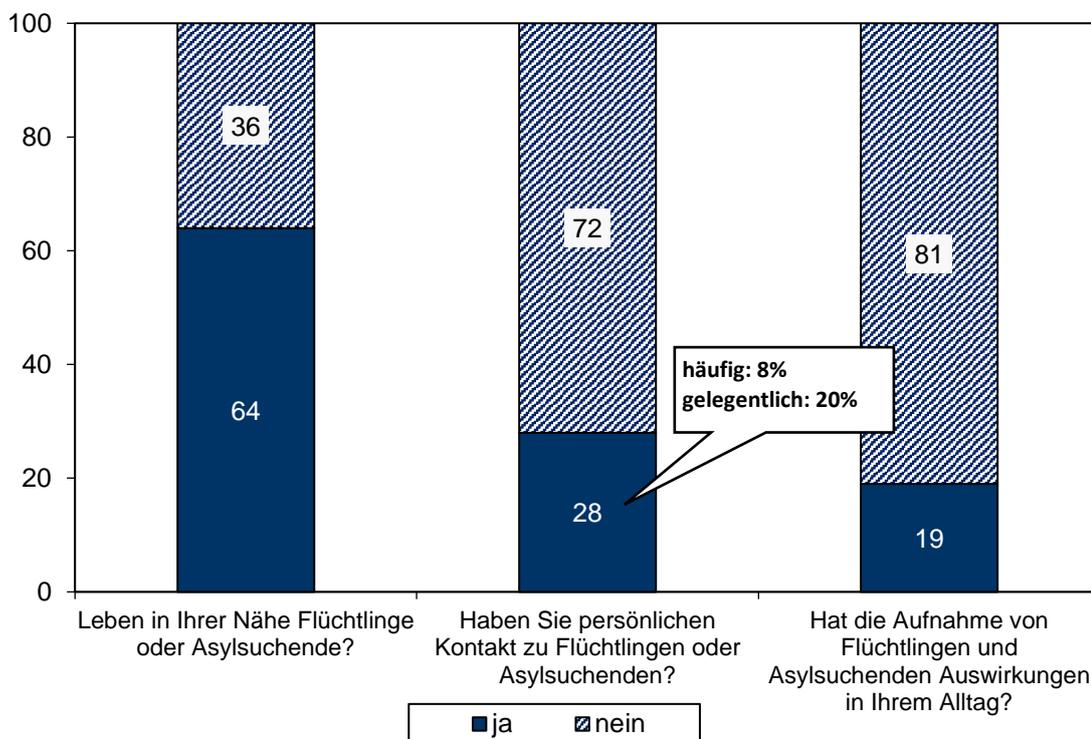


Wie bereits im Vorjahr ist zu konstatieren, dass Befragte, die ihre eigene Situation als günstig einschätzen, höher gebildet, mit der demokratischen Praxis zufrieden und selbst Vertriebene oder Angehörige von Vertriebenen bzw. Migrant_innen sind, signifikant häufiger einer „großzügigen“ Prüfung von Asylanträgen zustimmen bzw. ein Asylbewerberheim in der Nachbarschaft befürworten (vgl. TM 2015: 96f.). Eine selbst oder in der Familie erlebte Vertreibung bzw. Migration hat jedoch *keinen* signifikanten Einfluss auf die Einstellungen zur Abschiebep Praxis oder auf die Auffassung, „die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“

3. Begegnungen und Kontakt mit Flüchtlingen und Asylsuchenden

Von besonderer Relevanz ist, inwieweit die Thüringer_innen selbst in ihrem Alltag von den Auswirkungen der Asyl- und Flüchtlingssituation betroffen sind. Deshalb wurde untersucht, ob in der Nähe der Befragten Flüchtlinge oder Asylsuchende leben, ob zu ihnen Kontakt besteht und wie dieser bewertet wird. Konkret wurde auch nach einer subjektiv empfundenen Bedrohung der Befragten durch Flüchtlinge und Asylsuchende gefragt. Zunächst geben fast zwei Drittel der Befragten an, dass in ihrer Nähe Flüchtlinge und Asylsuchende leben (Abb. 39); gerade einmal ein Prozent der Befragten gab hier keine gültige Antwort.

Abb. 39: Kontakt zu Flüchtlingen und Asylsuchenden
(in Prozent)

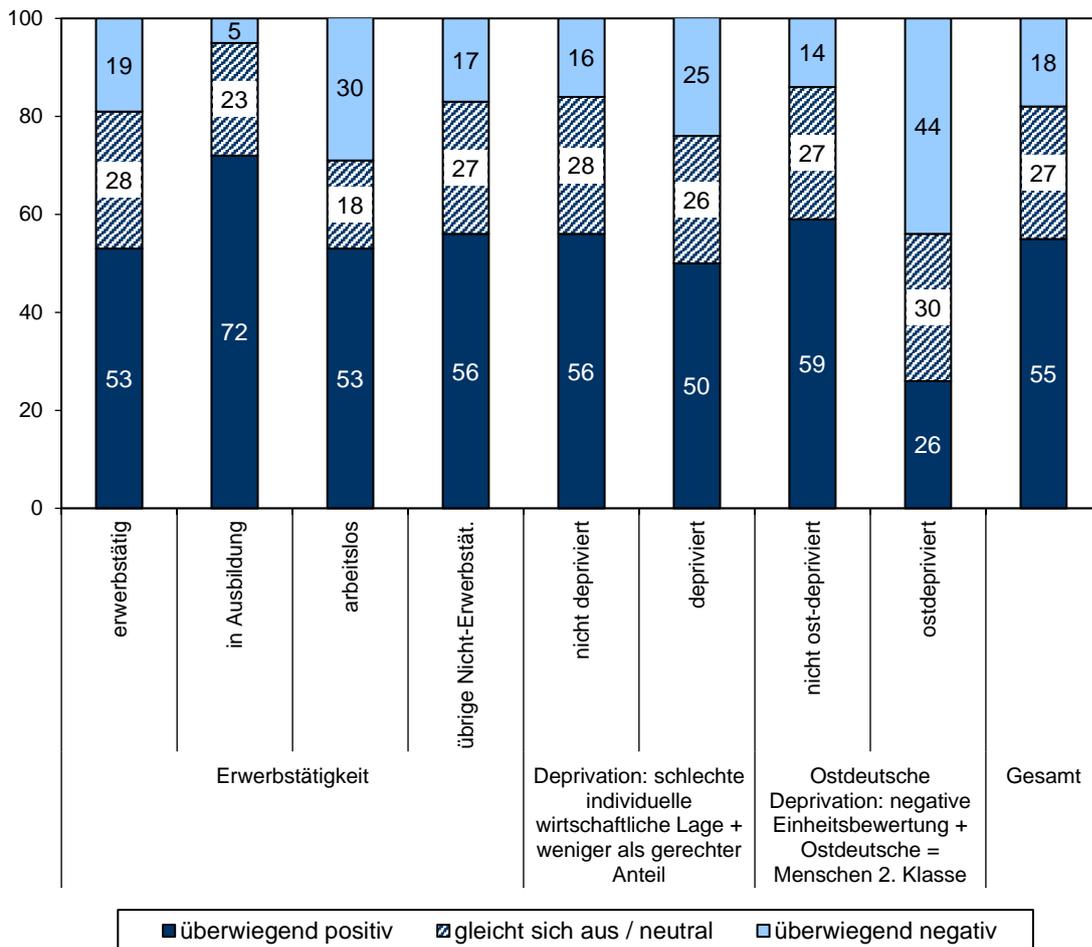


Nur 53 Prozent der Befragten aus Wohnorten mit bis zu 5.000 Einwohnern geben in der Nähe lebende Flüchtlinge und Asylsuchende an, aber jeweils über drei Viertel der Befragten aus Klein- und Mittelstädten mit bis zu 50.000 Einwohnern sowie 68 Prozent der Befragten aus Städten mit größerer Einwohnerzahl. Rentner_innen verneinen signifikant

häufiger, hierbei ist jedoch weniger von einem Kompositionseffekt aufgrund der Siedlungsstruktur Thüringens auszugehen als von einem Informationsdefizit bzw. einem reduzierten Kontakt zu Flüchtlingen in dieser Befragtengruppe. Mehr als ein Viertel der Befragten berichtet solche Kontakte, auch wenn sie für die meisten „gelegentlich“ stattfinden und nur für acht Prozent der Befragten „häufig“. Vier von fünf der älteren Befragten und Rentner_innen haben keinen Kontakt, von „häufigen“ Kontakten berichten indes vor allem Befragte der mittleren Alterskohorten, solche mit höherer Bildung und solche aus Wohnorten mit mehr als 50.000 Einwohner_innen, in denen die Asylsuchenden und Flüchtlinge seit dem letzten Jahr zunehmend auch in Thüringen das Stadtbild prägen. Ungeachtet dessen geben nur 19 Prozent aller Befragten an, dass die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden Auswirkungen in ihrem Alltag hätte; Befragte aus Städten mit 20.000 bis 50.000 Einwohner_innen sogar nur zu neun Prozent, ähnlich wie ältere Befragten und Rentner_innen. Am häufigsten Auswirkungen berichten Befragte im Alter zwischen 18 und 24 Jahren (44 Prozent) sowie Arbeitslose (42 Prozent). Die Art oder Intensität der Kontakte mit Flüchtlingen und Asylsuchenden wurde nicht abgefragt.

Abb. 40: „Welche Empfindungen haben Sie, wenn Sie Flüchtlingen oder Asylsuchenden begegnen?“

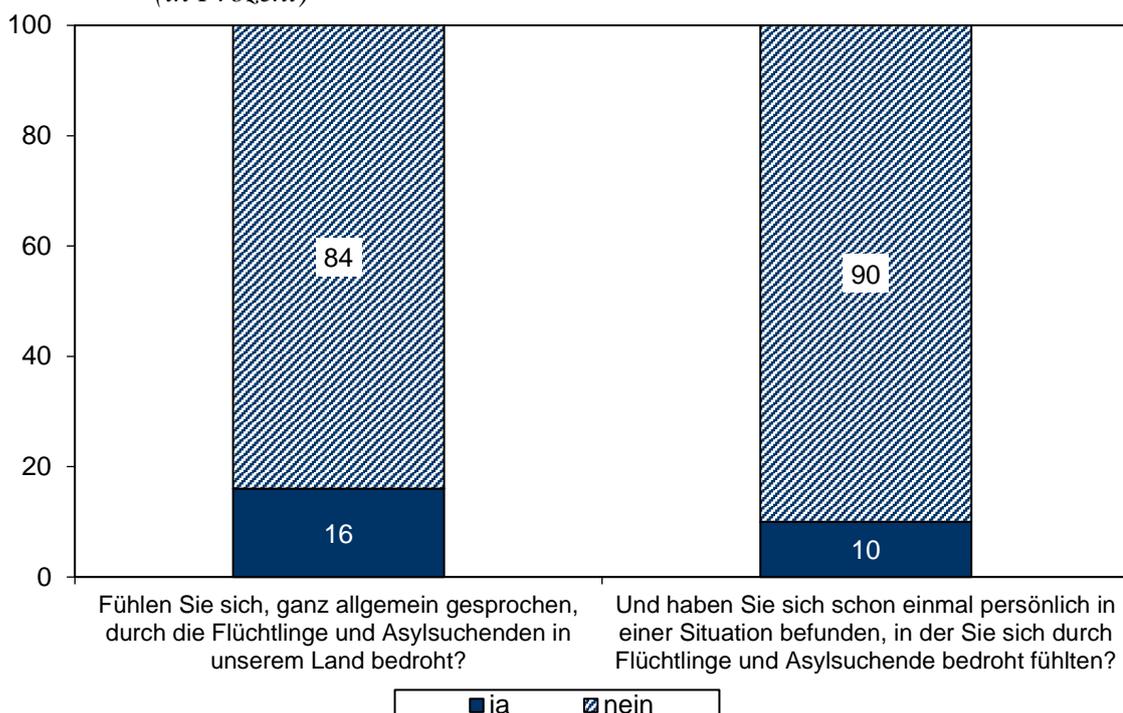
(in Prozent)



Die Empfindungen, die die Befragten bei ihren Begegnungen mit Flüchtlingen oder Asylsuchenden haben, sind überwiegend positiv (Abb. 40). Jüngere, hochqualifizierte, in Ausbildung befindliche Befragte, höhere/leitende Angestellte und Beamt_innen sowie Freiberufler_innen berichten am seltensten negative Empfindungen, Arbeiter_innen und Arbeitslose dagegen am häufigsten. Ein Geschlechtsunterschied, der beispielsweise auf subjektive Unsicherheits- oder Bedrohungsgefühle weiblicher Befragter verwiese, besteht nicht.

Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass eine negative Interpretation dieser Begegnungen zumindest teilweise auf Kalkülen der wahrgenommenen (materiellen und symbolischen) Konkurrenz durch Flüchtlinge fußt: Deprivierte und vor allem ostdeprivierte Befragte haben signifikant häufiger negative und seltener positive Empfindungen. Bemerkenswert ist ein weiterer Befund: Zwischen gesteigerter Kontakthäufigkeit und positiven Empfindungen bei den Begegnungen besteht ein positiver Zusammenhang, paradoxerweise äußern aber auch ein Großteil der Befragten, die angeben, keinen Kontakt zu Flüchtlingen und Asylsuchenden zu haben, sich zu ihren Empfindungen. Noch 48 Prozent von ihnen schildern diese als überwiegend positiv, 32 Prozent als neutral, 20 Prozent als negativ. Hier findet sich also ein Sockelwert der Sympathie bzw. Antipathie, der nicht auf eigener Erfahrung beruht, sondern vielmehr auf medial und diskursiv vermittelten Deutungen und Werturteilen, darunter positive und negative Stereotype. Es ist offenkundig, dass sich dabei auch die von Presse und Politik thematisierten Unsicherheitsszenarien und Bedrohungslagen auf die subjektive Wahrnehmung der Befragten auswirken. So ist der Anteil derer, die sich „ganz allgemein gesprochen durch die Flüchtlinge und Asylsuchenden in unserem Land bedroht“ fühlen, signifikant höher als der Anteil derer, die sich schon einmal persönlich in einer Situation befanden, in der sie sich „durch Flüchtlinge und Asylsuchende bedroht fühlten“ (Abb. 41).

Abb. 41: *Subjektive Bedrohung durch Flüchtlinge und Asylsuchende*
(in Prozent)



Zwar steigt die Bejahung einer allgemeinen Bedrohung bei Befragten mit persönlich erlebter Bedrohung auf 55 Prozent an, allerdings gründen zwei Drittel der Befragten, die sich allgemein bedroht fühlen (d.h. ein Zehntel aller Befragten!), dieses Gefühl nicht auf eine dementsprechende persönliche Erfahrung. Sowohl allgemein bedroht als auch in einer persönlich erlebten Situation der Bedrohung ausgesetzt sieht sich auch ein Teil jener Befragten, die den Kontakt zu Flüchtlinge und Asylsuchenden verneinen. Hier dürfte vor allem die Absicht der Kontaktvermeidung gemeint sein, weniger die tatsächliche Kontakterfahrung.

Abb. 42: Gefühlte Bedrohung durch Flüchtlinge oder Asylsuchende
(in Prozent)

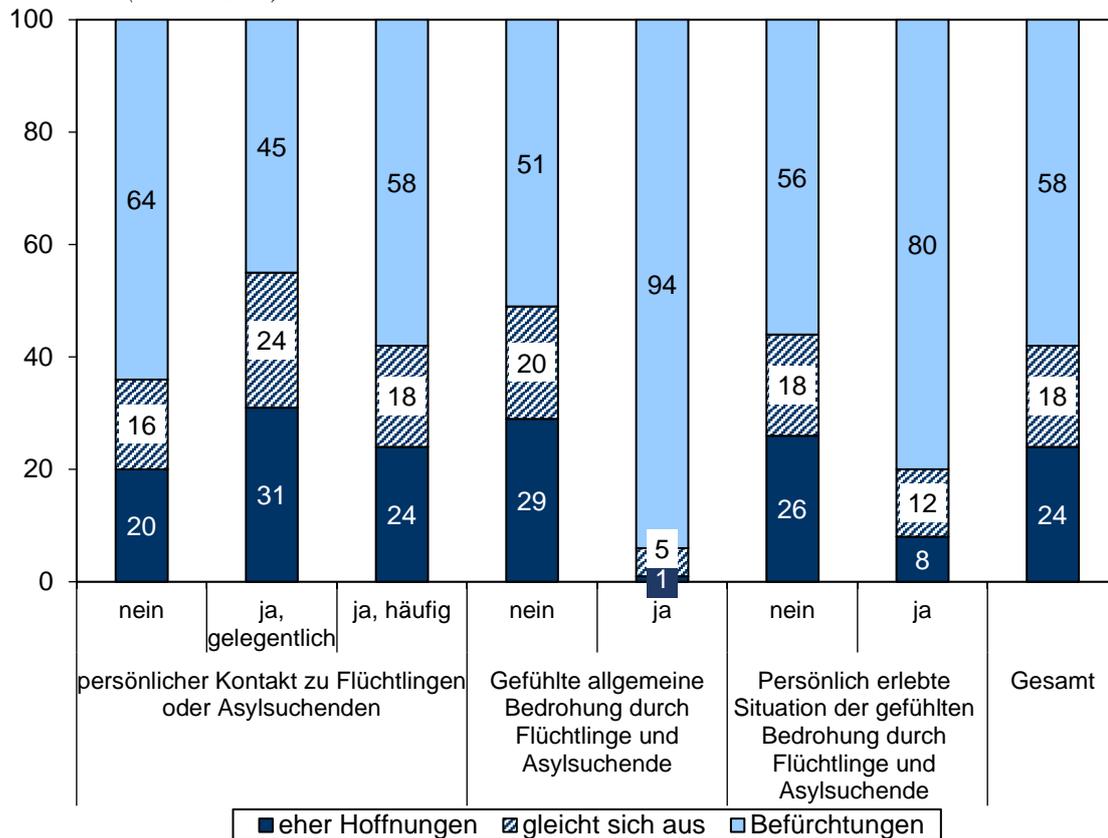
		Alter					Deprivation: schlechte individuelle wirtschaftliche Lage + weniger als gerechter Anteil		Ostdeutsche Deprivation: negative Einheitsbewertung + Ostdeutsche = Menschen 2. Klasse		Gesamt
		18-24	25-34	35-44	45-59	60+	nicht depriviert	depriviert	nicht ost-depriviert	ost-depriviert	
Fühlen Sie sich, ganz allgemein gesprochen , durch die Flüchtlinge und Asylsuchenden in unserem Land bedroht?	nein	73	82	82	85	87	86	77	84	81	84
	ja	27	18	18	15	13	14	23	16	19	16
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Und haben Sie sich schon einmal persönlich in einer Situation befunden , in der Sie sich durch Flüchtlinge und Asylsuchende bedroht fühlen?	nein	88	89	87	87	94	92	84	90	88	90
	ja	13	11	13	13	6	8	16	10	12	10
	Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Die gefühlte allgemeine Bedrohung wird besonders häufig von jungen Befragten (Abb. 42) bzw. Arbeiter_innen benannt, signifikant seltener von Höherqualifizierten und Auszubildenden. Hinsichtlich der persönlich erlebten bedrohlichen Situation variiert das Antwortverhalten indessen kaum nach soziodemographischen Befragtenmerkmalen, allerdings berichten 23 Prozent der höheren/leitenden Angestellten und Beamt_innen von einer solchen Situation. Trotz der Tatsache, dass viele Personen dieser Kategorie beruflich mit Flüchtlingen und Asylsuchenden in Kontakt kommen, scheint dieser erhöhte Anteilswert erklärungsbedürftig, allzumal nur neun Prozent der höheren/leitenden Angestellten und Beamt_innen „häufigen“ Kontakt zu Asylsuchenden berichten. Die individuelle relative Benachteiligung der Befragten hat eine signifikante Auswirkung auf die Wahrnehmung von Flüchtlingen oder Asylsuchenden als allgemeine und konkrete Bedrohung, die kollektive (ostdeutsche) Deprivation jedoch nicht. Besonders Arbeitslose erkennen in Asylsuchenden eine allgemeine Bedrohung – vornehmlich wohl als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Der Kontakt zu Flüchtlingen und die Einschätzung der subjektiven Bedrohung korrelieren signifikant mit der globalen Bewertung der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden (Abb. 43, vgl. auch Kapitel III.1). Befragte, die Kontakte zu Flüchtlingen haben, neigen insgesamt eher zu „Hoffnungen“ und seltener zu „Befürchtungen“ als Befragte ohne Kontakte. Allerdings haben Befragte mit „gelegentlichen“ Kontakten signifikant seltener „Befürchtungen“ als Befragte, die „häufige“ Kontakte berichten. Entscheidend ist demnach, wie sich die Kontakte zu Flüchtlingen konkret gestalten und wie sie von den Befragten interpretiert werden. Unter ungünstigen Umständen

steigt mit zunehmender Kontakthäufigkeit nämlich auch die subjektiv empfundene Bedrohung. (Zum Zusammenhang zwischen dem Kontakt zu Flüchtlingen und rechtsextremen Einstellungen vgl. Kapitel IV.4.)

Abb. 43: Hoffnungen oder Befürchtungen angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden: Persönlicher Kontakt, subjektiv empfundene Bedrohung

(in Prozent)

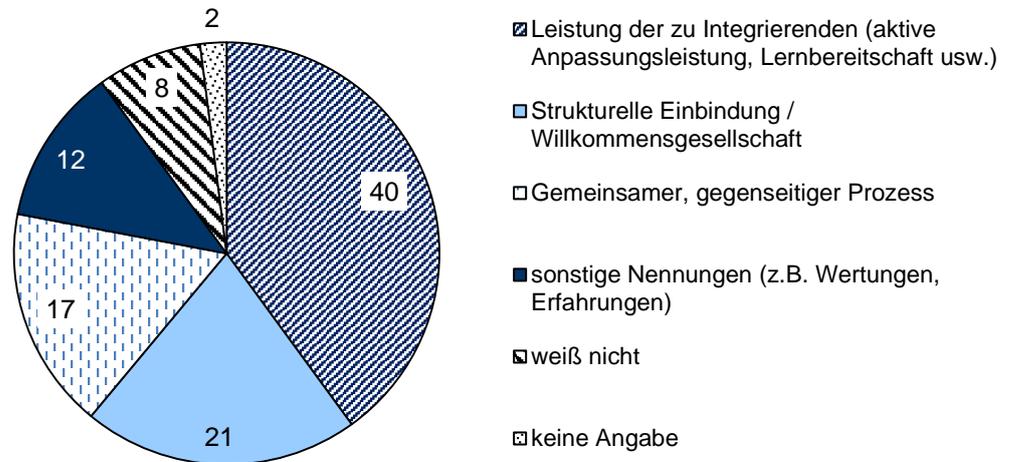


4. Einstellungen zu Migration und Integration

Um das Spektrum unterschiedlicher Vorstellungen von Integration abbilden zu können, baten wir die Befragten, zunächst mit eigenen Worten auszudrücken, was sie mit dem Begriff „Integration“ verbinden.¹⁷ Es ist auffällig, dass viele der Befragten konkrete Erwartungen und Forderungen sowohl an die Zuwandernden als auch an die Zielgesellschaft formulierten, anstatt z. B. Werturteile, abstrakte Begriffseinordnungen oder Beschreibungen vorzunehmen. Besonders häufig genannt wird eine aktive Anpassungsleistung an die deutsche Gesellschaft, deren grundsätzliche Voraussetzung das Erlernen der deutschen Sprache und die Akzeptanz „unserer“ Wertvorstellungen, kultureller Gepflogenheiten und demokratischer Rechtsnormen sei (vgl. Abb. 44). Oft wird aber auch betont, dass Integration ein Prozess sei, in dem Akzeptanz, gegenseitiges Entgegenkommen

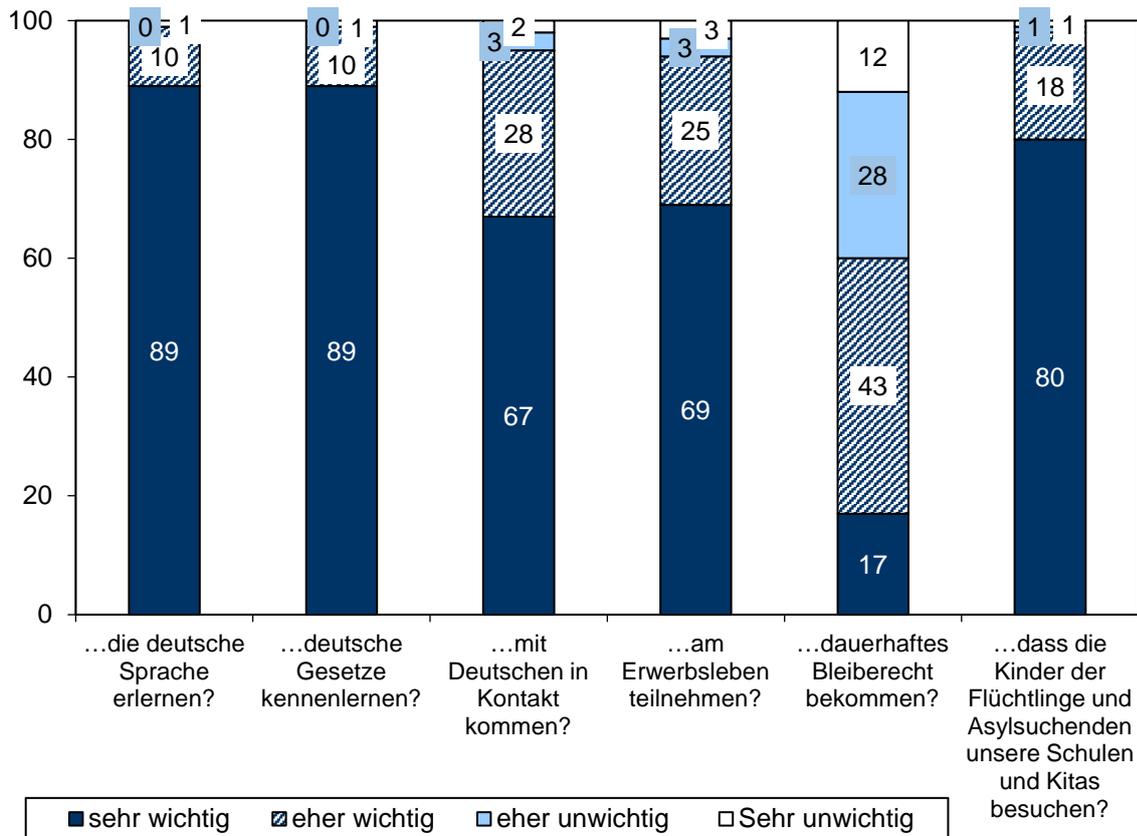
¹⁷ Aus forschungsökonomischen Gründen wurde diese offene Frage nur an zufällig ausgewählte 50 Prozent der Befragten gerichtet.

Abb. 45: *Assoziationen mit dem Begriff „Integration“*
(offene Nennungen zu Kategorien zusammengefasst /
Häufigkeit der Nennungen in Prozent)



Die Problematik der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen und die Integrationsthematik stehen in einem engen Zusammenhang. Zwar sieht eine Mehrheit der Befragten keine längerfristige Bleibeperspektive für Asylsuchende und ist bezüglich der Integrationsfähigkeit der meisten Flüchtlinge – sei es aufgrund kultureller Differenzen oder mangelnder Qualifikationen – skeptisch (Kapitel III.2). Dennoch gibt es klare Vorstellungen, welche Aspekte wichtig für die Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden wichtig sind. Der Aussage „Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.“ stimmten 96 Prozent der Befragten zu. So verwundert es nicht, dass neun von zehn Befragten der Auffassung sind, dass es sehr wichtig sei, dass Asylsuchende und Flüchtlinge die deutsche Sprache erlernen und deutsche Gesetze kennenlernen (Abb. 46). Den Kontakt zu Deutschen und die Teilnahme am Erwerbsleben beurteilen deutlich weniger, aber immer noch zwei von drei Befragten als sehr wichtig für die Integration; nur fünf bzw. sechs Prozent der Befragten betrachten diese Aspekte als „eher unwichtig“ oder „sehr unwichtig.“ Von einer Mehrheit von 60 Prozent der Befragten wird auch ein dauerhaftes Bleiberecht als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ beurteilt. Allerdings verweisen der markant niedrige Anteilswert der Antwortmöglichkeit „sehr wichtig“ von 17 Prozent und die relativ hohen Anteilswerte der Antwortmöglichkeiten „eher unwichtig“ und „sehr unwichtig“ auf die bereits diskutierte Mehrheitsmeinung, alle Asylsuchende und Flüchtlinge sollten nach dem Wegfall der Asylgründe in ihre Heimatländer zurückkehren. Da dies jedoch mit einem dauerhaften Bleiberecht kollidiert, lässt sich an dieser Stelle erneut ein widersprüchliches Einstellungsmuster erkennen. Bei der Einschätzung der Wichtigkeit eines dauerhaften Bleiberechtes konnten oder wollten sieben Prozent der Befragten keine Antwort geben, bei der Einschätzung der Wichtigkeit der anderen Aspekte lag der Anteil der Antwortverweigerung lediglich bei ein bis zwei Prozenten. Vier von fünf Befragten betrachten es als sehr wichtig, „dass die Kinder der Asylsuchenden und Flüchtlinge unsere Schulen und Kitas besuchen“; dieser hohe Anteilswert korrespondiert mit der Priorität, die die Befragten dem Spracherwerb, der Akkulturation und der Normakzeptanz bzw. Normkonformität einräumen.

Abb. 46: *Aspekte der Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen*
(in Prozent)



Ob ein dauerhaftes Bleiberecht für die Integration als wichtig eingeschätzt wird, hängt stark davon ab, inwieweit den Flüchtlingen eine Integrationsfähigkeit in die deutsche Gesellschaft zu- oder abgesprochen wird. Die Mehrheit der Befragten, die der Aussage zustimmen, „die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar“, betrachtet das dauerhafte Bleiberecht als unwichtig. Ein signifikanter Zusammenhang besteht auch zwischen der Einschätzung des dauerhaften Bleiberechts als „unwichtig“ und der Zustimmung zur Aussage über eine „gefährliche Überfremdung“ der Bundesrepublik (Abb. 47). Die Beurteilung der Wichtigkeit der Teilnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen am Erwerbsleben wird durch die Sorge über die Konkurrenz am Arbeitsmarkt beeinflusst (Abb. 48). Doch auch Arbeitslose und solche Berufstätige, die ihren Arbeitsplatz als unsicher einschätzen, erkennen die Relevanz der Berufstätigkeit der Asylsuchenden und Flüchtlinge fast uneingeschränkt; ihre persönliche Prekarität verweist schließlich auf die integrative Bedeutung einer Berufstätigkeit. Allerdings geben markante zwölf Prozent der höheren / leitenden Angestellten an, die Teilnahme am Erwerbsleben sei „sehr unwichtig“ für die Integration der Asylsuchenden und Flüchtlinge.

Abb. 47: *Wichtigkeit des dauerhaften Bleiberechts für die Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen*
(in Prozent)

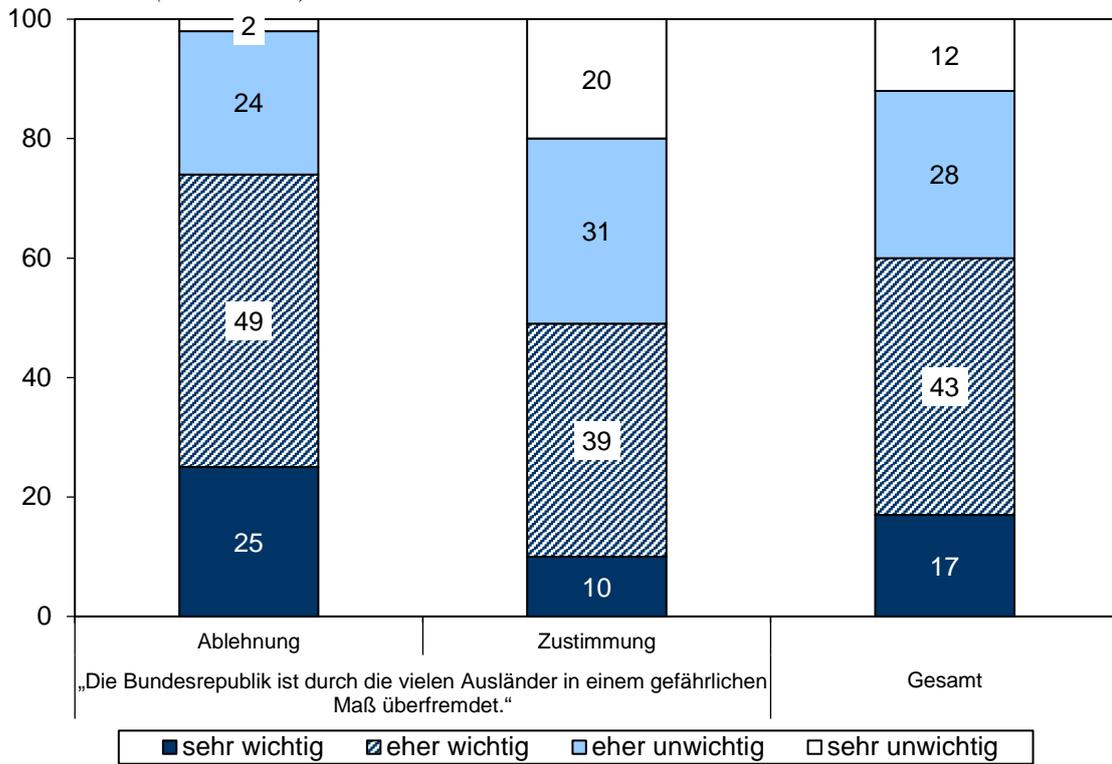
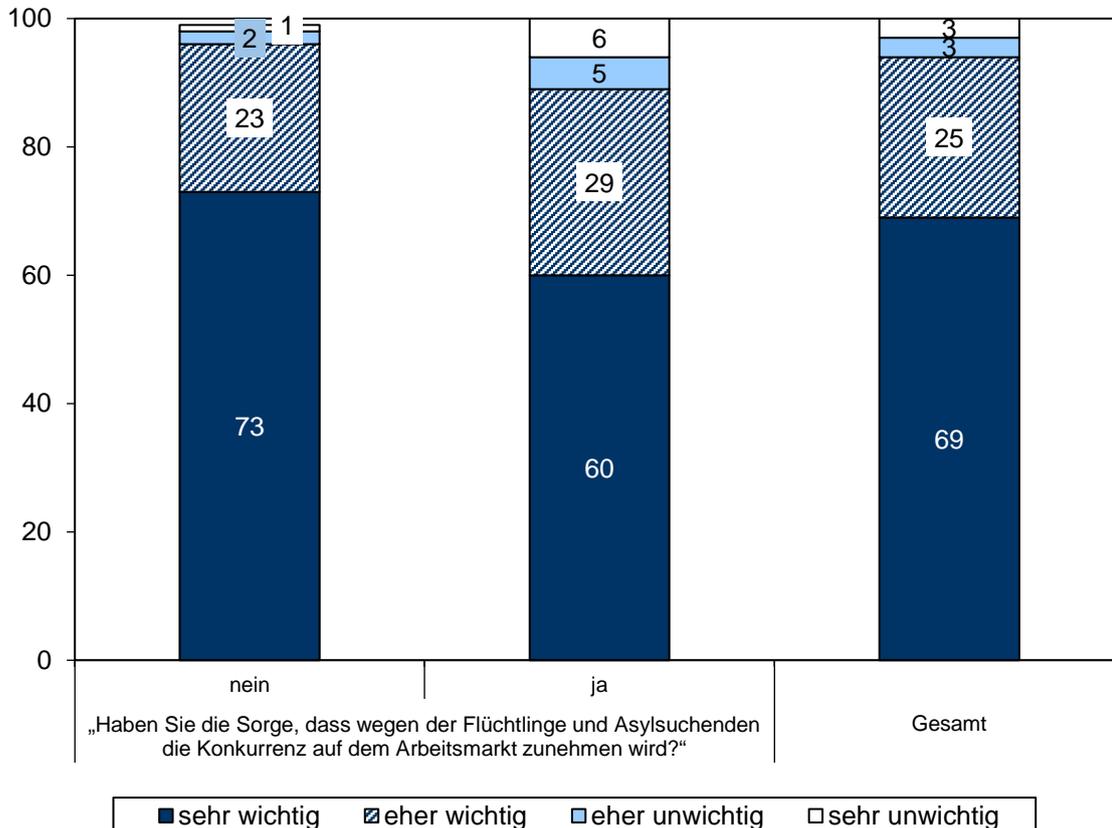


Abb. 48: *Wichtigkeit der Teilnahme am Erwerbsleben für die Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen*
(in Prozent)



Prägend für die Beurteilung der Integrationsfähigkeit von Zuwandernden – seien es Asylsuchende und Flüchtlinge oder Arbeitsmigrant_innen – und für die Aufnahmebereitschaft der Deutschen ist die *Wahrnehmung und Beurteilung kultureller Differenz*. Im THÜRINGEN-MONITOR 2012, der die **Akzeptanz von Zuwanderung** und die Integration ausführlich thematisierte, konnte gezeigt werden, dass die Befragten die Zuwanderung aus verschiedenen Herkunftsländern bzw. -regionen sehr differenziert bewerten und dabei die kulturelle „Kompatibilität“ der Zuwandernden ausschlaggebend ist (TM 2012: 48 ff.). 51 Prozent der Befragten befürworteten demnach eine Beschränkung des Zuzugs von Menschen „aus arabischen Ländern“ (S. 49). Erhöht war auch die Ablehnung potenzieller neuer Nachbarn „aus arabischen Ländern“: Der Anteilswert von 24 Prozent der Befragten, die sich von solchen Nachbarn gestört fühlen würden, lag signifikant über den jeweiligen Anteilswerten der Befragten, die sich von westeuropäischen, osteuropäischen oder afrikanischen Nachbarn gestört fühlen würden (S. 52). Der sprunghaft angestiegene Zuzug von Menschen aus dem muslimischen Kulturkreis, wie er mit der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen seit 2015 erfolgt ist, konnte 2012 noch nicht antizipiert werden. Trotzdem verweisen diese älteren Befunde bereits darauf, dass wesentliche Teile der Thüringer Bevölkerung Vorbehalte gegenüber Zuwandernden haben, die als besonders fremd wahrgenommen werden und deren Integrationsfähigkeit deshalb skeptisch beurteilt wird. (Zu Einstellungen gegenüber Muslim_innen und dem Islam vgl. Kapitel III.5). Auch aktuelle Studien zur Aufnahmebereitschaft der Deutschen belegen „eindeutige Präferenzen für Einwanderer mit geringer kultureller Distanz“ (Czymara / Schmidt-Catran 2016: 217).

Ebenfalls im THÜRINGEN-MONITOR 2012 wurde die Anwerbung und Akzeptanz ausländischer Arbeitskräfte untersucht (S. 55 ff.). 80 Prozent der Befragten begrüßten damals zwar generell die Anwerbung als Weg zum Abbau des Fachkräftemangels, allerdings erfolgte dabei eine Differenzierung nach bestimmten Bedarfen bzw. individuellen und gesellschaftlichen Interessenskalkülen. Wer diese Kalküle pauschal als „Nützlichkeitsrassismus“ bewertet, verkennt allerdings sowohl die Potenziale, die sich angesichts des hohen Maßes an prinzipieller Zuwanderungsakzeptanz hier bieten, als auch die in der letzten Zeit verstärkt diskutierten Probleme der Qualifizierung und Integration von Migrant_innen auf dem deutschen Arbeitsmarkt (vgl. Datenreport 2016: 227 ff., 229 ff.).

Der Anstieg der Zuwanderung in Deutschland sowie die Debatte über Erfolge und Defizite der Integration von Migrant_innen bzw. von Menschen mit Migrationsgeschichte haben den Ruf nach einem Einwanderungsgesetz (z.B. nach kanadischem Vorbild) laut werden lassen, das möglichst genaue Kriterien und Quoten für die Zuwanderung festlegt. (Die bisherigen gesetzlichen Regelungen, auch das vom Bundestag am 31. Juli 2016 beschlossene und am 5. August 2016 in Kraft getretene Integrationsgesetz, leisten dies nicht.) Im THÜRINGEN-MONITOR 2016 befürworteten drei Viertel der Befragten ein solches Gesetz (Abb. 49), sechs Prozent der Befragten gaben keine gültige Antwort. Die Einstellung der Thüringer_innen deckt sich hier mit deutschlandweiten Befragungsergebnissen aus dem August 2016: „Laut einer Emnid-Umfrage im Auftrag der ‚BamS‘ sprachen sich 76 Prozent der Befragten für ein Einwanderungsgesetz aus“ (Spiegel Online 2016).

Abb. 49: Aussagen zur Migration
(Zustimmung in Prozent)

	2016	
„Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz, das festlegt, welche und viele Ausländer ins Land kommen dürfen.“	77	-
„Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“	51	53 (2012)
„Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“ (Etabliertenvorrechte)	27	28 (2015)

Dass das Gelingen von Migration und Integration davon abhängt, wie unterschiedliche kulturelle Prägungen und Lebensweisen miteinander in Einklang gebracht werden können, kommt auch in allgemeineren Einstellungen der Thüringer_innen zum Ausdruck. Hier geht es weniger um die zahlenmäßige Begrenzung und gesetzliche Regulierung der Zuwanderung als um die Frage, inwieweit sich unser Land in Zukunft verändern wird oder verändern muss, wieviel kulturelle Vielfalt als unproblematisch gilt oder wo Konflikte wahrgenommen werden. Der Aussage, „die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet“ stimmen ungefähr die Hälfte der Befragten zu. Befragte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland als gefährdet einschätzen, stimmen dieser Aussage signifikant seltener zu als Befragte, die keine solche Gefährdung annehmen. Gegenüber der Messung im THÜRINGEN-MONITOR 2012 ist keine signifikante Veränderung eingetreten (Abb. 50). Unklar bleibt, was unter einer befürworteten Änderung bzw. Anpassung des Lebensstils der Zuwandernden verstanden wird. Allerdings korreliert die Absage an die Beibehaltung des Lebensstils signifikant mit der Auffassung, Muslim_innen stellen „zu viele Forderungen“ sowie mit der Ablehnung der Aussage, „die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ Des Weiteren meinen 57 Prozent der Thüringer_innen, „wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen“ (Abb. 51). Die Zustimmung zu dieser Aussage ist im Vergleich zu 2012 um ca. sechs Prozentpunkte nur sehr gering gesunken, der Anstieg des Anteilswertes völliger Ablehnung von 13 auf 22 Prozent signalisiert jedoch die gewachsene Skepsis gegenüber einer fortschreitenden „Multikulturalisierung“, die vor allem als konflikthaft, anomisch und destruktiv wahrgenommen wird. Die Idee einer „Leitkultur“ sowie die Furcht vor „Parallelgesellschaften“ klingen hier an; bemerkenswerterweise wurde der Begriff „Leitkultur“ in den offenen Nennungen zur Integration (s.o.) aber nicht ein einziges Mal benannt, der Begriff „Parallelgesellschaften“ lediglich von drei Befragten. Auch die Ablehnung einer „zukünftigen stärkeren Öffnung“ gegenüber den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen ist signifikant mit stereotypen Vorstellungen muslimischer Nonkonformität korreliert. Für große Minderheiten der Befragten ist die Auffassung von Integration und Akkulturation von Zuwandernden also stark durch ressentimentgeleitete Skepsis bzw. Misstrauen gegenüber Muslim_innen geprägt. Die Forderung einer *Assimilation* der Zuwandernden (d.h. einer Aufgabe der Herkunftskultur) oder gar Exklusion Nicht-Assimilierter lässt sich nicht ablesen. Allerdings werden von 27 Prozent der Befragten Etabliertenvorrechte beansprucht.

Abb. 50: „Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“
(in Prozent)

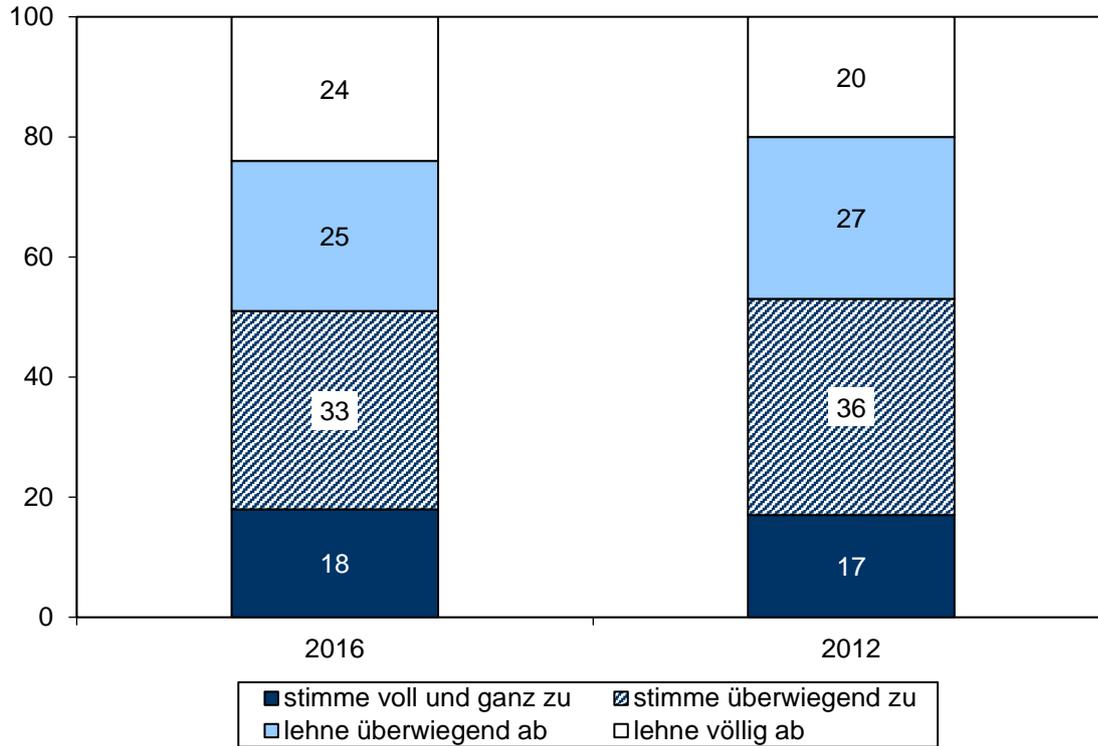
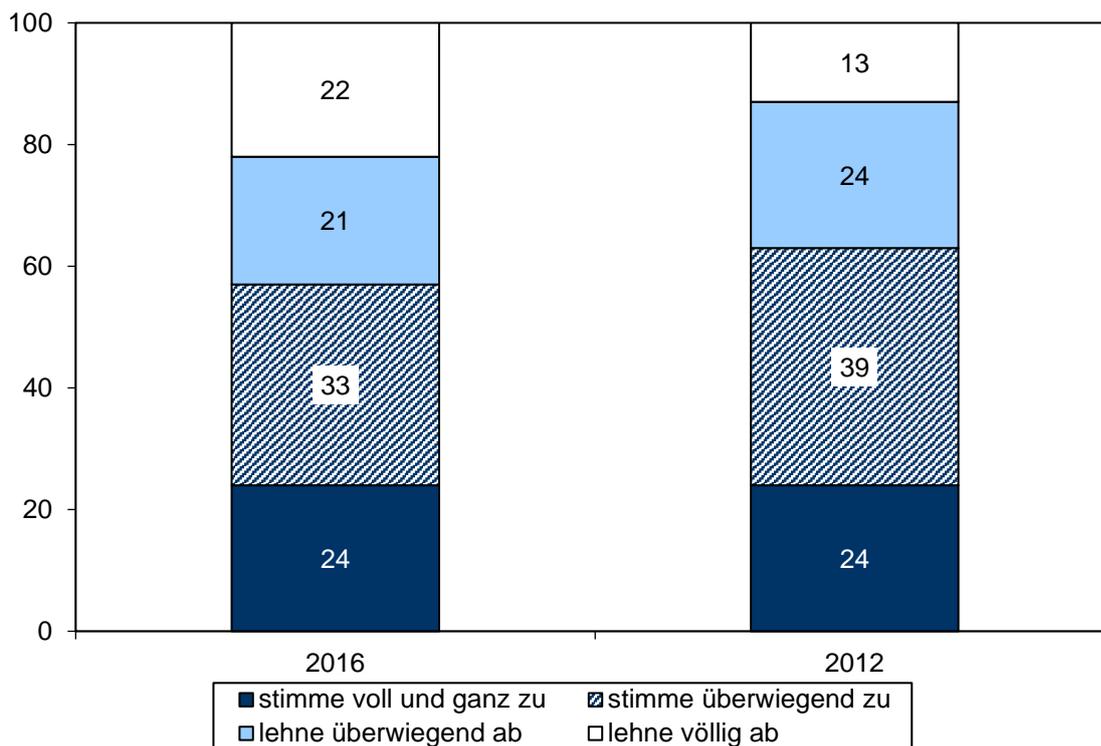


Abb. 51: „Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.“
(in Prozent)



Gegenüber 2012 signifikant zurückgegangen ist der Anteil der Befragten, die das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen in Thüringen positiv einschätzen (Abb. 52). Die drei Aussagen zur „Überfremdung“ (Abb. 53) weisen gleichgebliebene Antworthäufigkeiten auf, allerdings ist der Anteil der Befragten, die die Aussage zur „Überfremdung“ der Bundesrepublik „völlig ablehnen“, von 30 Prozent im Jahr 2012 auf 24 Prozent gesunken. Überfremdung – so das Ergebnis einer Validitätsprüfung anlässlich früherer Befragungen des TMs (vgl. Best/Salomo 2014) – wird von den meisten Befragten, die eine solche Überfremdung zu erkennen glauben, als ‚Verkehrung‘ der autochthonen Bevölkerungsmehrheit in eine -minderheit interpretiert. Angesichts der realen demographischen Entwicklung – insbesondere im Freistaat und in Thüringer Wohnquartieren – kann die Zustimmung zu allen drei Überfremdungsaussagen also wahlweise als Resultat selektiver Wahrnehmung und/oder als Substrat ethnozentrischer Gesinnung gelesen werden (vgl. auch Kapitel IV.4).

Abb. 52: *Einschätzung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen in Thüringen (in Prozent)*

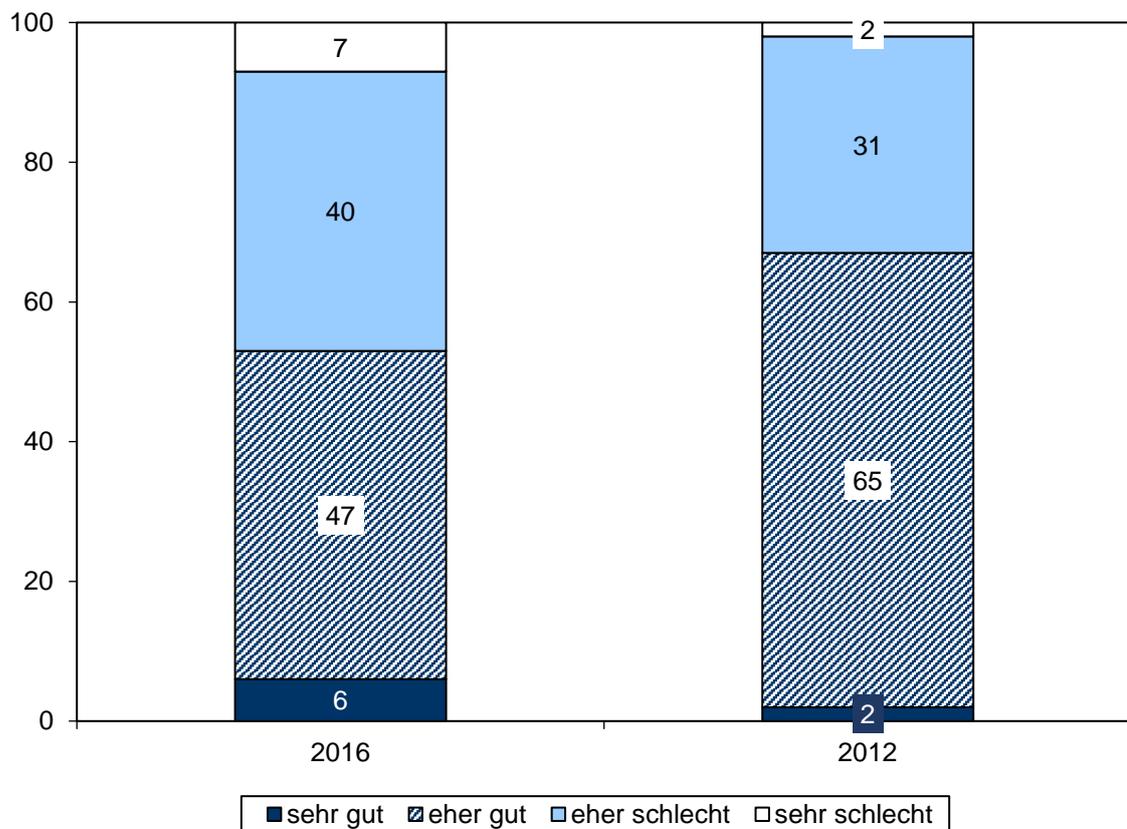
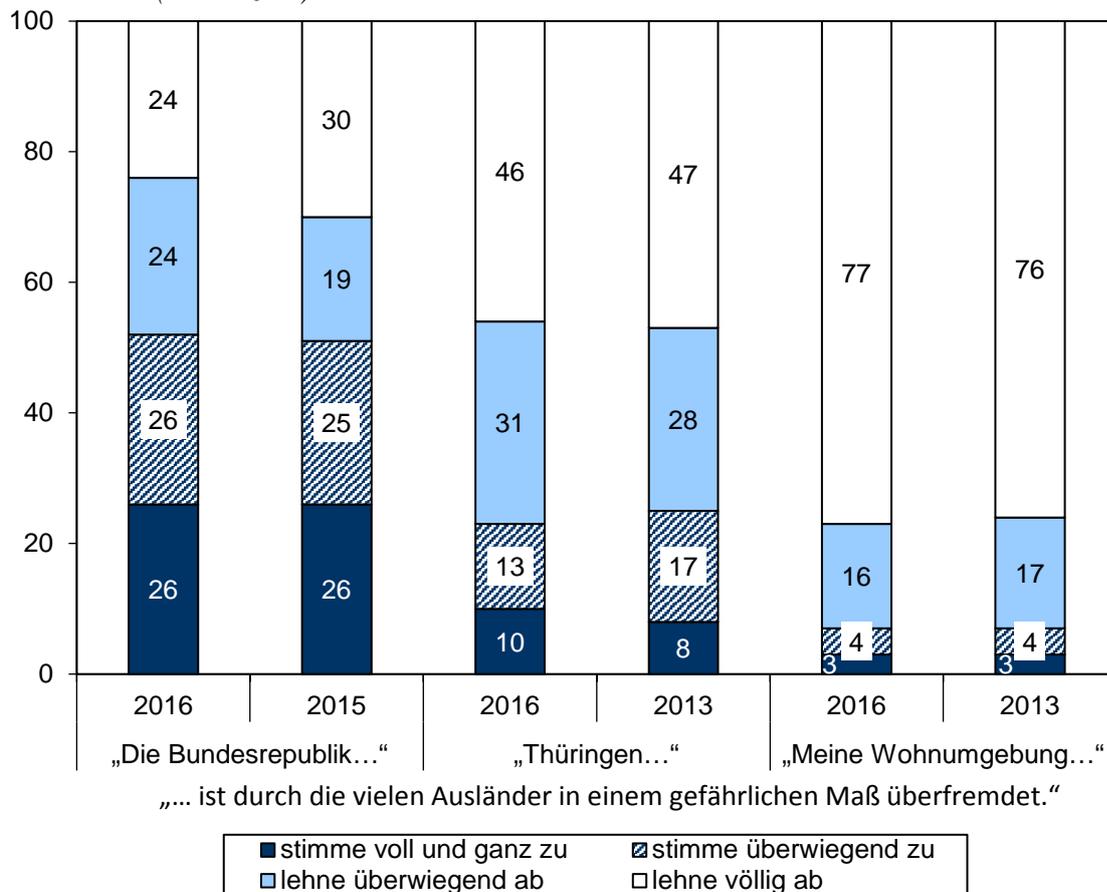


Abb. 53: „Gefährliche Überfremdung“ der Bundesrepublik, Thüringens und der Wohnumgebung durch „Ausländer“
(in Prozent)



5. Einstellungen gegenüber Muslim_innen und dem Islam

Aus den bisherigen Ausführungen ist deutlich geworden, dass die Interpretation der gegenwärtigen Asyl- und Flüchtlingssituation durch die Thüringer_innen sowie ihre Vorstellungen von Migration und Integration erheblich an Einstellungen und Erwartungen gegenüber Muslim_innen und die Wahrnehmung des Islams geknüpft sind. So haben beispielsweise 67 Prozent der Befragten die Sorge, dass „mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden der Einfluss des Islam in unserem Land zu stark wird“ (Kapitel III.1). Eine im September 2016 vom Erfurter Meinungsforschungsinstitut INSA-CONSULERE durchgeführte Befragung ergab, dass 49 Prozent der Deutschen eine „Islamisierung Deutschlands fürchten, dabei war „im Osten Deutschlands (55 Prozent) ... die Furcht etwas stärker ausgeprägt als im Westen (48 Prozent)“ (idea 2016, vgl. INSA-News 71/2016).

In das Fragenprogramm des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS wurden drei spezifische Aussagen zu Muslim_innen und zum Islam aufgenommen (Abb. 54), zwei davon wurden in gleicher Form bereits im Vorjahr verwendet. Die Zustimmung zu beiden Aussagen hat sich nicht signifikant verändert und erscheint problematisch hoch. Ein signifikanter Anstieg muslimfeindlicher Einstellungen, wie ihn die diesjährige „Mitte-Studie“ der Uni-

versität Leipzig für Deutschland beobachtete (Decker / Kiess / Brähler 2016: 50), bestätigt sich dennoch für Thüringen **nicht**. (Eine Einschränkung ergibt sich daraus, dass im THÜRINGEN-MONITOR nicht die gleichen Fragen wie in der Mitte-Studie verwendet wurden.)

Abb. 54: *Aussagen zu Muslim_innen und zum Islam*
(Zustimmung in Prozent)

	2016	2015
„Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“	60	62
„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“	53	53
„Der Islam gehört zu Deutschland.“	20	-

Einer Befragung im Auftrag der Berliner „Arbeitsstelle Empirische Politische Soziologie / Otto-Stammer-Zentrum“ zufolge waren es im Frühjahr 2016 „fast fünfzig Prozent der Deutschen, die an eine Vereinbarkeit von Islam und westlicher Demokratie glauben. Immerhin 45 Prozent glauben das nicht“ (Deckers 2016). Nicht überraschend ist, dass nur eine Minderheit von 20 Prozent der Thüringer_innen sich die vieldiskutierten Worte des ehemaligen Bundespräsidenten Wulff zu eigen macht, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Einer Befragung vom Mai 2016 zufolge ist dieser Zustimmungswert niedriger als in der gesamtdeutschen Bevölkerung (34 Prozent, vgl. ZEIT 2016), nach anderer Quelle entspricht er der gesamtdeutschen Bevölkerungsmeinung (Juni 2016, vgl. Köcher 2016a), vermutlich ist aber zumindest der ostdeutsche Durchschnittswert ein ähnlicher. Junge und hochqualifizierte Befragte stimmen überdurchschnittlich häufig zu; Auszubildende sogar mehrheitlich (53 Prozent). Für diese Befragten gehört die Religion ihrer muslimischen Mitmenschen am ehesten zu den inzwischen selbstverständlich gewordenen Alltäglichkeiten einer sich wandelnden Gesellschaft.

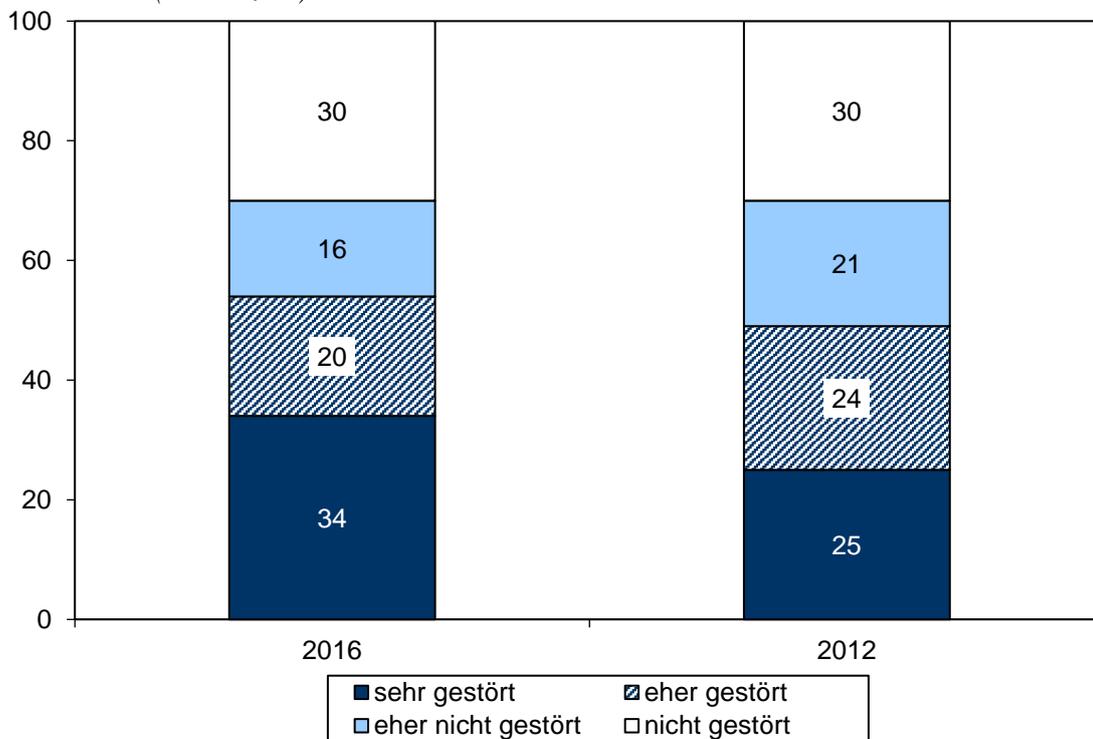
Ressentimentgeleitete Einstellungen gegenüber religiösen und kulturellen Minderheiten, so auch Muslim_innen, wurden in vorausgehenden THÜRINGEN-MONITOREN im Kontext des Konzeptes der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (TM 2015: 103 ff.) untersucht. Muslim_innenfeindlichkeit rückt damit in die Nähe rechtsextremer Einstellungen und wird als *eine* Ausprägung von Ideologien der Ungleichwertigkeit beschrieben, die u.a. auf autoritären Orientierungen, niedriger Bildung und subjektiv empfundener oder *antizipierter* Benachteiligung basieren. Fremde – in diesem Falle Fremde aus dem islamischen Kulturkreis – werden als symbolische und materielle Bedrohung interpretiert, als Konkurrent_innen um sozio-ökonomische Partizipationschancen, um Status und um identitätsstiftende kulturelle Hegemonie. Dementsprechend dient ihre Abwertung und Diskriminierung der Selbstwertregulation. Da die Fremden „Sündenböcke“ und Projektionsfläche sind, erscheint ihre Unterwerfung, Assimilation, Exklusion oder Vernichtung des Fremden als Mittel der Lösung gesellschaftlicher Konflikte, deren Ursachen in Wahrheit woanders zu suchen sind.

Skepsis, Reserviertheit oder Ablehnung gegenüber den Muslim_innen und ihrer Religion beruhen jedoch nicht allein auf rassistischen und fremdenfeindlichen Vorurteilen, autoritären Einstellungen oder Verlust- und Abstiegsängsten. Islamistische Bedrohung hat seit den Anschlägen von Paris, Brüssel und Würzburg eine neue Präsenz und Brisanz. Fundamentalistische Orientierungen und Radikalisierungstendenzen scheinen in einer Orthodoxie der Diaspora zu wurzeln, wie die zahlreichen Medienberichte über Hinterhofmoscheen, fragwürdige Islamprediger, Jihad-Rekrut_innen und Selbstmord-Attentäter nahelegen. Tatsächlich zeigen Studien wie der Religions-Monitor (2013: 22 ff.) jedoch in erster Linie einen Traditionalismus *mancher* gläubiger Muslim_innen, der sich von Angehörigen anderer Religionen und Konfessionen punktuell, aber signifikant abhebt und sich u.a. auch auf die Vorstellungen des Verhältnisses von Religion und Politik, das Verständnis der Gleichstellung von Mann und Frau, die Akzeptanz Homosexueller usw. auswirkt. Gerade in säkularisierten und humanistisch geprägten Bevölkerungsteilen Ostdeutschlands kann der Islam deshalb tendenziell häufiger als Bedrohung und seltener als Bereicherung wahrgenommen werden (S. 37). Auch bei hoch gebildeten, sozio-ökonomisch gut etablierten, sozial integrierten und demokratisch gesinnten Bürger_innen fallen die als fremd empfundenen Muslim_innen schnell unter Generalverdacht, nicht die Werte einer modernen, offenen, und pluralistischen Gesellschaft zu unterstützen. Leicht kann dieser Verdacht darüber hinwegtäuschen, dass neben soziokultureller und religiöser Kontexte vor allem individuelle und biographische Faktoren die Wertorientierungen von Menschen prägen. Wenn „den meisten“ Muslim_innen also mangelnde Treue zum Grundgesetz oder „überzogene Forderungen“ unterstellt werden, handelt es sich um abwertende und diskriminierende Vorurteile, die als solche kritisiert und entkräftet werden können. Jeweils ein Fünftel aller Befragten konnte oder wollte die beiden entsprechenden Fragen nicht beantworten. Diese Bewertungsunsicherheit verweist auf die alltagsweltliche Distanz vieler Thüringer_innen zur Islamthematik.

Im THÜRINGEN-MONITOR 2012 wurden die Befragten auch gefragt, ob sie einen möglichen Moscheebau in ihrer Nachbarschaft und das Kopftuchtragen von im öffentlichen Dienst beschäftigten Muslimas als störend empfinden (vgl. TM 2012: 53ff.). Beide Aspekte muslimischen Lebens in Deutschland haben Symbol- bzw. Signalwirkung: Sie werden von Islamkritiker_innen und -gegner_innen als vermeintliche Vorboten einer „Islamisierung“ aufgefasst. Der Anstieg des Anteils der Befragten, die einen potenziellen Moscheebau als Störung empfänden, von 49 Prozent im Jahr 2012 auf 54 Prozent im Jahr 2016 erscheint marginal, signifikant ist jedoch der Anstieg des Anteils derer, die sich „sehr gestört fühlen“ (Abb. 55). Fünf Prozent aller Befragten konnten oder wollten keine Antwort geben. Fast erübrigt sich die Erwähnung des starken statistischen Zusammenhangs zwischen der Einschätzung des Moscheebaus als empfundene Störung und der bereits diskutierten negativen Wahrnehmung der Muslim_innen. Auch die Beurteilung des Moscheebaus ist alters- und bildungsabhängig, auffälliger wirkt jedoch ein Ortsgrößeneffekt: Während 57 Prozent der Befragten aus Wohnorten mit weniger als 5.000 Einwohner_innen den potenziellen Moscheebau als störend bewerten, tun dies 69 Prozent der Befragten aus Kleinstädten mit bis zu 20.000 Einwohner_innen. Der Anteil derer, die den potenziellen Moscheebaus als störend empfinden, ist unter Befragten aus Städten mit höheren Einwohnerzahlen signifikant niedriger und liegt sogar ca. zehn Prozentpunkte unter

dem Durchschnitt. Die Diversität und Anonymität der großen Städte erlaubt es offenbar, religiöse Toleranz zu gewähren, in der Vertrautheit der kleinstädtisch und ländlich geprägten Fläche des Freistaates wirkt Fremdes hingegen irritierend und deplatziert. Aufklärung, Kontakt und Dialog mögen zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Muslim_innen beitragen – und zur Gewährung sozialer Partizipationsrechte. Dazu könnte auch die Religionsausübung in eigens dafür errichteten Gebäuden gehören, wie sie für Christ_innen selbstverständlich ist. Offen bleibt allerdings, *weshalb* die Befragten einen Moscheebau in der Nachbarschaft als störend empfinden würden. Auch erfasst der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR nicht die *allgemeine religiöse Toleranz* der Befragten, die hier als Kontrollvariable dienen könnte. Die Konfession der Befragten hat jedenfalls keinen signifikanten Einfluss auf die Einstellungen gegenüber den Muslim_innen, dem Islam oder einem potenziellen Moscheebau.¹⁸

Abb. 55: „Bau von Moscheen in der Nachbarschaft“ als empfundene Störung (in Prozent)



Wird die Zustimmung zu den vier islamkritischen oder -feindlichen Aussagen zusammengezählt, stimmen nur 14 Prozent der Befragten keiner einzigen Aussage, jedoch 33 Prozent der Befragten *allen* vier Aussagen zu.¹⁹ Ältere, weibliche Befragte und Thüringer_innen mit Abstiegsangst sind signifikant islamkritischer oder -feindlicher als andere

¹⁸ Im THÜRINGEN-MONITOR 2015 wurde ein signifikanter, leicht abschwächender Effekt eines religiösen Bekenntnisses auf die Abwertung „exogener Fremder“ konstatiert (TM 2015: 116). Bezüglich der Abwertung von Menschen mit Migrationsgeschichte (Ausländer_innenfeindlichkeit) bestätigt sich dieser Befund auch in diesem Jahr, bezüglich skeptischer bzw. ablehnender Einstellungen gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen *nicht*.

¹⁹ Für diese Auszählung wurde die *Ablehnung* der Aussagen „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte ...“ und „Der Islam gehört zu Deutschland.“ gezählt.

Befragte. Auszubildende (Studierende) sind signifikant seltener islamkritisch oder -feindlich, das Merkmal höherer Bildung sowie subjektive Benachteiligungsgefühle (Deprivation) haben per se aber keinen signifikanten Einfluss auf die Einstellungen gegenüber dem Islam und den Muslim_innen.²⁰ Diese Befunde entsprechen aktuellen deutschlandweiten Befragungsergebnissen (vgl. charismatismus 2016; INSA-News 71/2016).

²⁰ Unter Kontrolle weiterer Drittvariablen regressionsanalytisch geprüft. Als abhängige Variable diente hier der Summenindex der vier (richtungskorrigierten und dichotomisierten) Variablen (Cronbach's $\alpha_{\text{std}}=.753$; alle Variablen zur Einstellung gegenüber den Muslim_innen und dem Islam korrelieren jeweils miteinander $r>.394^{***}$. Eindimensionalität in Hauptachsen-Faktorenanalyse geprüft; Maß der Stichprobeneignung $KMO=0.774$, ein extrahierter Faktor (Eigenwert 2,30) erklärt 43,5 Prozent der Varianz.)

IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement

1. Politische Einstellungen

Zwischen den Befragungen des THÜRINGEN-MONITORS 2015 und 2016, die jeweils in der Jahresmitte stattfanden, lag ein Jahr, das durch bislang unbekannte Belastungen der politischen und sozialen Ordnung Deutschlands und Spannungen mit seinen EU-Partnern gekennzeichnet war. Es waren nicht nur das schiere Ausmaß einer Zuwanderung von über einer Million Flüchtlingen und Asylsuchenden, weit überwiegend mit einem von der deutschen Bevölkerung markant unterschiedlichen soziokulturellen Hintergrund, sondern auch die Umstände ihres Grenzübertritts und ihres Eintritts in das Gebiet deutscher Verwaltungshoheit, die von einem großen Teil der Öffentlichkeit einschließlich politischer Verantwortlicher als „Kontrollverlust“, beziehungsweise zugespitzt als „Staatsversagen“ wahrgenommen wurden. Zwar waren die Folgen dieser Entwicklung im Freistaat Thüringen, auch dank seiner Mittellage, weniger spürbar (vgl. Kapitel II), doch waren und sind auch hier Ängste vor dieser Entwicklung und Forderungen nach entschiedenem staatlichem Durchgreifen verbreitet (vgl. Kapitel III). Es stand und steht die Fähigkeit der Demokratie auf dem Prüfstand, das hohe Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, das deutlich das Freiheitsbedürfnis überwiegt, zu befriedigen (Abb. 56).

Abb. 56: *Freiheit oder Sicherheit? 2004–2016*
(in Prozent)

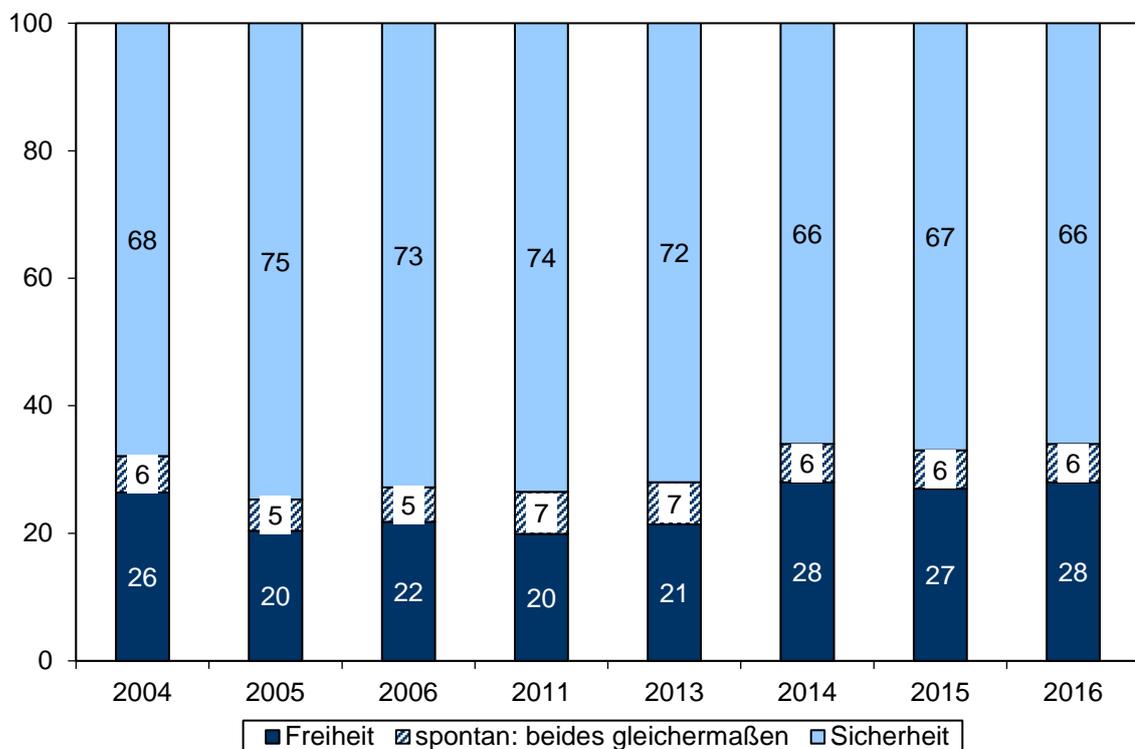
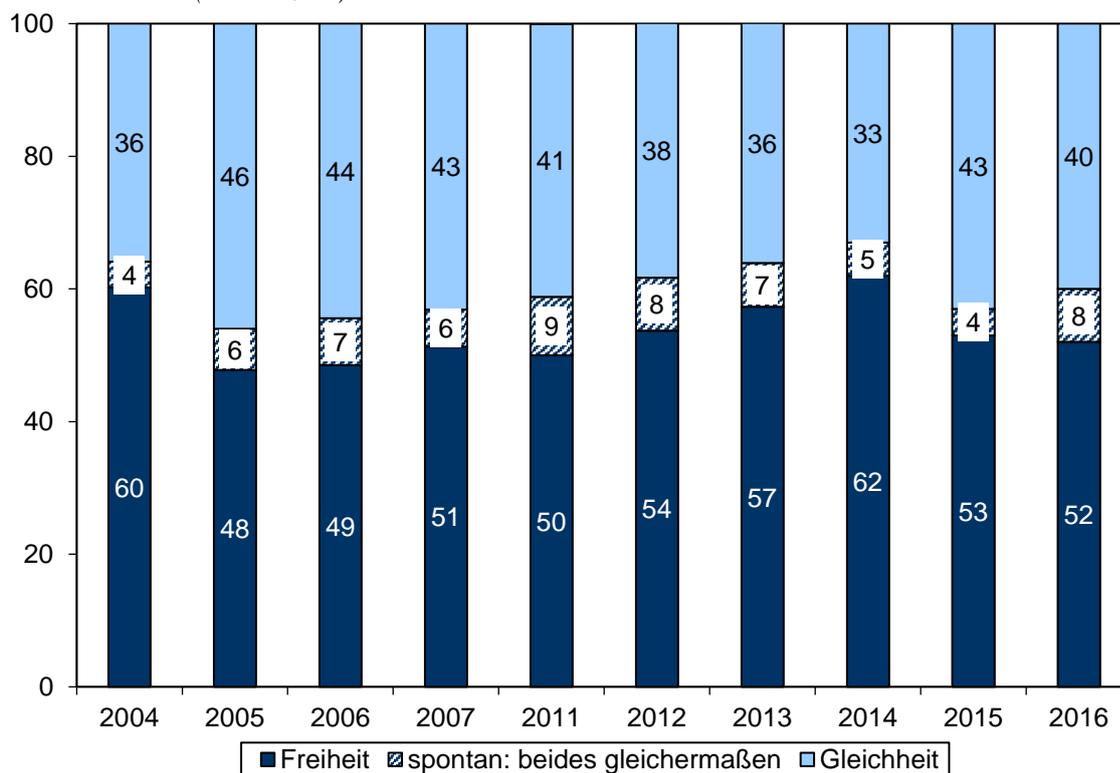


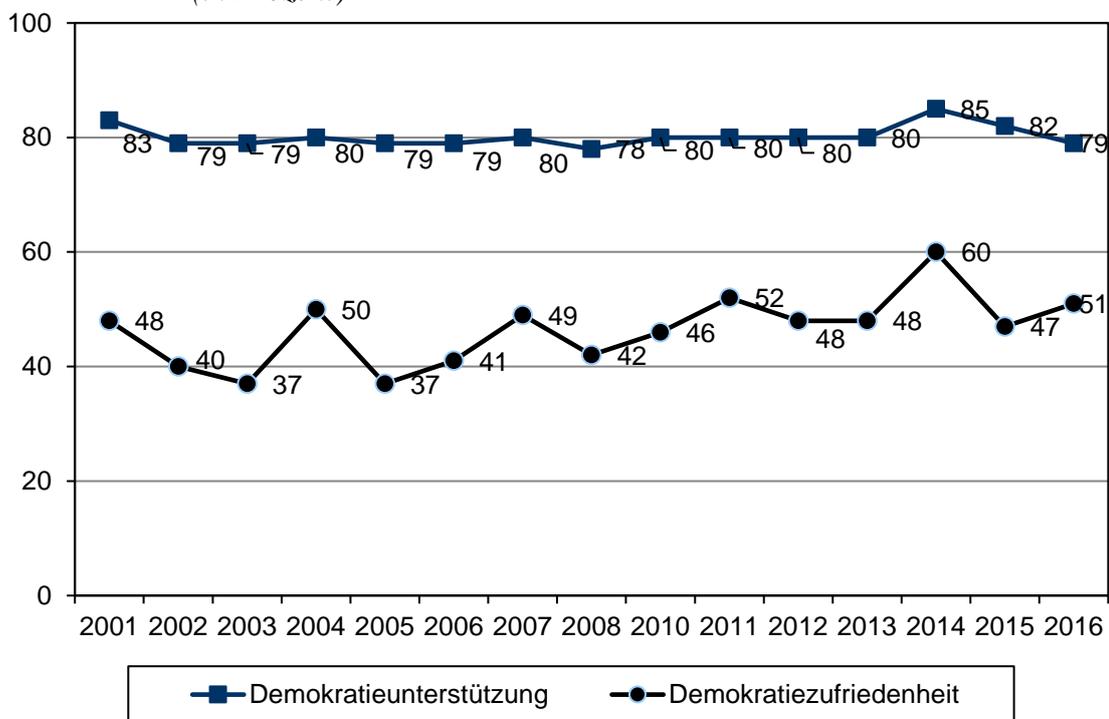
Abb. 57: *Freiheit oder Gleichheit? 2004–2016*
(in Prozent)



Wir waren in Anbetracht der unter dem Stichwort „Flüchtlingskrise“ geführten öffentlichen Debatte vor der diesjährigen Erhebung sehr gespannt, wie sich unter dem Eindruck dieser Entwicklungen die seit den Anfangsjahren des THÜRINGEN-MONITORS regelmäßig erhobenen generellen Indikatoren für Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung entwickeln würden. Tatsächlich zeigen sich beide Wertereihen weitgehend unbeeinflusst von den aktuellen Geschehnissen. Zwar sank der Anteil der Befragten, die der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ zustimmen, von 85 Prozent im Jahr 2014 auf 79 Prozent in 2016, doch ist er damit nur auf das langjährige Normalmaß zurückgegangen, gegenüber dem 2014 ein Ausnahmejahr bildete, in dem fast alle Indikatoren des THÜRINGEN-MONITORS, die sich auf die Bewertung der Demokratie und ihrer Indikatoren beziehen, positive Spitzenwerte erreicht hatten (Abb. 58). Das gilt auch für „Demokratiezufriedenheit“, das heißt für die Zufriedenheit mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“. Gegenüber 2015 hat die Demokratiezufriedenheit in 2016 sogar leicht zugenommen und schließt damit an einen seit Mitte des letzten Jahrzehnts beobachteten Aufwärtstrend an, den wir der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere dem Rückgang der Arbeitslosigkeit zugeschrieben haben. Die Krisendebatte des vergangenen Jahres hat diesen Trend nicht gebrochen, aber gegenüber dem Ausnahmejahr 2014, in dem die Demokratiezufriedenheit um mehr als zehn Prozentpunkte über dem langjährigen Mittel lag, hat eine Normalisierung stattgefunden.

Die Befundlage erinnert daran, dass neben dem Flüchtlingsthema auch die Entwicklung anderer Politikfelder das Urteil über die Performanz demokratischer Institutionen bestimmt. Dazu dürfte beitragen, dass die Frage, ob man sich „allgemein gesprochen“ durch die Flüchtlinge und Asylsuchenden in unserem Land bedroht fühle, nur von 16 Prozent der Bürger_innen im THÜRINGEN-MONITOR bejaht wird (vgl. Kapitel III.3). Der Anteil derjenigen, die sich persönlich in einer solchen Situation befunden haben, liegt bei zehn Prozent, was ebenfalls nicht auf die krisenhafte Zuspitzung der öffentlichen Sicherheitslage durch die Anwesenheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden hinweist. Weitaus verbreiteter ist mit einer Zustimmung von 92 Prozent die „Sorge“ (Wahrnehmung), dass wegen Flüchtlingen und Asylsuchenden Rechtsextreme und Rechtspopulisten Zulauf bekommen, die – wie im Folgenden gezeigt wird – in Hinblick auf die Entwicklung *rechts-extremer Einstellungen* allerdings ebenfalls unberechtigt ist (vgl. Kapitel IV.4).

Abb. 58: *Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2016*
(in Prozent)

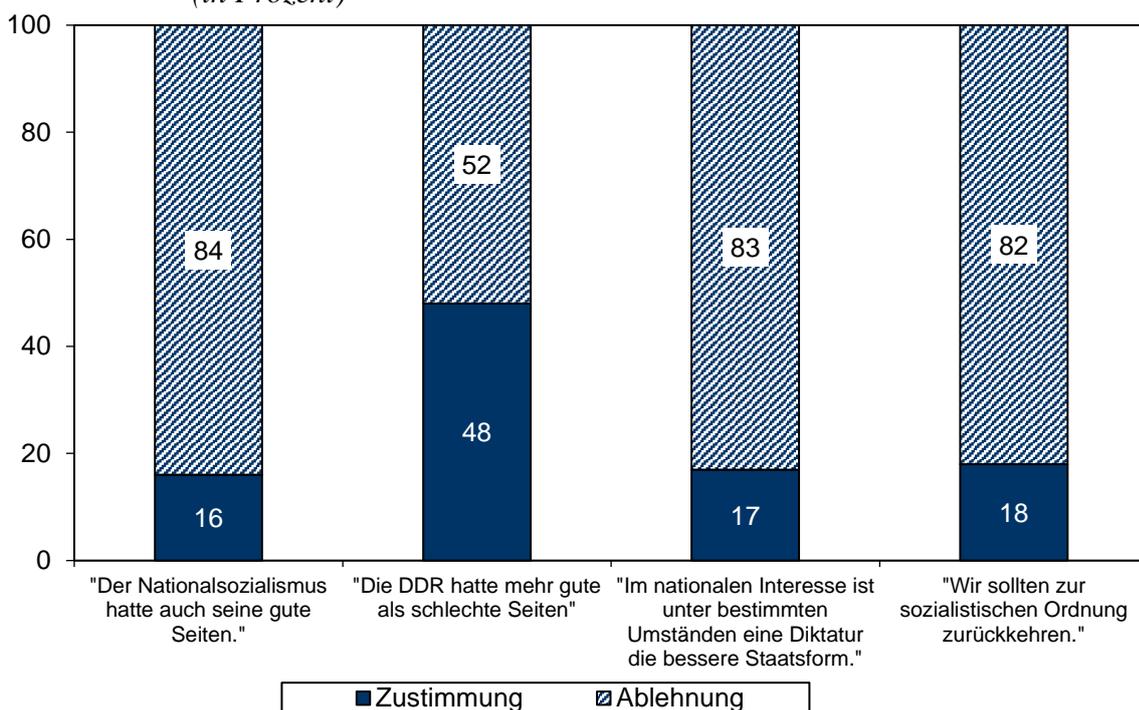


Der Vorrang von Sicherheit vor Freiheit und der Wunsch nach einem starkem Staat, die jeweils von etwa zwei Dritteln der Befragten geteilt werden, bilden aber ein Grundmuster und – zumindest über den Zeitraum seit Beginn des THÜRINGEN-MONITORS hinweg – eine Konstante der politischen Kultur des Freistaats. Zwei Drittel der Befragten wählen, wenn sie aufgefordert werden, die Wichtigkeit von Freiheit und Sicherheit gegeneinander abzuwägen, die Sicherheit und nur 28 Prozent die Freiheit – die übrigen wählen spontan, das heißt, ohne dass eine solche Kategorie im Fragebogen vorgesehen war, beides zugleich. Diese Rangordnung der Staatsziele ist allerdings nicht die Reaktion auf eine aktuelle Bedrohungslage, sondern kann über die vergangenen Jahre (die Frage wird im THÜRINGEN-MONITOR seit 2004 gestellt) beobachtet werden. Die Priorisierung der Sicherheit lag bis 2013 sogar signifikant über dem heutigen Wert. Es bleibt festzuhalten, dass ein ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis konstant über dem Freiheitsverlangen rangiert, das

dann wiederum von einer Mehrheit der Befragten (allerdings mit geringen Abstand) im gesamten Erhebungszeitraum über das Gleichheitsziel (Abb. 57) gestellt wird.

Mit der mehrheitlichen Unterstützung der Idee der Demokratie durch die Bürger_innen Thüringens koexistiert allerdings über den gesamten Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS hinweg eine beachtliche Minderheit von zwölf bis 20 Prozent der Befragten, die eine Diktatur „unter bestimmten Umständen“ für die bessere Staatsform hält. Hier hat sich der Anteil der Zustimmenden nach einem Spitzenwert im vergangenen Jahr zwar wieder auf den langjährigen Mittelwert reduziert, was allerdings dennoch bedeutet, dass jede_r siebte Befragte eine diktatorische Ordnung unterstützt. Diktaturaffinität kann sich nicht nur in der abstrakten Zustimmung zu einer diktatorischen Ordnung, sondern auch in positiven Bewertungen der Regime der deutschen Diktaturvergangenheit ausdrücken (Abb. 59). Wenn wir auch die zustimmenden Antworten zur Frage nach dem Wunsch einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung (18 Prozent), zur Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ (48 Prozent) und zur Aussage, dass der „Nationalsozialismus auch gute Seiten“ hatte (16 Prozent Zustimmung) einbeziehen, stimmen 54 Prozent mindestens einer der vier Aussagen zu. Zwar werden Personen durch eine überwiegend positive Bewertung der DDR noch nicht zu Antidemokrat_innen, doch zeigt dies Antwortverhalten, dass der diktatorische Charakter der DDR nicht das ausschlaggebende Kriterium für die Bewertung der Lebensverhältnisse in der DDR ist und eine Diktatur überwiegend positiv beurteilt werden kann (vgl. auch TM 2015: 29ff.). Obwohl die allgemeine und regimespezifische Diktaturaffinität gegenüber den Vorjahren abgenommen hat, ist es doch unter dem Gesichtspunkt der Verankerung der Demokratie in Thüringen bedenklich, dass auch 2016 eine Mehrheit der Befragten diktaturaffin ist und 27 Prozent mindestens zwei der hier zur Messung der allgemeinen Diktaturaffinität zusammengefassten Fragen zustimmen.

Abb. 59: *Bewertung historischer Diktaturen, Diktatur- und Sozialismusaffinität (in Prozent)*



Der Umstand, dass der demokratische Grundkonsens in Thüringen von einer erheblichen demokratischeskeptischen und demokratiefeindlichen Minderheit infrage gestellt wird, zeigt sich auch in der „Demokratietyologie“ des THÜRINGEN-MONITORS (Abb. 60), die in diesen Kategorien 20 Prozent der Befragten lokalisiert, während 35 Prozent bei grundsätzlicher Zustimmung zur Demokratie als Staatsform die demokratische Praxis kritisieren und nur eine Minderheit von 45 Prozent als zufriedene Demokrat_innen charakterisiert werden kann. Mit Ausnahme von 2014 sind diese Proportionen im gesamten Erhebungszeitraum stabil geblieben (Abb. 61).

Abb. 60: Demokratietypen²¹
(in Prozent)

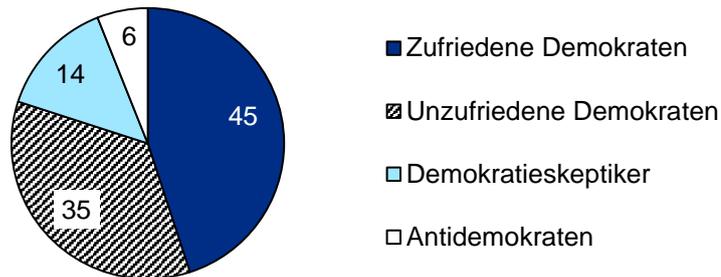
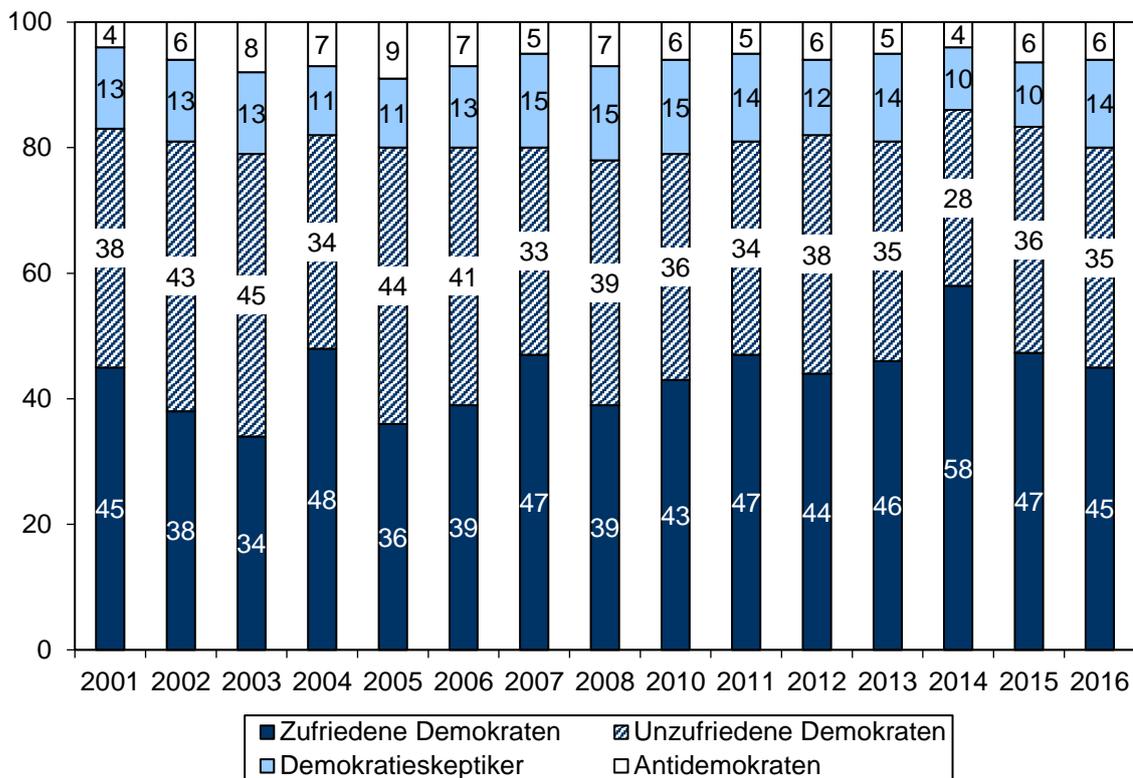


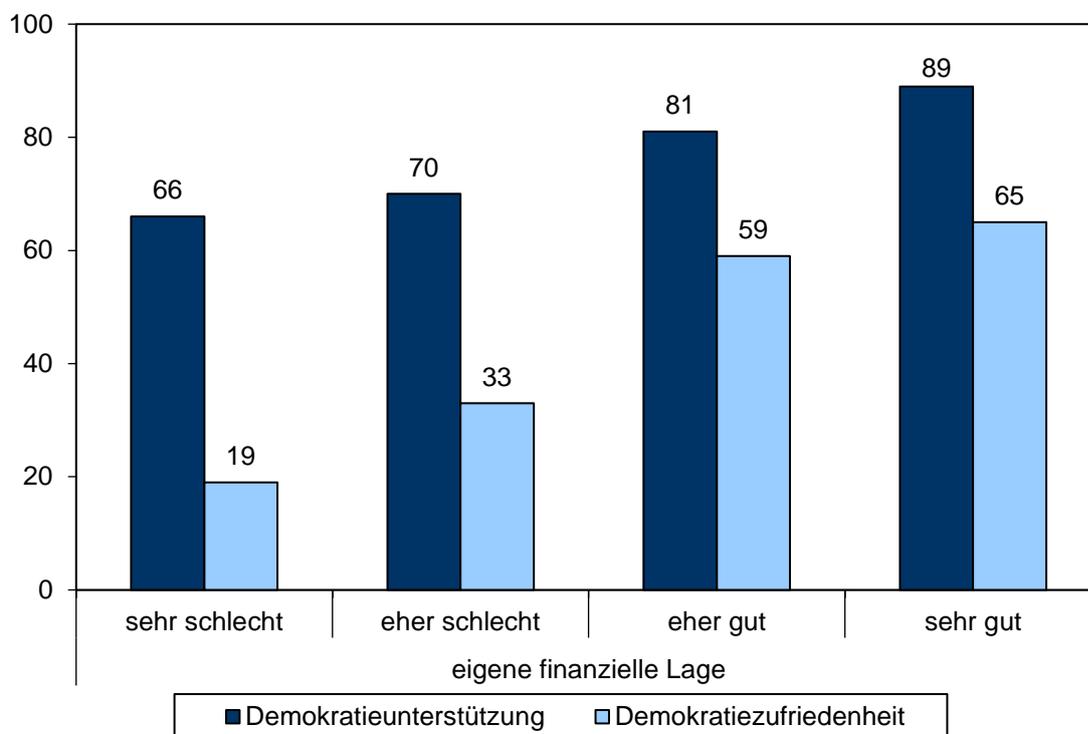
Abb. 61: Demokratietypen⁵ 2001–2016
(in Prozent)



²¹ Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als beste Staatsidee bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedene Demokraten“. Auch „unzufriedene Demokraten“ bejahen die Demokratie als beste Staatsidee, bewerten jedoch ihr Funktionieren negativ. Wer die Demokratie als beste Staatsidee ablehnt, aber eine nationale Diktatur nicht als bessere Staatsform ansieht, kann als „Demokratiseskeptiker“ gelten. „Antidemokraten“ lehnen die Demokratie als beste Staatsidee ab und bejahen eine nationale Diktatur als bessere Staatsform.

Demokratieunterstützung und – noch stärker – Demokratiezufriedenheit sind eng mit der Bewertung der eigenen finanziellen Lage verknüpft: Je besser die eigene Lage eingeschätzt wird, desto positiver wird die Demokratie bewertet (Abb. 62). Im Fall der Demokratieunterstützung beträgt die Prozentsatzdifferenz zwischen der am schlechtesten und der am besten eingeschätzten Einkommenskategorie 23 Prozentpunkte, im Fall der Demokratiezufriedenheit sogar 46 Prozentpunkte. Der hohe, im Hinblick auf die Demokratiezufriedenheit sogar außerordentlich hohe Erklärungsbeitrag der Einkommenszufriedenheit dürfte dafür mitverantwortlich sein, dass die „Flüchtlingskrise“ keine negativen Auswirkungen auf die allgemeine Bewertung der Demokratie in Thüringen hatte, denn die Einkommenszufriedenheit blieb im Jahresvergleich 2015–2016 stabil (vgl. Kapitel II).

Abb. 62: *Bewertung der Demokratie nach eigener finanzieller Situation 2016 (in Prozent)*

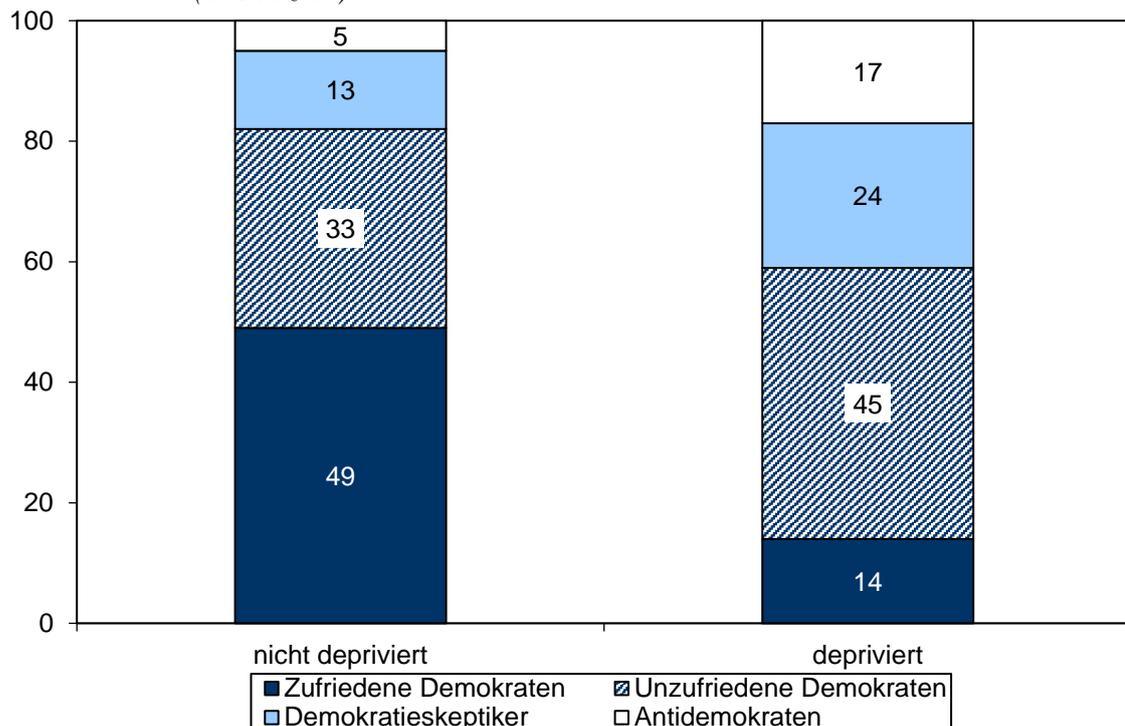


Für die Annahme, dass die Bewertung der Demokratie stark von Empfindungen verteilungspolitischer Benachteiligung bestimmt wird, spricht auch der markante Zusammenhang mit Empfindungen der „Ostdeprivation“: Unter Personen, die die deutsche Einheit negativ bewerten und die Einschätzung vertreten, dass Westdeutsche Ostdeutsche als „Menschen zweiter Klasse“ behandeln²², gibt es nur 14 Prozent (!) zufriedene Demokrat_innen, aber 41 Prozent Demokratieskeptiker_innen und Demokratiefreund_innen

²² Ostdeprivation: Negative Bewertung der deutschen Einheit sowie Einschätzung, Westdeutsche behandelten Ostdeutsche als „Menschen zweiter Klasse“. Beachte diese – gegenüber den Vorjahren veränderte und korrigierte – Definition und Berechnung des Messkonzeptes „Ostdeprivation“ (vgl. TM 2015: 61, FN 34). Für 14 Prozent der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS 2016 überwiegen „persönlich alles in allem eher ... die Nachteile der Vereinigung“. Der Aussage „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“ stimmen **53 Prozent** der Befragten zu. Bei Kombination beider Angaben beträgt der Anteil „ostdeprivierter“ Befragter zwölf Prozent. Gegenüber dem Vorjahr (zehn Prozent) ist keine signifikante Veränderung eingetreten.

(Abb. 63). Hier wirken ebenfalls über lange Zeiträume eingeschliffene Gefühle der Benachteiligung und Ressentiments. Relative Deprivation, die aus Gruppenvergleichen resultiert, in denen die Eigengruppe als benachteiligt wahrgenommen wird, mag die Ursache dafür sein, dass auch im Hinblick auf ihre Positionen in den Status- und Einkommenshierarchien begünstigte Sozialkategorien demokratiefeindliche Einstellungen vertreten.

Abb. 63: *Demokratietypen nach „Ostdeprivation“*
(in Prozent)



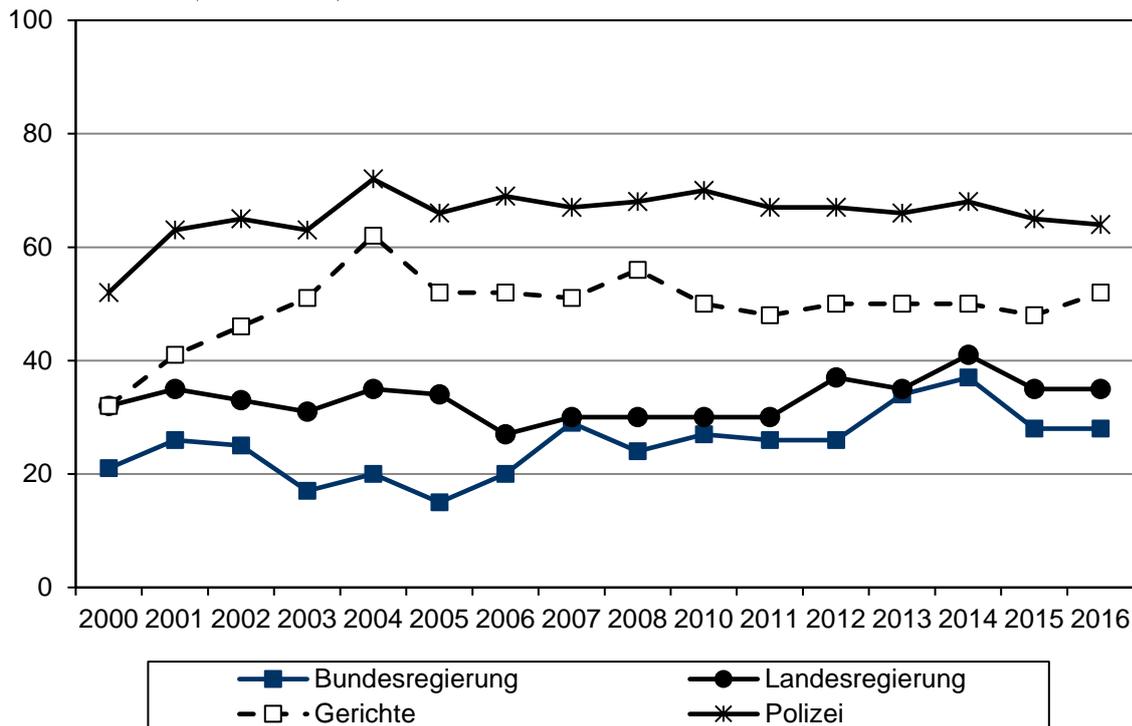
Das gilt etwa für die höheren und leitenden Angestellten und Beamt_innen, die zu 20 Prozent der Aussagen zustimmen, dass eine Diktatur im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform ist. Dies ist der höchste Wert unter allen Berufsgruppen. Dass eine Berufsgruppe, von der man eigentlich ein besonderes Loyalitätsverhältnis zur demokratische Ordnung erwarten dürfte, zu einem erheblichen Anteil diktaturaffin ist, könnte damit zu tun haben, dass es sich hier um „Verbitterte der Mittelschicht“ (Bude 2015) handelt, deren Einstellungen zu Diktatur und Demokratie aus einem Deprivationsempfinden gespeist werden. Für diese Deutung spricht, dass 53 Prozent der autochthon ostdeutschen Befragten aus dieser Berufskategorie angeben, persönlich schon einmal wegen ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt worden zu sein. Gefährdung der Demokratie durch Elitendeprivation: hier zeigt sich eine vom Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit noch nicht erfasste Zielgruppe.

2. Institutionenvertrauen

Der THÜRINGEN-MONITOR erfragt seit Beginn seiner Erhebungen regelmäßig das Vertrauen in die Kerninstitutionen der staatlichen Ordnung unserer Demokratie. Dies sind

wichtige Auskünfte, denn erst das Vertrauen der Bürger_innen legitimiert die Arbeit der Institutionen und lässt sie wirksam werden. Es ist deshalb von großer Bedeutung, dass die diesjährige Erhebung des THÜRINGEN-MONITORS keinen Vertrauensverlust gegenüber dem Vorjahr anzeigte. Nach dem Spitzenwert für das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung im Jahr 2014 sind seit 2015 die Zeitreihen auf das Niveau der Vorjahre zurückgekehrt. Die Reihung des Institutionsvertrauens zwischen – in aufsteigender Folge – Bundesregierung-Landesregierung-Gerichten-Polizei ist über den gesamten Untersuchungszeitraum stabil (Abb. 64).

Abb. 64: *Institutionenvertrauen 2000–2016*
(in Prozent)



Hinweis: Abgetragen sind die kumulierten Prozentwerte für "vertraue voll und ganz" und "vertraue weitgehend".

Im Hinblick auf die Polizei zeigt sich, dass die öffentliche Debatte über politisch kontroverse Sachverhalte – etwa das Vorgehen bei Demonstrationen – keine Auswirkungen auf das Grundvertrauen der Befragten hatte. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass hier der Anteil der Vertrauenden bei den in Ausbildung befindlichen Befragten, zu denen ein erheblicher Anteil Studierender gehört, mit 67 Prozent auf dem Niveau des Gesamtdurchschnitts liegt (Abb. 65). Auch sieht eine Mehrheit der Befragten die Polizei als exklusive Hüterin der öffentlichen Ordnung. Die Aussage, dass Bürgerwehren notwendig seien, weil der Staat die Sicherheit der Bürger_innen nicht mehr ausreichend gewährleisten könne, wird von zwei Dritteln der Befragten abgelehnt (Abb. 66). Mehrheiten für die Forderung nach Bürgerwehren finden sich nur bei den gering Gebildeten und Arbeitslosen, bei gewaltaffinen Befragten und jenen Befragten, die sich im Alltag von Kriminalität bedroht sehen. Damit besteht ein breiter, aber nicht vollständiger Konsens darüber, dass die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eine staatliche, aber keine gesellschaftliche Aufgabe sei.

Abb. 65: Vertrauen in die Polizei nach Erwerbstätigkeit
(in Prozent)

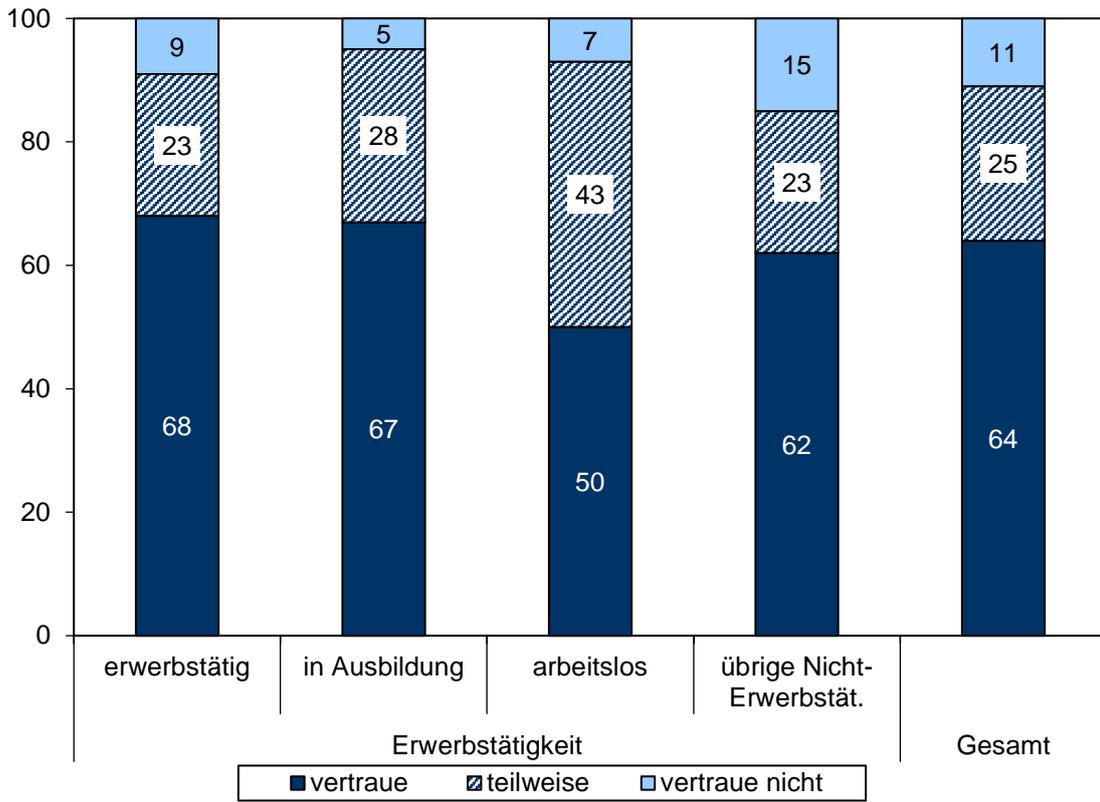
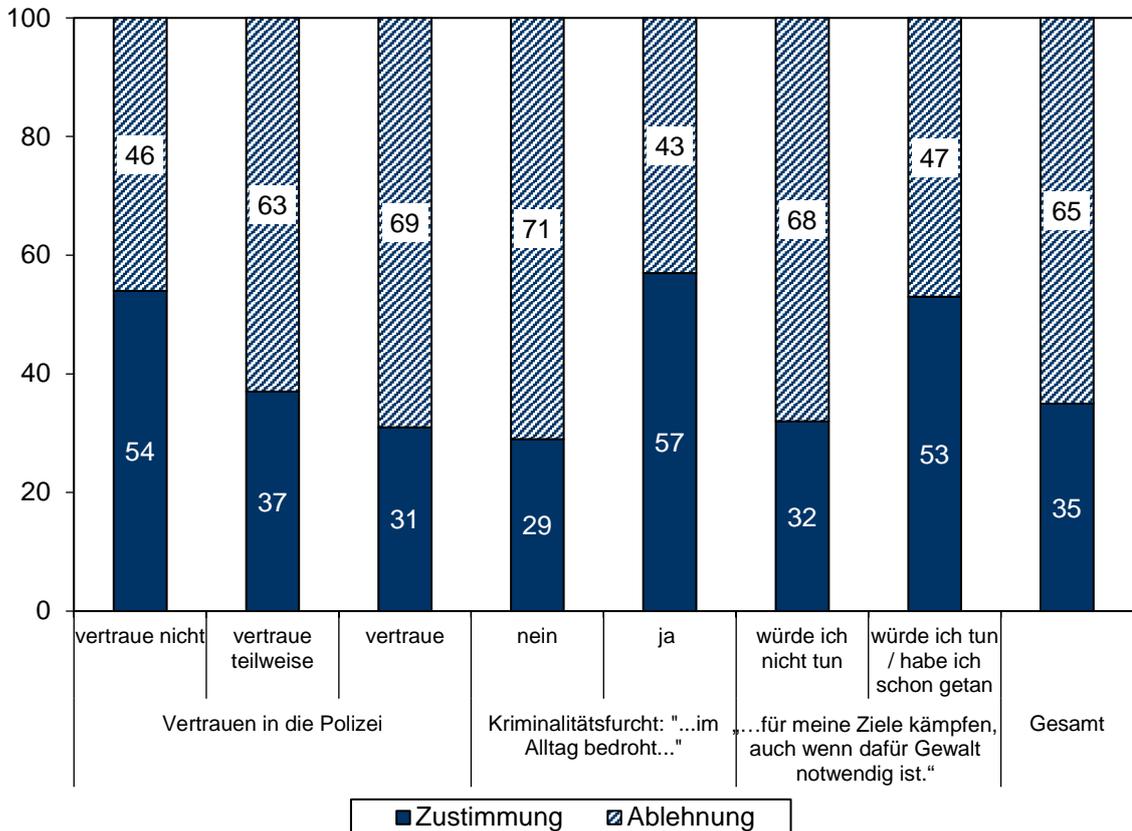
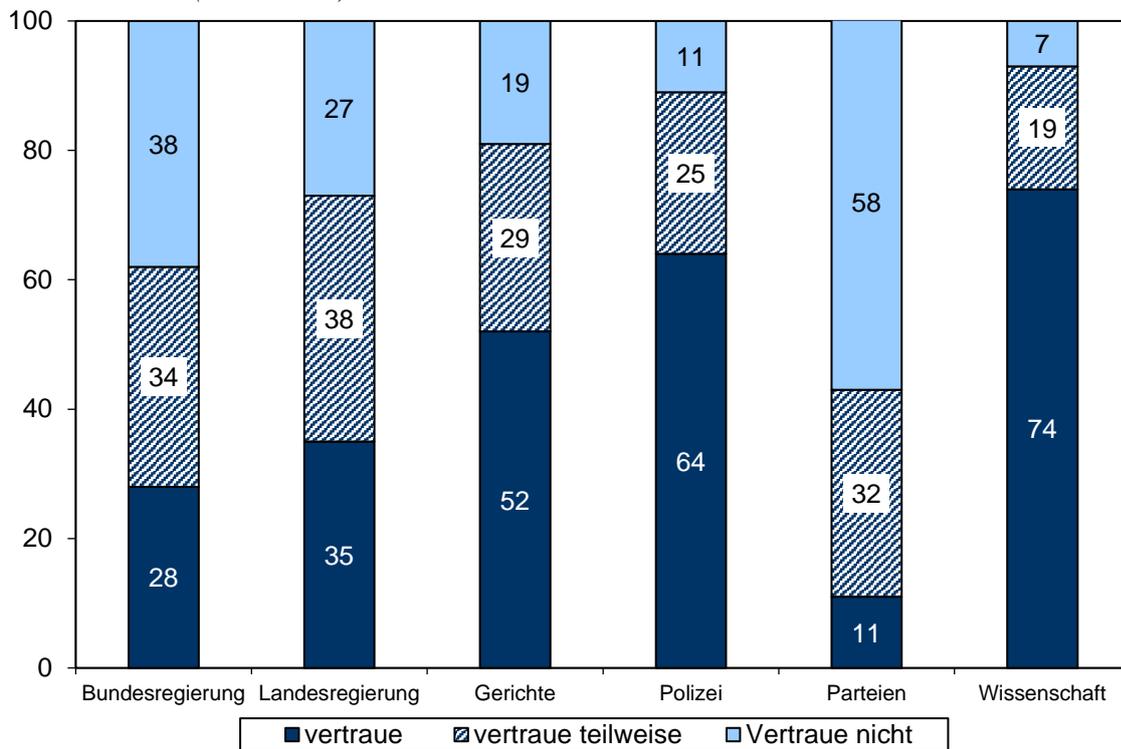


Abb. 66: „Bürgerwehren sind notwendig, weil der Staat die Sicherheit der Bürger nicht mehr ausreichend gewährleisten kann.“
(in Prozent)



Mehr Vertrauen als die Polizei genießt bei den Befragten nur die Wissenschaft, die in diesem Jahr zum ersten Mal in das Tableau der abgefragten Institutionen aufgenommen wurde (Abb. 67). Hier ist der Anteil der dezidiert Nicht-Vertrauenden mit sieben Prozent verschwindend gering. Überraschend ist, dass angesichts des Umstandes, dass es sich bei den THÜRINGEN-MONITOREN um Momentaufnahmen der Bevölkerung in einem bestimmten Meinungsklima handelt, die Zeitreihen zum Institutionenvertrauen für die Einrichtungen, über die kontinuierlich erhobene Messergebnisse seit Mitte des letzten Jahrzehnts vorliegen, relativ glatt sind. Dies deutet darauf hin, dass das Vertrauen in diese Institutionen in der Bevölkerung langfristig verankert ist.

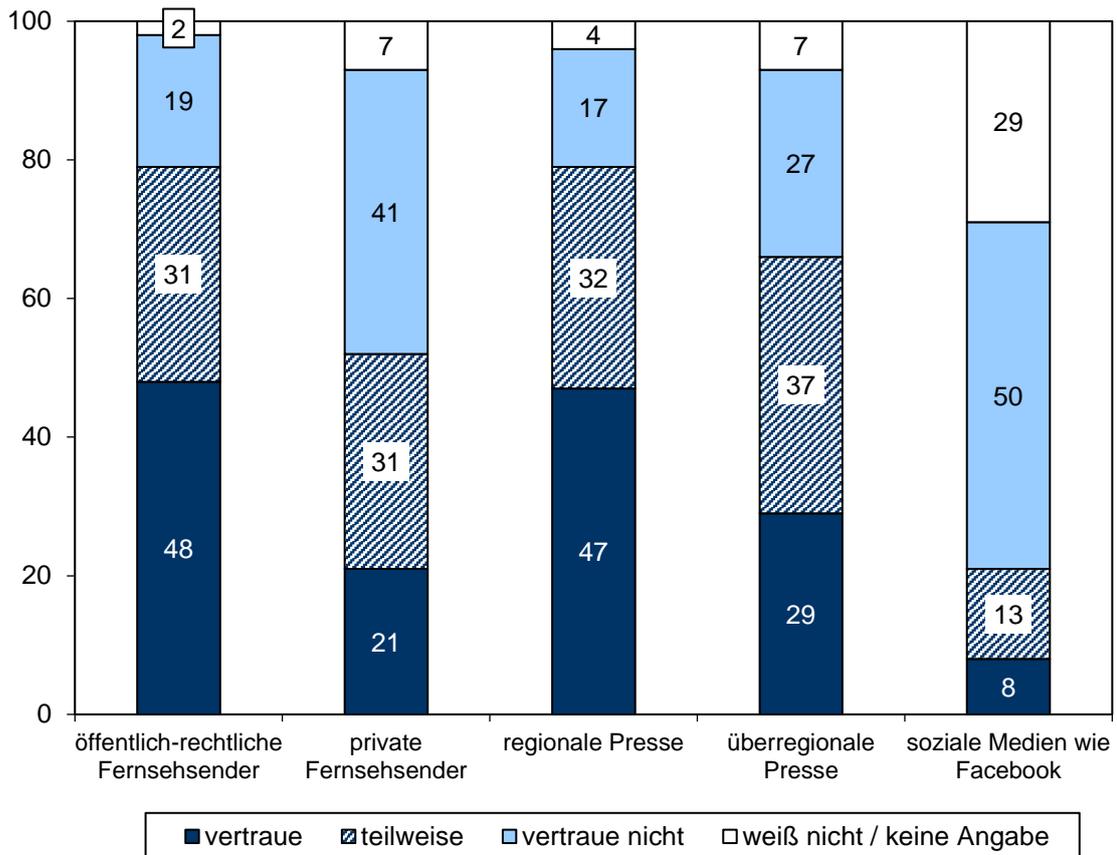
Abb. 67: *Institutionenvertrauen 2016*
(in Prozent)



Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurde in Anbetracht einer Kritik an der Berichterstattung über die Massenzuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden auch das Vertrauen in die Medien abgefragt. Dabei erwies sich, dass in Thüringen ein generalisiertes Misstrauen in die deutschen Medien besteht. 72 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass „die Medien in Deutschland einseitig berichten und von der Politik gelenkt werden“. Diese harsche Medienkritik überwiegt in allen Altersgruppen, Bildungs- und Beschäftigungskategorien. Ein differenziertes und insgesamt freundlicheres Bild zeigt sich jedoch, wenn wir das Vertrauen in einzelne Medienkategorien betrachten. Dabei erweisen sich öffentlich-rechtliche Fernsehsender und die regionale Presse als Nachrichtenquellen, denen vier von fünf Befragten voll oder teilweise vertrauen. Es folgen die überregionale Presse und – mit deutlichem Abstand – die privaten Fernsehsender. Es ist

zumindest auf den ersten Blick paradox, dass gerade den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten, bei denen der politische Einfluss institutionell verankert ist und ein volkspädagogischer Anspruch besteht, ein besonders hohes Vertrauen entgegengebracht wird. Auch Personen, die der Aussage zustimmen, dass die Medien einseitig berichten und von der Politik gelenkt werden, vertrauen zu mehr als zwei Dritteln den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern. Demgegenüber haben sich soziale Medien wie Facebook (noch?) nicht als vertrauenswürdige Nachrichtenquellen etablieren können (Abb. 68).

Abb. 68: *Vertrauen in Nachrichtenquellen*
(in Prozent)



Hier besteht zum einen ein erhebliches Maß an Meinungslosigkeit – soziale Medien werden von einer großen Minderheit der Befragten nicht als potentielle Nachrichtenquelle wahrgenommen. Wenn sie aber als solche wahrgenommen und bewertet werden, wird ihnen weit überwiegend misstraut. Das gilt auch für Befragte, die generalisierte Medienkritik äußern. Sie misstrauen den sozialen Medien in etwa gleichem Maß wie die Nichtkritiker. Soziale Medien bilden also keine alternativen Nachrichtenquellen für Personen, die staatliche Beeinflussung und manipulative Berichterstattung der (traditionellen) Medien kritisieren.

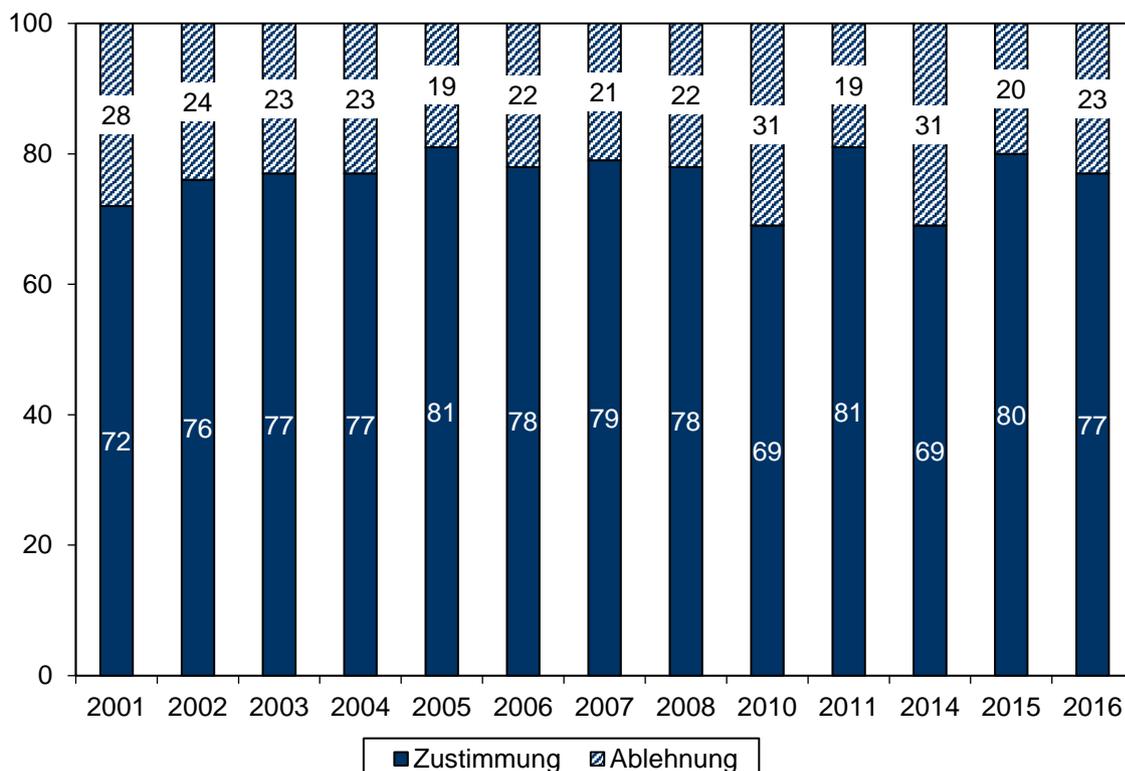
Wenn wir die Befunde zum Medienvertrauen saldieren, zeigt sich, dass nach wie vor eine große Mehrheit – 63 Prozent der Thüringer_innen – zumindest einem der traditionellen Medien „voll und ganz“ oder „weitgehend“ vertraut, während nur fünf Prozent der Befragten allen traditionellen Medien misstrauen. Der Anteil der den Medien Misstrauenden verringert sich auf drei Prozent, wenn wir jene Befragte hinzu zählen, die sozialen Medien

ganz oder teilweise vertrauen. Wir können also festhalten, dass eine verbreitete generalisierte Medienkritik mit einem verbreiteten (wenn auch selektiven) Vertrauen in die traditionellen Medien koexistiert. Undifferenziertes Misstrauen in die traditionellen Medien ist auf eine kleine Minderheit beschränkt, und soziale Medien haben sich (noch?) nicht als alternative Nachrichtenquellen der Bevölkerung etabliert.

3. Demokratiekritik und politische Partizipation

Bei der Diskussion der in der Gesamtschau eher auf Konsolidierung des Vertrauens in die Institutionen der demokratischen Staatlichkeit verweisenden Befunde wurde bislang das Vertrauen in die Parteien ausgeblendet. Hier zeigt sich gegenüber den übrigen Institutionsbereichen eine deutlich negativer Zug: Während nur jede_r Zehnte der Befragten den Parteien „überwiegend“ vertraut („volles Vertrauen kommt hier nur bei einer Handvoll der Befragten vor), misstraut ihnen eine starke Mehrheit dezidiert. Diese Distanz geht mit einer markanten Parteienkritik einher, die Parteien vorwirft, nur an den Stimmen, aber nicht an den Ansichten der Wähler_innen interessiert zu sein (Abb. 69). Diese Position wird im langjährigen Mittel wie auch im aktuellen Erhebungsjahr von drei Vierteln der Befragten vertreten. Die Kritik richtet sich hier spezifisch gegen die Funktion der Parteien, zwischen Wähler_innen und Gewählten und damit zwischen den Ebenen des politischen Systems der repräsentativen Demokratie zu vermitteln.

Abb. 69: *Parteiverdrossenheit: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“, 2001–2016*
(in Prozent)



Diese Vermittlung misslingt nach Auffassung von 70 Prozent der Befragten, die der Aussage zustimmen, dass in „unserer Demokratie ... die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ werden. Über diese Diagnose besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens mit Mehrheiten in allen Alters-, Berufs- und Bildungsgruppen (Abb. 70). Sie ist, was naheliegt, auch eng verknüpft mit mangelnder Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit: Beide gehen deutlich zurück, wenn Befragte nicht mehr an eine wirksame Vertretung der Anliegen der Menschen in unserer (repräsentativen) Demokratie glauben (Abb. 71). Es bündelt sich in diesem Antwortverhalten ein auf das politische System, seine Durchlässigkeit und seine Performanz bezogenes Missbehagen.

Auch in Anbetracht aktueller politischer Verwerfungen haben wir im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR die Motive dieses Missbehagens durch eine Exploration mit qualitativen Methoden aufgeklärt. Wir haben dabei die mit der politischen Praxis in Deutschland *unzufriedenen* Befragten erstmals gebeten, Gründe für diese Unzufriedenheit in eigene Worte zu fassen. In den Antworten auf die offene Frage wurde sowohl Kritik am defizitären Einfluss der Bürger_innen, am Handeln der politisch Verantwortlichen, an deren Repräsentationsverständnis und an institutionellen oder strukturellen Rahmenbedingungen des Politikbetriebes geäußert, als auch konkrete politische Themenfelder und Inhalte benannt, deren Bearbeitung durch die Politik als defizitär eingeschätzt werden (wie z.B. mangelnde soziale Gerechtigkeit, Arbeitsmarktpolitik oder Asylpolitik).

Abb. 70: „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“ nach Alter
(in Prozent)

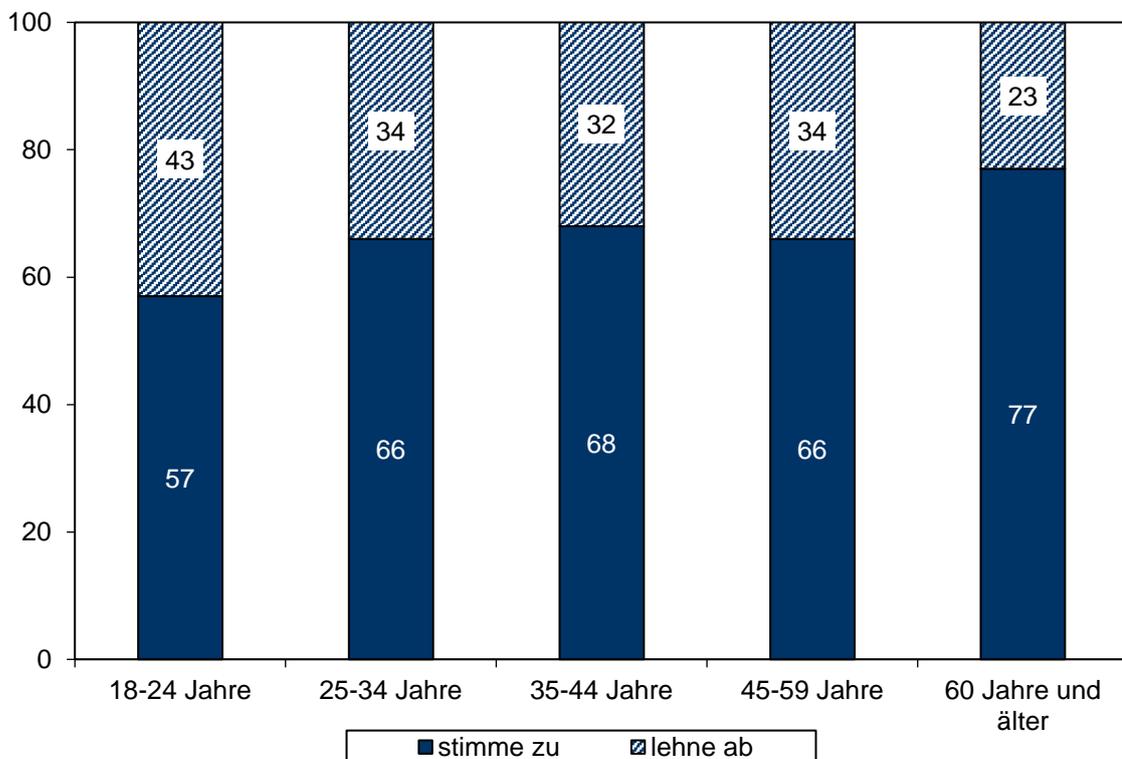
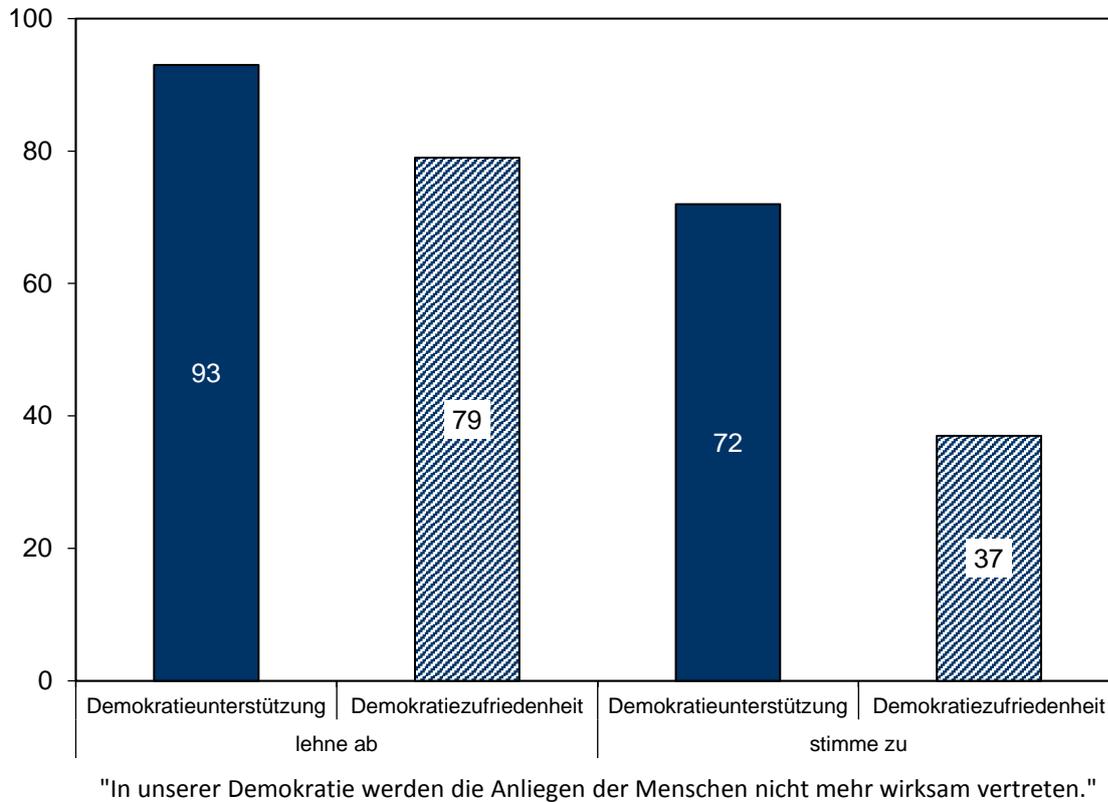
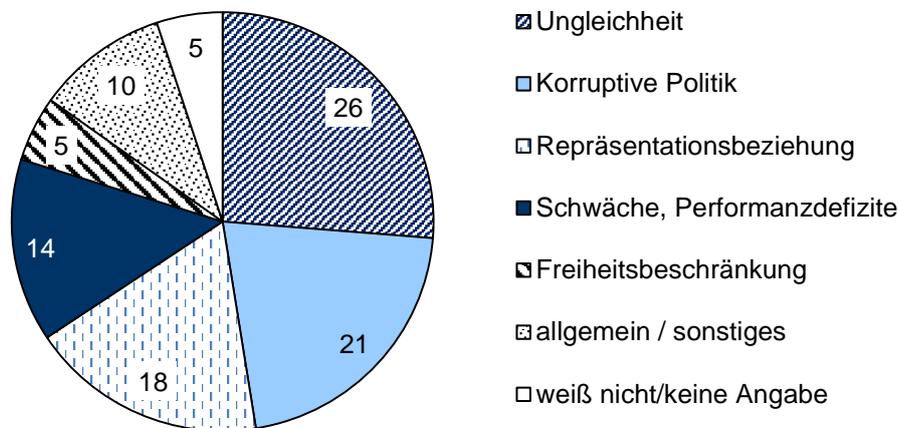


Abb. 71: „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“: Einfluss auf Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit
(in Prozent)



Mehr als ein Viertel der Äußerungen (Abb. 72) thematisieren **Ungleichheit** in unserer Gesellschaft, beispielsweise die Unterschiede zwischen arm und reich, zwischen Ost und West, die Situation von Rentner_innen, Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger_innen. **Korruptive Politik** ist der am zweithäufigsten genannte Grund für Demokratieunzufriedenheit. Hier wird mit 17 Prozent der gültigen Nennungen vor allem das Verhalten der politisch Verantwortlichen kritisiert: Wahlversprechen würden nicht eingehalten, zwischen Politikerreden und -handeln bestünden erhebliche Diskrepanzen, falsche Entscheidungen würden getroffen, es werde Untätigkeit oder gar Unvermögen an den Tag gelegt, Eliten und Parteien seien auswechselbar und agierten eigennützig. Zudem beklagen fünf Prozent der unzufriedenen Befragten Vorteilsnahme und Lobbyismus. Häufig angesprochen wird auch die **Repräsentationsbeziehung** zwischen Bevölkerung und Eliten, vor allem ein zu geringer Einfluss der Bevölkerung. Viele dieser Befragten fordern ausdrücklich mehr direkte Demokratie und Mitsprache durch Bürgerentscheide und Volksbegehren.

Abb. 72: „Weshalb sind Sie unzufrieden mit der Demokratie?“
(offene Nennungen der Gründe für Unzufriedenheit zu Kategorien
zusammengefasst / Häufigkeit der Nennungen in Prozent)

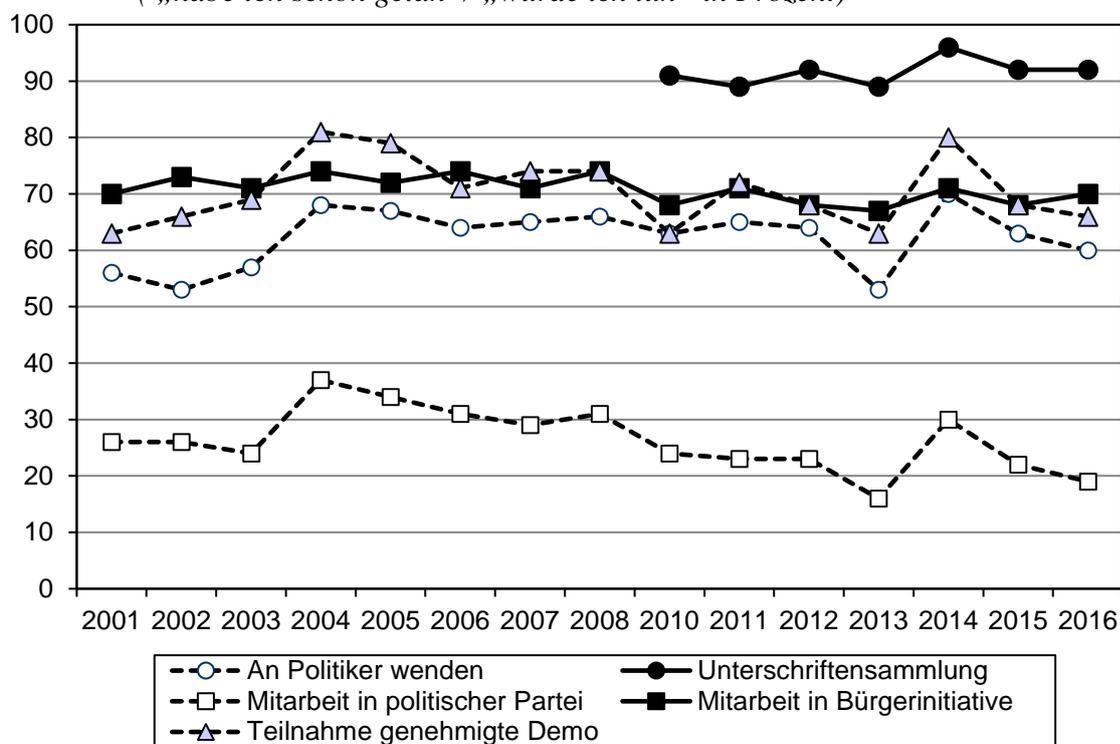


Wörtlich wird in diesem Zusammenhang moniert, dass die politisch Verantwortlichen „zu wenig auf die Leute“ hörten; Entscheidungen würden „von oben“ „über die Köpfe der Bürger_innen hinweg“ getroffen. Diese Stimmungslage spiegelt die bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2012 diskutierte Erwartung von 69 Prozent der damals Befragten wider, dass politische Eliten in erster Linie die Anregungen der Bevölkerung aufnehmen, also responsiv sein sollten; nur 17 Prozent der Befragten hatten es als wichtiger beurteilt, dass Eliten Orientierung böten. 14 Prozent der Befragten hatten Responsivität und Führung gleichgewichtet. In einer 2010 durchgeführten Befragung Thüringer Landtagsabgeordneter war deren Präferenz für Responsivität mit 40 Prozent deutlich geringer als die der Bevölkerung gewesen – dies zugunsten eines Führungsanspruches, den 29 Prozent als wichtiger empfanden (vgl. TM 2012: 69). Außerdem meinten 58 Prozent der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS 2012, es sei wichtiger, dass sich Politiker_innen nach den aktuellen Meinungen der Wähler_innen richteten, als dass sie ihren Grundüberzeugungen treu blieben (37 Prozent); sechs Prozent fanden beides gleich wichtig.

Zu den weiteren Gründen, die die Befragten 2016 für ihre Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis anführen, gehören die **Schwäche und Performanzdefizite** der Demokratie (14 Prozent), die nach Meinung der Befragten u.a. in der aktuellen Asyl- und Flüchtlingsfrage (sieben Prozent), den Wirtschafts- und Infrastrukturleistungen, aber auch in der allgemeinen Trägheit politischer Prozesse und Institutionen sowie dem Verhalten der Wähler_innen sichtbar werden. Aspekte der **Freiheitsbeschränkung** (bezüglich der Meinungsfreiheit, des Datenschutzes usw.) benennen fünf Prozent der unzufriedenen Befragten. Zehn Prozent äußern nur sehr unspezifische Kritik, allgemeine Ablehnung oder führen sonstige Gründe für ihre Unzufriedenheit an, fünf weitere Prozent konnten oder wollten keine Gründe angeben. Festzuhalten ist, dass insgesamt 39 Prozent der Nennungen eine grundsätzliche Kritik an der Repräsentationsbeziehung zwischen Bevölkerung und politisch Verantwortlichen bzw. an der Responsivität und Performanz der politischen Eliten beinhalten.

Die Repräsentationsbeziehung ist allerdings ein zweiseitiges Verhältnis, in dem die Politik nur dann die „Anliegen der Menschen“ aufnehmen kann, wenn diese politisch artikuliert werden. Die Realität in Thüringen ist jedoch weit vom Ideal einer aktiven Bürgergesellschaft entfernt. Seit Beginn seiner Erhebungen dokumentiert der THÜRINGEN-MONITOR jährlich die Partizipationspraxis („habe ich schon getan“) und die Partizipationsneigung („würde ich tun“) der Befragten für die fünf wichtigsten Formen politischer Partizipation (Abb. 73). Sie zeigen, wenn man „tun“ und „wollen“ zusammenfasst, eine hohe Akzeptanz der Partizipationsnorm durch die Befragten, mit Spitzenwerten für die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung, aber einer deutlich reduzierten Bereitschaft, in einer politischen Partei mitzuarbeiten. Zur Mitarbeit an einer Bürgerinitiative, der Teilnahme an einer (genehmigten) Demonstration und der direkten Kontaktaufnahme mit einem Politiker_in sind jeweils zwischen 60 und 70 Prozent der Befragten bereit.

Abb. 73: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2016
(„habe ich schon getan“/ „würde ich tun“ in Prozent)

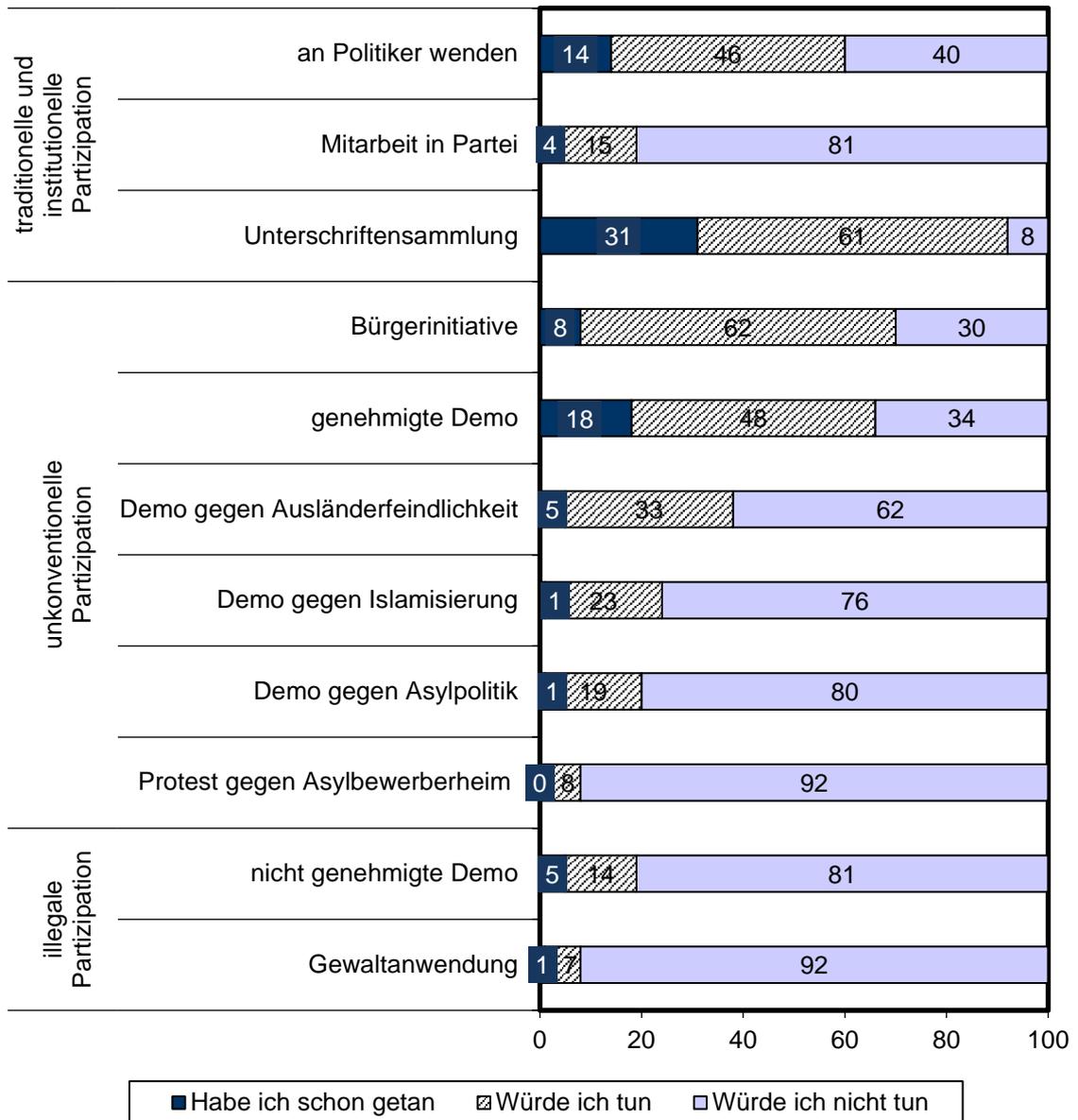


Anmerkung: Teilnahme an einer Unterschriftensammlung“ wurde erstmals 2010 abgefragt.

Im Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS hat sich an diesen Proportionen nach einigen Fluktuationen in der Anfangsphase seit Mitte des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrhundert nicht viel geändert. Wie stark die Partizipationsnorm in der Bevölkerung verankert ist, zeigt sich daran, dass 96 Prozent der Befragten angeben, eine dieser Partizipationsformen praktizieren zu wollen oder dies schon einmal getan zu haben. Die Realität weicht allerdings deutlich von der Norm einer aktiven Bürgergesellschaft ab: Nur 60 Prozent der Befragten haben sich mindestens in einer der hier erfassten Partizipationsformen auch tatsächlich politisch engagiert. Besonders groß ist die Diskrepanz zwischen Handeln und Handlungsnorm bei zivilgesellschaftlichem Engagement, das einen hohen und länger andauernden Zeitaufwand erfordert wie etwa die Beteiligung an einer Bürgerinitiative.

Deutlich häufiger werden relativ aufwandsarme Partizipationsformen wie Beteiligung an einer Unterschriftensammlung und einer Demonstration praktiziert (Abb. 74).

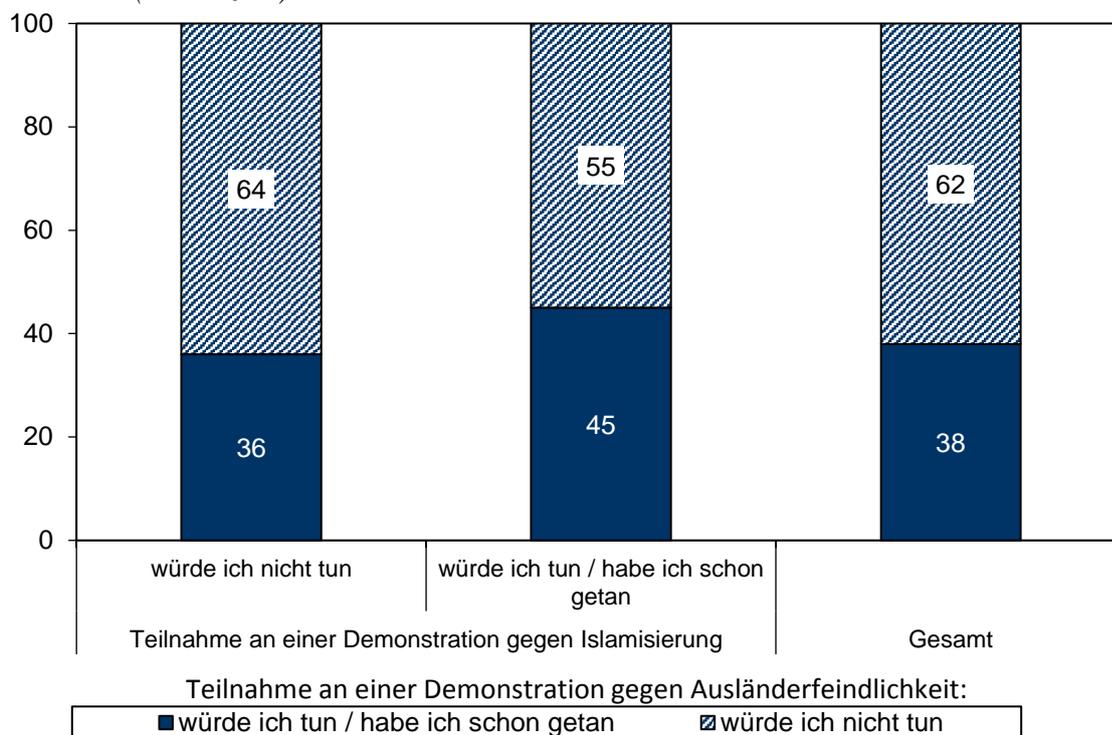
Abb. 74: Politische Partizipation 2016
(in Prozent)



Nur 14 Prozent der Befragten haben sich mit ihren Anliegen schon einmal an eine_n Politiker_in gewandt; ein deutlicher Abstand zu den 60 Prozent, die diese Handlungsoption erwägen und den 70 Prozent, die klagen, dass „in unserer Demokratie“ die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten werden. Bei spezifischen gesellschaftlichen und politischen Anliegen besteht eine noch deutlichere Kluft zwischen jenen, die bereit sind, sie öffentlich zu vertreten, und jenen, die dies tatsächlich auch tun. So teilen 67 Prozent der Befragten die Sorge, „dass wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden der Einfluss des Islams in unserem Land zu stark wird“. Dem stehen 23 Prozent der Befragten gegenüber, die bereit sind, gegen eine „Islamisierung“ zu demonstrieren und ein Prozent der

Befragten, die dies schon einmal getan haben. Kritik an der „Asylpolitik“ hat ein Mobilisierungspotenzial von 20 Prozent der Befragten, der Protest gegen ein Asylbewerberheim eines von acht Prozent. Auf der anderen Seite würden sich 38 Prozent an einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit beteiligen. Allerdings verlaufen auch hier die Frontlinien nicht so eindeutig, wie dies ein intuitives Verständnis erwarten lässt: 45 Prozent der Befragten, die bereit sind, gegen „Islamisierung“ zu demonstrieren, geben an, sich auch an einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit beteiligen zu wollen (Abb. 75).²³ Dies ist ein signifikant höherer Anteil als in der Gruppe derjenigen, die nicht bereit sind, gegen „Islamisierung“ zu demonstrieren.

Abb. 75: Teilnahme an einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit in Abhängigkeit der Teilnahme an einer Demonstration gegen „Islamisierung“ (in Prozent)



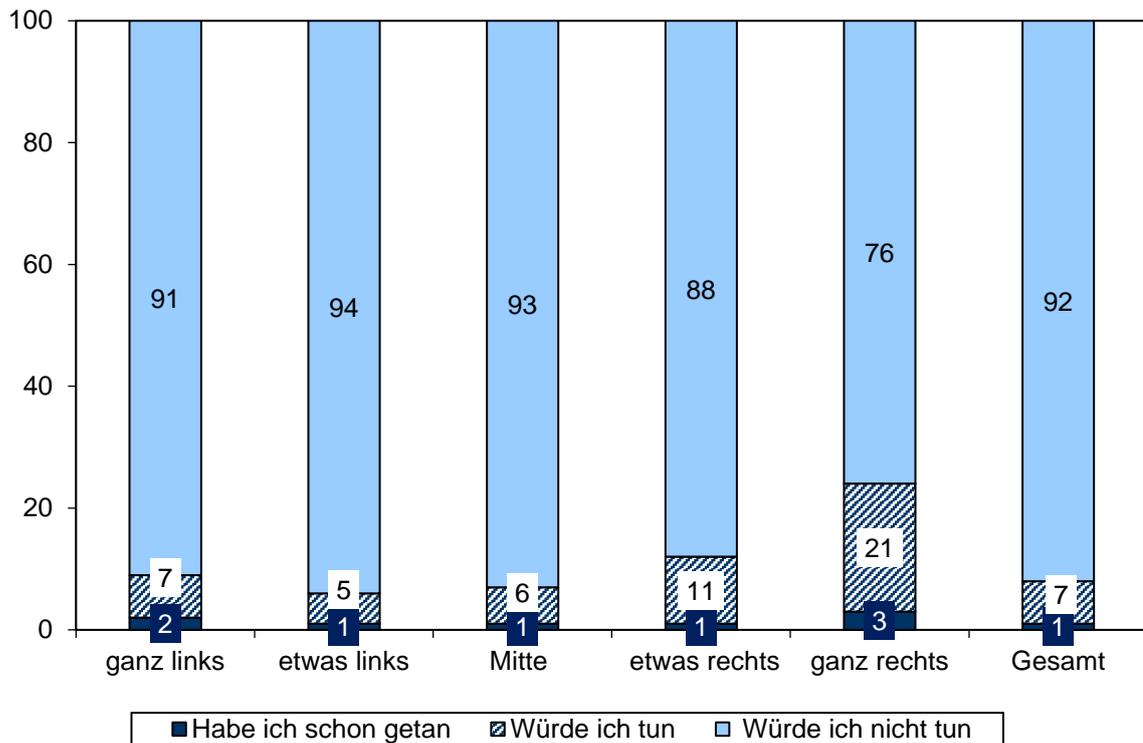
Die deutliche Differenz zwischen der Unterstützung der Partizipationsnorm und tatsächlichem Partizipationshandeln verweist darauf, dass spezifische Umstände dazu führen, dass Menschen die Schwelle von abstrakter Partizipationsbereitschaft zum aktiven politischen Engagement überschreiten. Im vergangenen Jahr haben wir in einer Kausalanalyse festgestellt, dass Personen sich umso eher und umso vielfältiger legal politisch beteiligen, je **geringer** ihr Institutionenvertrauen ist (vgl. TM 2015: 80 ff.). Zugleich gab es einen Zusammenhang zwischen höherer Bildung und niedrigerem Einkommen. Wir hatten diesen Befund seinerzeit so interpretiert, dass politische Beteiligung ein Element der Kritik und Distanz gegenüber der Institutionenordnung der repräsentativen Demokratie sowie einen Aspekt sozialer Kompensation durch die immateriellen Belohnungen und Entfaltungsmöglichkeiten (staats-)bürgerlichen Engagements enthält. Allgemein gilt, dass

²³ Nur fünf Befragte geben an, bereits an einer Demonstration gegen „Islamisierung“ teilgenommen zu haben. Zwei von ihnen haben ihrer Aussage nach auch bereits an einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit teilgenommen.

politische Beteiligung jenseits von Wahlen zwar ein unverzichtbares Element einer lebendigen Demokratie ist und die praktische Wirksamkeit politischer Freiheitsrechte dokumentiert, doch ist sie nicht umstandslos auch ein Ausweis von Demokratiezufriedenheit und selbst Demokratieunterstützung durch die Bürger_innen.

Dieser Vorbehalt gilt eindeutiger noch für jene Formen und Varianten politischer Partizipation, die den gesetzlichen Rahmen der politischen Ordnung und die Normen friedlicher politischer Konfliktaustragung verletzen. Diese Varianten politischer Partizipation werden im THÜRINGEN-MONITOR durch die Fragen nach der Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration und der Bereitschaft „für die eigenen politischen Ziele zu kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist“, erfasst. Die Bereitschaft, an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen, besteht bei 19 Prozent, die Bereitschaft zur Gewaltanwendung bei acht Prozent der Befragten. Beide Varianten illegaler Partizipation wurden nach eigenen Angaben von jeweils vier und einem Prozent der Befragten tatsächlich praktiziert. Zusammengenommen geben 23 Prozent – und damit nahezu in Viertel – der Befragten an, zur Teilnahme an einer ungenehmigten Demonstration und/oder zur Ausübung von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele bereit zu sein bzw. dies schon einmal getan zu haben. Es ist wohl keine Dramatisierung, wenn wir in diesem Befund einen problematischen Aspekt der politischen Kultur in Thüringen sehen. Es ist nicht (nur) politische Apathie und mangelndes Politikinteresse, die die demokratische Ordnung gefährden, sondern auch die Bereitschaft einer großen Minderheit, formale Normen politischen Handelns zu verletzen.

Abb. 76: Gewaltaffinität 2001–2016: „... für meine Ziele kämpfen, auch wenn dafür Gewalt notwendig ist“ nach Links-Rechts-Selbsteinordnung (in Prozent)



Dies gilt insbesondere für die Gewaltbereitschaft (Abb. 76), die mehr noch als bestimmte Einstellungen und Gesinnungen den inneren Frieden und einen demokratischen Diskurs um kontroverse Sachfragen gefährdet. Wir können zudem zeigen, dass gewaltaffine Befragte auch dazu tendieren, das Gewaltmonopol des Staates in Frage zu stellen. Es ist – auch mit Blick auf eine gezielte Gewaltprävention – von Interesse, die Gründe zu identifizieren, die Personen dazu bewegen, gewaltaffin zu sein. Wir haben dies mit Hilfe einer Regressionsanalyse getan, die wegen einer geringen Besetzung der Zielvariablen auf einer Kumulation der THÜRINGEN-MONITORE zwischen 2001 und 2016 beruht. Mit diesem Vorgehen werden die langfristig wirksamen Faktoren, die die Gewaltaffinität in unserer Untersuchungspopulation bestimmen, identifiziert (Abb. 77).

Abb. 77: Einflussfaktoren der Gewaltaffinität
Binomiale logistische Regression²⁴

Einflussfaktoren	Odd Ratio / Exp.(B)
Alter: höher	,987***
Geschlecht: weiblich	,501***
Bildung: Abitur und höher	1,001 n.s.
arbeitslos: ja	1,406**
Deprivation: schlechte individuelle wirtschaftliche Lage + „weniger als gerechter Anteil“: ja	1,017 n.s.
Ostdeprivation ²⁵ : negative Einheitsbewertung + „Ostdeutsche = Menschen 2. Klasse“: ja	1,351**
Selbsteinordnung „weit oder ganz weit links“: ja	1,406**
Selbsteinordnung „weit oder ganz weit rechts“: ja	1,987***
Autoritarismus: höher	1,194*
Neo-nationalsozialistische Einstellungen: höher	2,181***
Ethnozentrismus (Ausländerfeindlichkeit/Nationalismus): höher	1,099 n.s.
Demokratiezufriedenheit: höher	,810*
Politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung: „[...] keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ (Zustimmung)	,818*
Nagelkerke's R ² (Goodness of Fit)	.111

Exp (B) größer 1,0: erhöht Gewaltaffinität	Exp (B) kleiner 1,0: senkt Gewaltaffinität	Weißer Felder: nicht signifikant (n.s.)
---	---	--

Der Befund lässt erkennen, dass eine Selbsteinstufung sowohl am rechten als auch am linken Rand des politischen Spektrums die Gewaltaffinität leicht, aber signifikant erhöht. Zugleich und unabhängig von der Selbsteinstufung wirken *neo-nationalsozialistische Einstellungen* als signifikante Verstärker (mit dem größten Effekt). Dies gilt aber *nicht* für ethnozentrische Einstellungen. Dies ist insofern plausibel, als ethnozentrische Positionen von großen Minderheiten der Befragten vertreten werden, die sich selbst teilweise in der politischen Mitte oder links davon einordnen (vgl. Kapitel IV.4). Signifikanten verstärkenden Einfluss auf die Gewaltbereitschaft haben außerdem Arbeitslosigkeit, autoritäre Einstellungen, die Unzufriedenheit mit der Demokratie, die kollektive Deprivation als Ostdeutsche_r und eine hohe politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung. Keinen

²⁴ Abhängige Variable: „...für meine Ziele kämpfen, auch wenn dafür Gewalt notwendig ist“ (0: würde ich nicht tun 1: würde ich tun / habe ich schon getan), 13 aufgenommene Prädiktor-Variablen, Fallzahl: n=10.195 (Daten der THÜRINGEN-MONITORE 2001–2016).

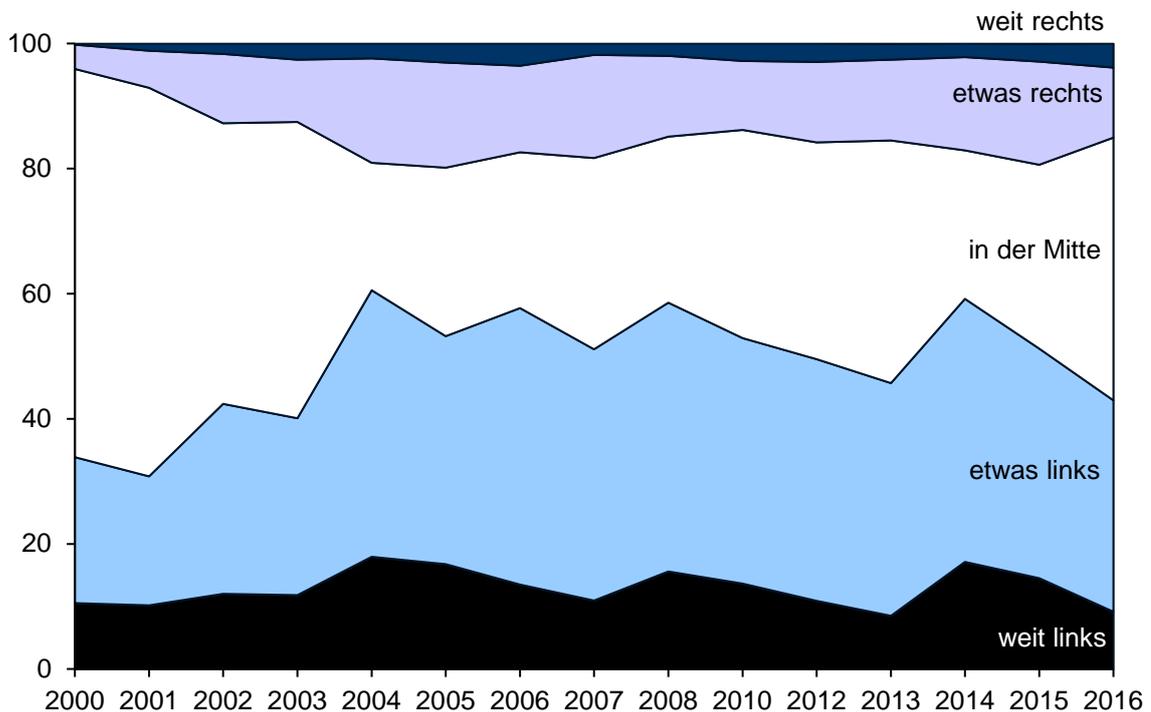
Signifikanz: *p < .05; **p < .01; ***p < .001; n.s. (nicht signifikant) p > .05.

²⁵ Beachte die gegenüber den Vorjahren veränderte, korrigierte Definition und Berechnung der Messkonzepte „Deprivation“ und „Ostdeprivation“ (vgl. TM 2015: 61, FN 34). Siehe FN 22.

signifikanten Einfluss haben Bildung sowie das Gefühl, individuell benachteiligt (depriviert) zu sein. Frauen und ältere Personen haben eine signifikant geringere Gewaltaffinität. Die Analyse der Ursachen von Gewaltaffinität weist also darauf hin, dass die Prävention politischer Gewalt sinnvoll bei einer Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus ansetzen sollte. Einschränkend gilt, dass der Erklärungsbeitrag des Modells insgesamt sehr gering ist und im THÜRINGEN-MONITOR kein Messinstrument vorliegt, das beanspruchen könnte, auch linksextreme Einstellungen empirisch zu erfassen.

Die bis zu diesem Punkt vorgestellten Befunde zum Zustand und zur Entwicklung der politischen Kultur in Thüringen verweisen einerseits auf große Minderheiten und – im Hinblick auf Sympathien für diktatorische Regime – sogar auf Mehrheiten der Befragten, die auf Distanz oder sogar im Widerspruch zu grundlegenden Normen und den Institutionen der repräsentativen Demokratie stehen. Auf der anderen Seite hat es – und dies hat uns vor dem Hintergrund der politischen und sozialen Verwerfungen des vergangenen Jahres überrascht – hier keine gravierenden Veränderungen gegeben. Die Enthemmung der politischen Polemik wie auch die Gewaltakte gegen Asylunterkünfte und ihre Insassen haben in den Daten des THÜRINGEN-MONITORS keinen Niederschlag in der Gestalt einer demokratiefeindlichen Radikalisierung gefunden.

Abb. 78: *Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2016*
(in Prozent)



In diese Befundlage passt, dass die Neigung der Befragten, sich selbst äußeren Randpositionen des politischen Spektrums zuzuordnen, seit 2014 zurückgegangen ist, wobei diese Entwicklung ausschließlich der Verringerung der sich als „weit links“ Bezeichnenden auf neun Prozent zuzuschreiben ist (vgl. Abb. 78). Der Anteil der sich „ziemlich“ und „sehr weit“ rechts einordnenden Befragten lag und liegt im gesamten Beobachtungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS konstant bei unter fünf Prozent (2016: vier Prozent).

Deutlich zugenommen hat aber auf insgesamt 42 Prozent der Anteil der Befragten, die sich „der Mitte“ zuordnen. Dies ist ein Höchstwert seit dreizehn Jahren und umso bemerkenswerter, als seit 2004 die „Mitte“ den Befragten nicht mehr als Antwortvorgabe angeboten wird, sondern als Antwortkategorie spontan gewählt werden muss. Dies ist also eine Antwort, die außerhalb des Befragungsrasters liegt und einen deutlichen Widerwillen zum Ausdruck bringt, auf einem der Flügel des Links-Rechts-Schemas verortet zu werden. Befragte sind andererseits weit überwiegend bereit, sich politisch selbst zu positionieren, denn der Anteil der Antwortverweigerer liegt hier nur leicht über dem Durchschnitt bei sechs Prozent. Wir interpretieren diesen Befund als Ausdruck einer Entdifferenzierung der politischen Diskurse während der vergangenen beiden Jahre, die nicht den Logiken einer „gerechten“ Verteilungs- und Umverteilungspolitik zwischen „oben“ und „unten“ folgt, die – wie wir in einer früheren Untersuchung festgestellt haben – in den Köpfen vieler Befragter die Koordinaten von „rechts“ und „links“ festlegen (vgl. Salheiser 2014: 50 f.). Bei dem Diskurs über Immigration und „Flüchtlingskrise“ geht es dagegen um Fragen der Reichweite und den Bestand ethnokultureller Solidaritätsnormen und Identitäten, die zuvor eher „rechte“ Positionen markierten. Diese Themen sind nach unseren Befunden nun durch die Befragten nicht mehr auf den Flügelpositionen des Links-Rechts-Koordinatensystems unterzubringen.

4. Rechtsextreme Einstellungen

Zum Zeitpunkt der Befragung des THÜRINGEN-MONITORS 2015 war erst in Ansätzen erkennbar, dass Deutschland in den kommenden Wochen im Zeichen einer „Flüchtlingskrise“ stehen würde. Für den THÜRINGEN-MONITOR 2016 gilt hingegen, dass die politische und gesellschaftliche Diskussion weiterhin dominiert ist durch die Folgen des Zuzugs von über einer Million Menschen binnen eines Jahres. Auch wenn die Anzahl an Flüchtlingen und Asylsuchenden seit Frühjahr 2016 deutlich abgenommen hat, stehen nun Fragen nach deren gesellschaftlicher Integration und nach einer langfristigen Strategie zum Umgang mit weiterhin zu erwartenden Flüchtlingsströmen im Vordergrund der politischen Auseinandersetzung.

Die öffentliche Diskussion in Deutschland war und ist im Hinblick auf dieses Thema polarisiert und wird teilweise mit emotionaler Schärfe geführt. Auf beiden Seiten positionsverhärtend wirkt sich dabei aus, dass kritische Stimmen gegenüber der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die weniger die Chancen, sondern die ökonomischen, gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Probleme einer massenhaften Zuwanderung betonten, eine gedankliche Nähe zu rechtsextremer Ideologie oder gar rechtsextreme Bestrebungen selbst vorgeworfen wurden. Eine Abgrenzung dieser Skepsis gegenüber der dem Rechtsextremismus inhärenten Fremdenfeindlichkeit wird erschwert, weil einschlägige rechtsextreme Akteure nicht nur in Thüringen die „Flüchtlingskrise“ nutzen, um ihre Deutungen und politischen Ideen als anschlussfähig zur Skepsis gegenüber einer massiven Zuwanderung darzustellen (vgl. Kapitel IV.3).

Das Verhältnis zwischen einer kritischen Haltung zu Zuwanderung und Zuwanderungspolitik gegenüber dem Rechtsextremismus berührt auch unmittelbar das Kernprogramm des THÜRINGEN-MONITORS, das die Identifikation rechtsextremer Einstellungen umfasst. Ein rechtsextremes Einstellungsmuster ist dabei gekennzeichnet durch die Überzeugung einer unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von askriptiven Merkmalen, wie Nationalität, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, sowie einem auf diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauenden Gesellschaftsbild. Von der Vielzahl der möglichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen werden gemäß der im THÜRINGEN-MONITOR verwendeten Konsensdefinition (s.u.) antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen zum Rechtsextremismus gezählt. Im Hinblick auf politische Ordnungsvorstellungen ist Rechtsextremismus gekennzeichnet durch eine Befürwortung diktatorischer Regierungsformen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und nationalistisch-chauvinistische Einstellungen. Letztere erfassen nicht nur ein übersteigertes Nationalgefühl, sondern die Aufwertung Deutschlands über die Abwertung anderer Länder. Diese im Jahr 2001 entwickelte Konsensdefinition des Rechtsextremismus als Einstellungssyndrom wird neben dem THÜRINGEN-MONITOR auch in weiteren Studien verwendet (Decker / Kiess / Brähler 2016; Stöss 2007; Stöss / Niedermayer 2008). Damit ist der Rechtsextremismus nicht in seiner gesamten Breite erfasst, sondern fokussiert auf die Ebene von Einstellungen zu unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Themen und Objekten. Wie Einstellungen mit Handlungen verknüpft sind und ob sie diese beeinflussen, kann auf dieser Ebene allein nicht untersucht werden. Diese Analyse erforderte die Verknüpfung zu Daten über tatsächliches Verhalten, das im Extremfall physische Gewalt gegenüber Ausländern oder auch Asylbewerberunterkünften umfasst, aber ebenso bereits durch Hasskommentare in sozialen Netzwerken zum Ausdruck kommen kann.

Die Messung von Einstellungen muss stets eine Antwort auf die Herausforderung finden, dass Einstellungen im Gegensatz zu Naturphänomenen nicht direkt mit den Sinnen zu beobachten sind. Eine wissenschaftlich gesicherte Beschreibung von Personen oder Gruppen als rechtsextrem muss sich daher eines getesteten und als valide befundenen Messinstruments bedienen. Die auf der Konsensdefinition aufbauende und nicht nur im THÜRINGEN-MONITOR, sondern in ähnlicher Weise auch z.B. in den Mitte-Studien (vgl. Decker / Kiess / Brähler 2016) verwendete Rechtsextremismusskala kann als ein solches Messinstrument gelten, wie in der umfangreichen *Expertise zur Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000 bis 2014* (Best / Salomo 2014) dargelegt wurde. Die Grundidee jeder Skala ist, dass sich eine latente, d.h. nicht direkt beobachtbare Einstellung in vielerlei beobachtbaren Situationen und Konstellationen äußern kann. Im Rahmen der Beantwortung eines Fragebogens zeigt sich eine rechtsextreme Einstellung z.B. dadurch, dass fremdenfeindliche, nationalistisch-chauvinistische, sozialdarwinistische, den Nationalsozialismus verharmlosende, antisemitische und eine diktaturunterstützende Aussagen befürwortet werden (Abb. 79). Allerdings kann und wird aus mehreren Gründen nicht von der Befürwortung einer einzelnen der genannten Aussagen, wie z.B. „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“, auf eine rechtsextreme Gesinnung geschlossen.

**Abb. 79: Zustimmung zu den Fragen zur Erfassung rechtsextremer Einstellung
(in Prozent)**

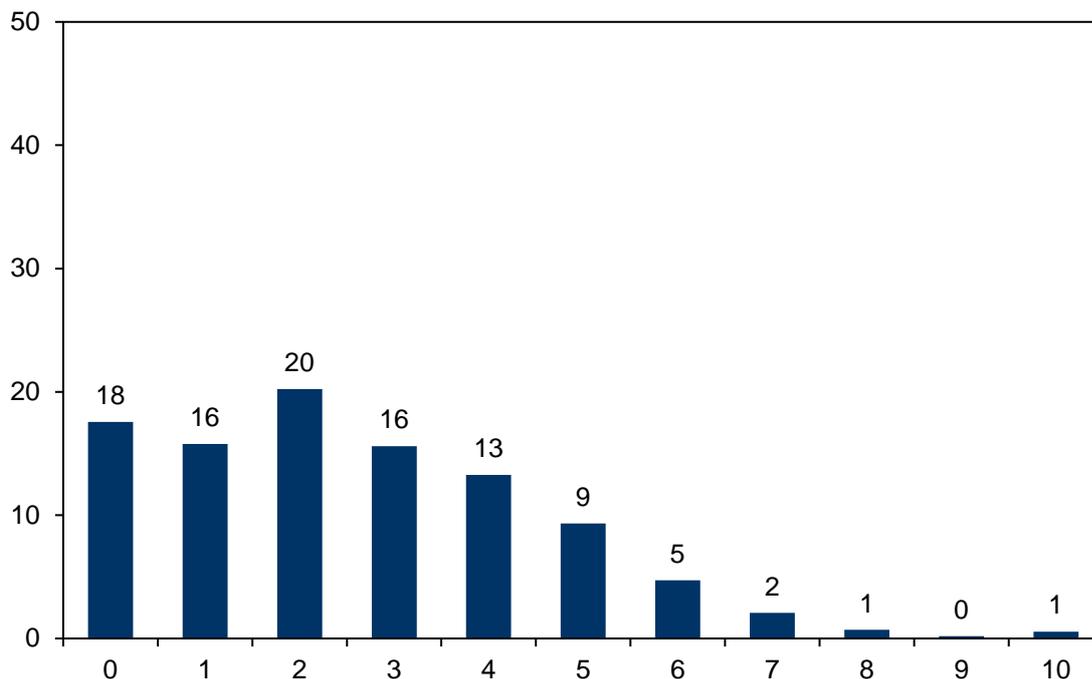
		2016	2015	2014	
Nationalismus und Chauvinismus					
Ethnozentrismus	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	63	62	56	
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	25	29	23	
	Fremdenfeindlichkeit				
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	52	51	48	
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	37	40	36	
	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	17	22	18	
Sozialdarwinismus					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	23	28	29	
Neo-Nationalsozialismus	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	12	18	17	
	Verharmlosung des Nationalsozialismus				
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	16	24	17	
	Antisemitismus				
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	10	9	9	
(Rechte) Diktatur					
	„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	17	20	13	

Ein banaler Grund dafür ist, dass manche Befragte einer solchen Aussage rein versehentlich zustimmen können, z.B. aufgrund eines akustischen Missverständnisses („kommen *nicht* hierher“ statt „kommen *nur* hier“). Es werden deshalb stets mehrere Aussagen zur Bewertung vorgelegt, denn die Wahrscheinlichkeit ist deutlich geringer, eine Befürwortung mehrmals versehentlich auszusprechen. Weiterhin können manche der Aussagen nicht ausschließlich als Ausdruck einer latenten rechtsextremen Einstellung verstanden werden. So konnte beispielsweise in einer Tiefenanalyse (*probing*) der Aussage „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ gezeigt werden, dass damit nicht ausschließlich der für den Rechtsextremismus typische übersteigerte Nationalismus erfasst wird, sondern auch weiter verbreitete Ressentiments gegenüber der Funktionsweise der Europäischen Union (Best / Salomo 2014: 57). Rechtsextremisten werden dieser Aussage folglich zwar sehr wahrscheinlich zustimmen, da übersteigertes Nationalismus zum rechtsextremen Weltbild gehört. Aber nicht alle Thüringer_innen, die (allein) dieser Aussage zustimmen, können als rechtsextrem bezeichnet werden.

Wenn jedoch eine rechtsextreme Gesinnung ausgeprägt ist, wird umso eher mehreren oder gar der Gesamtheit dieser Aussagen zugestimmt. Diese Vermutung kann anschließend durch den Zusammenhang zwischen der Befürwortung oder Ablehnung der einzelnen Aussagen geprüft werden. Je wahrscheinlicher es ist, dass Thüringer_innen, die eine der genannten Aussagen befürworten, auch anderen dieser Aussagen zustimmen, umso sicherer erfassen die Aussagen insgesamt dieselbe nicht unmittelbar beobachtbare Einstellung, in diesem Fall Rechtsextremismus. Die Aussagen hingegen, die nur schwach mit den übrigen Aussagen zusammenhängen, sind weniger gut zur Messung von Rechtsextremismus geeignet. Im Rahmen der früheren THÜRINGEN-MONITORE und der bereits erwähnten Expertise wurde gezeigt, dass die Antworten auf die in Abb. 79 vorgestellten Aussagen in so starkem Maße miteinander zusammenhängen, dass sie eine gemeinsame, rechtsextreme Einstellung erfassen können. Die Einordnung einer Person als rechtsextrem beruht also nicht auf ihren Antworten auf einzelne Aussagen, sondern auf ihrem Antwortmuster zu einer Reihe von inhaltlich in Beziehung stehenden Aussagen

Wie Abb. 80 zeigt, würde dagegen der Schluss von der Befürwortung einer einzelnen Aussage auf eine rechtsextreme Gesinnung absurde Ergebnisse produzieren. Gerade einmal achtzehn Prozent aller Thüringer_innen haben keiner einzigen dieser zehn Aussagen zugestimmt, womit im Umkehrschluss 82 Prozent unter dieser falschen Prämisse als rechtsextrem bezeichnet werden müssten. Etwas mehr als ein Drittel der Thüringer_innen würde bereits deshalb als rechtsextrem gelten, weil sie ein oder zwei von zehn Aussagen zustimmten, obgleich sie acht weitere Aussagen explizit ablehnten. Dabei hat die Hälfte der Thüringer_innen maximal zwei der zehn genannten Aussagen zugestimmt und die übrigen abgelehnt. Diejenigen, die nur ein oder zwei Aussagen zustimmten, haben vorrangig das energische Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland befürwortet und eine Überfremdung der Bundesrepublik durch die Anzahl an Ausländer_innen wahrgenommen.

Abb. 80: Anzahl der Zustimmungen zu den einzelnen Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellung (in Prozent)



Vor diesem Hintergrund beruht die Einordnung der Befragten als rechtsextrem in allen THÜRINGEN-MONITOREN auf der Gesamtheit aller zehn Aussagen, die (in zwei Schritten) zu einer Rechtsextremismusskala zusammengefasst werden. Auf dieser Skala erlangen die befragten Thüringer_innen einen Skalenwert, der sich durch ihr Antwortverhalten bei allen zehn Aussagen ergibt. Darauf basierend wird eine rechtsextreme Einstellung angenommen, wenn im Durchschnitt mehr Aussagen befürwortet als abgelehnt wurden. Das bedeutet, dass nicht allen in der Konsensdefinition erfassten Einstellungsfacetten zugestimmt werden muss, um als rechtsextrem zu gelten, so können z.B. durchaus eine Diktatur und antisemitische Äußerungen abgelehnt werden. Umgekehrt gelten Personen nicht als rechtsextrem, die z.B. nur den fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen, jedoch die übrigen Facetten des Rechtsextremismus ablehnen.

Das letztgenannte Beispiel ist nicht zufällig gewählt. Es besitzt deshalb besondere Bedeutung, weil nicht alle der zehn Aussagen in gleichem Ausmaß miteinander zusammenhängen (TM 2014: 77ff.). Es ist allerdings nicht so, dass die Aussagen, die konzeptionell zu den sechs Facetten des Rechtsextremismus – Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verherrlichung des Nationalsozialismus und Diktaturbefürwortung – zugeordnet wurden, jeweils miteinander am stärksten assoziiert sind. Dieses Muster zeigt sich allein für die Fremdenfeindlichkeit. Die empirischen Ergebnisse deuten vielmehr übereinstimmend mit Ergebnissen für Gesamtdeutschland (Heyder/Decker 2011) auf zwei Facetten hin: Ethnozentrismus²⁶ und Neo-Nationalsozialismus. D.h.

²⁶ Der Begriff Ethnozentrismus geht auf den Soziologen William Sumner (1906) zurück und kennzeichnet die Bewertung von Fremdgruppen unter Bezugnahme auf die als normal beurteilte Eigengruppe. Konstitutiv ist die Überhöhung der Eigengruppe unter gleichzeitiger Abwertung der Fremdgruppen (vgl. Heyder/Decker 2011: 237f.).

die Aussagen, die konzeptionell als Hinweise auf fremdenfeindliche²⁷ und chauvinistische Ansichten verstanden wurden, sind untereinander stärker assoziiert als mit den sozialdarwinistischen, geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Aussagen, die wiederum untereinander enger assoziiert sind (Best/Salomo 2014: 17).

Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus bilden daher zwei zu unterscheidende und gleichgewichtige Dimensionen des Rechtsextremismus. Diese Gleichgewichtung wird bei der Erstellung der aktualisierten Rechtsextremismusskala seit dem THÜRINGEN-MONITOR 2014 auch berücksichtigt, indem in einem ersten Schritt die Skalenwerte der Befragten für beide Dimension getrennt berechnet werden und anschließend darauf basierend ihr Gesamtwert auf der Rechtsextremismusskala ermittelt wird. Dass beide Dimensionen unterschiedliche Facetten erfassen, wird auch an ihrer unterschiedlichen Verbreitung deutlich. Während im Jahre 2016 fast vierzig Prozent der Thüringer_innen ethnozentrische Einstellungen teilten, bekundeten nur rund sechs Prozent eine (durchschnittliche) Zustimmung zu neonationalsozialistischen Ideologemen.

Hinter der Zuordnung als rechtsextrem kann sich also eine Bandbreite an heterogenen Einstellungsmustern verbergen, die jedoch gemeinsam haben, dass ihre Träger die zehn genannten Aussagen *durchschnittlich* befürworten (Skalenwert >2,5). Vor diesem Hintergrund stellt die dichotome Unterteilung in rechtsextrem und nicht-rechtsextrem eine Zusammenfassung auf hohem Abstraktionsniveau dar. Schließlich ist diese Zweiteilung auch deshalb zurückhaltend anzuwenden, weil gezeigt werden konnte, dass Befragte die vorgegebenen Antwortkategorien unterschiedlich verstehen können. Dieser Umstand kann in manchen Fällen dazu führen, dass zwei Befragte den gleichen Skalenwert besitzen, ihre tatsächliche latente Einstellung zum Rechtsextremismus jedoch etwas variiert, wodurch eine Gruppierung zusätzlich erschwert ist. Als Folge wird die dichotome Einteilung in rechtsextrem und nicht-rechtsextrem als Kompromiss aus einer anschaulichen Vermittlungsmöglichkeit und einem messtheoretisch strikten Vorgehen beibehalten (vgl. Best/Salomo 2014: 56). Zur Absicherung aller Aussagen wird jedoch nicht allein die dichotome Unterscheidung zur Grundlage der Analysen gemacht, sondern ebenso auf die einzelnen Items und die ungruppierten Skalen für Rechtsextremismus, Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus zurückgegriffen (vgl. TM 2014: 79ff.).

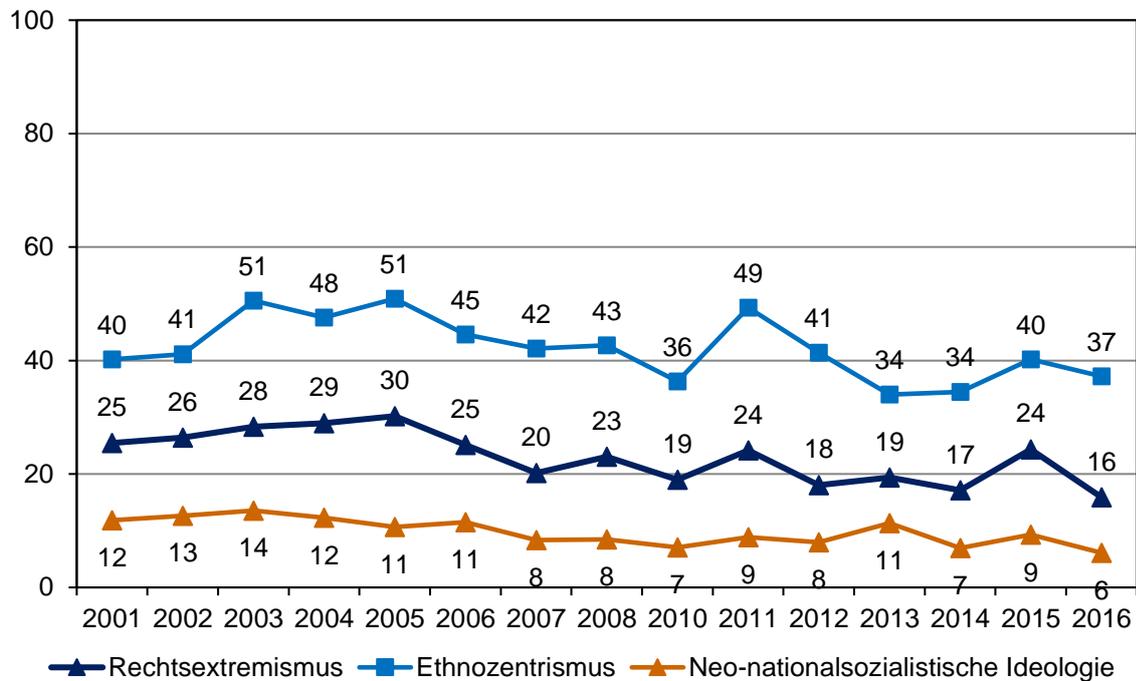
Auf dieser Basis zeigen sich vor dem Hintergrund des Verlaufs der „Flüchtlingskrise“ überraschende Befunde. Wurde für 2015 noch ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu 2014 festgestellt (TM 2015: 88f.), der den langfristig rückläufigen Trend unterbrach, so ist die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in 2016 auf das Niveau von 2014 zurückgegangen (Abb. 81).²⁸ Die Unterschiede zwischen 2014 und 2016 bewegen sich im

²⁷ Die Ausnahme ist dabei die Aussage „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“, die stärker mit den neo-nationalsozialistischen Aussagen assoziiert ist.

²⁸ Der von 2001 bis 2013 verwendete Summenindex rechtsextremer Einstellungen und dessen Verlaufskurve werden seit dem THÜRINGEN-MONITOR 2015 und folglich auch im vorliegenden Gutachten nicht mehr dargestellt. Der Anteil der danach als rechtsextrem klassifizierten Befragten würde in diesem Jahr neun Prozent betragen (2015: 15 Prozent). Der Summenindex berücksichtigte allerdings nicht die hier diskutierten methodischen Überlegungen und empirischen Befunde zum Konstrukt des „Rechtsextremismus“ und konnte nur für Befragte errechnet werden, die auf alle zehn Rechtsextremismus-Fragen eine gültige Antwort gaben. Der seit 2014 verwendete Mittelwertindex lässt maximal zwei Antwortverweigerungen zu (s.u.), was in einem höheren Anteilswert der als rechtsextrem klassifizierten Befragten resultiert.

Rahmen zufällig bedingter Stichprobenschwankungen, die Unterschiede zwischen 2015 und 2016 stellen jedoch mit statistischer Signifikanz eine tatsächliche Verminderung dar. Rechtsextreme Einstellungen haben also im Verlauf der „Flüchtlingskrise“ keine weitere Verbreitung gefunden, sondern sind sogar zurückgegangen. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen aus den bundesweiten Mitte-Studien (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2016: 48). Allerdings findet dieser Rückgang nicht gleichmäßig bei beiden Facetten des Rechtsextremismus statt. Allein für die neo-nationalsozialistischen Einstellungen ist statistisch sichergestellt, dass sie seit 2015 tatsächlich weniger verbreitet sind, bei den ethnozentrischen Einstellungen bewegt sich der Rückgang im Bereich zufälliger und damit zu vernachlässigender Stichprobenschwankungen.

Abb. 81: Rechtsextremismus, Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus 2001–2016
(in Prozent)



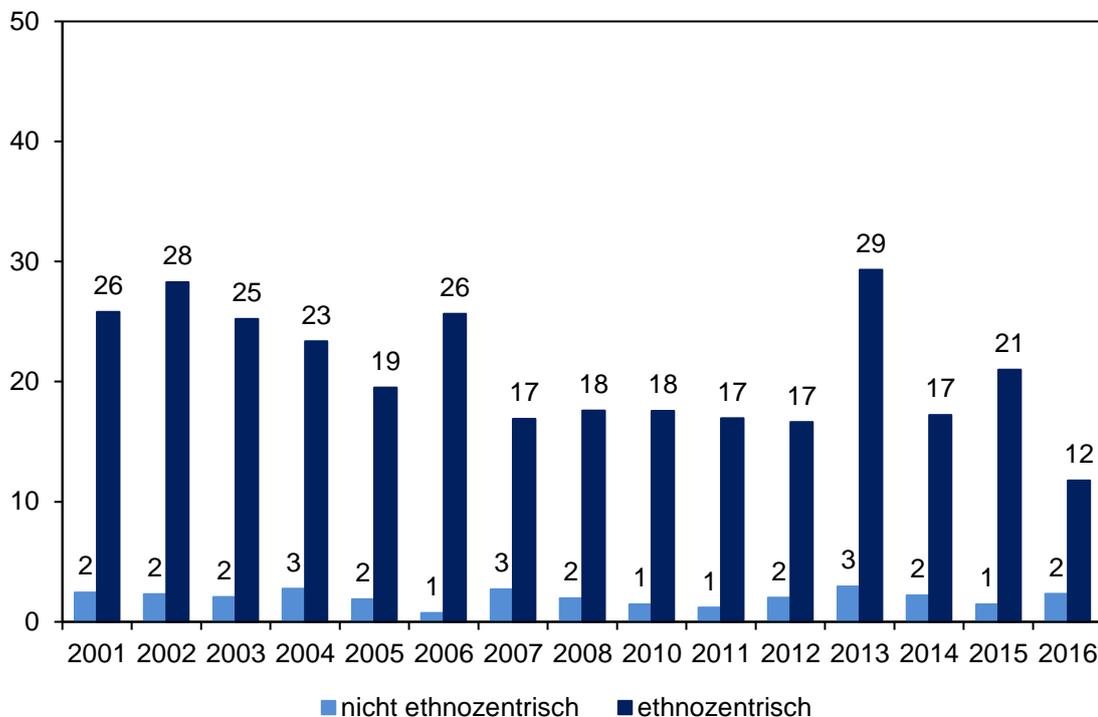
Ein Blick auf die einzelnen Aussagen verdeutlicht diesen Unterschied noch einmal (oben Abb. 79). Keine einzige der ethnozentrischen Aussagen wird in 2016 häufiger oder seltener befürwortet als in 2015, die leichten Schwankungen sind nicht signifikant. Im Vergleich zu 2014 gibt es allerdings im Jahr 2016 etwas mehr Thüringer_innen, die die Bundesrepublik als überfremdet einschätzen und die das energischere Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber anderen Staaten fordern. Beide Aussagen besitzen einen unmittelbaren Bezug zur Flüchtlingsthematik, der bei erstgenannter unmittelbar einleuchtend ist. Für die letztgenannte Aussage konnte gezeigt werden, dass sie nicht allein übersteigerten Nationalismus erfasst, sondern auch eine stärkere Gewichtung realpolitischer Erwägungen innerhalb der Europäischen Union (Best/Salomo 2014: 35f.). Eine Zustimmung kann deshalb auch als Reaktion auf die Situation Deutschlands verstanden werden, das vorrangige Zielland der Migrationsbewegungen zu sein, während die meisten Mitgliedstaaten

der EU eine Umverteilung der Flüchtlinge entweder ablehnen oder nur zurückhaltend umsetzen.

Im Kontrast dazu stimmen die Thüringer_innen fast allen neo-nationalsozialistischen Aussagen 2016 wieder seltener zu als 2015 und z.T. sogar noch seltener als 2014. Die Ausnahmen sind die beiden Aussagen, dass Ausländer nur Menschen aus ihrem eigenen Herkunftsland heiraten sollten und die Befürwortung einer Diktatur; die Zustimmung zu beiden war von 2014 auf 2015 gestiegen und verhartet seitdem auch nach statistischer Prüfung auf diesem Niveau.

Offensichtlich fand eine Zunahme rechtsextremer Einstellungen (vgl. TM 2015: 90) bereits vor dem sprunghaften Anstieg der Zuwanderungszahlen nach Deutschland ab Spätsommer 2015 statt. Auch ist trotz des drastischen Rückgangs der Flüchtlingszahlen seit der Schließung der sogenannten Balkanroute und des Abkommens zwischen EU und Türkei zu Beginn des Jahres 2016 kein Rückgang ethnozentrischer Einstellungen zu beobachten. Demnach folgt die Entwicklung und Akzeptanz rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung Thüringens nicht allein den Schwankungen der Flüchtlingszahlen, womit sich ähnlich wie in den Vorjahren die Frage nach den Ursachen rechtsextremer Einstellungen stellt.

Abb. 82: Anteil neo-nationalsozialistisch Eingestellter bei ethnozentrischen und nicht-ethnozentrischen Befragten 2001–2016 (in Prozent)



Ein erster Hinweis für eine Erklärung deutet sich bereits in der unterschiedlichen Entwicklung der beiden Dimensionen an. Zur Erinnerung: bei Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus handelt es sich um zwar unterschiedliche, aber miteinander eng assoziierte Facetten rechtsextremer Einstellungen. Diese enge Assoziation äußert sich auch

darin, dass der Anteil neo-nationalsozialistisch Eingestellter unter Befragten, die *keine* ethnozentrischen Einstellungen teilen, seit 2001 konstant verschwindend gering ist, im selben Zeitraum jedoch durchschnittlich rund ein Fünftel der Thüringer_innen ausmacht, die als ethnozentrisch bezeichnet werden können (Abb. 82). Allerdings zeigt sich auch, dass die Stärke dieses Zusammenhangs einem Trend und zeitweisen Schwankungen unterworfen ist.²⁹ Lag der Anteil an neo-nationalsozialistisch Eingestellten bis 2006 zumeist bei über einem Viertel der Thüringer Bevölkerung, so liegt er seit 2007 mit Ausnahme von zwei Jahren stets unter zwanzig Prozent. Im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR muss sogar vom bisherigen Tiefststand gesprochen werden, denn im Vergleich zu den Vorjahren unterstützen nur zwölf Prozent der ethnozentrisch eingestellten Thüringer_innen zugleich die neo-nationalsozialistische Ideologie.

Im Jahre 2016 sind die beiden Dimensionen des Rechtsextremismus demnach seit Beginn der Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS am schwächsten miteinander assoziiert. Befürchtungen, dass der organisierte Rechtsextremismus die Flüchtlingsthematik als Einfallstor zur Verbreitung seiner gesamten Ideologie unter den ethnozentrisch eingestellten Thüringer_innen nutzen kann, haben sich folglich bisher nicht bestätigt. Vielmehr ist von einer tendenziellen Entkoppelung zu sprechen, in dem Sinne, dass fremdenfeindliche und chauvinistische Einstellungen sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in den Einstellungen der Thüringer_innen nicht mehr in gleichem Maße wie bisher mit den übrigen Facetten des Rechtsextremismus in Verbindung gebracht werden. Eventuell kommt darin auch zum Ausdruck, dass sich die ethnozentrischen Thüringer_innen bewusst stärker als bisher von neo-nationalsozialistischen Ideologemen abgrenzen möchten.

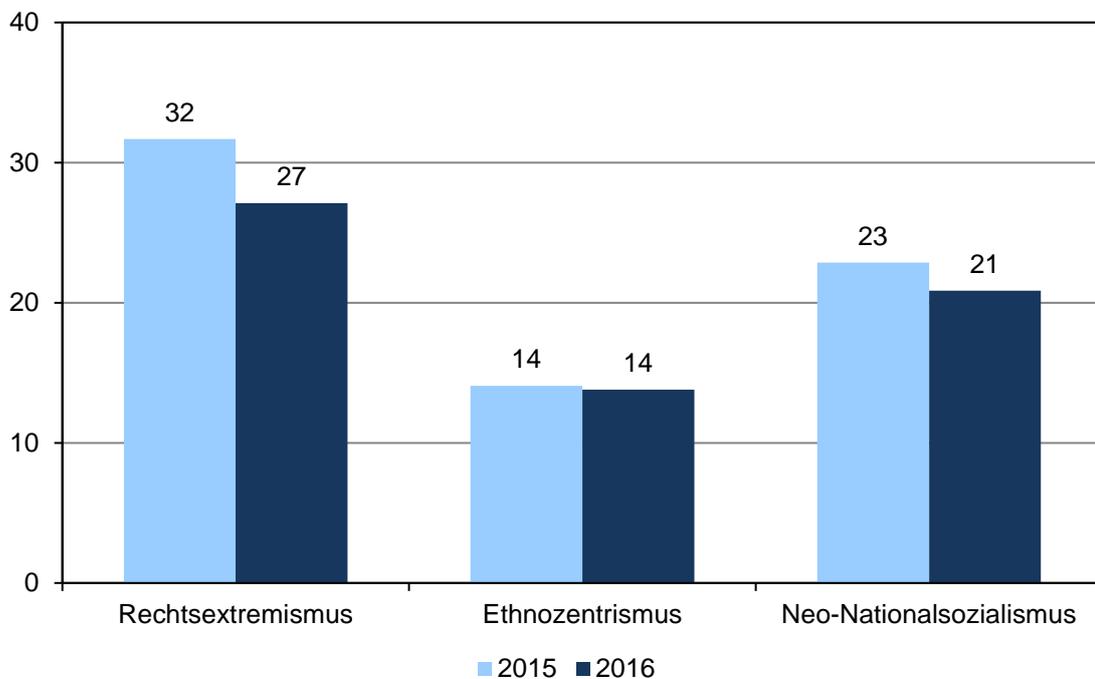
Diese Abgrenzung könnte auch eine Reaktion darauf sein, dass im Zuge der „Flüchtlingskrise“ eine kritische Haltung gegenüber massiver Zuwanderung und der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung insbesondere in der Hochzeit der „Willkommenskultur“ im Herbst 2015 nicht geäußert werden konnte, ohne in den Verdacht der Nähe zu rechtsextremen Ideologemen zu geraten. Zumindest war diese Wahrnehmung in der deutschen Bevölkerung insgesamt (vgl. Köcher 2016b) verbreitet. Es liegt nahe, dass diese Einschätzung auch unter den Thüringer_innen verbreitet ist, denn fast die Hälfte der Befragten im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR teilt die Ansicht, dass die eigene Meinung heutzutage nicht ohne Nachteile vertreten werden kann (s.o.).

Nun können bei anonymen Befragungen wie dem THÜRINGEN-MONITOR auch Standpunkte und Meinungen geäußert werden, die andernfalls in alltäglichen Gesprächssituationen aus Furcht vor daraus entstehenden Nachteilen verschwiegen werden. Es ist jedoch auch bekannt, dass heikle Meinungen manchmal dennoch nicht geäußert werden, weil auch in dieser Gesprächssituation eine soziale Hemmschwelle wirksam ist (vgl. Schnell, Hill & Esser 2011: 345ff.). Häufig wird dann zu einer Antwortverweigerung gegriffen,

²⁹ Dieses Ergebnis wird bestätigt, wenn die Korrelation nicht auf Basis der dichotomisierten Variablen (ethnozentrisch/nicht-ethnozentrisch bzw. neo-nationalsozialistisch/nicht neo-nationalsozialistisch) berechnet wird, sondern auf Basis der beiden Ursprungsskalen für Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus. Während der Wert des Korrelationskoeffizienten Pearson's r zwischen 2001 und 2008 stets min. 0.6*** betrug und zwischen 2010 und 2015 stets min. 0.55***, ist er 2016 mit 0.47*** erstmals unter 0.5 gefallen. Der statistische Zusammenhang zwischen beiden Skalen ist also im Zeitverlauf schwächer geworden.

um die eigene, von den empfundenen sozialen Normen abweichende Meinung zu verbergen. In der *Expertise zur Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000 bis 2014* (Best / Salomo 2014: 25ff.) wurde gezeigt, dass Antwortverweigerungen häufig mit rechtsextremen Einstellungen assoziiert sind. So besteht zwischen dem Anteil an Antwortverweigerungen und dem Anteil an rechtsextremen Thüringer_innen ein negativer Zusammenhang. D.h. in den Jahren, in denen besonders häufig (selten) Antwortverweigerungen vorkamen, fiel der Anteil an Rechtsextremen besonders gering (hoch) aus. Dieses Muster würde sich nicht ergeben, wenn Antwortverweigerungen gleichmäßig unter rechtsextremen und nicht-rechtsextremen Thüringer_innen auftreten würden und führte dazu, dass in der seit 2014 modifizierte Rechtsextremismusskala auch diejenigen einbezogen werden, die auf höchstens *eine* ethnozentrische und *eine* neo-nationalsozialistische Frage die Antwort verweigerten.

Abb. 83: Anteil an Antwortverweigerungen (min. 1) bei allen Aussagen zur Messung von Rechtsextremismus, Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus (in Prozent)

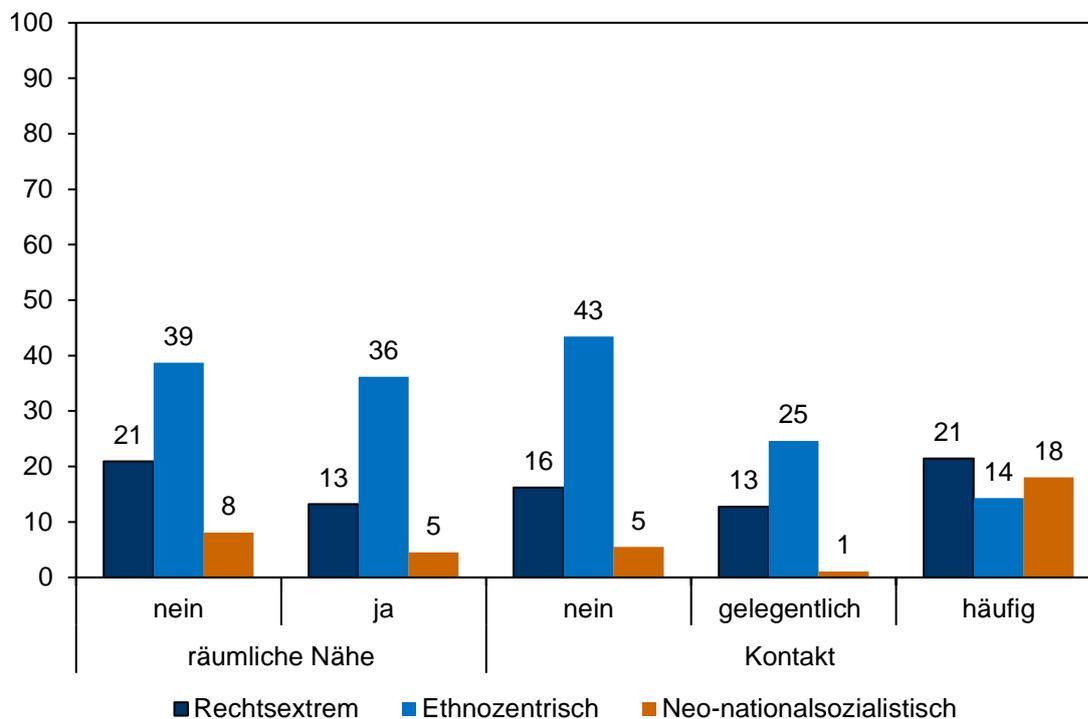


Der von 2015 auf 2016 zurückgegangene Anteil an Befürwortern rechtsextremer, insbesondere neo-nationalsozialistischer Aussagen könnte folglich auch ein Ergebnis ihrer verstärkten öffentlichen Ächtung sein und einer gestiegenen Furcht, trotz Anonymität Nachteile zu erfahren, wenn rechtsextremen Aussagen zugestimmt wird. Diese Erklärung gilt jedoch für Thüringen im aktuellen Fall nicht, denn der Anteil an Antwortverweigerungen ist im Vergleich zu 2015 zurückgegangen (Abb. 83), ohne dass rechtsextreme Einstellungen zugenommen haben. Eine stärkere öffentliche Ächtung rechtsextremer Meinungen ist also nicht die Ursache für deren rückläufige Verbreitung in der Bevölkerung.

Rechtsextremen Einstellungen liegen komplexe Ursachenbündel zugrunde (vgl. TM 2012: 79 ff.; TM 2013: 100 ff.). Im Kontext der Ursachenforschung wird in der öffentlichen Debatte kontinuierlich, insbesondere nach Wahlerfolgen für rechtsextremistische

Parteien oder fremdenfeindliche Gewalttaten die Frage aufgeworfen, weshalb Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gerade in Regionen mit besonders geringem Ausländeranteil überdurchschnittlich ausgeprägt sind. Dabei wird außer Acht gelassen, dass persönliche Erfahrungen nicht zwingend die Ursache für fremdenfeindliche und rechtsextremistische Einstellungen sein müssen (vgl. TM 2013: 110ff und s.u.). Insbesondere ethnozentrische Einstellungen basieren auf generalisierten abstrakten Vorstellungen über die Deutschen und die Nicht-Deutschen. Andererseits legen aber mehrere Untersuchungen nahe, dass solche Stereotype unter bestimmten Umständen durch persönliche Erfahrungen und Kontakt zu Mitgliedern der als fremd und inferior wahrgenommenen Gruppe gemindert werden können (grundlegend: Allport 1954; Wagner/van Dick/Zick 2000; Wolf 2016). Die in Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern noch immer geringe (vgl. Kapitel II), aber gegenüber den Vorjahren dennoch deutlich erhöhte Anzahl an Flüchtlingen und Asylsuchenden haben eine Zunahme potentieller Kontaktmöglichkeiten zur Folge und immerhin gibt rund ein Viertel der Thüringer_innen auch an, mindestens gelegentlich mit Flüchtlingen und Asylsuchenden persönlich zusammen zu treffen (vgl. Kapitel III.3). Gemeinsam mit der diesjährigen Schwerpunktsetzung des THÜRINGEN-MONITORS ist es daher möglich zu untersuchen, wie Kontakte zu Flüchtlingen und Asylsuchenden und rechtsextremistische Einstellungen zusammenhängen.

Abb. 84: *Rechtsextremismus, Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus nach räumlicher Nähe und Kontakt zu Flüchtlingen und Asylsuchenden (in Prozent)*



Die Ergebnisse des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS deuten auf die Wirksamkeit von Kontaktmöglichkeiten hin. Befragte, die nach eigenen Angaben in der Nähe zu Flüchtlingen oder Asylsuchenden leben, sind insgesamt etwas weniger rechtsextrem eingestellt (Abb. 84). Dies ist umso überraschender, als dass räumliche Nähe allein noch nicht zwin-

gend zu persönlichen Kontakten führen muss, auch wenn es die Chance dazu erhöht. Darüber hinaus kann vermutlich bereits die wahrnehmbare Präsenz von Mitgliedern der sonst abstrakt vorgestellten Fremdgruppe zum Abbau von Stereotypen beitragen. Es könnte allerdings ebenso gemutmaßt werden, dass die Einstellungen zu Fremdgruppen die Wahrnehmung von deren Präsenz beeinflussen und nicht umgekehrt. In diesem Fall wäre es jedoch plausibler anzunehmen, dass Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen mehr Fremdgruppenmitglieder in ihrer Nähe wahrnehmen, denn es ist bekannt, dass deren tatsächliche Anzahl tendenziell überschätzt wird und zwar insbesondere von Personen, die Furcht vor Überfremdung hegen (Wolf 2016: 92). Weil jedoch räumliche Nähe zu Flüchtlingen und Asylsuchenden mit verringerten rechtsextremistischen Einstellungen einhergeht, ist die Wahrnehmung räumlicher Nähe eher als Ursache denn als Folge (verringertes) rechtsextremistischer Einstellungen zu bewerten.

Im Unterschied zur räumlichen Nähe erfordern persönliche Kontakte stets ein Mindestmaß an Aktivität seitens der Befragten. Zugleich ist damit die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Flüchtlingen und Asylsuchenden personalisiert, d.h. eher als individuelle Person, denn als Angehörige einer potentiell fremden Gruppe begegnet wird. Überraschend ist vor diesem Hintergrund, dass sich unterschiedliche selbstberichtete Kontakthäufigkeit nicht auf den generellen Rechtsextremismus auswirkt – die in Abb. 84 beobachtbaren Unterschiede sind nicht signifikant. Die Unterteilung in den beiden Unterdimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus zeigt allerdings signifikante, jedoch gegenläufige Zusammenhänge, die sich in ihrer Zusammenfassung zur Rechtsextremismuskala folglich wechselseitig aufheben. Ethnozentrismus wird in erheblichem Umfang durch persönliche Kontakte vermindert. Während die Thüringer_innen ohne persönliche Kontakte zu 43 Prozent als ethnozentrisch bezeichnet werden können, sinkt dieser Anteil auf ein Viertel bei gelegentlichen und weiter auf 14 Prozent bei häufigen Kontakten. Hingegen sind neo-nationalsozialistische Einstellungen bei Befragten mit gelegentlichen Kontakten zu Flüchtlingen und Asylsuchenden zwar geringer ausgeprägt als bei Befragten ohne jegliche persönliche Kontakte. Bei Thüringer_innen mit zahlreichen persönlichen Kontakten sind neo-nationalsozialistische Einstellungen jedoch am häufigsten vertreten.

Obgleich persönliche Kontakte offensichtlich ethnozentrische Einstellungen verringern können, sind einige Vorbehalte angebracht. So bleibt offen, ob die (berichtete) Kontakthäufigkeit nicht schlicht die Folge rechtsextremistischer bzw. ethnozentrischer Einstellungen ist, bei deren Vorliegen persönliche Kontakte mit als fremd verstandenen Gruppen vermieden werden – im Gegensatz zur vorher untersuchten räumlichen Nähe, wo diese Vermeidung nicht funktioniert. Der hohe Anteil an neo-nationalsozialistischen Einstellungen unter den Befragten mit hoher Kontaktdichte legt weiterhin nahe, dass rechtsextremistische Einstellungen nicht unter allen Umständen durch persönliche Kontakte abgebaut werden können. Dies legt auch die Forschung zu Intergruppenkontakten nahe. So verringern persönliche Kontakte vor allem dann stereotype Wahrnehmungen und abwertende Beurteilungen von anderen Gruppen, wenn sich Personen mit gleichem sozialer Status treffen, gemeinsame Ziele verfolgen, ihre Kontakte in institutionellen oder

durch anerkannte Autoritäten geförderte Rahmen stattfinden und Gelegenheit zum Aufbau persönlicher Beziehungen besteht (Wagner/van Dick/Zick 2000: 16). Vor diesem Hintergrund sollten die beobachteten Befunde unter Vorbehalt als Hinweis für eine förderliche Wirkung persönlicher Kontakte eingeordnet werden.

Neben der Häufigkeit von Fremdgruppenkontakten haben frühere THÜRINGEN-MONITORE die Wirkung weiterer Einflussfaktoren gezeigt. Von den **sozialstrukturellen Faktoren** haben sich dabei im Einklang mit einer Vielzahl weiterer Studien das Alter und der formale Bildungsgrad wiederholt als wirksam erwiesen (TM 2015: 95). Ein weiterer wichtiger Ursachenkomplex wurde zusammenfassend als **Deprivation** beschrieben (Pettigrew 2002). Deprivation beschreibt dabei den „Zustand des tatsächlichen oder perzipierten Entzugs bzw. der Entbehrung von etwas Erwünschtem“ (Rippl / Baier 2005: 64). Die tatsächliche, **objektive Deprivation** ist eng angelehnt an das Konzept der Modernisierungsverlierer (Rydgren 2007; Ivarsflaten 2005) und kennzeichnet eine im Vergleich zur übrigen Bevölkerung unterdurchschnittliche Ausstattung mit Ressourcen, die zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe in modernen Gesellschaften notwendig sind. Neben einem niedrigen formalen Bildungsabschluss zählen dazu ein geringes Einkommen, Arbeitslosigkeit oder die Einschätzung, dass der eigene Arbeitsplatz gefährdet ist. Die wahrgenommene, **subjektive Deprivation** umfasst die Einschätzung der individuellen wirtschaftlichen Situation und ihren Vergleich zum Lebensstandard, den andere in Deutschland besitzen. Im THÜRINGEN-MONITOR wird diesbezüglich nach der eigenen wirtschaftlichen Lage gefragt und danach, ob man glaubt, im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, seinen gerechten Anteil (bzw. mehr oder weniger) zu erhalten.

Angesichts der „Flüchtlingskrise“ und den Anstrengungen zur ihrer Bewältigung ist die antizipierte, individuelle Deprivation noch einmal gesondert zu betrachten. Zwar bereitet die Befürchtung, dass durch die Zuwanderung die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und damit die Unsicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zunehmen, den Thüringer_innen am wenigsten Sorgen. Gleichwohl ist der Anteil derer, die darüber Sorge äußern, deutlich höher als in der gesamten deutschen Bevölkerung. Auch ist bei den übrigen, relativ weit verbreiteten Sorgen zu vermuten, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen als eine mögliche Gefahr für den eigenen sozialen Status verstanden werden (vgl. Kapitel III.1). Dass vor diesem Hintergrund die Sorge vor zukünftigen und das heißt auch, bisher nicht eingetretenen, zuwanderungsbedingten Status- und Anerkennungsverlusten fremdenfeindliche Einstellungen verstärken kann, ist daher eine naheliegende Vermutung (Rippl/Baier 2005: 648). Die **antizipierte individuelle Deprivation bzw. Statusverlustangst** wird erfasst durch die Frage danach, inwiefern man fürchtet, durch die gesellschaftlichen Entwicklungen auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Schließlich hat sich in den letzten Jahren die wahrgenommene kollektive Deprivation der Ostdeutschen (**Ostdeprivation**) als wichtiger Erklärungsfaktor für die Herausbildung rechtsextremistischer Einstellungen erwiesen. Sie wird gemessen über die Wahrnehmung einer negativen Einheitsbilanz („Einheit hat für mich persönlich mehr Nachteile gebracht“) und der empfundenen Abwertung des ostdeutschen Bevölkerungsteils durch den westdeutschen („Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“). Die wahrgenommene Abwertung der Eigengruppe bedroht die eigene Identität und den

Selbstwert. Eine mögliche kognitive Gegenstrategie ist die Abwertung anderer gesellschaftlicher Gruppen, die als „schwächer“ wahrgenommen werden, womit die Bereitschaft sinkt, Minderheiten in die Gesellschaft zu integrieren (Klein et al. 2008; TM 2012: 90f.). Der entgegengesetzte Effekt, dass sich die Angehörigen der als diskriminiert wahrgenommenen Eigengruppe mit anderen, ebenfalls diskriminierten Gruppen solidarisieren, konnte nicht beobachtet werden.

Individuelle und kollektive Deprivation stellen gesellschaftliche Zustände dar, die grundsätzlich einer politischen Bearbeitung zugänglich sind. Eine besondere Brisanz können sie aus diesem Grund insbesondere dann entfalten, wenn dem politischen System und seinen Akteuren aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr zugetraut wird, die Missstände der Benachteiligung zu überwinden. Die **Entfremdung von bzw. die Unterstützung der Demokratie** hat sich deshalb stets als wichtiger Erklärungsfaktor für rechtsextremistische Einstellungen erwiesen (TM 2012: 91, TM 2015: 95). Im THÜRINGEN-MONITOR werden unterschiedliche Facetten der Demokratieunterstützung bzw. -entfremdung erfasst (s. auch Kapitel IV.3). Die Wahrnehmung, dass die Meinungen und Interessen der Bevölkerung im politischen Prozess überhaupt eine Rolle spielen (**Responsivität**), wird erfasst mit der Zustimmung zur Aussage „Leute wie ich haben doch so oder so keine großen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Nun wird von Entscheidungsträgern und Institutionen in repräsentativen Demokratien jedoch darüber hinaus auch politische Orientierung und selbständiges Handeln erwartet (vgl. Kapitel IV.3 und TM 2012: 69). Das **Vertrauen** der Bevölkerung darin, dass deren Entscheidungen sachgerecht und effizient sind sowie das Gemeinwohl fördern, sind die Voraussetzungen dafür, dass deren selbstständiger Entscheidungsspielraum akzeptiert und der repräsentativen Demokratie Problemlösungsfähigkeit zugeschrieben wird. Das Vertrauen in die politischen Institutionen wird im THÜRINGEN-MONITOR erhoben durch das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung.

Wird die Regierung weder als responsiv noch als vertrauenswürdig wahrgenommen, besteht immer noch die Möglichkeit, die eigenen Interessen durch Abwahl der alten und Wahl einer neuen Regierung artikulieren zu können. Wenn auch diese Möglichkeit des Wechselspiels von Regierung und Opposition nicht mehr als aussichtsreiche Option wahrgenommen wird (vgl. Kapitel IV.3), schwindet die Zufriedenheit mit der Demokratie insgesamt und steigt die Befürwortung alternativer Regierungsformen. Die (fehlende) Unterstützung für die Demokratie wird gemessen über die Fragen nach der Zufriedenheit mit der Demokratie und der Einschätzung, dass die Demokratie die beste aller Staatsideen ist. Alle vorgenannten Facetten werden zur **Demokratieunterstützung** zusammengefasst und betreffen vor allem die Seite des politischen Systems und seiner Akteure. Mögliche Entfremdungsprozesse umfassen jedoch auch die fehlende Bereitschaft auf Seiten der Bevölkerung, die eigenen Interessen aktiv in den politischen Prozess einzubringen, weil man sich entweder als nicht politisch kompetent hält oder die Aussichten auf Erfolg als gering einschätzt. Besteht diese **Partizipationsbereitschaft** jedoch, ist von einer geringeren Anfälligkeit für rechtsextreme Einstellungen auszugehen.

Neben diesen im engeren Sinne politischen Entstehungsbedingungen rechtsextremer Einstellungen wurde schließlich auch eine **autoritäre Persönlichkeitsstruktur** als zentraler,

rechtsextreme Einstellungen fördernder Einflussfaktor identifiziert (TM 2012: 91f.). Autoritarismus ist gekennzeichnet durch ein hierarchisches Weltbild, dass Gehorsam gegenüber als hierarchisch höher empfundenen Personen und Institutionen betont und von hierarchisch inferioren Personen einfordert – zuweilen aggressiv. Zusätzlich ist Konventionalität als eine ausgeprägte Bindung an vorherrschende Werte zentraler Bestandteil des Autoritarismus (Winkler 2005). Je mehr die Befragten den Aussagen „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“ und „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen“ zustimmt, als desto autoritärer gelten sie.

Abb. 85: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2016 und 2013–2015
Multiple lineare Regressionen³⁰

Einflussfaktoren	2013-2015	2016	2016	
			Ethno-zentrismus	Neo-National-sozialismus
Geschlecht: weiblich	0.01 n.s.	-0.02 n.s.	-0.01 n.s.	-0.03 n.s.
Alter: älter	0.01 n.s.	-0.03 n.s.	0.01 n.s.	-0.06 n.s.
Bildung: Abitur und höher	-0.15***	-0.1**	-0.08**	-0.07*
Unterdurchschnittliches Einkommen: ja	-0.05**	0.05 n.s.	0.01 n.s.	0.11***
Arbeitsplatz gefährdet: ja	-0.04*	0.03 n.s.	0.03 n.s.	0.06 n.s.
arbeitslos: ja	0.01 n.s.	0.03 n.s.	0.01 n.s.	0.08*
Deprivation: schlechte individuelle wirtschaftliche Lage + „weniger als gerechter Anteil“: höher	0.03 n.s.	0.05 n.s.	0.01 n.s.	0.11***
Ostdeprivation³¹: negative Einheitsbewertung + „Ostdeutsche = Menschen 2. Klasse“: ja	0.13***	0.1***	0.04 n.s.	0.14***
Statusverlustangst: höher	0.19***	0.28***	0.27***	0.19***
Demokratieunterstützung: höher	-0.13***	-0.14***	-0.14***	-0.12***
Politische Partizipation: höher	-0.06***	-0.11***	-0.08**	-0.1***
Autoritarismus: höher	0.4***	0.3***	0.26***	0.26***
Kontakt zu Flüchtlingen/Asylsuchenden: ja			-0.1***	0.06*
R² (Anteil erklärter Varianz)	0.439***	0.441***	0.387***	0.343***
Fallzahl n	2.399	805	832	809

³⁰ OLS (Einschluss). Angegeben sind die standardisierten Regressionskoeffizienten Beta.

*** höchst signifikante Ergebnisse mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$

** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$

* signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$

n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$

³¹ Beachte die gegenüber den Vorjahren veränderte, korrigierte Definition und Berechnung der Messkonzepte „Deprivation“ und „Ostdeprivation“ (vgl. TM 2015: 61, FN 34). Siehe FN 22.

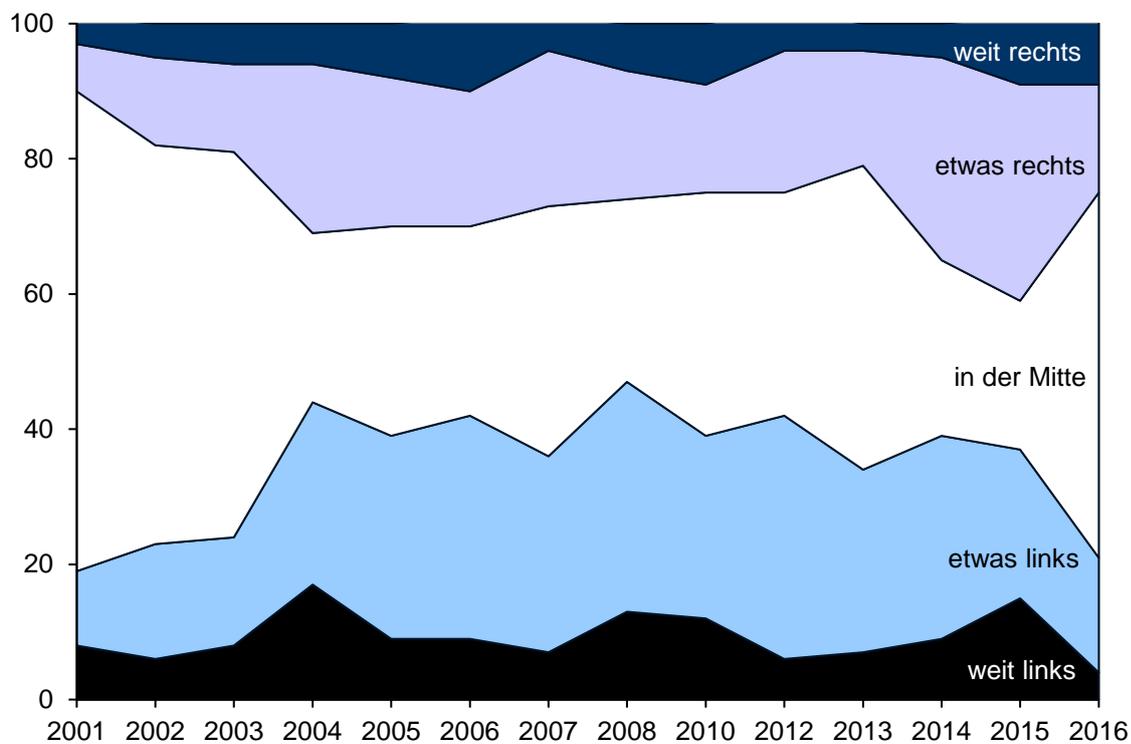
Auch in 2016 erweisen sich die meisten der bereits in den früheren THÜRINGEN-MONITOREN identifizierten Einflussfaktoren als wirksam und erklären gemeinsam – wie auch in den Jahren zuvor – rund 44 Prozent der beobachteten rechtsextremen Einstellungen unter der Thüringer Bevölkerung (Abb. 85). Allerdings sind leichte Verschiebungen zu entdecken. Während in den vergangenen drei Jahren (2013–2015) autoritäre Einstellungen durchschnittlich den wichtigsten Einflussfaktor bildeten, hat die Statusverlustangst in 2016 aufgeholt und bildet mit nur knappem Abstand den zweitwichtigsten Einflussfaktor. Gegenüber dieser Wahrnehmung einer antizipierten individuellen Deprivation („auf die Verliererseite geraten“) besitzt die gegenwärtige individuelle Deprivation keine Wirkung auf rechtsextremistische Einstellungen, die Ostdeprivation hingegen schon. Weiterhin haben die Merkmale objektiver Deprivation weiter an Prägekraft für rechtsextreme Einstellungen verloren (siehe bereits TM 2015: 87, Best/Salomo 2014). Während Arbeitslosigkeit bereits in den Vorjahren keinen direkten Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen besaß, sind mittlerweile auch ein unterdurchschnittliches Haushaltseinkommen und ein prekärer Arbeitsplatz nicht mehr signifikant mit rechtsextremen Einstellungen verknüpft.

Der eingangs identifizierte Rückgang der Assoziation zwischen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus als den zwei konstitutiven Dimensionen des Rechtsextremismus legt die Frage nahe, ob diese Entkoppelung auch für die Erklärungsfaktoren gilt. Zunächst lässt sich festhalten, dass die Erklärungskraft der untersuchten Faktoren für beide Dimensionen ähnlich stark ausfällt; sie erklären 38,7 Prozent der ethnozentrischen Einstellungen und 34,3 Prozent der neo-nationalsozialistischen Einstellungen der Befragten in Thüringen. Die Struktur der Ursachen unterscheidet sich jedoch markant. Während die Statusverlustangst ethnozentrische Einstellungen im gleichen Ausmaß wie eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur begünstigt, ist letztere mit deutlichem Abstand die wichtigste Ursache für neo-nationalsozialistische Einstellungen. Abgesehen von der Statusverlustangst werden ethnozentrische Einstellungen durch keine der anderen möglichen Ausprägungen von subjektiver Deprivation (individuelle oder Ostdeprivation) noch objektiver Deprivation (Einkommen, Arbeitslosigkeit oder prekärer Arbeitsplatz) verstärkt. Dagegen fördern alle genannten Formen objektiver und subjektiver Deprivation die Anfälligkeit für neo-nationalsozialistische Ideologeme. Allein die wahrgenommene Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes besitzt keine signifikante Wirkung darauf.

Damit bestätigt sich erneut der bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREN konstatierte Befund (TM 2014: 83), dass ethnozentrische weniger als neo-nationalsozialistische Einstellungen durch die sozioökonomische Position bestimmt sind. Ethnozentrische Einstellungen sind hingegen stärker durch aktuelle Entwicklungen wie die „Flüchtlingskrise“ und durch die Antizipation von deren Folgen geprägt. Damit wird auch plausibel, wieso die ethnozentrischen Einstellungen trotz der drastischen Verringerung der Flüchtlingszahlen seit Beginn 2016 nicht zurückgehen. Die Möglichkeit einer Wiederholung der Entwicklungen des Jahres 2015 und die Integration der hier angekommenen Flüchtlinge und Asylsuchenden dürfte als eine in der Zukunft potentiell wirksame Ursache für einen persönlichen Statusverlust angesehen werden, für dessen Einschätzung derlei kurzfristige Entwicklungen kaum relevant sind.

Für die nach Dimensionen getrennte Analyse wurde schließlich die bereits als wirksam erwiesene (s.o.) Kontakthäufigkeit mit Flüchtlingen und Asylsuchenden analysiert. Auch unter Kontrolle der übrigen Einflussfaktoren ist die Kontakthäufigkeit mit einer Verringerung ethnozentrischer Einstellungen assoziiert, allerdings auch mit leicht verstärkten neo-nationalsozialistischen Einstellungen. Die Wirkung der Kontakthäufigkeit kann also nicht durch die relevanten Einflussfaktoren für rechtsextremistische Einstellungen erklärt werden. Kontakthäufigkeit besitzt offensichtlich einen eigenständigen Einfluss und ist nicht nur die Folge der grundlegenden Haltung zu Fremdgruppenmitgliedern. Dieser Befund verstärkt die bereits geäußerte Vermutung, dass Kontakte mit Flüchtlingen und Asylsuchenden unter bestimmten Umständen, d.h. bei positiv bewerteten Begegnungen (vgl. Kapitel III.3), ethnozentrisch grundierte Stereotype und Vorurteile abbauen können.

Abb. 86: Links-Rechts-Selbsteinstufung durch rechtsextrem Eingestellte 2001–2016³²
(in Prozent)



Frühere THÜRINGEN-MONITORE hatten stets auf die Diskrepanz zwischen der hier vorgenommenen Fremdeinordnung als rechtsextrem und der politischen Selbsteinstufung der Befragten aufmerksam gemacht. Besonders auffällig war, dass sich die absolute Mehrheit der als rechtsextrem klassifizierten Befragten selbst links oder in der Mitte verortet (vgl. TM 2012: 87ff.). „Linke“ bildeten zwischen 2004 und 2014 mit zwei Ausnahmen (2007 und 2013) sogar eine relative Mehrheit der rechtsextrem eingestellten Befragten. Erst in 2015 ordnete sich mit 42 Prozent eine relative Mehrheit dieser Gruppe auch selbst als rechts ein (Abb. 86). In 2016 hingegen sieht sich mit 54 Prozent die absolute Mehrheit

³² Frageformulierung: „In der Politik wird häufig von links und rechts gesprochen. Wie würden Sie sich selbst einstufen: sehr weit links, ziemlich weit links, etwas links, etwas rechts, ziemlich weit rechts oder sehr weit rechts?“ (spontan: in der Mitte); „weit rechts“ = „sehr weit rechts“ plus „ziemlich weit rechts“ / „weit links“ = „sehr weit links“ plus „ziemlich weit links“.

der rechtsextrem Eingestellten in der Mitte des politischen Spektrums verortet (2003: 57 Prozent). Dieser Anteilswert ist – ähnlich wie bei der Gesamtheit der Befragten (vgl. Kap. IV.3) – der höchste Wert seit 2004, d.h. seitdem die „Mitte“ bei der Frage nach der Selbsteinstufung nicht mehr angeboten wird und nur spontan gewählt werden kann. Mit 54 Prozent ist der Anteil derer, die sich in die Mitte einstufen, bei rechtsextrem Eingestellten in diesem Jahr sogar signifikant höher als bei Befragten insgesamt (42 Prozent; vgl. Kap. IV.3). Immerhin noch ein Fünftel der rechtsextrem Eingestellten versteht sich selbst als links. Dieses Muster verändert sich kaum, wenn nach den beiden Dimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus differenziert wird.

Es gilt also weiterhin der Befund, dass sich nur eine sehr kleine Minderheit der nach ihren Einstellungen als rechtsextrem zu klassifizierenden Befragten auch selbst so versteht. Die vorherrschende Selbstverortung in der politischen Mitte in Kombination mit den wichtigsten Ursachen rechtsextremer Einstellungen erhärtet die Vermutung, dass hier eine Amalgamierung rechtsextremer Einstellungen mit (gefühlter) sozialstruktureller Deprivation und Statusverlustängsten zur ethnozentrisch motivierten Nationalisierung von Solidaritäts- und Umverteilungsnormen stattfindet. Deren politische Repräsentation muss notwendigerweise quer zum üblichen Links-Rechts-Spektrum stattfinden, denn hier kann zwar die rechte Seite mit der Betonung nationaler Identitäten identifiziert werden, jedoch kaum mit Umverteilung, während auf der linken Seite zwar Umverteilung betont wird, nationale Identitäten hingegen problematisiert werden. Die verbreitete Selbsteinstufung der rechtsextrem Eingestellten in die politische Mitte kann als Ausweg aus diesem Dilemma verstanden werden.

V. Fazit

In ihren Stellungnahmen zu der Masseneinwanderung aus Kleinasien und Nordafrika zwischen dem Sommer 2015 und dem Frühjahr 2016, für die sich die (umstrittene) Bezeichnung „Flüchtlingskrise“ eingebürgert hat, stellte die Bundeskanzlerin die damit verbundenen Herausforderungen wiederholt in eine Reihe mit denen der Deutschen Einheit. Dieser Vergleich verbindet auch den letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR, der dem Thema „Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit“ gewidmet war, mit dem diesjährigen, der unter dem Titel steht: „Gemischte Gefühle: Thüringen im Zeichen der ‚Flüchtlingskrise‘“. Die Verbindung der Ereignisse suggeriert die Fähigkeit zur zügigen Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen. Die THÜRINGEN-MONITORE konfrontieren uns jedoch nach wie vor mit dem Umstand, dass für viele Ostdeutsche das Projekt der deutschen Einheit auch 25 Jahre nach der Vereinigung und nach einem materiell ungeheuer aufwändigen Prozess nationaler Integration noch keineswegs abgeschlossen und noch immer die Wahrnehmung einer Benachteiligung Ostdeutscher gegenüber Westdeutschen kollektiv und individuell verbreitet ist. Die Bilanz der Teilungsvergangenheit und der Verwerfungen des Vereinigungsprozesses ist also noch immer nicht glattgestellt, die resultierenden Empfindungen einer Abwertung der Ostdeutschen bilden – wie wir zeigen können – eine für Ostdeutschland spezifische Belastung für die Integration der Angehörigen der jüngsten Migrationswelle. Der Gang des deutschen Einheitsprozesses mit seinem zähen Überdauern sozialer Asymmetrien – etwa im Hinblick auf Einkommensdifferenziale zuungunsten Ostdeutschlands – und mentaler Verwerfungen – etwa im Hinblick auf Deprivationsgefühle Ostdeutscher – ist also eher eine Warnung vor falschen Hoffnungen auf eine schnelle Bereinigung der durch die „Flüchtlingskrise“ entstandenen Problemlagen. Auch beruhen die Hoffnungen auf eine umstandslose Integration der neuen Migranten nicht auf einer soliden normativen Grundlage, wie dies für den Prozess nationaler Integration galt, der von den auch nach vierzigjähriger Teilung immer noch intakten Solidaritätsnormen einer nationalen Gemeinschaft getragen wurde. Die universellen humanitären Normen, die der Aufnahme von Flüchtlingen zugrunde liegen, sind – wie unser Befund zeigt – viel ephemerer und eingeschränkter. Dies erklärt auch die wütenden Polemiken, die umstandslosen Stigmatisierungen und Gegenstigmatisierungen, die die Debatten um die „Flüchtlingskrise“ charakterisieren. Sie wird auch deshalb als eine „Krise“ wahrgenommen, weil eine gemeinsame normative Grundlage fehlt, auf der mit dieser Herausforderung umgegangen werden könnte. Von einer „Vereinigungskrise“ war dagegen trotz der massiven Problematik der ostdeutschen Massenarbeitslosigkeit seinerzeit nicht die Rede.

Der wirtschaftliche Kontext, in dem die Asyl- und Flüchtlingsdebatte geführt wird, ist dagegen günstig und sollte zu einer Dämpfung von Ängsten und Sorgen um die Integrationskapazität Thüringens beitragen. Die Bewertung der allgemeinen und individuellen wirtschaftlichen Lage hat sich in Thüringen auf hohem Niveau stabilisiert und wird auch im Vergleich mit „vielen westdeutschen Bundesländern“ positiv eingeschätzt. Bei allerdings sehr bescheidenen Wachstumsraten hält die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes an – hier mit der Einschränkung einiger Kreise im Süden und Osten Thüringens. Die insgesamt günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt wird auch durch die demographische

Entwicklung gestützt: Die aus dem Arbeitsleben ausscheidenden Kohorten sind deutlich größer als die eintretenden. Jahr für Jahr gibt es in Thüringen einen hohen Sterbeüberschuss, der in der Vergangenheit gemeinsam mit einem über viele Jahre hinweg bestehenden negativen Wanderungssaldo zu einem erheblichen Bevölkerungsverlust geführt hat. Diese Entleerung des Landes wurde aber 2015 gestoppt, wofür ausschließlich eine erhebliche Zuwanderung aus dem Ausland und hier wiederum vor allem ein Zustrom aus den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge, Syrien und Afghanistan, verantwortlich ist. Der Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland betrug 2015 in Thüringen etwa 30.000 Personen, von denen nicht alle Flüchtlinge sind. Im Jahr 2015 und bis zum August 2016 wurden in Thüringen ca. 26.000 Asylsuchende aufgenommen. Der Anteil der Ausländer_innen in Thüringen dürfte durch diese Zuwanderung von 2,5 Prozent (Dez. 2014) auf über vier Prozent, der Anteil der Muslim_innen auf deutlich über ein Prozent gestiegen sein³³. Dies ist bei aller Anerkennung der erheblichen Belastung von Verwaltung, Infrastruktur und der freiwilligen Helfer_innen weder ein krisenhafter Umbruch der Bevölkerungsstruktur noch ein identitätsgefährdender Bevölkerungsschub. Auch war bereits zum Zeitpunkt der Befragung die Zahl ins Land kommender Asylsuchender und Flüchtlinge deutlich zurückgegangen. Wenn also auch in Thüringen in diesem Zusammenhang noch immer ein Krisendiskurs geführt wird, dann ist dies nicht in der Situation im Freistaat begründet.

Eine solche Sicht stützen auch die Befunde zur Präsenz von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Alltag der Bevölkerung: Zwar geben 64 Prozent der Befragten an, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in ihrer Nähe leben, doch nur 28 Prozent bestätigen, persönlichen Kontakt zu haben (davon acht Prozent „häufig“), und 19 Prozent, also ein Fünftel, berichtet von Auswirkungen auf den Alltag. Durch die „Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden in unserem Land“ fühlen sich 16 Prozent bedroht, und zehn Prozent haben schon eine persönliche Bedrohungserfahrung gemacht. Diese Befunde dürfen nicht bagatellisiert werden, aber ein krisenhafter Einbruch des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung lässt sich daraus nicht ableiten. Diese Einschätzung wird durch den Befund gestützt, dass 55 Prozent der Befragten von überwiegend „positiven Empfindungen“ berichten, wenn sie Flüchtlingen und Asylbewerbern begegnen (und nur 18 Prozent von überwiegend negativen). In ein geradezu stereotypisches Bild einer warmen „Willkommenskultur“ passt auch, dass 46 Prozent der Befragten ihre Bereitschaft äußern, sich für Flüchtlinge und Asylsuchende zu engagieren und weitere 16 Prozent angeben, dies schon getan zu haben – Werte, die auf dem Niveau des Vorjahres liegen, als diese Frage schon einmal gestellt worden war. Hier liegt es nahe, ein von sozialer Erwünschtheit geleitetes Antwortverhalten der Befragten zu vermuten. Dem steht jedoch entgegen, dass die gleichen Befragten, die hier als Repräsentanten einer „Willkommenskultur“ erscheinen, zu einem großen Teil bei anderen Fragen Ausschließung und Rückführung von Flüchtlingen und Asylsuchenden befürworten. Erkennbar ist jedoch ein Einfluss eigener lebensweltlicher Erfahrungen auf die Urteilsbildung. Dieser Zusammenhang wird besonders deutlich an den Antworten auf die Frage nach einer „gefährlichen Überfremdung“, die von mehr als

³³ Im Thüringen-Monitor 2012 gingen wir von einem Anteil der Muslim_innen von ca. 0,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus (vgl. TM 2012: 11). Es liegen keine aktuelleren Schätzungen vor; Religionszugehörigkeit wird von staatlichen Statistiken nur eingeschränkt erfasst.

der Hälfte der Befragten bejaht wird, wenn sie auf „die Bundesrepublik“ bezogen wird, von etwa einem Viertel mit einem Bezug auf Thüringen, aber nur von sieben Prozent mit Bezug auf die eigene Wohnumgebung. Der letztgenannte Wert blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Auch dieser Befund deutet auf eine eher geringe Sichtbarkeit und Ablehnung von in der unmittelbaren Lebenswelt anwesenden Flüchtlingen hin.

Eine rational mit Bezug auf die eigene Lebenssituation abwägende Haltung gegenüber Flüchtlingen wird bei der Abwägung von Chancen und Sorgen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen erkennbar. Immerhin 87 Prozent der Befragten erkennen Chancen in der Aufnahme von Flüchtlingen, wobei mehr als die Hälfte der Befragten einen Ausgleich des Bevölkerungsrückgangs und eine Zuwanderung „benötigter“ Arbeitskräfte erwarten. Weniger als die Hälfte erwartet die Erhaltung der Infrastruktur auf dem Lande – was angesichts der auch in Thüringen bestehenden Neigung anerkannter und geduldeter Flüchtlinge, sich in Städten anzusiedeln, auch eine wenig realistische Erwartung ist. Diesen „Chancen“ stehen allerdings bei nahezu allen Befragten „Sorgen“ gegenüber, wobei rechte politische Radikalisierung, Anstieg der Kriminalität, Zunahme des Einflusses des Islams, die Kosten der Unterbringung und eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts mit deutlichen Mehrheiten genannt werden. Nur eine Minderheit (von allerdings 41 Prozent) benennt hier die Zunahme der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt als Sorge. Wenn die Befragten aufgefordert werden, ihre Hoffnungen und Befürchtungen „angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden“ abzuwägen, äußert eine weit überwiegende Mehrheit „eher Befürchtungen“ und nur ein Viertel „eher Hoffnungen“.

Diese skeptisch-negative Haltung bildet die Grundlage, auf der die Befragten generell über die Flüchtlingspolitik urteilen und ihre eigenen Erwartungen und Forderungen äußern. Dabei wird von ihnen strenger als durch Politik und Medien zwischen der Gewährung von temporärer Zuflucht für Flüchtlinge und Asylsuchende einerseits und deren dauerndem Verbleib in Deutschland unterschieden. Anerkannt wird die universelle humanitäre Norm der Zufluchtsgewährung: 79 Prozent (!) der Befragten stimmen der Aussage zu, dass „Flüchtlingen und Asylsuchenden legale Möglichkeiten zur Einreise nach Deutschland geschaffen werden“ sollten. Diese Norm soll aber eng ausgelegt und restriktiv angewendet werden: 81 Prozent stimmen der Aussage zu, dass „Asylsuchende, deren Antrag abgelehnt wurde“, ohne Ausnahme (!) abgeschoben werden sollten (59 Prozent stimmen hier „voll und ganz“ zu). 73 Prozent lehnen eine „großzügige Prüfung von Asylanträgen“ ab. Dies sind Mehrheiten, die an einen gesellschaftlichen Konsens grenzen. Eine breite Mehrheit von 68 Prozent der Befragten stimmt auch der Forderung zu, dass alle (!) Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten, wenn die Flucht- und Asylgründe entfallen sind. 72 Prozent sprechen sich für eine Obergrenze aus (56 Prozent „voll und ganz“). Der Tenor der bislang vorgestellten Befunde kann alltagssprachlich so zusammengefasst werden: „Auch wenn wir eine Pflicht zur Zufluchtsgewährung anerkennen und die Flüchtlinge bei uns nicht sonderlich stören, wollen wir sie nicht hier behalten“.

Der Grund für diese Ablehnung liegt darin, dass den Flüchtlingen und Asylsuchenden mehrheitlich nicht nur das Zutreffen ihrer Asylgründe, sondern auch die Eigenschaften

abgesprochen werden, die sie als Immigrant_innen und künftige Mitglieder der nationalen Gemeinschaft qualifizieren. So stimmen 56 Prozent der Aussage zu, dass „die meisten Asylbewerber ... nicht wirklich ... in ihrem Heimatland verfolgt“ werden. Vor allem wird von jeweils zwei Dritteln der Befragten den Flüchtlingen die Akzeptanz unserer gesellschaftlichen Normen und kulturellen Werte abgesprochen. Die Leitindikatoren sind hier Furcht vor einem Anstieg der Kriminalität und einer „Islamisierung“ „wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden“, die von jeweils 70 und 67 Prozent der Befragten geäußert werden. Jeweils deutliche Mehrheiten sehen eine „Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land“ (57 Prozent) und befürchten, dass sich die „Art und Weise, [wie] wir in Deutschland leben, zu stark verändert“. Eine Mehrheit von 58 Prozent der Befragten stimmt auch der Aussage zu, dass „die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar sind, wobei „Kultur“ hier von den meisten Befragten in einem Sinnzusammenhang mit „Islam“ gesehen werden dürfte.

Es ist eine erhebliche Komplikation bei der An- und Aufnahme der Flüchtlinge, dass der gesamte Vorgang, angefangen bei den Fluchtursachen, über ihre soziokulturelle Prägung bis hin zur Einschleusung islamistischer Terroristen, in den Monaten der Massenflucht stark mit dem Islam konnotiert war, der wiederum mit deutlich negativen Urteilen und Stereotypen belegt ist. Eine kritische bis ressentimentgeleitete Haltung gegenüber dem Islam ist nahezu gesellschaftlicher Konsens in Thüringen. Zumindest einer der im THÜRINGEN-MONITOR enthaltenden islamkritischen oder -feindlichen Aussagen stimmen 86 Prozent der Befragten zu, allen vier 33 Prozent. Die Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ wird von 80 Prozent der Befragten abgelehnt. Diese Ablehnung tritt mehrheitlich in allen von uns abgegrenzten soziodemographischen Kategorien auf, mit Ausnahme der in Ausbildung befindlichen Befragten, von denen 53 Prozent dieser Aussage zustimmen, während auf der anderen Seite ein signifikant höherer Anteil der *Thüringerinnen* sie ablehnt. Allein das Ausmaß der Islamkritik zeigt, dass wir es hier nicht mit einem Phänomen zu tun haben, das auf ein politisches Lager begrenzt ist. Es ist auch kein Oberflächenphänomen, denn das Niveau der Ablehnung lag schon vor der „Flüchtlingskrise“ und der jüngsten Serie islamistisch inspirierter Terroranschläge auf hohem Niveau. Für die Mehrheit der Befragten dürfte sich aber der Eindruck verfestigt haben, dass mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden Angehörige einer ‚problematischen‘ Religion in das Land kommen.

Eine Komplikation ist daher in Thüringen wie auch im übrigen Ostdeutschland (mit Ausnahme Berlins), dass es hier keine lange Tradition eines konfliktarmen Zusammenlebens mit Muslim_innen gibt. Es gab und gibt im Osten wenige Gelegenheiten, durch eigene Kontakte mit Muslim_innen ein differenziertes Bild islamischer Wirklichkeit zu gewinnen, während das Bild, das medial und in öffentlichen Debatten vermittelt wird, vielfach geeignet ist, Ressentiments zu bestätigen. Als weitere Komplikation kommt hier hinzu, dass – wie wir im letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR gezeigt haben – in Thüringen und in Ostdeutschland insgesamt ein am sozialen „Zusammenhalt“ orientiertes Gesellschaftsideal dominiert. Dies ist eine retrospektive Utopie, in der die DDR in der Rückschau als eine „Zusammenhaltsgesellschaft“ imaginiert wird. Ein solches Gesellschaftsideal setzt Egalität und Homogenität voraus. Beides wird durch den Zustrom von Flüchtlingen gestört: Zum einen ist dies weit überwiegend eine Armutseinwanderung von Menschen,

deren einzige Besitztümer in ihrem Handy und dem bestehen, was sie auf dem Leibe tragen. Mit diesem Vorgang der Unterschichtung entsteht zwangsläufig eine neue Kategorie marginalisierter Armer, die in Konkurrenz zu den schon vorhandenen Armen tritt. Zum anderen wird das Homogenitätsideal durch eine Vielzahl markanter kultureller Besonderheiten der Flüchtlinge, insbesondere aber durch die Konfrontation der säkularisierten Mehrheitsbevölkerung mit einer ostentativen Religiosität verletzt.

Vor diesem Hintergrund ist Integration der „Plan B“, wenn die präferierte, aber praktisch nur schwer und auf lange Sicht durchsetzbare Beseitigung von Heterogenität und Inegalität durch Rückführung der Flüchtlinge nicht zum Zuge kommt. Nur in einem solchen Szenario wird verständlich, warum 96 Prozent der Befragten der Forderung zustimmen, dass „alle Flüchtlinge und Asylsuchenden [...] zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden“ sollen. Integration wird hier überwiegend als Bringschuld der Flüchtlinge betrachtet. Wir haben offen danach gefragt, was die Befragten unter Integration verstehen, und in der resultierenden Wordcloud tauchen prominent Worte wie „müssen“ und „Anpassung“ auf. Assoziationen, die auf die „Leistung der zu Integrierenden“ verweisen, bilden mit Abstand die größte inhaltliche Kategorie. Es ist bemerkenswert, dass die Mehrheit der Befragten, die eine Pflicht zu proaktiven Integrationsleistungen der Flüchtlinge sehen, zugleich „die meisten“ von ihnen „aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland [für] integrierbar“ hält. Unter dieser Prämisse wird auch verständlich, warum – trotz dominanter Islamkritik – Mehrheiten der Befragten eine Öffnung gegenüber anderen Kulturen für notwendig halten und von der Fluchtbewegung nach Deutschland eine Vergrößerung kultureller Vielfalt erwarten. „Integration“ heißt dann Etablierung einer soziokulturell segregierten Parallelgesellschaft auf Zeit, deren Angehörige den Gesetzen des Aufnahmelandes unterworfen sind und ihren Lebensunterhalt nach einem für funktionale Kommunikation erforderlichen Spracherwerb selbst verdienen. Zufluchtsgewährung wird also nicht mit Einladung zur Immigration gleichgesetzt. Die Frage, ob und wie solche Erwartungen mit denen der Flüchtlinge und Asylsuchenden kompatibel sind und ob von deren Seite mehrheitlich eine Vollintegration mit dem gesamten kulturellen und staatsbürgerlichen Programm des „Deutschseins“ angestrebt wird, wird gegenwärtig in einem Parallelprojekt des Kompetenzzentrums Rechtsextremismus im Rahmen einer Befragung von Flüchtlingen in Thüringen untersucht.

Die neben Homogenität und Egalität dritte Eigenschaft des Mehrheitsideals einer „guten“ gesellschaftlichen Ordnung bildet die (staatliche) Autorität. Dies wird auch im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR bestätigt: 67 Prozent stimmen zu, dass wir „in diesen Zeiten unbedingt eine starke Hand“ brauchen und stellen „Sicherheit“ über „Freiheit“. 63 Prozent befürworten ein „hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“. Solche Erwartungen wurden in der Hochphase der Fluchtbewegung nach Deutschland insbesondere in den Monaten eines chaotischen Zustroms über die Balkanroute im Spätsommer und Herbst 2015 aber nicht erfüllt. Diese Entwicklungen standen vielmehr unter dem Vorzeichen eines „Kontrollverlusts“ und – wie manche Kritiker meinen – „Staatsversagens“. Daraus speisten sich eine fundamentale Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und Zweifel an ihrer Fähigkeit und sogar Bereitschaft, die Kontrolle über die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden wieder zurückzugewinnen. Zwar war zum Zeitpunkt der Befragung die Balkanroute ohne Zutun

Deutschlands geschlossen worden und durch das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei die Aussicht auf eine deutliche Verringerung der Fluchtbewegungen über das östliche Mittelmeer eröffnet. Doch bestimmt das Flüchtlingsthema nach wie vor in zum Teil scharfer Kontroverse und mit polemischer Zuspitzung die öffentliche politische Debatte und die private politische Kommunikation. Es bleibt ein beherrschendes Thema bei Wahlkämpfen und hat zu einer Neugruppierung des deutschen Parteiensystems beigetragen, mit großen Wahlerfolgen für eine Partei, die eine scharf restriktive Haltung gegenüber Flüchtlingen und massiven Widerstand gegen eine angebliche „Islamisierung“ vertritt. Ein Verfall der politischen Streitkultur und die Serie von Angriffen und Gewalthandlungen auf und von Flüchtlinge(n) setzen sich fort.

Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR stand deshalb die Frage im Zentrum, ob und wie sich diese in der neueren Geschichte der Bundesrepublik einmalige Entwicklung auf die politische Kultur des Landes auswirkt, insbesondere, ob sich Zeichen einer politischen Radikalisierung, eines Verfalls der Legitimität der demokratischen Ordnung und ihrer allgemeinen Gefährdung durch einen tiefgreifenden Einstellungswandel in der Bevölkerung erkennen lassen. Tatsächlich sind Hinweise darauf erkennbar, dass die Diskrepanz zwischen der mehrheitlich von der Bevölkerung gewünschten und der tatsächlich praktizierten Flüchtlingspolitik – etwa im Fall der „Obergrenze“ – zu einer Entfremdung zwischen Elektorat und politischen Eliten beigetragen hat: So stimmen 71 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass „in unserer Demokratie die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ werden, und nahezu die Hälfte beklagt, dass man heutzutage „seine Meinung nicht mehr frei äußern“ könne, da man „sonst Nachteile zu befürchten“ habe – ein beunruhigender Befund in einer freiheitlichen Demokratie, in der die Meinungsfreiheit ein zentrales Grundrecht ist. Den „Medien in Deutschland“ wird von 72 Prozent der Befragten unterstellt, dass sie „einseitig berichten und von der Politik gelenkt werden“, womit auch die Pressefreiheit und eine neutrale Berichterstattung infrage gestellt werden. Hier offenbart sich eine generalisierte, aber wohl immer noch immanente Systemkritik und eine Kritik der politisch Handelnden, die in der Tat zentrale Aspekte der demokratischen Ordnung berührt und in ihrer Art wie in ihrem Umfang beunruhigen muss. Sie verbindet sich mit einer konkreten Kritik an der Flüchtlingspolitik und deren unterstellten soziokulturellen Folgen („Islamisierung“) zu einem Amalgam, das inzwischen seinen Ausdruck im Parteiensystem findet. Die Befunde der früheren THÜRINGEN-MONITORE und anderer Studien zeigen aber auch, dass die Anlässe der Demokratie- und Elitenkritik schon früher vorhanden waren und markante demoskopische Spuren hinterlassen haben. Das Neue ist jedoch, dass sie sich mit einem brisanten politischen Thema verbinden, für das sich nun eine Partei als Sprachrohr gefunden hat.

Diese Entwicklung führt jedoch nicht zu einer weiteren politischen Radikalisierung oder Polarisierung der politischen Kultur in Thüringen. Dies zeigen die langen Reihen des THÜRINGEN-MONITORS zur Demokratiezufriedenheit und zur Demokratieunterstützung, die sich auf dem Niveau der langjährigen Mittelwerte bewegen, wobei die „Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert“, gegenüber dem Vorjahr sogar leicht zugenommen hat. Auch andere Indikatoren des THÜRINGEN-MONITORS zeigen in 2016 keine auffällig negative Entwicklung. Sowohl die Unterstützung einer „nationalen

Diktatur“ wie auch die Gewaltbereitschaft sind im laufenden Jahr zurückgegangen. Stabilität beobachten wir auch mit Blick auf das Institutionenvertrauen, das gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben ist. Dies gilt selbst für das Vertrauen in die Bundesregierung, obwohl diese für ihre Flüchtlingspolitik weit überwiegend Kritik erhält. Einen Spitzenplatz in der Reihung der hier langfristig beobachteten Institutionen nimmt unverändert die Polizei ein. Sie gilt bei der großen Mehrheit der Befragten als eine ausreichende Garantie der öffentlichen Sicherheit. Die Forderung nach der Aufstellung von Bürgerwehren wird von zwei Dritteln der Befragten abgelehnt.

Es wurde im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR auch nach dem Vertrauen in Nachrichtenquellen gefragt. Hier steht dem generellen Misstrauen in die Medien ein erstaunlich hohes Vertrauen in die traditionellen elektronischen und Printmedien gegenüber. Nur fünf Prozent der Befragten misstrauen allen traditionellen Medien, während 63 Prozent ihnen „voll und ganz“ oder „weitgehend“ vertrauen. Besonders können sich über die Befunde die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender und der regionalen Presse freuen. Soziale Medien wie Facebook haben (noch) wenig Akzeptanz als Nachrichtenquellen.

Der überraschendste Befund des THÜRINGEN-MONITORS 2016 ist aber der Rückgang des Rechtsextremismus in Thüringen. Nach dem erheblichen Zuwachs im vergangenen Jahr sind die Werte wieder auf das niedrigere Niveau der beiden Vorjahre zurückgekehrt und schließen an den langfristigen, seit Mitte des letzten Jahrzehnts beobachteten Abwärtstrend an. Die Wertereihe hat im 15-jährigen Beobachtungszeitraum 2016 ihren bisherigen Tiefpunkt erreicht. Wir haben den langfristigen Rückgang rechtsextremer Einstellungen in Thüringen mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und insbesondere mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit im Lande erklärt. Der Rückgang gegenüber der Erhebung im Jahr 2015 überrascht aber doch angesichts einer Vielzahl öffentlicher Aktionen und Äußerungen sowie einer Zunahme von Gewalthandlungen, die dem Rechtsextremismus zugerechnet werden. Auf der anderen Seite wurde diese paradoxe Konstellation auch von weiteren neueren Studien berichtet. Eine Erklärung wurde von deren Autoren bislang nicht gegeben.

Auf der Grundlage der Begleitforschung zum THÜRINGEN-MONITOR können wir feststellen, dass von den seinerzeit mit Verfahren der Skalen- und Item-Analyse identifizierten Dimensionen Neo-Nationalsozialismus und Ethnozentrismus, deren Verbindung das sozialwissenschaftliche Messkonstrukt des „Rechtsextremismus“ ausmacht, nur der Neo-Nationalsozialismus einen signifikanten Rückgang um ein Drittel seines Ausgangswertes im Jahr 2015 zu verzeichnen hat. Im Hinblick auf den Ethnozentrismus ist die beobachtete Schwankung statistisch nicht signifikant. Tatsächlich sehen wir insbesondere bei den Facetten des Rechtsextremismus „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ und „Sozialdarwinismus“ deutliche Rückgänge der Befürwortung, während Leitfragen des Ethnozentrismus wie die Forderung nach energischer Durchsetzung nationaler Interessen gegenüber dem Ausland (63 Prozent Befürwortung) und die Diagnose, dass die Bundesrepublik „in gefährlichem Maße durch Ausländer überfremdet“ sei (52 Prozent) nahezu punktgleich hohe Zustimmungswerte wie 2015 erhalten.

An dieser Stelle ist mit allem Nachdruck daran zu erinnern, dass die Zustimmung zu einer oder selbst zu einigen Fragen, die zu dem Rechtsextremismus-Index zusammengeführt

wurden, **nicht** ausreicht, eine Person als „rechtsextrem“ zu klassifizieren. Dies würde zu absurden Ergebnissen führen. Wir zeigen z.B. im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR, dass 82 Prozent der Befragten mindestens einer der Rechtsextremismus-Aussagen zustimmen. Die Güte der Messung des Rechtsextremismus wird nach unserer Einschätzung durch die Sensibilität bestätigt, mit der der Index auf den Rückgang der Zustimmung zu neo-nationalsozialistischen Aussagen reagiert. Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus sind zwar positiv miteinander verknüpft, aber nur zwölf Prozent der von uns identifizierten ethnozentrischen Befragten sind 2016 auch neo-nationalsozialistisch eingestellt. Die Tatsache, dass es sich bei Neo-Nationalsozialismus und Ethnozentrismus um unterschiedliche Phänomene handelt, zeigt sich auch daran, dass sie unterschiedliche Ursachen und Folgen haben. Im Hinblick auf die Ursachen zeigt sich, dass Neo-Nationalsozialismus, nicht aber Ethnozentrismus durch eine objektiv ungünstige soziale Situation der Befragten gefördert wird. Im Hinblick auf die Folgen soll hier nur auf den Umstand hingewiesen werden, dass politische Gewaltbereitschaft – neben u.a. der Selbstzuschreibung links- und rechtsextremer Positionen – zwar durch neo-nationalsozialistische, nicht aber durch ethnozentrische Einstellungen gefördert wird. Dies ist ein für die Gewaltprävention wichtiger Befund. Der Rückgang der Unterstützung neo-nationalsozialistischer Positionen koindiziert zwar 2015/2016 mit einem Rückgang der politischen Gewaltbereitschaft in der Thüringer Bevölkerung, er manifestiert sich aber (noch?) nicht in einem Rückgang von Gewaltakten.

Eine Tendenz zur Entradikalisierung lässt sich auch im Hinblick auf die politische Selbstpositionierung der Befragten erkennen, die sich in den letzten beiden Jahren seltener auf den Randpositionen platzieren. Dies geht mit einer ausgeprägten Tendenz der Befragten einher, sich spontan – das heißt entgegen dem vorgegebenen Fragenraster – der politischen „Mitte“ zuzuordnen (42 Prozent). Wir interpretieren diesen Befund als Ausdruck einer Neustrukturierung des politischen Koordinatensystems, in dem Fragen der Reichweite und des Bestandes ethnokultureller Solidaritätsnormen und Identitäten nicht mehr auf den Flügelpositionen des Links-Rechts-Koordinatensystems unterzubringen sind. Trifft diese Deutung zu, hätte die Flüchtlingsdebatte in der Tat eine markante Spur in der politischen Kultur und nicht nur im Parteiensystem des Landes hinterlassen.

Die Anzeichen einer politischen Mobilisierung für einen Protest gegen die Asylpolitik, „Islamisierung“ und „Asylbewerberheime“ sind allerdings relativ schwach. Eine Teilnahme an Demonstrationen gegen die Asylpolitik und „Islamisierung“ geben rund ein Prozent der Befragten an, die Teilnahme an Protesten gegen Asylbewerberheime liegt unter der Messbarkeitsschwelle. Die Teilnahmebereitschaft ist allerdings mit jeweils 19, 23 und acht Prozent deutlich höher. Demgegenüber geben 38 Prozent der Befragten an, sich an einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit beteiligen zu wollen oder sich schon einmal beteiligt zu haben (fünf Prozent). „Demgegenüber“ ist hier jedoch ein missleitender Anschluss, denn 45 Prozent der Befragten, die bereit sind, gegen „Islamisierung“ zu demonstrieren, geben an, sich auch an einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit zu beteiligen.

Dieser Befund zeigt, wie viele andere, wie problematisch die Etiketten und Zuschreibungen sind, mit denen wir die politische Landschaft und ihre Bewohner belegen: Zustim-

mung zur Zufluchtsgewährung für Verfolgte, Hilfsbereitschaft und eine freundliche Haltung gegenüber den Flüchtlingen in der eigenen Lebenswelt, aber Forderungen nach einer Obergrenze und nach einer rigorosen Abschiebung nach der Ablehnung von Asylanträgen und den Wegfall von Fluchtgründen, ein geringes Ausmaß der Gefühle allgemeiner und persönlicher Bedrohung, aber verbreitete Furcht vor einem Anstieg der Kriminalität und einer „Islamisierung“, Verpflichtung zu Integrationskursen, aber Skepsis gegenüber der Integrierbarkeit von Flüchtlingen und Asylsuchenden, Misstrauen vor staatlicher Manipulation und schiefer Berichterstattung „der“ Medien, aber Vertrauen in die im Alltag genutzten Medien, scharfe Kritik an einer Abschirmung des politischen Betriebs vor den Anliegen der Bevölkerung, aber stabiles Vertrauen in die politischen Institutionen – für alle diese Positionen gab es Mehrheiten – z.T. überwältigende – im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR. Viele waren Gegenstand scharfer politischer Kontroversen, und doch finden sich regelmäßig gegensätzliche Positionen in den Antwortmustern der gleichen Personen wieder. Dies ist Ausdruck eines verbreiteten „wilden“ Denkens, das sich der Ordnung des öffentlichen Diskurses mit seinen Stereotypen und Gegenstereotypen widersetzt. Es folgt einer eigenen Logik, die wiederum auf die Widersprüche und Komplexität der gesellschaftlichen Realität und ihrer Ansprüche reagiert. Im Fall der „Flüchtlingskrise“ ist es nach unserem Eindruck die Kollision universeller humanitärer Normen mit auf die Eigengruppe bezogenen Solidaritätsnormen, die an Nation und Staatsvolk ihre Grenze finden. Die Mehrzahl der Thüringer Befragten hat nach unseren Befunden das daraus resultierende Dilemma durch Befristung der Schutzgewährung für Flüchtlinge auf die Dauer der Schutzbedürftigkeit und durch rigorosen Ausschluss derer, die nicht schutzbedürftig sind, „gelöst“.

Literatur

- Allport, G.W. (1954): The nature of prejudice. Cambridge, MA: Addison-Wesley.
- Bednarz, Liane / Dirr, Tobias (2016): Rechtspopulismus: Neuer Anstrich für rechtes Denken (Interview mit Liane Bednarz). SZ Online, 22. Juni 2016, <http://www.sueddeutsche.de/kultur/rechtspopulismus-neuer-anstrich-fuer-rechtes-denken-1.3033904>
- Best, Heinrich / Katja Salomo (2014): Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR 2000 bis 2014. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei. Erfurt. http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor_gute_und_reichweite_der_messung_des_rechtsextremismus.pdf
- Best, Heinrich / Katja Salomo / Axel Salheiser (2014): Demokratie mit doppelter Diktaturvergangenheit. Überlegungen und Befunde zur Ausprägung eines typisch ost-deutschen Rechtsextremismus. In: Elmar Brähler / Wolf Wagner (Hrsg.): Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 149–167.
- Bude, Heinz (2015): Wutbürger: Die Koalition der Angst. Wenn Dienstleistungsproletarier und prekär Wohlhabende sich in einem diffusen Misstrauen gegen das gesellschaftliche System in Deutschland verbünden, wird es brenzlich im Land. Ein Gastbeitrag. FAZ, 22. September 2015. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/denk-ich-an-deutschland-1/wenn-systemkritik-proletariat-und-mittelstand-eint-13797245.html>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015-asyl.html?nn=1367528>
- Charismatismus (2016): INSA-Studie: Vor allem Frauen fürchten sich vor einer Islamisierung Deutschlands. charismatismus.wordpress.com, 23.09.2016, <https://charismatismus.wordpress.com/2016/09/23/insa-studie-vor-allem-frauen-fuerchten-sich-vor-einer-islamisierung-deutschlands/>
- Czymara, Christian S. / Alexander W. Schmidt-Catran (2016): Wer ist in Deutschland willkommen? Eine Vignettenanalyse zur Akzeptanz von Einwanderern. KZfSS, 68. Jg., H. 2, Juli 2016, S. 193–227.
- Datenreport (2016): Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt (Destatis) und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in Zusammenarbeit mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Datenreport.html>
- Decker, Oliver / Johannes Kiess / Elmar Brähler (2016 / Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Deckers, Daniel (2016): AfD: Rechts? Rechtspopulistisch? Rechtsradikal? Rechtsextrem? FAZ Online, 15.09.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-rechts-rechtspopulistisch-rechtsradikal-rechtsextrem-14430780.html>
- Destatis (2016): Statistisches Bundesamt: Armutsgefährdung in Westdeutschland im 10-Jahres-Vergleich gestiegen. Pressemitteilung Nr. 334 vom 22.09.2016, https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/09/PD16_334_228.html

- FAZ (2016): Stimmung gegenüber Flüchtlingen in Deutschland kippt nicht. In: FAZ Online, 01.09.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/umfrage-zeigt-stimmung-gegenueber-fluechtlingen-unveraendert-14415916.html>
- Hafeneger, Benno (2014): Die Identitären: Vorübergehendes Phänomen oder neue Bewegung? Expertisen für Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, 1/2014.
- Hauser, Jan (2016): Weniger Flüchtlinge: Zwei von drei Plätzen in der Erstaufnahme sind ungenutzt. FAZ Online, 02.09.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/weniger-fluechtlinge-zwei-von-drei-plaetzen-in-der-erstaufnahme-sind-ungenutzt-14416361.html>
- Häusler, Alexander / Fabian Virchow (2016 / Hrsg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste | Abstieg der Mitte | Ressentiments. Eine Flugschrift. Hamburg: VSA.
- Heyder, Aribert / Oliver Decker (2011): Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In: Andreas Langenohl und Jürgen Schraton (Hrsg.): (Un)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert. Marburg: Metropolis-Verl, S. 189–222.
- idea (2016): Umfrage: Jeder Zweite fürchtet sich vor der Islamisierung Deutschlands, idea.de, 15.09.2016, <http://www.idea.de/thema-des-tages/artikel/jeder-zweite-fuerchtet-sich-vor-der-islamisierung-deutschlands-83462.html>
- infratest dimap (2016): ARD-Deutschland-Trend März 2016. Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT, http://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/dt1603_bericht.pdf
- Ivarsflaten, Elisabeth (2005): Threatened by diversity. Why restrictive asylum and immigration policies appeal to western Europeans. In: Journal of Elections, Public Opinion & Parties 15 (1), S. 21–45.
- Klein, Anna / Beate Küpper / Andreas Zick (2008): Rechtspopulismus und Demokratiekritik: Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 77–101.
- Köcher, Renate (2016a): Allensbach-Studie: Furcht vor einer weiteren Flüchtlingswelle. FAZ Online, 15.06.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fluechtlingskrise-fuer-mehrheit-der-deutschen-nicht-vorbei-14287178.html>
- Köcher, Renate (2016b): Erosion des Vertrauens, FAZ-online, 18.09.2016, <http://www.faz.net/-gpf-8lfej>
- Lobo, Sascha (2016): Wir schlittern in die Schreispirale. SPIEGEL Online, 10.02.2016, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/sascha-lobo-zu-donald-trump-wir-schlittern-in-die-schreispirale-a-1076632.html>
- MDR (2016): Ein Jahr Umverteilungsgesetz: Quote trifft auf Realität. mdr.de, 26.09.2016, <http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/ein-jahr-nach-start-umverteilungsgesetz-100.html>
- Münkler, Herfried / Marina Münkler (2016): Die neuen Deutschen: Ein Land vor seiner Zukunft. Berlin: Rowohlt.
- Petersen, Thomas (2016): Allensbach Studie: Die Welt der Wutbürger. FAZ Online, 18.05.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/das-weltbild-der-wutbuenger-und-wie-populismus-deutschland-bestimmt-14237988.html>

- Pettigrew, Thomas F. (2002): «Summing up. Relative Deprivation as a Key Social Psychological Concept», in: Relative Deprivation. Specification, Development and Integration, hrsg. von Walker, Iain / Smith, Heather J., Cambridge, S. 351–373.
- Quent, Matthias / Franziska Schmidtke / Axel Salheiser (2016): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen 2015. Expertise zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (TLfDTW) im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport. Kompetenzzentrum Rechtsextremismus, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Januar 2016. <http://www.denkbunt-thueringen.de/wp-content/uploads/2016/02/Gefährdungsanalyse.pdf>
- Religions-Monitor (2013): Verstehen, was verbindet. Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland (Autoren: Detlef Pollack / Olaf Müller). Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/religionsmonitor-verstehen-was-verbindet-religiositaet-und-zusammenhalt-in-deutschland/>
- Rippl, Susanne / Dirk Baier (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 57, H. 4, S. 644–666.
- Rydgren, Jens (2007): The Sociology of the Radical Right. In: Annual Review of Sociology 33 (1), S. 241–262.
- Salheiser, Axel (2014): Links-Rechts-Selbstpositionierung und Assoziation von Bedeutungsinhalten der eigenen Position durch die Befragten. In: Heinrich Best / Katja Salomo: Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR 2000 bis 2014. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei. Erfurt, S. 48–55.
- Schammann, Hannes (2015): PEGIDA und die deutsche Migrationspolitik. Ein Beitrag zur Differenzierung des Opinion-Policy Gap in der Migrationsforschung. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 25. Jg., H. 3, S. 309–333.
- Schnell, Rainer / Paul B. Hill / Elke Esser (2011): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10., aktualisierte Auflage. München, Wien: Oldenbourg Verlag.
- Spiegel Online (2016): „Fachkräftemangel: Konzernboss will abgelehnte Asylbewerber in Deutschland halten.“, Spiegel Online, 23.08.2015, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-evonik-chef-fordert-einwanderungsgesetz-a-1049433.html>
- Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel, 2. Aufl., Berlin.
- Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar (2008): Berlin-Brandenburg-Bus 2008. Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000–2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008. Paul Lazarsfeld-Gesellschaft, Otto-Stammer-Zentrum. Berlin, 25.09.2008.
- Sumner, W. Graham (1906): Folkways, a study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores and morals, New York: Ginn.
- Thüringer Allgemeine (2016a): Thüringen schließt acht von zehn Flüchtlingsheim. 01.07.2016, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Thueringen-schliesst-acht-von-zehn-Fluechtlingsheimen-1721461407>
- Thüringer Allgemeine (2016b): Anerkannte Flüchtlinge in Thüringen zieht es vor allem in die Städte. 16.09.2016, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/>

[/specific/Anerkannte-Fluechtlinge-in-Thueringen-zieht-es-vor-allem-in-die-Staedte-1230030945](#)

- TLS (2016a): Thüringer Landesamt für Statistik: Pressemitteilung PM 078/2015: Moderates Wirtschaftswachstum in Thüringen im Jahr 2015. Erfurt, 30. März 2016, http://www.statistik.thueringen.de/presse/2016/pr_078_16.pdf
- TLS (2016b): Thüringer Landesamt für Statistik: Pressemitteilung PM 047/2016: Lebenserwartung in Thüringen leicht gestiegen. Erfurt, 4. März 2016, http://www.statistik.thueringen.de/presse/2016/pr_047_16.pdf
- TLS (2016c): Thüringer Landesamt für Statistik: Pressemitteilung PM 173/2016: Wanderungsbilanz 2015 – Größter Wanderungsgewinn (+24 633 Personen) in Thüringen seit 1990 durch Zuzug aus dem Ausland. Erfurt, 14. Juli 2016, http://www.statistik.thueringen.de/presse/2016/pr_173_16.pdf
- Wagner/van Dick/Zick (2000) Sozialpsychologische Analysen und Erklärungen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, Zeitschrift für Sozialpsychologie, 32, S. 59–79.
- Wiedemann, Charlotte (1996): Die Themen der Rechten sind die Themen der Mitte. In: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin: Elefanten Press, S. 823–836.
- Wolf, Carina, 2016. Einflussfaktoren auf das Zustandekommen von Intergruppenkontakten. Wenn anders nicht schlechter ist, VS Springer.
- ZEIT (2016): „Integration: Für die meisten gehört der Islam nicht zu Deutschland.“ ZEIT Online, 12. Mai 2016, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-05/islam-deutschland-umfrage>
- Zick, Andreas / Anna Klein (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: Dietz.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als: Dicke, Klaus et al. (2001): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.)

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats. Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten. Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.

THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.

THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.

THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.

THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.

THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.

THÜRINGEN-MONITOR 2013: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.

THÜRINGEN-MONITOR 2014: Die Thüringer als Europäer. Drucksache des Thüringer Landtags 6/287.

THÜRINGEN-MONITOR 2015: Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Drucksache des Thüringer Landtags 6/1347.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/> abrufbar.

Methoden-Glossar

Befragung, telefonische: Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wurde. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Befragt wird die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Außerdem werden bei der Gesprächsanbahnung auch Alter und Geschlecht erfragt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen. Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um *Repräsentativität* zu erzielen. Eine besondere Herausforderung für die Befragungsforschung besteht im veränderten Telefonnutzungsverhalten und der schwierigen Erreichbarkeit bestimmter Befragtengruppen. Allerdings ist es bei *regionalen* Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) technisch derzeit noch nicht möglich, Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür z.B. der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer_innen bestimmt werden müsste. Außerdem bietet eine Kombination von Festnetzanschlüssen und *Mobilfunknummern* bei (deutschlandweiten) politischen Befragungen nach derzeitigem Kenntnisstand keine wesentlichen Vorteile, die in einem angemessenen Verhältnis zum entstehenden Mehraufwand gegenüber der ausschließlichen Verwendung von Festnetzanschlüssen stehen (vgl. Hunsicker/Schroth 2014).

Faktorenanalyse: Multivariates statistisches Verfahren, bei dem die Multidimensionalität einer Liste von Variablen überprüft werden kann (vgl. Bortz/Schuster 2010). So können z.B. verschiedene Einstellungen einen gemeinsamen „Raum“ aufspannen und dabei auf unterschiedlichen Dimensionen verortet sein. Ein komplexes Phänomen, z. B. ein Einstellungssyndrom wie *Rechtsextremismus* oder *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, kann demnach verschiedene Hauptdimensionen, Unterdimensionen etc. aufweisen.

Fehlertoleranz: beachtet den Stichprobenfehler für jeden Messwert, siehe *Konfidenzintervall*,

Grundgesamtheit: im THÜRINGEN-MONITOR die Gesamtheit der bei Bundestagswahlen wahlberechtigten Thüringer Wohnbevölkerung, über die sich – von den Befragungsergebnissen verallgemeinernd – Aussagen treffen lassen (vgl. *Repräsentativität*).

Irrtumswahrscheinlichkeit: auch α -Fehler, siehe *Konfidenzintervall*

Konfidenzintervall: Jeder in einer *repräsentativen* Befragung ermittelte Messwert (z.B. ein Anteilswert der Zustimmung zu einer Aussage) kann lediglich als *Schätzwert* für den jeweiligen Wert in der *Grundgesamtheit* behandelt werden, da immer ein *Stichprobenfehler* auftritt. Es lässt sich jedoch berechnen, in welchen Ober- und Untergrenzen der Wert in der Grundgesamtheit liegt, wenn von einer Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) von maximal fünf Prozent ausgegangen wird (vgl. Gehring/Weins 2009). Es wird angenommen, dass sich in 95 Prozent aller theoretisch möglichen Stichproben Messwerte ergeben würden, deren Konfidenzintervalle den Wert in der Grundgesamtheit einschließen (vgl. Bortz/Schuster 2010: 92 ff.). Im Fall überlappender 95%-Konfidenzintervalle für zwei Stichprobenwerte bezeichnet man den Unterschied zwischen zwei Messwerten als "nicht *signifikant*"; d.h. der in der Stichprobe gemessene Unterschied kann nicht für die Grundgesamtheit angenommen werden. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich.

Korrelation: Der statistische Zusammenhang zwischen (mindestens) zwei Variablen, der im THÜRINGEN-MONITOR meist in Kreuztabellen oder Grafiken abgebildet wird, lässt sich auch in sogen. Assoziationsmaßen oder Korrelationskoeffizienten quantifizieren (vgl. Benninghaus 2007, Gehring/Weins 2009). Im THÜRINGEN-MONITOR dargestellte und diskutierte Variablenzusammenhänge und Merkmalsunterschiede zwischen Untersuchungsgruppen werden dabei auf ihre *Signifikanz* überprüft. Eine statistische Korrelation kann ein Hinweis auf einen Kausalzusammenhang sein, die tatsächliche Ursache-Wirkungsbeziehung muss aber theoretisch begründbar und plausibel sein. Außerdem sind u.U. Drittvariableneinflüsse zu kontrollieren, um Scheinkorrelationen auszuschließen (z.B. in multivariaten Verfahren wie der *Regression*).

Median: „Zentralwert“, der in der Mitte einer nach Größe geordneten Wertereihe steht.

OLS: Ordinary Least Squares (dt.: Methode der kleinsten Quadrate) statistisches Schätzverfahren, das in der *linearen Regression* zur Schätzung der Regressionskonstante und der der Regressionskoeffizienten dient.

Regression, binomiale logistische: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Anders als bei der *multiplen linearen Regression* hat das zu erklärende Merkmal (die abhängige Variable) kein metrisches Skalenniveau, sondern ist dichotom, d.h. binär (0/1) codiert. Der Effektkoeffizient Exp. (B) eines erklärenden Merkmals (unabhängige Variable) kann als Faktor interpretiert werden, um den das Vorliegen dieses Merkmals die „Wahrscheinlichkeit“ des Eintretens (odd) der Ausprägung „1“ der abhängigen Variable erhöht oder senkt (vgl. Bortz/Schuster 2010, Diaz-Bone 2006).

Regression, multiple lineare: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable mit metrischem bzw. pseudometrischem Skalenniveau) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Der multiplen linearen Regression liegt ein Kausalmodell zugrunde, in dem Annahmen über den linearen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable formuliert werden. Die berechneten Regressionskoeffizienten geben die jeweiligen „Nettoeffektstärken“ der erklärenden Variablen an. Ein positiver Regressionskoeffizient signalisiert die verstärkende Wirkung einer unabhängigen Variable auf die Ausprägung der abhängigen Variable, ein negativer Regressionskoeffizient eine abschwächende Wirkung (vgl. Bortz/Schuster 2010, Diaz-Bone 2006).

Repräsentativität: bedeutet, dass die Stichprobe ein möglichst maßstabsgerechtes, verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt, das es erlaubt, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern (Schnell/Hill/Esser 2011). Dieser sogenannte „inferenzstatistische Schluss“ bedarf der Schätzung des sogenannten „Stichprobenfehlers“ für alle erhobenen Stichprobendaten und der Berechnung von *Signifikanzen* und *Konfidenzintervallen*. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich.

Signifikanz: geringe *Irrtumswahrscheinlichkeit* (α -Fehler bei höchstens fünf Prozent), siehe *Konfidenzintervall*, *Repräsentativität*. Wenn die jeweilige statistische Berechnung ein *signifikantes* Ergebnis (Unterschied zw. Messwerten, Effektstärke in statistischen Modellen usw.) ausweist, heißt das, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) so gering ist, dass das aufgrund der Befragungsdaten errechnete Ergebnis nicht „zufällig“ ist, sondern auf die *Grundgesamtheit* verallgemeinert werden kann.

Stichprobe: vgl. *Befragung*

Zusammenhang, bivariater: vgl. *Korrelation*

Literaturempfehlungen zu Methoden / Statistik:

Benninghaus, Hans (2007): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Bortz, Jürgen / Christof Schuster (2010): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. 7., vollst. überarb. und erw. Auflage. Berlin: Springer.

Diaz-Bone, Rainer (2006): Statistik für Soziologen Konstanz: UVK.

Gehring, Uwe W. / Cornelia Weins (2009): Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen. Wiesbaden: VS-Verlag.

Hunsicker, Stefan / Yvonne Schroth (2014): Dual-Frame-Ansatz in politischen Umfragen. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, Nr. 2 – April 2014.

Schnell, Rainer / Paul B. Hill / Elke Esser (2011): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10., aktualisierte Auflage. München, Wien: Oldenbourg Verlag.

Anhang: Tabellarische Übersichten

-
- A 1 Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern
 - A 2 Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern
 - A 3 Identifikation als Thüringer, Ostdeutscher, Deutscher oder Europäer
 - A 4 Wirtschaftliche Lage Thüringens
 - A 5 Eigene finanzielle Situation
 - A 6 Gerechter Anteil zum Leben
 - A 7 Persönliche Benachteiligung durch ostdeutsche Herkunft
 - A 8 Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen
 - A 9 Dilemma: Freiheit oder Gleichheit
 - A 10 Dilemma: Freiheit oder Sicherheit
 - A 11 Interesse an Politik
 - A 12 Demokratie als beste Staatsidee
 - A 13 Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland
 - A 14 Einschätzung Vereinigung Deutschlands
 - A 15 Institutionenvertrauen: Bundesregierung
 - A 16 Institutionenvertrauen: Landesregierung
 - A 17 Institutionenvertrauen: Gerichte
 - A 18 Institutionenvertrauen: Polizei
 - A 19 Institutionenvertrauen: Parteien
 - A 20 Institutionenvertrauen: Wissenschaft
 - A 21 Überfremdung: Bundesrepublik
 - A 22 Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen
 - A 23 Wertvolles und unwertes Leben
 - A 24 Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten auswählen
 - A 25 Durchsetzen deutscher Interessen notwendig
 - A 26 Diktatur unter Umständen bessere Staatsform
 - A 27 Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung
 - A 28 Eigenes Einschätzungsvermögen politischer Fragen
 - A 29 Parteien nur an Wählerstimmen interessiert
 - A 30 Haltlosigkeit durch Gesellschaftswandel
 - A 31 Bedrohung durch Kriminalität im Alltag
 - A 32 Rückkehr zur sozialistischen Ordnung
 - A 33 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
 - A 34 Notwendigkeit der Öffnung gegenüber anderen Kulturen
 - A 35 Flüchtlinge und Asylsuchende: Hoffnungen oder Befürchtungen
 - A 36 Einwanderungsgesetz für Deutschland
 - A 37 Chancen durch Flüchtlinge und Asylsuchende: Bevölkerungsrückgang ausgleichen
 - A 38 Chancen durch Flüchtlinge und Asylsuchende: Arbeitskräfte

-
- A 39** Chancen durch Flüchtlinge und Asylsuchende: Erhalt von ländlicher Infrastruktur
 - A 40** Chancen durch Flüchtlinge und Asylsuchende: kulturelle Vielfalt
 - A 41** Sorgen durch Flüchtlinge und Asylsuchende: Gefährdung gesellsch. Zusammenhalts
 - A 42** Sorgen durch Flüchtlinge und Asylsuchende: Konkurrenz am Arbeitsmarkt
 - A 43** Sorgen durch Flüchtlinge und Asylsuchende: Anstieg Kriminalität
 - A 44** Sorgen durch Flüchtlinge und Asylsuchende: Veränderung deutscher Lebensweise
 - A 45** Sorgen durch Flüchtlinge u. Asylsuchende: Zulauf f. Rechtspopulisten u. Rechtsex.
 - A 46** Sorgen durch Flüchtlinge und Asylsuchende: Kosten v. Unterbringung u. Versorgung
 - A 47** Sorgen durch Flüchtlinge und Asylsuchende: Einfluss des Islams zu stark
 - A 48** Toleranz von Asylbewerberheim in Nachbarschaft
 - A 49** Verfolgung von Asylbewerbern im Heimatland
 - A 50** Flüchtlinge in Deutschland nicht integrierbar
 - A 51** Verpflichtung zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen
 - A 52** Abschiebung abgelehnter Asylbewerber
 - A 53** Nationale Obergrenze für Flüchtlinge und Asylsuchende
 - A 54** Rückführung von Flüchtlingen und Asylsuchenden nach Wegfall der Asylgründe
 - A 55** Möglichkeiten zur legalen Einreise von Flüchtlinge und Asylsuchende
 - A 56** Ausreichender Schutz für Ausländer und Flüchtlinge vor fremdenfeindl. Übergriffen
 - A 57** Bewertung der Arbeit in Flüchtlingspolitik: Bundesregierung
 - A 58** Bewertung der Arbeit in Flüchtlingspolitik: Landesregierung
 - A 59** Bewertung der Arbeit in Flüchtlingspolitik: Gemeinde
 - A 60** Bewertung der Arbeit für Flüchtlinge: freiwillige Helfer
 - A 61** Bereitschaft zum Engagement für Asylbewerber und Flüchtlinge
 - A 62** Auswirkungen im Alltag durch Flüchtlinge und Asylsuchende
 - A 63** Flüchtlinge oder Asylsuchende wohnen in der Nähe
 - A 64** Persönlicher Kontakt zu Flüchtlingen oder Asylsuchenden
 - A 65** Empfindungen bei Begegnung mit Flüchtlingen oder Asylsuchenden
 - A 66** Gefühl der Bedrohung durch Flüchtlinge und Asylsuchenden: allgemein
 - A 67** Gefühl der Bedrohung durch Flüchtlinge und Asylsuchenden: persönliche Situation
 - A 68** Relevanz für Integration: Deutsche Sprache erlernen
 - A 69** Relevanz für Integration: Deutsche Gesetze kennenlernen
 - A 70** Relevanz für Integration: Mit Deutschen in Kontakt kommen
 - A 71** Relevanz für Integration: Teilnahme am Erwerbsleben
 - A 72** Relevanz für Integration: Dauerhaftes Bleiberecht
 - A 73** Relevanz für Integration: Kinder der Flüchtlinge besuchen unseren Schulen und Kitas
 - A 74** Bau von Moscheen in Nachbarschaft
 - A 75** Migrationserfahrungen: persönlich oder in Verwandtschaft
 - A 76** Politische Partizipation: An Politiker wenden
 - A 77** Politische Partizipation: An Unterschriftensammlung teilnehmen
 - A 78** Politische Partizipation: In politischer Partei mitarbeiten

-
- A 79 Politische Partizipation: In Bürgerinitiative mitarbeiten
 - A 80 Politische Partizipation: An genehmigter Demonstration teilnehmen
 - A 81 Politische Partizipation: An nicht genehmigter Demonstration
 - A 82 Politische Partizipation: Für Ziele kämpfen, auch wenn Gewalt notwendig ist
 - A 83 Politische Partizipation: An Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit teilnehmen
 - A 84 Politische Partizipation: An Demonstration gegen Islamisierung teilnehmen
 - A 85 Politische Partizipation: An Demonstration gegen Asylpolitik teilnehmen
 - A 86 Politische Partizipation: An Protestaktion gegen Asylbewerberheim ... teilnehmen
 - A 87 Verständnis für Proteste gegen Asylbewerberheime oder Flüchtlingsunterkünfte
 - A 88 Medienvertrauen: Öffentlich-rechtliche Fernsehsender
 - A 89 Medienvertrauen: Private Fernsehsender
 - A 90 Medienvertrauen: Regionale Presse
 - A 91 Medienvertrauen: Überregionale Presse
 - A 92 Medienvertrauen: Soziale Medien (wie Facebook)
 - A 93 Medien in Deutschland berichten einseitig
 - A 94 Überfremdung: Thüringen
 - A 95 Persönliche Benachteiligung durch gesellschaftliche Entwicklung
 - A 96 In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand
 - A 97 Notwendigkeit von Gehorsam und Disziplin in der Erziehung
 - A 98 Muslime in Deutschland akzeptieren Werte des Grundgesetzes
 - A 99 Muslime stellen zu viele Forderungen
 - A 100 Großzügige Prüfung von Asylanträgen
 - A 101 Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland
 - A 102 Getrennte Unterbringung von Asylbewerbern
 - A 103 Mehr Rechte für Menschen, die schon immer hier leben
 - A 104 Nationalsozialismus hatte gute Seiten
 - A 105 Juden passen nicht so recht zu uns
 - A 106 Deutsche Leistung besser als die anderer Völker
 - A 107 Durchsetzung des Stärkeren in der Gesellschaft
 - A 108 Notwendigkeit von Bürgerwehren
 - A 109 Vertretung von Anliegen der Menschen in unserer Demokratie
 - A 110 Beibehaltung Lebensstil von Zuwanderern
 - A 111 Der Islam gehört zu Deutschland
 - A 112 Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse
 - A 113 Überfremdung: Wohnumgebung
 - A 114 Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Tabelle A 1

Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	stimme teilweise zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	47	23	18	6	3	4
Geschlecht							
männlich	490	47	23	18	7	2	3
weiblich	511	46	22	17	5	4	5
Alter							
18-24 Jahre	56	31	21	35	6	4	4
25-34 Jahre	138	30	22	33	10	2	3
35-44 Jahre	129	51	24	16	3	3	4
45-59 Jahre	275	42	28	16	8	5	1
60 Jahre und älter	404	56	19	11	5	2	7
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	60	14	13	3	2	7
10. Klasse	455	43	25	18	8	4	3
Abitur	100	38	30	21	6	4	1
(Fach-)Hochschule	119	30	29	26	9	2	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	40	28	17	9	3	2
in Ausbildung	40	31	29	27	3	4	6
arbeitslos	60	23	15	49	4	7	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	58	16	12	4	2	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	46	26	11	9	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	39	29	20	7	2	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	43	24	20	12	0	0
Landw./Selbst./Freib.	38	41	30	17	8	4	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	46	21	17	7	3	6
evangelisch	268	51	22	19	5	3	1
katholisch	72	36	39	19	3	1	3

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Tabelle A 2

Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	Stimme teilweise zu	lehne überwiege nd ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	14	21	35	11	7	11
Geschlecht							
männlich	490	15	22	38	11	5	9
weiblich	511	14	20	33	12	9	13
Alter							
18-24 Jahre	56	10	16	47	12	6	9
25-34 Jahre	138	8	17	43	12	13	6
35-44 Jahre	129	6	26	42	15	4	8
45-59 Jahre	275	12	26	35	12	5	9
60 Jahre und älter	404	21	18	28	10	7	16
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	20	9	35	11	8	16
10. Klasse	455	11	27	36	12	5	9
Abitur	100	11	28	33	11	10	7
(Fach-)Hochschule	119	14	27	34	9	7	10
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	12	25	36	13	5	8
in Ausbildung	40	5	26	43	14	2	11
arbeitslos	60	2	12	49	6	24	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	19	17	31	10	7	15
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	14	20	40	11	5	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	10	28	40	8	6	9
höh.-leit. Ang./Beamte	74	15	22	25	34	3	1
Landw./Selbst./Freib.	38	12	31	36	2	6	12
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	14	19	37	12	8	10
evangelisch	268	15	26	30	10	5	14
katholisch	72	13	21	38	13	2	13

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle A 3

Identifikation als Thüringer, Ostdeutscher, Deutscher oder Europäer

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Thüringer	Ostdeutscher	Deutscher	Europäer	(spontan:) nichts davon	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	45	15	28	9	3	0
Geschlecht							
männlich	490	41	16	30	10	3	0
weiblich	511	48	14	27	8	3	0
Alter							
18-24 Jahre	56	37	6	51	3	3	0
25-34 Jahre	138	35	11	38	11	4	0
35-44 Jahre	129	47	14	25	11	4	0
45-59 Jahre	275	46	17	25	7	5	0
60 Jahre und älter	404	48	16	25	9	2	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	50	11	30	8	1	0
10. Klasse	455	47	18	23	7	4	0
Abitur	100	34	11	42	11	2	0
(Fach-)Hochschule	119	31	16	31	17	5	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	44	14	29	10	3	0
in Ausbildung	40	30	7	49	9	5	0
arbeitslos	60	38	15	37	6	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	49	16	24	9	3	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	38	13	41	6	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	44	15	25	12	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	53	7	27	9	3	0
Landw./Selbst./Freib.	38	35	19	31	12	3	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	44	16	28	8	4	0
evangelisch	268	50	14	26	10	0	0
katholisch	72	31	9	36	13	10	0

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?

Tabelle A 4

Wirtschaftliche Lage Thüringens

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	2	21	70	4	3
Geschlecht						
männlich	490	3	18	71	4	3
weiblich	511	1	24	69	4	3
Alter						
18-24 Jahre	56	0	24	72	4	0
25-34 Jahre	138	1	30	65	1	3
35-44 Jahre	129	7	14	76	2	0
45-59 Jahre	275	2	24	64	6	4
60 Jahre und älter	404	1	18	72	5	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	4	25	61	6	5
10. Klasse	455	2	20	72	4	3
Abitur	100	0	23	75	1	1
(Fach-)Hochschule	119	0	14	80	3	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	2	20	71	5	3
in Ausbildung	40	0	25	69	5	1
arbeitslos	60	2	42	47	1	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	2	19	72	4	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	0	13	73	13	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	0	21	73	1	5
höh.-leit. Ang./Beamte	74	13	25	62	0	0
Landw./Selbst./Freib.	38	0	25	71	4	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	3	23	66	5	4
evangelisch	268	0	20	74	4	2
katholisch	72	0	12	85	1	1

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A 5

Eigene finanzielle Situation

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	5	24	64	6	0
Geschlecht						
männlich	490	8	21	65	6	0
weiblich	511	3	28	62	6	0
Alter						
18-24 Jahre	56	3	7	79	12	0
25-34 Jahre	138	1	36	56	7	0
35-44 Jahre	129	1	12	78	9	0
45-59 Jahre	275	3	29	61	7	0
60 Jahre und älter	404	10	24	62	4	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	9	26	62	3	0
10. Klasse	455	4	29	63	5	0
Abitur	100	3	20	64	13	0
(Fach-)Hochschule	119	2	9	71	17	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	1	17	72	9	0
in Ausbildung	40	4	12	69	15	0
arbeitslos	60	2	60	36	0	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	10	29	57	3	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	4	18	74	5	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	1	20	71	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	0	7	77	16	0
Landw./Selbst./Freib.	38	1	14	69	15	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	6	27	61	6	0
evangelisch	268	6	22	67	6	0
katholisch	72	2	15	77	6	0

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht?

Tabelle A 6

Gerechter Anteil zum Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte sehr viel weniger	erhalte etwas weniger	erhalte gerechten Anteil	erhalte mehr als gerechten Anteil	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	13	42	39	3	2
Geschlecht						
männlich	490	16	39	42	3	1
weiblich	511	11	45	37	4	3
Alter						
18-24 Jahre	56	1	30	58	10	1
25-34 Jahre	138	3	48	37	10	2
35-44 Jahre	129	18	37	41	2	3
45-59 Jahre	275	15	44	39	1	1
60 Jahre und älter	404	15	42	37	2	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	16	38	38	5	2
10. Klasse	455	13	49	35	1	2
Abitur	100	11	30	46	9	3
(Fach-)Hochschule	119	6	36	52	3	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	12	40	44	3	2
in Ausbildung	40	2	21	61	13	3
arbeitslos	60	7	54	20	19	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	16	45	35	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	10	36	52	0	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	11	46	38	2	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	24	26	45	4	0
Landw./Selbst./Freib.	38	7	22	58	9	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	15	41	39	4	2
evangelisch	268	12	47	36	3	3
katholisch	72	3	38	52	5	2

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Tabelle A 7

Persönliche Benachteiligung durch ostdeutsche Herkunft

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	noch nie	nur einmal	Selten	immer wieder	häufig	andauernd	trifft nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	62	2	11	8	6	4	7	1
Geschlecht									
männlich	490	60	2	10	7	6	5	9	0
weiblich	511	64	1	12	8	6	2	5	3
Alter									
18-24 Jahre	56	52	0	18	7	3	0	21	0
25-34 Jahre	138	73	1	10	5	3	0	8	0
35-44 Jahre	129	54	3	9	10	7	8	9	0
45-59 Jahre	275	62	3	15	7	7	1	5	1
60 Jahre und älter	404	62	1	9	8	6	6	5	3
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	326	60	0	9	9	5	9	6	3
10. Klasse	455	66	2	12	6	7	1	5	1
Abitur	100	57	4	14	7	3	1	14	0
(Fach-)Hochschule	119	59	3	13	7	5	3	10	0
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	476	63	2	11	9	5	2	6	0
in Ausbildung	40	65	0	3	2	0	0	30	0
arbeitslos	60	63	0	20	1	7	2	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	60	1	11	7	7	5	5	3
Berufsgruppe									
Arbeiter	155	72	3	9	10	3	0	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	65	3	11	6	7	0	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	42	1	12	14	7	14	10	0
Landw./Selbst./Freib.	38	66	4	10	12	2	0	6	0
Religionsgemeinschaft									
keine, andere	659	63	2	11	9	7	4	4	1
evangelisch	268	60	1	13	6	5	4	8	4
katholisch	72	62	3	9	0	0	0	25	0

Wenn Sie jetzt an Ihre eigenen Erfahrungen denken: Wurden Sie persönlich schon aufgrund Ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt?

Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Thüringen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	6	37	44	5	8
Geschlecht						
männlich	490	9	30	47	5	9
weiblich	511	4	44	40	6	7
Alter						
18-24 Jahre	56	7	32	41	5	15
25-34 Jahre	138	14	41	41	2	2
35-44 Jahre	129	12	32	48	2	6
45-59 Jahre	275	5	46	39	4	6
60 Jahre und älter	404	3	32	47	8	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	8	30	42	7	12
10. Klasse	455	6	42	41	4	6
Abitur	100	4	40	48	2	5
(Fach-)Hochschule	119	2	33	53	5	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	8	43	41	2	6
in Ausbildung	40	4	22	67	8	0
arbeitslos	60	19	37	22	4	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	3	32	47	8	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	9	33	47	3	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	5	50	38	1	5
höh.-leit. Ang./Beamte	74	15	37	43	4	1
Landw./Selbst./Freib.	38	7	44	38	1	10
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	8	39	42	6	5
evangelisch	268	4	34	45	3	13
katholisch	72	0	35	51	6	8

Wie schätzen Sie das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen hier in Thüringen ein?

Tabelle A 9

Dilemma: Freiheit oder Gleichheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	(spontan: beides gleichermaßen	Gleichheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	52	8	39	1
Geschlecht					
männlich	490	60	7	33	1
weiblich	511	44	8	46	1
Alter					
18-24 Jahre	56	61	0	39	0
25-34 Jahre	138	59	4	37	0
35-44 Jahre	129	55	7	39	0
45-59 Jahre	275	56	7	34	3
60 Jahre und älter	404	44	11	44	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	46	10	44	0
10. Klasse	455	52	6	41	2
Abitur	100	63	7	31	0
(Fach-)Hochschule	119	58	7	32	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	57	7	36	1
in Ausbildung	40	67	0	33	0
arbeitslos	60	44	2	52	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	46	10	42	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	58	6	35	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	52	7	41	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	71	5	24	0
Landw./Selbst./Freib.	38	73	5	22	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	52	7	39	1
evangelisch	268	47	6	46	1
katholisch	72	66	15	18	1

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Tabelle A 10

Dilemma: Freiheit oder Sicherheit

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	(spontan:) beides gleichermaßen	Sicherheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	28	6	65	0
Geschlecht					
männlich	490	35	5	59	1
weiblich	511	21	8	71	0
Alter					
18-24 Jahre	56	55	1	44	0
25-34 Jahre	138	36	1	63	0
35-44 Jahre	129	41	9	50	0
45-59 Jahre	275	30	5	64	1
60 Jahre und älter	404	16	9	75	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	18	8	73	0
10. Klasse	455	28	5	66	0
Abitur	100	46	4	50	0
(Fach-)Hochschule	119	37	7	54	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	36	5	59	0
in Ausbildung	40	50	2	49	0
arbeitslos	60	30	1	69	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	17	9	74	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	28	5	67	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	32	5	63	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	57	3	39	0
Landw./Selbst./Freib.	38	49	3	48	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	27	6	67	0
evangelisch	268	26	7	66	0
katholisch	72	44	10	47	0

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Tabelle A 11

Interesse an Politik

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	überhaupt nicht	wenig	mittel	stark	sehr stark	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	10	16	38	24	11	0
Geschlecht							
männlich	490	7	14	31	31	17	0
weiblich	511	12	19	45	18	6	0
Alter							
18-24 Jahre	56	8	33	30	20	9	0
25-34 Jahre	138	20	28	34	11	7	0
35-44 Jahre	129	10	24	33	27	6	0
45-59 Jahre	275	9	15	41	26	10	0
60 Jahre und älter	404	8	9	41	27	16	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	19	16	37	19	10	0
10. Klasse	455	7	20	41	23	9	0
Abitur	100	3	16	39	29	14	0
(Fach-)Hochschule	119	1	4	33	38	24	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	6	20	40	25	9	0
in Ausbildung	40	4	19	38	26	12	0
arbeitslos	60	34	29	27	6	3	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	12	11	38	25	15	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	3	41	29	23	4	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	9	13	50	21	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	7	10	27	41	16	0
Landw./Selbst./Freib.	38	2	11	36	30	20	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	10	18	36	25	11	0
evangelisch	268	8	15	44	22	11	0
katholisch	72	11	9	41	29	9	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?

Tabelle A 12

Demokratie als beste Staatsidee

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	26	49	14	6	4
Geschlecht						
männlich	490	28	45	16	9	2
weiblich	511	24	53	12	4	7
Alter						
18-24 Jahre	56	28	49	23	1	0
25-34 Jahre	138	20	56	21	2	2
35-44 Jahre	129	26	50	6	13	6
45-59 Jahre	275	22	57	16	2	2
60 Jahre und älter	404	30	41	12	9	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	22	39	17	12	9
10. Klasse	455	23	55	15	5	3
Abitur	100	33	53	12	1	1
(Fach-)Hochschule	119	42	51	4	2	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	23	55	13	6	3
in Ausbildung	40	38	59	2	1	0
arbeitslos	60	16	51	27	0	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	29	42	14	8	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	22	55	11	8	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	26	52	15	4	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	23	54	11	12	0
Landw./Selbst./Freib.	38	36	49	15	0	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	25	48	16	8	4
evangelisch	268	23	54	11	5	7
katholisch	72	46	44	5	3	2

Stimmen Sie der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ zu?

Tabelle A 13

Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unzufrieden	ziemlich unzufrieden	ziemlich zufrieden	sehr zufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	15	33	45	4	3
Geschlecht						
männlich	490	17	29	45	6	4
weiblich	511	13	38	45	3	2
Alter						
18-24 Jahre	56	0	28	63	7	3
25-34 Jahre	138	13	41	44	2	0
35-44 Jahre	129	18	24	45	8	5
45-59 Jahre	275	17	36	41	5	1
60 Jahre und älter	404	15	32	45	3	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	19	31	41	4	5
10. Klasse	455	16	35	43	3	2
Abitur	100	3	36	53	7	0
(Fach-)Hochschule	119	8	29	56	6	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	17	32	45	5	2
in Ausbildung	40	0	20	68	9	4
arbeitslos	60	9	51	34	2	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	15	33	45	4	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	24	24	49	2	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	11	39	44	5	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	21	25	45	8	2
Landw./Selbst./Freib.	38	8	28	56	5	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	16	37	41	3	2
evangelisch	268	12	28	50	5	5
katholisch	72	13	15	60	12	0

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A 14

Einschätzung Vereinigung Deutschlands

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Nachteile überwiegen	(spontan:) weder noch, hält sich die Waage	Vorteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	14	12	71	3
Geschlecht					
männlich	490	12	9	77	2
weiblich	511	15	15	66	3
Alter					
18-24 Jahre	56	9	5	77	9
25-34 Jahre	138	14	5	67	13
35-44 Jahre	129	12	11	76	1
45-59 Jahre	275	15	18	67	0
60 Jahre und älter	404	14	12	73	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	20	15	64	1
10. Klasse	455	14	14	69	3
Abitur	100	5	3	85	6
(Fach-)Hochschule	119	6	5	87	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	12	12	74	3
in Ausbildung	40	2	3	85	10
arbeitslos	60	29	19	47	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	15	13	70	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	13	9	75	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	9	16	71	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	18	4	78	0
Landw./Selbst./Freib.	38	1	11	88	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	17	15	66	3
evangelisch	268	9	9	80	2
katholisch	72	5	4	88	3

Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Tabelle A 15

Institutionenvertrauen: Bundesregierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	19	18	34	22	5	2
Geschlecht							
männlich	490	21	20	35	19	5	0
weiblich	511	17	17	32	25	6	3
Alter							
18-24 Jahre	56	6	17	47	23	7	0
25-34 Jahre	138	15	17	35	32	1	0
35-44 Jahre	129	17	18	37	22	6	0
45-59 Jahre	275	22	18	35	21	4	0
60 Jahre und älter	404	21	19	29	20	8	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	28	14	29	18	7	4
10. Klasse	455	18	21	36	20	5	1
Abitur	100	8	19	37	31	5	0
(Fach-)Hochschule	119	9	18	35	33	5	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	17	19	37	23	4	0
in Ausbildung	40	5	18	42	32	4	0
arbeitslos	60	10	16	36	34	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	24	17	28	19	8	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	20	17	32	27	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	11	18	46	20	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	26	26	20	24	4	0
Landw./Selbst./Freib.	38	17	11	38	32	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	23	17	34	21	5	0
evangelisch	268	13	22	32	24	5	5
katholisch	72	10	16	32	28	15	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit ... der Bundesregierung?

Tabelle A 16

Institutionenvertrauen: Landesregierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	12	14	36	26	7	6
Geschlecht							
männlich	490	16	16	32	27	6	4
weiblich	511	9	12	40	25	8	7
Alter							
18-24 Jahre	56	4	14	45	35	0	2
25-34 Jahre	138	9	11	42	33	2	3
35-44 Jahre	129	13	14	37	27	7	2
45-59 Jahre	275	16	16	34	25	7	3
60 Jahre und älter	404	12	13	33	22	10	10
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	14	10	28	23	12	12
10. Klasse	455	14	14	41	25	4	3
Abitur	100	6	19	37	35	3	0
(Fach-)Hochschule	119	7	17	38	31	5	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	13	15	38	27	5	2
in Ausbildung	40	0	19	37	40	2	2
arbeitslos	60	8	7	46	35	4	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	13	13	31	22	10	10
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	12	17	26	34	9	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	10	11	44	27	4	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	24	21	29	25	1	0
Landw./Selbst./Freib.	38	16	11	49	22	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	13	14	33	28	8	5
evangelisch	268	11	10	44	22	4	9
katholisch	72	7	28	33	20	9	3

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit ... der Landesregierung?

Institutionenvertrauen: Gerichte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	7	10	27	31	18	7
Geschlecht							
männlich	490	12	12	22	32	16	6
weiblich	511	3	9	31	30	19	7
Alter							
18-24 Jahre	56	3	7	27	26	37	0
25-34 Jahre	138	4	12	21	33	30	1
35-44 Jahre	129	13	3	22	34	22	7
45-59 Jahre	275	11	8	27	36	15	4
60 Jahre und älter	404	5	14	30	27	12	11
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	9	11	26	24	17	14
10. Klasse	455	7	11	28	34	16	3
Abitur	100	5	7	23	32	31	1
(Fach-)Hochschule	119	5	10	27	39	16	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	9	7	29	35	16	4
in Ausbildung	40	4	7	12	32	45	0
arbeitslos	60	2	9	27	28	34	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	7	15	26	27	14	11
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	10	9	24	32	21	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	4	7	31	31	20	6
höh.-leit. Ang./Beamte	74	18	4	23	45	9	1
Landw./Selbst./Freib.	38	8	9	26	41	16	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	10	10	26	30	19	5
evangelisch	268	3	12	30	31	13	10
katholisch	72	3	5	21	42	24	6

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit ... den Gerichten?

Tabelle A 18

Institutionenvertrauen: Polizei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	5	5	24	37	26	2
Geschlecht							
männlich	490	8	5	26	36	24	1
weiblich	511	3	5	23	38	28	3
Alter							
18-24 Jahre	56	8	3	35	26	28	0
25-34 Jahre	138	2	6	26	36	30	1
35-44 Jahre	129	11	7	16	41	25	0
45-59 Jahre	275	3	3	31	42	20	0
60 Jahre und älter	404	6	7	20	35	28	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	10	5	23	28	29	4
10. Klasse	455	3	6	27	41	23	1
Abitur	100	3	5	23	41	27	1
(Fach-)Hochschule	119	4	3	20	46	26	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	5	4	23	44	23	1
in Ausbildung	40	5	0	28	36	31	0
arbeitslos	60	2	4	44	30	21	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	7	7	22	31	29	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	4	5	19	46	24	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	1	2	27	42	28	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	18	6	18	41	18	0
Landw./Selbst./Freib.	38	1	7	18	51	24	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	6	6	25	36	26	2
evangelisch	268	6	6	23	35	27	3
katholisch	72	0	0	17	59	24	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit ... der Polizei?

Institutionenvertrauen: Parteien

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	28	27	31	9	1	4
Geschlecht							
männlich	490	34	23	30	10	1	2
weiblich	511	22	31	31	9	1	6
Alter							
18-24 Jahre	56	7	29	42	19	0	2
25-34 Jahre	138	27	28	29	12	0	3
35-44 Jahre	129	27	29	34	6	3	1
45-59 Jahre	275	31	28	29	9	1	3
60 Jahre und älter	404	29	26	29	9	0	6
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	41	20	23	8	1	8
10. Klasse	455	25	30	32	9	1	3
Abitur	100	13	32	44	10	0	1
(Fach-)Hochschule	119	17	33	34	12	1	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	29	27	33	7	1	2
in Ausbildung	40	2	28	44	24	0	2
arbeitslos	60	33	25	36	4	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	28	27	26	11	1	7
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	35	24	28	11	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	23	30	34	8	2	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	33	26	30	11	0	0
Landw./Selbst./Freib.	38	26	15	49	7	0	3
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	34	28	27	9	1	3
evangelisch	268	18	27	36	11	0	8
katholisch	72	14	22	48	12	5	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit ... den Parteien?

Institutionenvertrauen: Wissenschaft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	2	5	18	43	29	3
Geschlecht							
männlich	490	0	8	16	41	34	1
weiblich	511	4	2	20	45	24	5
Alter							
18-24 Jahre	56	0	14	19	33	35	0
25-34 Jahre	138	0	3	19	47	28	3
35-44 Jahre	129	1	3	18	51	26	0
45-59 Jahre	275	2	4	21	46	24	3
60 Jahre und älter	404	3	6	16	38	33	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	3	8	15	46	24	5
10. Klasse	455	2	4	22	42	28	3
Abitur	100	0	5	16	39	39	0
(Fach-)Hochschule	119	1	1	14	45	37	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	1	2	19	49	26	1
in Ausbildung	40	0	3	16	42	39	0
arbeitslos	60	0	13	22	46	19	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	3	6	17	36	32	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	2	1	14	51	31	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	1	4	21	46	27	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	1	3	15	50	31	0
Landw./Selbst./Freib.	38	1	4	31	38	26	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	2	5	17	43	30	2
evangelisch	268	2	4	20	41	28	5
katholisch	72	0	3	20	51	23	2

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen. Wie ist das mit ... der Wissenschaft?

Tabelle A 21

Überfremdung: Bundesrepublik

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	26	25	23	24	2
Geschlecht						
männlich	490	24	23	24	29	1
weiblich	511	27	28	23	20	2
Alter						
18-24 Jahre	56	5	32	17	42	5
25-34 Jahre	138	13	46	25	16	0
35-44 Jahre	129	22	22	29	26	0
45-59 Jahre	275	32	19	24	25	1
60 Jahre und älter	404	30	23	21	23	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	38	26	18	15	3
10. Klasse	455	25	27	23	24	1
Abitur	100	9	26	32	33	0
(Fach-)Hochschule	119	8	17	31	43	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	26	22	28	23	1
in Ausbildung	40	2	17	25	54	2
arbeitslos	60	15	55	13	17	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	29	25	19	24	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	32	26	27	14	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	22	26	28	22	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	27	20	22	31	0
Landw./Selbst./Freib.	38	20	13	32	34	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	29	25	23	22	1
evangelisch	268	22	25	24	26	3
katholisch	72	11	27	23	34	4

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	9	27	32	29	4
Geschlecht						
männlich	490	9	29	31	27	4
weiblich	511	8	25	32	30	4
Alter						
18-24 Jahre	56	9	20	22	49	0
25-34 Jahre	138	3	37	36	25	0
35-44 Jahre	129	1	30	38	28	4
45-59 Jahre	275	13	20	28	35	4
60 Jahre und älter	404	10	28	33	24	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	10	35	29	21	5
10. Klasse	455	10	26	33	26	4
Abitur	100	3	17	33	46	2
(Fach-)Hochschule	119	3	17	34	44	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	7	27	35	29	3
in Ausbildung	40	2	6	33	59	0
arbeitslos	60	4	57	12	19	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	12	25	31	27	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	7	24	31	38	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	7	27	37	25	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	9	26	32	30	4
Landw./Selbst./Freib.	38	8	25	22	44	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	10	29	29	29	3
evangelisch	268	7	24	38	27	5
katholisch	72	3	22	31	38	5

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	10	11	8	64	6
Geschlecht						
männlich	490	9	11	6	68	6
weiblich	511	12	12	10	60	6
Alter						
18-24 Jahre	56	5	8	19	64	3
25-34 Jahre	138	14	14	6	58	8
35-44 Jahre	129	5	3	9	81	1
45-59 Jahre	275	11	12	7	67	3
60 Jahre und älter	404	11	14	7	59	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	15	16	10	48	11
10. Klasse	455	10	11	8	67	4
Abitur	100	6	7	8	76	2
(Fach-)Hochschule	119	5	4	3	86	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	8	10	7	73	2
in Ausbildung	40	1	12	12	75	0
arbeitslos	60	29	15	15	37	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	12	13	7	57	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	8	14	6	64	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	10	9	10	70	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	3	3	2	92	0
Landw./Selbst./Freib.	38	9	6	8	77	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	11	11	7	65	6
evangelisch	268	10	11	10	61	7
katholisch	72	8	13	5	71	2

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten auswählen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	9	7	21	60	4
Geschlecht						
männlich	490	11	7	19	59	4
weiblich	511	6	8	23	60	4
Alter						
18-24 Jahre	56	5	0	29	66	0
25-34 Jahre	138	10	4	25	61	0
35-44 Jahre	129	8	5	15	66	6
45-59 Jahre	275	6	7	18	66	3
60 Jahre und älter	404	11	11	21	52	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	13	11	25	44	7
10. Klasse	455	8	6	22	62	3
Abitur	100	4	4	14	77	1
(Fach-)Hochschule	119	4	5	11	78	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	7	4	20	67	2
in Ausbildung	40	0	4	20	76	0
arbeitslos	60	4	2	32	54	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	12	12	20	51	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	13	5	24	57	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	4	5	19	70	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	13	2	17	65	4
Landw./Selbst./Freib.	38	6	1	8	86	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	10	6	20	61	3
evangelisch	268	7	12	22	52	6
katholisch	72	5	4	18	70	4

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Tabelle A 25

Durchsetzen deutscher Interessen notwendig

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	30	30	18	18	4
Geschlecht						
männlich	490	33	29	18	18	1
weiblich	511	26	31	18	18	7
Alter						
18-24 Jahre	56	4	24	41	30	2
25-34 Jahre	138	17	49	20	14	0
35-44 Jahre	129	21	34	23	22	0
45-59 Jahre	275	34	27	19	18	3
60 Jahre und älter	404	38	26	12	17	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	46	28	6	11	10
10. Klasse	455	27	33	21	18	2
Abitur	100	9	30	30	29	2
(Fach-)Hochschule	119	12	27	29	31	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	26	29	22	21	1
in Ausbildung	40	0	31	32	35	2
arbeitslos	60	19	50	18	10	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	38	28	12	14	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	36	29	16	17	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	20	33	23	24	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	27	30	23	20	0
Landw./Selbst./Freib.	38	19	23	30	28	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	30	32	17	19	2
evangelisch	268	33	27	15	15	10
katholisch	72	17	29	34	17	3

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Diktatur unter Umständen bessere Staatsform

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	7	9	14	65	5
Geschlecht						
männlich	490	10	10	16	62	2
weiblich	511	3	9	12	69	7
Alter						
18-24 Jahre	56	0	8	25	67	0
25-34 Jahre	138	5	16	14	64	1
35-44 Jahre	129	13	9	14	63	2
45-59 Jahre	275	3	8	16	64	9
60 Jahre und älter	404	8	8	11	68	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	12	8	12	60	9
10. Klasse	455	5	10	17	64	4
Abitur	100	1	10	10	79	0
(Fach-)Hochschule	119	3	8	11	77	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	5	9	13	68	5
in Ausbildung	40	0	8	15	77	0
arbeitslos	60	9	8	27	50	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	8	10	13	64	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	5	12	16	59	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	3	12	13	68	5
höh.-leit. Ang./Beamte	74	16	4	12	68	0
Landw./Selbst./Freib.	38	2	6	11	78	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	7	9	15	63	6
evangelisch	268	6	10	12	70	3
katholisch	72	4	6	13	72	4

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Tabelle A 27

Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	48	24	15	12	1
Geschlecht						
männlich	490	46	24	17	13	0
weiblich	511	50	25	12	11	1
Alter						
18-24 Jahre	56	24	17	36	23	0
25-34 Jahre	138	42	26	16	15	0
35-44 Jahre	129	41	24	21	15	0
45-59 Jahre	275	47	27	13	13	0
60 Jahre und älter	404	57	24	10	8	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	64	24	6	5	1
10. Klasse	455	49	23	16	11	1
Abitur	100	19	28	26	27	0
(Fach-)Hochschule	119	29	27	24	21	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	41	26	19	15	0
in Ausbildung	40	13	14	49	23	0
arbeitslos	60	55	25	8	12	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	59	24	7	8	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	54	24	10	11	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	38	31	16	15	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	29	13	33	24	0
Landw./Selbst./Freib.	38	30	19	37	15	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	49	25	14	12	0
evangelisch	268	50	24	14	10	2
katholisch	72	32	25	24	19	1

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Eigenes Einschätzungsvermögen politischer Fragen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	30	40	18	10	2
Geschlecht						
männlich	490	39	38	18	5	1
weiblich	511	21	42	19	16	2
Alter						
18-24 Jahre	56	13	56	30	1	0
25-34 Jahre	138	21	46	23	10	0
35-44 Jahre	129	32	41	17	10	0
45-59 Jahre	275	27	44	18	10	1
60 Jahre und älter	404	36	33	15	12	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	30	32	18	19	3
10. Klasse	455	28	43	20	8	1
Abitur	100	27	50	20	1	2
(Fach-)Hochschule	119	41	46	10	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	27	48	16	8	1
in Ausbildung	40	12	66	21	1	0
arbeitslos	60	13	39	39	8	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	37	29	17	13	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	30	44	16	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	23	50	18	9	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	42	45	11	3	0
Landw./Selbst./Freib.	38	30	50	10	8	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	30	40	20	10	1
evangelisch	268	31	36	15	13	4
katholisch	72	24	54	16	5	1

Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

Tabelle A 29

Parteien nur an Wählerstimmen interessiert

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	41	33	15	7	4
Geschlecht						
männlich	490	43	33	12	9	3
weiblich	511	39	33	18	5	6
Alter						
18-24 Jahre	56	12	31	34	23	0
25-34 Jahre	138	34	41	18	8	0
35-44 Jahre	129	39	30	20	5	6
45-59 Jahre	275	40	38	15	4	2
60 Jahre und älter	404	49	27	10	7	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	50	25	6	9	9
10. Klasse	455	43	35	14	5	2
Abitur	100	23	36	35	6	0
(Fach-)Hochschule	119	23	42	24	9	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	35	38	21	3	3
in Ausbildung	40	11	44	35	11	0
arbeitslos	60	52	19	4	23	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	49	27	8	9	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	43	31	18	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	30	41	20	3	6
höh.-leit. Ang./Beamte	74	34	39	22	4	0
Landw./Selbst./Freib.	38	37	37	19	4	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	43	32	14	8	3
evangelisch	268	39	33	16	5	7
katholisch	72	31	37	19	12	2

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Tabelle A 30

Haltlosigkeit durch Gesellschaftswandel

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	36	26	18	19	1
Geschlecht						
männlich	490	28	27	21	22	1
weiblich	511	43	26	15	16	1
Alter						
18-24 Jahre	56	12	33	33	22	0
25-34 Jahre	138	27	30	26	17	0
35-44 Jahre	129	25	29	25	20	0
45-59 Jahre	275	30	32	18	19	0
60 Jahre und älter	404	49	19	10	18	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	58	25	2	13	2
10. Klasse	455	31	29	22	17	1
Abitur	100	12	23	35	29	1
(Fach-)Hochschule	119	12	25	31	31	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	25	30	23	22	0
in Ausbildung	40	3	16	56	25	0
arbeitslos	60	42	40	14	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	50	21	10	16	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	29	29	18	23	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	24	34	21	20	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	27	15	37	20	0
Landw./Selbst./Freib.	38	23	26	20	31	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	38	25	17	19	1
evangelisch	268	36	31	15	16	2
katholisch	72	15	23	38	24	0

Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.

Tabelle A 31

Bedrohung durch Kriminalität im Alltag

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	8	13	22	57	1
Geschlecht						
männlich	490	7	11	26	57	0
weiblich	511	10	14	18	57	1
Alter						
18-24 Jahre	56	3	19	28	51	0
25-34 Jahre	138	10	17	27	45	0
35-44 Jahre	129	5	14	21	59	0
45-59 Jahre	275	9	12	22	57	0
60 Jahre und älter	404	9	10	18	61	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	14	17	14	54	1
10. Klasse	455	7	11	25	57	0
Abitur	100	3	8	23	66	0
(Fach-)Hochschule	119	3	10	28	58	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	6	12	24	57	0
in Ausbildung	40	4	0	41	56	0
arbeitslos	60	20	29	15	35	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	9	12	17	60	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	7	14	22	57	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	7	11	25	57	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	1	10	28	61	0
Landw./Selbst./Freib.	38	9	11	13	68	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	10	13	20	58	0
evangelisch	268	8	13	25	53	2
katholisch	72	0	5	27	68	0

In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht.

Rückkehr zur sozialistischen Ordnung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	7	10	22	57	3
Geschlecht						
männlich	490	9	11	22	56	2
weiblich	511	6	9	21	58	5
Alter						
18-24 Jahre	56	0	3	49	48	0
25-34 Jahre	138	18	13	27	32	10
35-44 Jahre	129	15	7	19	57	2
45-59 Jahre	275	3	8	21	68	0
60 Jahre und älter	404	5	13	18	60	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	17	11	25	43	4
10. Klasse	455	3	10	21	61	4
Abitur	100	1	8	25	65	0
(Fach-)Hochschule	119	1	7	16	73	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	5	9	21	62	2
in Ausbildung	40	0	5	38	53	3
arbeitslos	60	22	6	26	44	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	8	12	21	54	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	13	13	13	59	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	2	9	25	60	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	14	1	26	59	0
Landw./Selbst./Freib.	38	2	3	17	78	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	10	12	21	54	2
evangelisch	268	4	6	26	58	7
katholisch	72	0	6	14	80	0

Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.

DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	15	27	27	20	11
Geschlecht						
männlich	490	16	24	27	21	12
weiblich	511	15	31	26	19	10
Alter						
18-24 Jahre	56	4	32	24	27	13
25-34 Jahre	138	5	35	23	13	24
35-44 Jahre	129	14	27	28	19	11
45-59 Jahre	275	14	29	29	22	7
60 Jahre und älter	404	22	23	27	20	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	27	32	23	10	9
10. Klasse	455	12	27	27	21	12
Abitur	100	2	24	30	31	13
(Fach-)Hochschule	119	7	19	33	33	8
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	12	24	29	23	11
in Ausbildung	40	0	19	33	31	17
arbeitslos	60	11	62	13	5	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	21	26	25	17	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	13	30	31	16	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	12	26	25	23	14
höh.-leit. Ang./Beamte	74	13	18	37	25	7
Landw./Selbst./Freib.	38	4	27	20	45	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	17	32	23	18	11
evangelisch	268	14	20	35	20	12
katholisch	72	7	16	31	35	12

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Tabelle A 34

Notwendigkeit der Öffnung gegenüber anderen Kulturen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	23	33	20	21	3
Geschlecht						
männlich	490	21	33	20	23	2
weiblich	511	25	33	20	19	3
Alter						
18-24 Jahre	56	30	52	9	8	0
25-34 Jahre	138	28	34	25	13	1
35-44 Jahre	129	21	42	22	15	0
45-59 Jahre	275	18	36	19	24	3
60 Jahre und älter	404	24	26	20	26	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	22	25	19	28	6
10. Klasse	455	22	36	20	22	1
Abitur	100	28	37	24	10	1
(Fach-)Hochschule	119	25	42	23	10	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	18	38	22	20	2
in Ausbildung	40	29	44	21	5	0
arbeitslos	60	36	38	16	10	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	26	26	18	25	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	19	38	21	22	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	17	42	22	16	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	22	24	24	28	2
Landw./Selbst./Freib.	38	33	32	15	19	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	25	32	19	21	2
evangelisch	268	16	35	22	23	3
katholisch	72	28	36	21	13	2

Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.

Tabelle A 35

Flüchtlinge und Asylsuchende: Hoffnungen oder Befürchtungen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	eher Hoffnungen	(spontan:) gleicht sich aus	eher Befürchtungen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	23	17	57	3
Geschlecht					
männlich	490	26	16	57	2
weiblich	511	21	19	56	4
Alter					
18-24 Jahre	56	31	15	52	2
25-34 Jahre	138	16	21	62	1
35-44 Jahre	129	27	18	52	3
45-59 Jahre	275	22	12	65	2
60 Jahre und älter	404	25	20	51	4
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	13	20	63	4
10. Klasse	455	24	13	60	3
Abitur	100	35	26	39	0
(Fach-)Hochschule	119	40	19	39	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	23	17	58	2
in Ausbildung	40	46	17	34	2
arbeitslos	60	15	7	79	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	23	20	53	4
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	16	15	65	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	22	21	56	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	28	21	51	0
Landw./Selbst./Freib.	38	41	14	45	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	22	14	61	3
evangelisch	268	25	22	50	3
katholisch	72	32	28	38	1

Innerhalb des letzten Jahres sind viele Flüchtlinge und Asylsuchende in unser Land gekommen. Verbinden Sie damit eher Hoffnungen oder Befürchtungen?

Einwanderungsgesetz für Deutschland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz	bisher bestehende Regelungen reichen aus	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	72	21	6
Geschlecht				
männlich	490	75	20	5
weiblich	511	70	22	7
Alter				
18-24 Jahre	56	74	18	8
25-34 Jahre	138	70	25	5
35-44 Jahre	129	74	19	7
45-59 Jahre	275	73	21	7
60 Jahre und älter	404	72	21	6
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	76	18	6
10. Klasse	455	73	21	6
Abitur	100	73	22	5
(Fach-)Hochschule	119	61	30	9
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	71	21	8
in Ausbildung	40	75	23	2
arbeitslos	60	60	36	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	75	19	6
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	73	19	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	71	20	9
höh.-leit. Ang./Beamte	74	78	18	4
Landw./Selbst./Freib.	38	62	32	6
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	74	20	6
evangelisch	268	71	22	8
katholisch	72	61	32	7

Manche sagen, Deutschland brauche ein Einwanderungsgesetz, das festlegt, welche und wie viele Ausländer ins Land kommen dürfen. Andere sagen, die bisher bestehenden Regelungen für die Zuwanderung reichen aus. Was meinen Sie? Braucht Deutschland ein solches Einwanderungsgesetz oder reichen die bestehenden Regelungen aus?

Chancen durch Flüchtlinge: Bevölkerungsrückgang ausgleichen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	41	57	2
Geschlecht				
männlich	490	42	56	1
weiblich	511	40	57	3
Alter				
18-24 Jahre	56	43	57	0
25-34 Jahre	138	37	61	2
35-44 Jahre	129	37	63	0
45-59 Jahre	275	42	55	3
60 Jahre und älter	404	43	55	3
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	48	50	2
10. Klasse	455	42	55	3
Abitur	100	27	73	0
(Fach-)Hochschule	119	29	70	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	41	57	2
in Ausbildung	40	28	72	0
arbeitslos	60	44	52	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	42	55	3
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	54	45	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	40	58	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	30	70	0
Landw./Selbst./Freib.	38	34	66	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	44	54	2
evangelisch	268	38	59	3
katholisch	72	25	73	1

Sehen Sie es als Chance, dass mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden der Bevölkerungsrückgang ausgeglichen werden kann?

Tabelle A 38

Chancen durch Flüchtlinge: Arbeitskräfte

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	47	50	3
Geschlecht				
männlich	490	48	50	2
weiblich	511	45	51	4
Alter				
18-24 Jahre	56	32	67	1
25-34 Jahre	138	40	58	2
35-44 Jahre	129	43	53	5
45-59 Jahre	275	54	42	4
60 Jahre und älter	404	48	51	2
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	50	47	3
10. Klasse	455	50	47	3
Abitur	100	32	67	1
(Fach-)Hochschule	119	38	60	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	48	48	3
in Ausbildung	40	17	83	0
arbeitslos	60	70	30	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	45	53	3
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	51	49	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	48	46	6
höh.-leit. Ang./Beamte	74	41	57	2
Landw./Selbst./Freib.	38	43	55	1
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	49	48	3
evangelisch	268	46	51	3
katholisch	72	33	66	1

Sehen Sie es als Chance, dass mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden benötigte Arbeitskräfte für unsere Wirtschaft kommen?

Tabelle A 39

Chancen durch Flüchtlinge: Erhalt von ländlicher Infrastruktur

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	52	45	3
Geschlecht				
männlich	490	54	45	1
weiblich	511	50	45	5
Alter				
18-24 Jahre	56	44	56	0
25-34 Jahre	138	35	64	1
35-44 Jahre	129	52	42	6
45-59 Jahre	275	63	35	2
60 Jahre und älter	404	52	44	4
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	47	50	3
10. Klasse	455	54	42	4
Abitur	100	50	48	2
(Fach-)Hochschule	119	59	38	3
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	59	38	2
in Ausbildung	40	33	67	0
arbeitslos	60	47	52	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	46	49	4
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	55	42	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	60	37	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	63	36	2
Landw./Selbst./Freib.	38	52	45	3
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	51	46	3
evangelisch	268	56	41	3
katholisch	72	42	54	4

Sehen Sie es als Chance, dass mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden auf dem Land die Infrastruktur erhalten werden kann? (z.B. Buslinien, Schulen und Kitas, Einkaufsmöglichkeiten)

Tabelle A 40

Chancen durch Flüchtlinge: kulturelle Vielfalt

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	24	73	3
Geschlecht				
männlich	490	27	71	1
weiblich	511	22	74	4
Alter				
18-24 Jahre	56	6	94	0
25-34 Jahre	138	13	87	0
35-44 Jahre	129	20	80	0
45-59 Jahre	275	23	73	4
60 Jahre und älter	404	34	62	5
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	33	62	5
10. Klasse	455	24	74	2
Abitur	100	14	85	1
(Fach-)Hochschule	119	14	85	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	23	76	2
in Ausbildung	40	6	94	0
arbeitslos	60	10	90	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	30	65	5
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	25	75	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	18	80	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	32	67	2
Landw./Selbst./Freib.	38	24	75	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	23	74	3
evangelisch	268	31	65	3
katholisch	72	16	84	0

Sehen Sie es als Chance, dass mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden unsere Gesellschaft kulturell vielfältiger wird?

Sorgen durch Flüchtlinge: Gefährdung gesellschaftlichen Zusammenhalts

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	42	55	3
Geschlecht				
männlich	490	39	60	1
weiblich	511	44	51	5
Alter				
18-24 Jahre	56	44	56	0
25-34 Jahre	138	53	47	0
35-44 Jahre	129	40	58	2
45-59 Jahre	275	40	56	4
60 Jahre und älter	404	39	56	5
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	36	59	5
10. Klasse	455	42	54	3
Abitur	100	52	47	1
(Fach-)Hochschule	119	45	55	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	42	57	1
in Ausbildung	40	51	49	0
arbeitslos	60	45	42	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	40	55	4
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	48	49	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	41	59	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	39	59	1
Landw./Selbst./Freib.	38	48	52	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	39	59	3
evangelisch	268	46	49	5
katholisch	72	52	48	1

Haben Sie die Sorge, dass wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land gefährdet ist?

Sorgen durch Flüchtlinge: Konkurrenz am Arbeitsmarkt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	57	40	4
Geschlecht				
männlich	490	57	39	4
weiblich	511	56	40	4
Alter				
18-24 Jahre	56	64	36	0
25-34 Jahre	138	54	46	0
35-44 Jahre	129	60	39	1
45-59 Jahre	275	58	40	2
60 Jahre und älter	404	55	38	7
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	45	48	8
10. Klasse	455	58	40	2
Abitur	100	71	29	0
(Fach-)Hochschule	119	74	24	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	64	35	2
in Ausbildung	40	60	40	0
arbeitslos	60	44	56	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	50	43	7
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	54	45	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	62	36	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	67	32	0
Landw./Selbst./Freib.	38	90	10	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	54	43	3
evangelisch	268	61	33	5
katholisch	72	63	36	0

Haben Sie die Sorge, dass wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zunehmen wird?

Sorgen durch Flüchtlinge: Anstieg Kriminalität

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	30	68	2
Geschlecht				
männlich	490	32	66	1
weiblich	511	28	70	2
Alter				
18-24 Jahre	56	35	65	0
25-34 Jahre	138	25	73	2
35-44 Jahre	129	32	66	1
45-59 Jahre	275	30	70	0
60 Jahre und älter	404	30	67	3
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	25	73	2
10. Klasse	455	27	71	1
Abitur	100	39	59	1
(Fach-)Hochschule	119	45	51	4
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	30	69	1
in Ausbildung	40	50	50	0
arbeitslos	60	16	83	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	30	67	3
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	26	74	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	26	73	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	40	58	2
Landw./Selbst./Freib.	38	41	57	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	27	72	1
evangelisch	268	32	65	3
katholisch	72	52	46	3

Haben Sie die Sorge, dass wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden die Kriminalität ansteigen wird?

Sorgen durch Flüchtlinge: Veränderung deutscher Lebensweise

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	45	53	3
Geschlecht				
männlich	490	46	52	2
weiblich	511	43	53	4
Alter				
18-24 Jahre	56	54	45	1
25-34 Jahre	138	49	50	1
35-44 Jahre	129	43	56	1
45-59 Jahre	275	39	58	3
60 Jahre und älter	404	46	50	4
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	33	64	3
10. Klasse	455	42	55	3
Abitur	100	70	28	1
(Fach-)Hochschule	119	66	32	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	43	55	2
in Ausbildung	40	73	25	2
arbeitslos	60	41	52	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	44	52	3
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	35	62	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	45	54	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	44	56	1
Landw./Selbst./Freib.	38	56	42	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	42	56	3
evangelisch	268	50	47	3
katholisch	72	55	44	1

Haben Sie die Sorge, dass wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden sich die Art und Weise, wie wir in Deutschland leben, zu stark verändert?

Sorgen durch Flüchtlinge: Zulauf für Rechtspopulisten und Rechtsextreme

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	8	89	3
Geschlecht				
männlich	490	9	90	1
weiblich	511	8	88	4
Alter				
18-24 Jahre	56	6	93	2
25-34 Jahre	138	4	96	0
35-44 Jahre	129	6	91	4
45-59 Jahre	275	8	91	2
60 Jahre und älter	404	11	85	4
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	11	85	4
10. Klasse	455	8	89	2
Abitur	100	5	93	2
(Fach-)Hochschule	119	5	95	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	7	92	1
in Ausbildung	40	8	90	2
arbeitslos	60	1	93	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	11	85	4
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	8	92	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	6	91	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	4	96	0
Landw./Selbst./Freib.	38	3	95	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	8	90	2
evangelisch	268	11	85	4
katholisch	72	5	93	2

Haben Sie die Sorge, dass wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden Rechtspopulisten und Rechtsextreme Zulauf bekommen?

Sorgen durch Flüchtlinge: Kosten von Unterbringung und Versorgung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	33	59	8
Geschlecht				
männlich	490	39	55	6
weiblich	511	26	63	10
Alter				
18-24 Jahre	56	52	46	2
25-34 Jahre	138	36	63	0
35-44 Jahre	129	36	56	8
45-59 Jahre	275	30	64	5
60 Jahre und älter	404	29	57	14
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	20	65	15
10. Klasse	455	31	63	5
Abitur	100	52	44	3
(Fach-)Hochschule	119	56	37	7
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	34	61	5
in Ausbildung	40	70	28	2
arbeitslos	60	15	82	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	30	57	13
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	32	65	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	32	60	8
höh.-leit. Ang./Beamte	74	48	49	3
Landw./Selbst./Freib.	38	48	49	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	30	62	7
evangelisch	268	34	56	9
katholisch	72	45	42	12

Haben Sie die Sorge, dass wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden die Kosten für Unterbringung und Versorgung zu hoch sind?

Sorgen durch Flüchtlinge: Einfluss des Islams zu stark

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	33	65	3
Geschlecht				
männlich	490	40	58	2
weiblich	511	25	72	3
Alter				
18-24 Jahre	56	68	32	0
25-34 Jahre	138	28	70	1
35-44 Jahre	129	33	63	4
45-59 Jahre	275	30	68	2
60 Jahre und älter	404	30	66	3
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	21	76	3
10. Klasse	455	30	67	3
Abitur	100	59	40	1
(Fach-)Hochschule	119	51	46	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	35	63	2
in Ausbildung	40	71	29	0
arbeitslos	60	26	69	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	27	69	3
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	32	67	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	33	65	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	37	60	3
Landw./Selbst./Freib.	38	44	52	4
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	32	66	2
evangelisch	268	31	63	5
katholisch	72	43	55	2

Haben Sie die Sorge, dass wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden der Einfluss des Islams in unserem Land zu stark wird?

Toleranz von Asylbewerberheim in Nachbarschaft

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	34	25	14	24	3
Geschlecht						
männlich	490	34	26	12	26	2
weiblich	511	35	25	15	23	3
Alter						
18-24 Jahre	56	43	33	8	16	0
25-34 Jahre	138	27	39	15	18	1
35-44 Jahre	129	28	34	14	23	0
45-59 Jahre	275	34	20	11	33	3
60 Jahre und älter	404	38	20	16	21	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	32	21	15	28	4
10. Klasse	455	33	26	13	27	2
Abitur	100	44	33	13	9	1
(Fach-)Hochschule	119	40	28	15	13	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	29	27	14	28	2
in Ausbildung	40	54	33	6	4	2
arbeitslos	60	44	26	8	21	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	38	23	14	22	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	23	31	12	32	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	31	25	17	24	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	28	25	13	33	1
Landw./Selbst./Freib.	38	40	31	11	17	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	34	24	12	28	2
evangelisch	268	32	31	18	18	1
katholisch	72	51	16	9	11	12

Ich hätte nichts dagegen, wenn in meiner Nachbarschaft ein Asylbewerberheim entstehen würde.

Tabelle A 49

Verfolgung von Asylbewerbern im Heimatland

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	21	24	22	13	20
Geschlecht						
männlich	490	20	21	23	13	22
weiblich	511	22	26	21	13	18
Alter						
18-24 Jahre	56	11	18	47	23	0
25-34 Jahre	138	19	35	22	14	10
35-44 Jahre	129	19	20	31	15	16
45-59 Jahre	275	22	25	20	13	21
60 Jahre und älter	404	23	21	17	11	27
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	27	21	19	5	27
10. Klasse	455	22	27	21	12	18
Abitur	100	11	26	30	24	9
(Fach-)Hochschule	119	8	17	28	28	19
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	19	29	22	15	15
in Ausbildung	40	5	15	39	38	2
arbeitslos	60	35	25	28	3	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	23	19	19	10	29
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	25	24	13	14	24
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	13	34	24	14	16
höh.-leit. Ang./Beamte	74	21	18	33	19	8
Landw./Selbst./Freib.	38	17	25	16	22	21
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	23	26	21	11	20
evangelisch	268	20	21	20	16	23
katholisch	72	14	17	34	21	14

Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.

Tabelle A 50

Flüchtlinge in Deutschland nicht integrierbar

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	29	26	21	19	6
Geschlecht						
männlich	490	27	28	21	20	4
weiblich	511	30	24	21	18	8
Alter						
18-24 Jahre	56	10	25	32	31	3
25-34 Jahre	138	19	40	25	14	2
35-44 Jahre	129	24	30	22	20	4
45-59 Jahre	275	23	28	22	21	4
60 Jahre und älter	404	40	18	16	16	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	41	26	10	14	9
10. Klasse	455	28	27	22	18	5
Abitur	100	13	25	35	27	0
(Fach-)Hochschule	119	10	24	34	27	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	22	30	25	19	4
in Ausbildung	40	4	12	31	47	5
arbeitslos	60	25	42	17	17	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	39	20	16	16	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	25	34	15	21	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	18	32	31	16	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	25	26	25	22	1
Landw./Selbst./Freib.	38	31	21	23	22	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	29	28	18	19	6
evangelisch	268	32	22	24	16	6
katholisch	72	14	20	30	25	11

Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.

Tabelle A 51

Verpflichtung zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	82	13	1	3	1
Geschlecht						
männlich	490	77	16	2	4	1
weiblich	511	87	10	1	1	1
Alter						
18-24 Jahre	56	56	42	0	3	0
25-34 Jahre	138	87	12	2	0	0
35-44 Jahre	129	70	19	1	9	1
45-59 Jahre	275	85	11	2	1	1
60 Jahre und älter	404	87	8	1	3	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	82	12	0	5	1
10. Klasse	455	83	12	2	2	1
Abitur	100	74	22	3	1	0
(Fach-)Hochschule	119	87	11	2	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	80	14	2	3	1
in Ausbildung	40	69	31	0	0	0
arbeitslos	60	78	18	0	2	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	87	9	1	2	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	84	12	1	2	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	83	13	3	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	66	19	1	14	0
Landw./Selbst./Freib.	38	84	14	0	3	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	82	12	2	3	1
evangelisch	268	82	14	1	2	2
katholisch	72	84	15	1	0	0

Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.

Abschiebung abgelehnter Asylbewerber

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	57	22	12	6	3
Geschlecht						
männlich	490	60	20	13	5	2
weiblich	511	54	24	10	7	4
Alter						
18-24 Jahre	56	16	28	34	16	6
25-34 Jahre	138	53	24	12	6	4
35-44 Jahre	129	52	33	12	4	0
45-59 Jahre	275	58	22	9	7	4
60 Jahre und älter	404	65	16	10	5	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	64	20	10	3	3
10. Klasse	455	59	20	10	7	3
Abitur	100	37	30	20	11	3
(Fach-)Hochschule	119	46	26	17	9	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	53	27	11	7	2
in Ausbildung	40	13	35	29	15	8
arbeitslos	60	57	13	23	5	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	65	16	9	5	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	62	20	12	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	50	30	8	9	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	51	26	17	6	0
Landw./Selbst./Freib.	38	61	20	13	4	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	60	20	11	7	2
evangelisch	268	52	24	14	5	5
katholisch	72	45	28	16	5	6

Asylsuchende, deren Antrag auf Asyl abgelehnt wurde, sollten ohne Ausnahme abgeschoben werden.

Tabelle A 53

Nationale Obergrenze für Flüchtlinge und Asylsuchende

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	50	18	10	17	5
Geschlecht						
männlich	490	48	16	10	20	4
weiblich	511	52	20	9	14	5
Alter						
18-24 Jahre	56	18	37	16	29	0
25-34 Jahre	138	55	16	18	11	0
35-44 Jahre	129	39	25	15	20	1
45-59 Jahre	275	54	20	6	15	6
60 Jahre und älter	404	55	13	7	18	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	62	13	5	11	9
10. Klasse	455	52	20	10	14	3
Abitur	100	23	24	18	34	1
(Fach-)Hochschule	119	32	19	14	31	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	47	19	13	17	4
in Ausbildung	40	19	24	18	38	0
arbeitslos	60	54	23	8	13	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	57	16	6	16	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	58	15	10	12	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	45	23	13	15	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	42	17	14	20	7
Landw./Selbst./Freib.	38	38	17	12	26	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	53	17	10	16	4
evangelisch	268	50	18	9	17	6
katholisch	72	24	30	10	29	7

Es sollte eine nationale Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden eingeführt werden.

Rückführung von Flüchtlingen und Asylsuchenden nach Wegfall der Asylgründe

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	36	30	22	10	2
Geschlecht						
männlich	490	33	30	23	10	3
weiblich	511	38	30	21	10	2
Alter						
18-24 Jahre	56	8	25	39	21	6
25-34 Jahre	138	23	41	25	10	2
35-44 Jahre	129	32	34	19	10	5
45-59 Jahre	275	39	31	21	8	2
60 Jahre und älter	404	43	25	20	10	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	50	24	19	6	1
10. Klasse	455	34	33	21	9	3
Abitur	100	11	36	25	25	3
(Fach-)Hochschule	119	24	30	31	14	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	33	30	22	11	3
in Ausbildung	40	5	26	37	24	9
arbeitslos	60	38	30	26	6	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	42	30	19	8	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	39	28	20	9	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	30	34	25	9	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	30	32	16	18	4
Landw./Selbst./Freib.	38	30	20	24	21	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	38	30	20	10	2
evangelisch	268	33	29	27	10	1
katholisch	72	20	34	25	12	9

Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Möglichkeiten zur legalen Einreise von Flüchtlinge und Asylsuchende

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	51	25	9	11	4
Geschlecht						
männlich	490	50	26	9	13	2
weiblich	511	51	25	9	10	5
Alter						
18-24 Jahre	56	43	36	18	4	0
25-34 Jahre	138	50	30	11	8	1
35-44 Jahre	129	46	29	12	10	3
45-59 Jahre	275	51	25	7	13	4
60 Jahre und älter	404	54	22	8	12	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	50	17	13	14	6
10. Klasse	455	48	29	8	13	3
Abitur	100	51	36	8	4	0
(Fach-)Hochschule	119	62	27	5	3	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	51	25	9	12	2
in Ausbildung	40	50	44	4	0	2
arbeitslos	60	36	29	29	6	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	53	23	7	12	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	56	21	10	13	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	48	30	7	11	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	46	22	14	17	0
Landw./Selbst./Freib.	38	61	18	7	14	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	54	23	9	11	3
evangelisch	268	40	30	11	14	5
katholisch	72	57	32	7	3	1

Für Flüchtlinge und Asylsuchende sollten legale Möglichkeiten zur Einreise nach Deutschland geschaffen werden.

Ausreichender Schutz für Ausländer und Flüchtlinge vor fremdenfeindlichen Übergriffen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	22	23	24	20	10
Geschlecht						
männlich	490	23	22	24	22	8
weiblich	511	21	24	24	19	11
Alter						
18-24 Jahre	56	9	40	30	18	4
25-34 Jahre	138	16	25	34	20	6
35-44 Jahre	129	13	36	33	15	3
45-59 Jahre	275	25	21	26	19	9
60 Jahre und älter	404	28	18	16	24	14
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	33	16	17	21	13
10. Klasse	455	19	26	26	19	9
Abitur	100	8	31	31	26	4
(Fach-)Hochschule	119	18	26	29	18	9
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	19	26	29	19	9
in Ausbildung	40	6	27	38	23	6
arbeitslos	60	7	44	17	29	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	30	18	19	21	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	35	26	13	18	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	8	28	35	19	10
höh.-leit. Ang./Beamte	74	27	13	39	18	4
Landw./Selbst./Freib.	38	18	25	20	25	12
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	23	22	23	22	9
evangelisch	268	22	25	27	16	10
katholisch	72	15	28	23	19	15

Die Behörden tun genug, um Ausländer und Flüchtlinge vor fremdenfeindlichen Übergriffen zu schützen.

Tabelle A 57

Bewertung der Arbeit in Flüchtlingspolitik: Bundesregierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr positiv	eher positiv	eher negativ	sehr negativ	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	4	31	42	16	7
Geschlecht						
männlich	490	4	31	40	20	4
weiblich	511	4	30	44	12	10
Alter						
18-24 Jahre	56	5	46	36	10	3
25-34 Jahre	138	3	24	58	13	3
35-44 Jahre	129	2	28	46	18	6
45-59 Jahre	275	3	33	42	17	6
60 Jahre und älter	404	7	30	36	16	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	5	23	42	17	13
10. Klasse	455	3	32	43	17	6
Abitur	100	7	40	39	13	1
(Fach-)Hochschule	119	6	42	41	10	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	3	34	43	16	4
in Ausbildung	40	1	54	35	6	4
arbeitslos	60	3	10	75	11	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	6	29	37	16	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	3	36	43	13	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	3	33	47	13	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	4	27	36	32	0
Landw./Selbst./Freib.	38	3	26	40	27	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	4	28	46	15	7
evangelisch	268	6	32	34	18	10
katholisch	72	6	47	31	10	5

Wie bewerten Sie denn die Arbeit der Bundesregierung in der aktuellen Flüchtlingspolitik?

Bewertung der Arbeit in Flüchtlingspolitik: Landesregierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr positiv	eher positiv	eher negativ	sehr negativ	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	5	42	31	8	14
Geschlecht						
männlich	490	6	42	32	10	10
weiblich	511	4	42	29	6	18
Alter						
18-24 Jahre	56	1	50	36	3	10
25-34 Jahre	138	1	34	53	4	7
35-44 Jahre	129	2	37	36	12	13
45-59 Jahre	275	2	50	23	9	16
60 Jahre und älter	404	10	41	25	8	16
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	8	35	32	9	17
10. Klasse	455	3	44	30	9	14
Abitur	100	4	51	32	7	6
(Fach-)Hochschule	119	5	49	29	5	12
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	2	45	34	10	10
in Ausbildung	40	1	64	19	0	16
arbeitslos	60	1	19	63	5	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	9	41	24	7	19
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	2	44	36	10	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	2	43	37	6	12
höh.-leit. Ang./Beamte	74	1	48	24	20	8
Landw./Selbst./Freib.	38	2	44	32	16	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	5	40	33	8	13
evangelisch	268	3	48	22	9	17
katholisch	72	7	40	38	7	8

Wie bewerten Sie denn die Arbeit der Landesregierung in der aktuellen Flüchtlingspolitik?

Tabelle A 59

Bewertung der Arbeit in Flüchtlingspolitik: Gemeinde

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr positiv	eher positiv	eher negativ	sehr negativ	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	11	42	14	4	30
Geschlecht						
männlich	490	9	43	14	4	31
weiblich	511	13	41	14	3	28
Alter						
18-24 Jahre	56	10	52	32	1	5
25-34 Jahre	138	9	54	20	5	11
35-44 Jahre	129	12	39	9	7	33
45-59 Jahre	275	10	42	12	4	31
60 Jahre und älter	404	12	36	12	2	37
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	12	35	15	2	36
10. Klasse	455	9	45	13	5	29
Abitur	100	15	41	20	7	16
(Fach-)Hochschule	119	13	51	9	2	25
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	9	45	16	3	27
in Ausbildung	40	19	47	22	2	10
arbeitslos	60	1	52	23	5	19
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	14	36	10	4	36
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	9	50	13	2	26
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	8	48	18	3	23
höh.-leit. Ang./Beamte	74	8	40	13	6	35
Landw./Selbst./Freib.	38	14	32	14	10	29
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	10	42	14	4	30
evangelisch	268	12	39	14	3	32
katholisch	72	16	47	12	5	20

Wie bewerten Sie denn die Arbeit Ihrer Gemeinde in der aktuellen Flüchtlingspolitik?

Bewertung der Arbeit für Flüchtlinge: freiwillige Helfer

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr positiv	eher positiv	eher negativ	sehr negativ	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	56	32	3	2	7
Geschlecht						
männlich	490	53	34	5	2	6
weiblich	511	58	31	2	1	8
Alter						
18-24 Jahre	56	55	43	1	0	1
25-34 Jahre	138	62	35	2	0	1
35-44 Jahre	129	52	34	1	0	13
45-59 Jahre	275	52	35	6	4	3
60 Jahre und älter	404	57	28	3	1	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	48	34	5	0	13
10. Klasse	455	55	34	3	3	4
Abitur	100	64	29	2	0	5
(Fach-)Hochschule	119	70	23	1	0	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	55	37	2	1	5
in Ausbildung	40	74	23	0	0	3
arbeitslos	60	55	42	1	0	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	54	26	5	3	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	48	42	2	2	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	61	35	2	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	55	30	2	0	13
Landw./Selbst./Freib.	38	72	23	2	1	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	53	33	4	1	8
evangelisch	268	58	30	3	2	7
katholisch	72	68	30	1	2	0

Wie bewerten Sie denn die Arbeit der freiwilligen Helfer für die Flüchtlinge?

Bereitschaft zum Engagement für Asylbewerber und Flüchtlinge

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	37	45	16	2
Geschlecht					
männlich	490	38	45	14	3
weiblich	511	36	45	18	2
Alter					
18-24 Jahre	56	18	39	29	14
25-34 Jahre	138	39	44	15	2
35-44 Jahre	129	32	48	20	0
45-59 Jahre	275	34	48	16	1
60 Jahre und älter	404	43	43	13	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	56	33	7	4
10. Klasse	455	34	50	14	2
Abitur	100	16	52	31	1
(Fach-)Hochschule	119	17	52	31	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	33	47	18	2
in Ausbildung	40	19	40	41	0
arbeitslos	60	40	37	10	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	42	44	11	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	51	36	11	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	30	50	19	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	22	55	22	0
Landw./Selbst./Freib.	38	21	40	36	3
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	42	43	12	3
evangelisch	268	30	48	20	2
katholisch	72	23	45	32	1

Würden Sie sich selbst für Asylbewerber und Flüchtlinge engagieren?

Auswirkungen im Alltag durch Flüchtlinge und Asylsuchende

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	80	19	1
Geschlecht				
männlich	490	83	17	0
weiblich	511	78	21	1
Alter				
18-24 Jahre	56	56	44	0
25-34 Jahre	138	72	28	0
35-44 Jahre	129	65	35	0
45-59 Jahre	275	81	18	0
60 Jahre und älter	404	91	8	1
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	84	15	1
10. Klasse	455	80	20	0
Abitur	100	76	24	0
(Fach-)Hochschule	119	77	23	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	73	27	0
in Ausbildung	40	80	20	0
arbeitslos	60	58	42	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	92	7	1
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	76	24	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	73	26	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	68	32	0
Landw./Selbst./Freib.	38	79	21	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	79	21	0
evangelisch	268	84	15	2
katholisch	72	82	18	0

Hat die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden Auswirkungen in Ihrem Alltag?

Flüchtlinge oder Asylsuchende wohnen in der Nähe

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	36	63	1
Geschlecht				
männlich	490	39	61	0
weiblich	511	33	66	2
Alter				
18-24 Jahre	56	20	80	0
25-34 Jahre	138	21	79	0
35-44 Jahre	129	46	54	0
45-59 Jahre	275	34	64	2
60 Jahre und älter	404	41	58	1
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	39	59	1
10. Klasse	455	35	64	1
Abitur	100	25	75	0
(Fach-)Hochschule	119	36	62	1
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	32	67	0
in Ausbildung	40	26	74	0
arbeitslos	60	17	83	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	43	55	2
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	32	67	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	34	66	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	38	62	0
Landw./Selbst./Freib.	38	39	61	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	35	65	1
evangelisch	268	39	59	2
katholisch	72	33	66	1

Leben in Ihrer Nähe Flüchtlinge oder Asylsuchende?

Persönlicher Kontakt zu Flüchtlingen oder Asylsuchenden

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja, gelegentlich	ja, häufig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	72	19	8	0
Geschlecht					
männlich	490	75	16	9	0
weiblich	511	68	23	8	1
Alter					
18-24 Jahre	56	61	32	6	0
25-34 Jahre	138	49	33	18	0
35-44 Jahre	129	63	22	14	0
45-59 Jahre	275	77	17	5	0
60 Jahre und älter	404	80	13	5	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	76	15	7	1
10. Klasse	455	75	18	7	0
Abitur	100	56	31	13	0
(Fach-)Hochschule	119	61	26	14	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	70	20	10	0
in Ausbildung	40	41	49	10	0
arbeitslos	60	54	35	11	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	80	13	6	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	75	10	15	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	66	25	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	70	21	9	0
Landw./Selbst./Freib.	38	61	27	11	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	73	19	8	0
evangelisch	268	71	19	9	2
katholisch	72	63	26	11	0

Haben Sie persönlichen Kontakt zu Flüchtlingen oder Asylsuchenden?

Empfindungen bei Begegnung mit Flüchtlingen oder Asylsuchenden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	überwiegend positiv	(spontan:) gleich sich aus	überwiegend negativ	keine Begegnungen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	53	26	17	2	1
Geschlecht						
männlich	490	51	29	16	2	2
weiblich	511	55	24	18	2	1
Alter						
18-24 Jahre	56	72	16	12	0	0
25-34 Jahre	138	55	18	22	1	3
35-44 Jahre	129	52	28	19	0	1
45-59 Jahre	275	50	31	16	2	1
60 Jahre und älter	404	52	27	17	3	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	48	31	19	2	1
10. Klasse	455	52	24	21	2	1
Abitur	100	63	25	7	3	2
(Fach-)Hochschule	119	64	23	8	2	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	52	28	18	1	1
in Ausbildung	40	70	22	5	2	0
arbeitslos	60	50	17	29	0	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	54	26	16	3	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	50	22	26	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	51	28	18	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	57	35	7	0	0
Landw./Selbst./Freib.	38	66	26	4	3	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	49	29	18	2	1
evangelisch	268	58	21	17	2	2
katholisch	72	71	18	11	0	0

Und welche Empfindungen haben Sie, wenn Sie Flüchtlingen oder Asylsuchenden begegnen?

Gefühl der Bedrohung durch Flüchtlinge: allgemein

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	82	15	2
Geschlecht				
männlich	490	82	16	2
weiblich	511	83	15	2
Alter				
18-24 Jahre	56	74	26	0
25-34 Jahre	138	81	17	2
35-44 Jahre	129	82	18	0
45-59 Jahre	275	83	15	1
60 Jahre und älter	404	84	13	4
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	80	17	4
10. Klasse	455	80	19	1
Abitur	100	92	6	2
(Fach-)Hochschule	119	93	6	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	81	18	1
in Ausbildung	40	94	6	0
arbeitslos	60	72	28	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	84	12	3
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	75	24	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	84	14	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	86	13	1
Landw./Selbst./Freib.	38	84	15	2
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	82	16	1
evangelisch	268	81	15	4
katholisch	72	89	11	0

Fühlen Sie sich, ganz allgemein gesprochen, durch die Flüchtlinge und Asylsuchenden in unserem Land bedroht?

Gefühl der Bedrohung durch Flüchtlinge: persönliche Situation

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	89	10	1
Geschlecht				
männlich	490	89	11	0
weiblich	511	90	8	2
Alter				
18-24 Jahre	56	88	12	0
25-34 Jahre	138	89	11	0
35-44 Jahre	129	87	13	0
45-59 Jahre	275	87	13	0
60 Jahre und älter	404	92	6	2
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	90	8	3
10. Klasse	455	87	13	0
Abitur	100	91	9	0
(Fach-)Hochschule	119	95	5	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	87	13	0
in Ausbildung	40	92	8	0
arbeitslos	60	90	10	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	92	6	2
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	87	13	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	91	9	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	77	23	0
Landw./Selbst./Freib.	38	85	15	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	91	9	0
evangelisch	268	85	12	3
katholisch	72	94	6	0

Und haben Sie sich schon einmal persönlich in einer Situation befunden, in der Sie sich durch Flüchtlinge und Asylsuchende bedroht fühlten?

Relevanz für Integration: die deutsche Sprache erlernen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	1	0	10	88	1
Geschlecht						
männlich	490	2	0	13	85	0
weiblich	511	0	0	7	91	2
Alter						
18-24 Jahre	56	0	0	15	85	0
25-34 Jahre	138	0	1	12	87	0
35-44 Jahre	129	0	0	25	75	0
45-59 Jahre	275	1	0	9	90	0
60 Jahre und älter	404	2	0	3	92	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	2	0	13	82	3
10. Klasse	455	1	0	8	92	0
Abitur	100	0	1	11	88	0
(Fach-)Hochschule	119	0	1	7	93	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	0	0	14	86	0
in Ausbildung	40	0	0	16	84	0
arbeitslos	60	0	0	12	88	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	2	0	4	91	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	0	0	18	82	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	0	1	9	90	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	0	0	20	80	0
Landw./Selbst./Freib.	38	0	0	8	92	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	1	0	12	87	0
evangelisch	268	0	0	6	90	4
katholisch	72	0	0	4	96	0

Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die Integration, dass die Flüchtlinge und Asylsuchenden die deutsche Sprache erlernen?

Relevanz für Integration: Deutsche Gesetze kennenlernen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	1	0	10	88	1
Geschlecht						
männlich	490	1	1	12	86	0
weiblich	511	0	0	9	89	2
Alter						
18-24 Jahre	56	0	0	12	88	0
25-34 Jahre	138	0	0	19	81	0
35-44 Jahre	129	0	0	12	88	0
45-59 Jahre	275	0	0	9	91	0
60 Jahre und älter	404	2	1	8	87	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	2	0	7	88	3
10. Klasse	455	0	0	12	88	0
Abitur	100	0	0	13	87	0
(Fach-)Hochschule	119	0	1	13	86	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	0	0	12	88	0
in Ausbildung	40	0	0	13	87	0
arbeitslos	60	0	0	8	92	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	2	0	9	86	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	0	0	9	91	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	0	0	15	84	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	0	0	7	93	0
Landw./Selbst./Freib.	38	0	0	6	93	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	1	0	11	88	0
evangelisch	268	0	0	10	86	4
katholisch	72	0	0	11	89	0

Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die Integration, dass die Flüchtlinge und Asylsuchenden deutsche Gesetze kennenlernen?

Relevanz für Integration: Mit Deutschen in Kontakt kommen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	2	3	27	65	3
Geschlecht						
männlich	490	4	3	27	64	2
weiblich	511	0	2	28	67	3
Alter						
18-24 Jahre	56	4	0	19	75	3
25-34 Jahre	138	0	7	32	61	0
35-44 Jahre	129	7	4	32	57	0
45-59 Jahre	275	2	2	25	71	0
60 Jahre und älter	404	1	1	27	64	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	3	3	32	54	7
10. Klasse	455	2	3	29	66	0
Abitur	100	0	2	17	79	1
(Fach-)Hochschule	119	0	0	16	84	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	3	3	27	66	1
in Ausbildung	40	0	0	16	84	0
arbeitslos	60	0	4	28	68	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	1	2	29	63	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	4	4	34	58	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	1	3	31	65	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	12	0	13	74	0
Landw./Selbst./Freib.	38	0	0	23	70	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	2	3	31	63	1
evangelisch	268	2	2	20	67	9
katholisch	72	0	0	21	79	0

Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die Integration, dass die Flüchtlinge und Asylsuchenden mit Deutschen in Kontakt kommen?

Tabelle A 71

Relevanz für Integration: Teilnahme am Erwerbsleben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	3	3	25	68	1
Geschlecht						
männlich	490	5	3	23	68	1
weiblich	511	1	3	26	68	2
Alter						
18-24 Jahre	56	0	2	26	72	0
25-34 Jahre	138	0	3	36	61	0
35-44 Jahre	129	7	4	30	59	0
45-59 Jahre	275	2	4	22	73	0
60 Jahre und älter	404	4	2	21	69	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	7	3	21	65	4
10. Klasse	455	1	3	28	67	0
Abitur	100	0	1	26	73	0
(Fach-)Hochschule	119	0	2	23	75	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	3	3	28	67	0
in Ausbildung	40	0	2	28	70	0
arbeitslos	60	0	0	27	73	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	4	3	22	68	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	3	5	27	66	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	0	3	32	65	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	12	0	21	67	0
Landw./Selbst./Freib.	38	0	0	15	84	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	4	4	26	66	1
evangelisch	268	2	1	24	69	4
katholisch	72	0	0	19	80	0

Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die Integration, dass die Flüchtlinge und Asylsuchenden am Erwerbsleben teilnehmen?

Relevanz für Integration: Dauerhaftes Bleiberecht

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	11	26	40	16	7
Geschlecht						
männlich	490	13	27	39	16	5
weiblich	511	8	25	42	16	9
Alter						
18-24 Jahre	56	5	19	58	18	0
25-34 Jahre	138	5	26	50	16	3
35-44 Jahre	129	14	24	39	17	6
45-59 Jahre	275	16	23	37	17	7
60 Jahre und älter	404	9	29	37	14	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	12	31	36	10	11
10. Klasse	455	13	24	42	16	6
Abitur	100	4	24	46	25	2
(Fach-)Hochschule	119	5	24	42	23	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	13	24	38	18	7
in Ausbildung	40	4	13	57	25	1
arbeitslos	60	6	24	59	11	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	9	30	39	13	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	20	21	36	10	13
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	7	25	44	19	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	20	18	39	22	2
Landw./Selbst./Freib.	38	4	29	36	23	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	12	28	37	15	7
evangelisch	268	9	22	42	18	10
katholisch	72	4	21	61	10	4

Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die Integration, dass die Flüchtlinge und Asylsuchenden dauerhaftes Bleiberecht bekommen?

Relevanz für Integration: Kinder der Flüchtlinge besuchen Schulen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	sehr wichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	1	1	18	79	1
Geschlecht						
männlich	490	1	2	20	75	1
weiblich	511	0	1	15	82	2
Alter						
18-24 Jahre	56	0	3	19	78	0
25-34 Jahre	138	0	1	21	77	0
35-44 Jahre	129	1	4	23	73	0
45-59 Jahre	275	1	2	17	81	0
60 Jahre und älter	404	1	0	15	80	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	1	2	15	79	4
10. Klasse	455	1	1	22	75	0
Abitur	100	0	1	18	80	0
(Fach-)Hochschule	119	0	1	9	89	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	1	2	20	76	0
in Ausbildung	40	0	0	17	83	0
arbeitslos	60	0	0	17	83	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	1	1	16	80	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	2	4	23	71	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	0	1	18	80	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	1	2	23	74	0
Landw./Selbst./Freib.	38	6	0	11	84	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	1	2	19	79	1
evangelisch	268	2	1	17	76	4
katholisch	72	0	0	13	87	0

Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die Integration, dass die Kinder der Flüchtlinge und Asylsuchenden unsere Schulen und Kitas besuchen?

Bau von Moscheen in Nachbarschaft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gestört	eher gestört	eher nicht gestört	nicht gestört	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	33	19	15	28	5
Geschlecht						
männlich	490	31	17	17	33	2
weiblich	511	35	20	14	24	8
Alter						
18-24 Jahre	56	9	18	16	50	6
25-34 Jahre	138	35	26	12	25	2
35-44 Jahre	129	29	15	19	32	5
45-59 Jahre	275	38	13	17	29	2
60 Jahre und älter	404	33	21	13	25	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	38	17	8	30	7
10. Klasse	455	36	18	18	23	5
Abitur	100	18	19	17	44	2
(Fach-)Hochschule	119	18	24	23	31	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	37	17	16	26	4
in Ausbildung	40	3	21	23	50	2
arbeitslos	60	36	16	16	29	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	31	21	13	29	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	40	16	15	25	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	35	15	15	30	5
höh.-leit. Ang./Beamte	74	38	18	21	22	1
Landw./Selbst./Freib.	38	25	25	13	36	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	36	16	13	31	3
evangelisch	268	28	25	16	22	8
katholisch	72	21	15	28	26	10

*Fühlen Sie sich durch folgendes gestört? Der Bau von Moscheen in Ihrer Nachbarschaft?
Fühlen Sie sich...*

Tabelle A 75

Migrationserfahrungen: persönlich oder in Verwandtschaft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	69	30	1
Geschlecht				
männlich	490	72	27	0
weiblich	511	66	32	2
Alter				
18-24 Jahre	56	70	30	0
25-34 Jahre	138	64	35	1
35-44 Jahre	129	76	21	4
45-59 Jahre	275	71	28	0
60 Jahre und älter	404	67	32	1
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	63	34	3
10. Klasse	455	75	25	0
Abitur	100	63	36	1
(Fach-)Hochschule	119	68	32	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	73	26	1
in Ausbildung	40	60	40	0
arbeitslos	60	61	39	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	67	32	1
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	79	20	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	70	28	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	73	27	0
Landw./Selbst./Freib.	38	75	25	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	70	29	1
evangelisch	268	70	29	2
katholisch	72	60	40	0

Sind Sie selbst Migrant(in) oder Vertriebene(r) oder haben Sie in der Verwandtschaft Migranten oder Vertriebene?

Politische Partizipation: An Politiker wenden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	40	46	14	1
Geschlecht					
männlich	490	43	43	14	0
weiblich	511	37	49	13	2
Alter					
18-24 Jahre	56	34	51	16	0
25-34 Jahre	138	40	45	15	0
35-44 Jahre	129	31	49	18	2
45-59 Jahre	275	40	47	13	0
60 Jahre und älter	404	43	43	12	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	50	43	6	1
10. Klasse	455	41	44	14	1
Abitur	100	20	57	23	1
(Fach-)Hochschule	119	24	51	24	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	34	49	16	1
in Ausbildung	40	26	53	21	0
arbeitslos	60	53	41	6	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	46	41	11	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	37	50	11	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	35	49	16	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	23	60	17	0
Landw./Selbst./Freib.	38	26	47	26	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	43	43	13	1
evangelisch	268	35	49	14	2
katholisch	72	28	54	17	2

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit ...
An einen Politiker wenden?*

Tabelle A 77

Politische Partizipation: An Unterschriftensammlung teilnehmen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	7	60	31	2
Geschlecht					
männlich	490	9	62	26	2
weiblich	511	5	58	35	1
Alter					
18-24 Jahre	56	17	44	39	0
25-34 Jahre	138	4	61	34	2
35-44 Jahre	129	1	57	40	1
45-59 Jahre	275	5	65	30	0
60 Jahre und älter	404	10	60	27	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	9	73	15	3
10. Klasse	455	8	57	34	1
Abitur	100	2	45	53	0
(Fach-)Hochschule	119	6	50	44	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	4	60	35	1
in Ausbildung	40	1	46	53	0
arbeitslos	60	13	67	21	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	11	61	25	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	3	70	25	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	4	56	39	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	4	60	36	0
Landw./Selbst./Freib.	38	10	52	38	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	6	63	30	1
evangelisch	268	8	58	31	3
katholisch	72	15	47	39	0

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit ...
An einer Unterschriftensammlung teilnehmen?*

Politische Partizipation: In politischer Partei mitarbeiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	80	15	4	1
Geschlecht					
männlich	490	78	17	6	0
weiblich	511	83	14	2	1
Alter					
18-24 Jahre	56	66	32	2	0
25-34 Jahre	138	82	12	6	0
35-44 Jahre	129	86	10	2	1
45-59 Jahre	275	75	21	4	0
60 Jahre und älter	404	84	12	3	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	85	14	0	1
10. Klasse	455	82	14	4	0
Abitur	100	68	25	7	0
(Fach-)Hochschule	119	72	18	10	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	78	18	4	0
in Ausbildung	40	51	46	3	0
arbeitslos	60	89	9	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	85	11	4	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	81	16	2	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	77	17	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	75	22	3	0
Landw./Selbst./Freib.	38	79	18	2	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	81	15	4	0
evangelisch	268	78	16	4	2
katholisch	72	80	15	4	0

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit ...
In einer politischen Partei mitarbeiten?*

Tabelle A 79

Politische Partizipation: In Bürgerinitiative mitarbeiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	29	62	8	1
Geschlecht					
männlich	490	25	66	8	0
weiblich	511	33	57	8	2
Alter					
18-24 Jahre	56	20	68	8	4
25-34 Jahre	138	17	78	5	1
35-44 Jahre	129	27	60	11	1
45-59 Jahre	275	26	68	5	1
60 Jahre und älter	404	38	52	10	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	37	58	4	1
10. Klasse	455	29	62	8	1
Abitur	100	15	67	15	2
(Fach-)Hochschule	119	21	65	13	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	25	66	9	1
in Ausbildung	40	19	73	2	5
arbeitslos	60	1	95	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	40	51	8	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	22	71	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	30	61	8	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	13	77	10	0
Landw./Selbst./Freib.	38	25	54	21	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	31	62	7	1
evangelisch	268	27	61	10	2
katholisch	72	23	62	12	3

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit ...
In einer Bürgerinitiative mitarbeiten?*

Politische Partizipation: genehmigte Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	33	48	18	1
Geschlecht					
männlich	490	28	51	21	0
weiblich	511	39	44	16	2
Alter					
18-24 Jahre	56	30	40	30	0
25-34 Jahre	138	39	38	22	0
35-44 Jahre	129	21	54	24	1
45-59 Jahre	275	24	57	20	0
60 Jahre und älter	404	42	44	12	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	46	42	11	2
10. Klasse	455	32	51	17	0
Abitur	100	16	50	34	0
(Fach-)Hochschule	119	19	50	31	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	25	54	21	0
in Ausbildung	40	12	46	42	0
arbeitslos	60	42	44	14	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	44	42	13	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	25	58	16	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	30	49	21	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	14	59	27	0
Landw./Selbst./Freib.	38	27	49	24	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	35	47	18	0
evangelisch	268	33	47	17	2
katholisch	72	19	55	26	0

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit ...
An einer genehmigten Demonstration teilnehmen?*

Politische Partizipation: nicht genehmigte Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	80	14	5	1
Geschlecht					
männlich	490	77	19	4	0
weiblich	511	84	9	6	2
Alter					
18-24 Jahre	56	65	26	9	0
25-34 Jahre	138	84	12	4	0
35-44 Jahre	129	68	23	7	1
45-59 Jahre	275	80	11	8	1
60 Jahre und älter	404	85	11	3	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	84	13	2	1
10. Klasse	455	81	12	6	1
Abitur	100	69	18	12	0
(Fach-)Hochschule	119	77	16	5	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	76	16	8	1
in Ausbildung	40	55	38	8	0
arbeitslos	60	87	7	5	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	87	10	2	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	76	16	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	83	9	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	57	33	9	1
Landw./Selbst./Freib.	38	73	17	8	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	83	12	4	1
evangelisch	268	76	17	6	2
katholisch	72	76	15	8	0

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit ...
An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen?*

Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	90	7	1	2
Geschlecht					
männlich	490	89	8	1	3
weiblich	511	91	6	0	2
Alter					
18-24 Jahre	56	92	5	3	0
25-34 Jahre	138	82	16	1	2
35-44 Jahre	129	86	6	0	8
45-59 Jahre	275	90	7	1	2
60 Jahre und älter	404	94	5	0	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	88	8	0	4
10. Klasse	455	90	8	0	2
Abitur	100	93	4	3	0
(Fach-)Hochschule	119	92	6	1	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	88	7	1	3
in Ausbildung	40	94	5	1	0
arbeitslos	60	76	21	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	93	5	0	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	89	10	0	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	92	6	0	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	72	11	4	13
Landw./Selbst./Freib.	38	98	0	2	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	90	7	1	2
evangelisch	268	90	8	0	3
katholisch	72	95	5	0	0

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit ...

Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?

Politische Partizipation: Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	61	33	5	1
Geschlecht					
männlich	490	61	33	5	0
weiblich	511	61	32	5	2
Alter					
18-24 Jahre	56	37	43	20	0
25-34 Jahre	138	59	33	8	0
35-44 Jahre	129	50	43	6	2
45-59 Jahre	275	59	36	5	0
60 Jahre und älter	404	70	26	2	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	81	16	0	3
10. Klasse	455	58	37	5	1
Abitur	100	34	49	17	0
(Fach-)Hochschule	119	41	47	10	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	53	40	6	1
in Ausbildung	40	18	51	31	0
arbeitslos	60	67	29	3	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	73	24	1	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	61	33	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	56	37	7	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	41	51	7	0
Landw./Selbst./Freib.	38	54	38	8	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	63	31	5	1
evangelisch	268	58	33	5	4
katholisch	72	50	43	6	1

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit ...

An einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit teilnehmen?

Politische Partizipation: Demonstration gegen Islamisierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	75	22	1	3
Geschlecht					
männlich	490	74	24	0	1
weiblich	511	76	19	1	4
Alter					
18-24 Jahre	56	89	9	3	0
25-34 Jahre	138	72	25	1	2
35-44 Jahre	129	68	28	0	4
45-59 Jahre	275	78	21	1	1
60 Jahre und älter	404	74	21	0	4
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	73	23	0	4
10. Klasse	455	72	25	1	2
Abitur	100	83	14	0	2
(Fach-)Hochschule	119	84	14	1	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	73	24	1	2
in Ausbildung	40	84	16	0	0
arbeitslos	60	66	29	0	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	77	19	0	4
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	65	31	1	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	80	18	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	68	29	2	2
Landw./Selbst./Freib.	38	86	13	1	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	75	23	1	2
evangelisch	268	71	23	1	6
katholisch	72	88	12	0	1

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit ...
An einer Demonstration gegen Islamisierung teilnehmen?*

Politische Partizipation: Demonstration gegen Asylpolitik

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	77	18	0	4
Geschlecht					
männlich	490	73	24	0	2
weiblich	511	81	13	1	6
Alter					
18-24 Jahre	56	72	22	3	4
25-34 Jahre	138	81	16	1	1
35-44 Jahre	129	62	34	0	4
45-59 Jahre	275	77	19	1	4
60 Jahre und älter	404	82	13	0	5
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	82	12	0	6
10. Klasse	455	75	21	1	3
Abitur	100	69	29	0	1
(Fach-)Hochschule	119	80	17	1	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	71	25	1	3
in Ausbildung	40	70	26	0	4
arbeitslos	60	83	11	0	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	84	11	0	5
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	67	30	1	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	79	19	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	60	29	2	9
Landw./Selbst./Freib.	38	78	18	0	4
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	77	20	1	2
evangelisch	268	75	17	1	8
katholisch	72	88	11	0	1

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit ...
An einer Demonstration gegen die Asylpolitik teilnehmen?*

Politische Partizipation: Protestaktion gegen Asylbewerberheim oder Flüchtlingsunterkunft

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	würde ich nicht tun	würde ich tun	habe ich schon getan	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	91	8	0	2
Geschlecht					
männlich	490	90	9	0	1
weiblich	511	91	6	0	2
Alter					
18-24 Jahre	56	93	4	3	0
25-34 Jahre	138	91	8	0	0
35-44 Jahre	129	89	10	0	2
45-59 Jahre	275	89	9	0	1
60 Jahre und älter	404	92	6	0	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	326	93	5	0	3
10. Klasse	455	87	11	0	1
Abitur	100	94	6	0	0
(Fach-)Hochschule	119	94	4	0	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	476	88	10	0	1
in Ausbildung	40	98	2	0	0
arbeitslos	60	97	2	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	92	6	0	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	155	84	12	0	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	92	8	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	84	14	2	0
Landw./Selbst./Freib.	38	97	3	0	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	659	91	7	0	1
evangelisch	268	88	8	0	4
katholisch	72	93	7	0	1

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Wie ist das mit ...

An einer Protestaktion gegen ein Asylbewerberheim oder eine Flüchtlingsunterkunft teilnehmen?

Verständnis für Proteste gegen Asylbewerberheime oder Flüchtlingsunterkünfte

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	überhaupt kein Verständnis	eher kein Verständnis	eher Verständnis	volles Verständnis	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	30	19	34	13	3
Geschlecht						
männlich	490	25	20	37	16	3
weiblich	511	35	19	32	10	3
Alter						
18-24 Jahre	56	21	30	36	14	0
25-34 Jahre	138	18	18	56	7	0
35-44 Jahre	129	25	28	25	21	1
45-59 Jahre	275	26	18	35	17	4
60 Jahre und älter	404	40	17	30	9	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	33	15	36	11	5
10. Klasse	455	27	20	35	16	2
Abitur	100	36	27	27	10	0
(Fach-)Hochschule	119	32	23	34	9	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	25	19	37	17	2
in Ausbildung	40	26	35	28	11	0
arbeitslos	60	19	32	43	2	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	38	17	31	10	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	15	18	43	23	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	32	15	38	11	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	17	28	31	24	1
Landw./Selbst./Freib.	38	29	20	33	14	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	27	19	36	16	2
evangelisch	268	35	19	30	9	6
katholisch	72	38	28	32	0	0

Haben Sie Verständnis für Proteste gegen Asylbewerberheime oder Flüchtlingsunterkünfte?

Tabelle A 88

Medienvertrauen: Öffentlich-rechtliche Fernsehsender

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	10	9	31	34	14	2
Geschlecht							
männlich	490	15	10	33	28	12	2
weiblich	511	6	8	28	40	16	3
Alter							
18-24 Jahre	56	10	13	32	35	10	0
25-34 Jahre	138	11	9	39	28	8	5
35-44 Jahre	129	13	10	31	27	16	2
45-59 Jahre	275	14	8	22	42	13	1
60 Jahre und älter	404	6	8	33	33	17	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	11	6	40	25	14	5
10. Klasse	455	12	11	27	36	13	1
Abitur	100	6	13	25	35	19	2
(Fach-)Hochschule	119	5	6	26	50	12	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	12	10	26	38	12	2
in Ausbildung	40	7	13	20	50	10	0
arbeitslos	60	5	7	60	18	10	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	9	7	33	30	17	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	16	8	27	37	9	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	8	13	32	34	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	20	11	19	43	5	2
Landw./Selbst./Freib.	38	4	6	22	39	28	2
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	13	9	32	31	14	1
evangelisch	268	5	9	27	39	13	5
katholisch	72	4	3	32	47	13	1

Sagen Sie mir bitte, ob Sie Informationen aus diesen Nachrichtenquellen vertrauen.
Wie ist das mit ... den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern?

Tabelle A 89

Medienvertrauen: Private Fernsehsender

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	20	21	31	14	7	7
Geschlecht							
männlich	490	24	21	33	13	5	5
weiblich	511	16	21	30	16	8	8
Alter							
18-24 Jahre	56	21	10	36	32	1	0
25-34 Jahre	138	16	16	30	16	17	5
35-44 Jahre	129	24	26	34	10	2	3
45-59 Jahre	275	18	20	32	20	8	2
60 Jahre und älter	404	21	23	30	9	5	13
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	19	17	33	9	13	10
10. Klasse	455	21	19	31	18	6	5
Abitur	100	18	29	29	21	0	4
(Fach-)Hochschule	119	22	30	30	13	0	5
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	19	24	30	18	5	3
in Ausbildung	40	21	14	30	34	1	0
arbeitslos	60	15	3	46	13	19	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	21	20	31	9	8	12
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	16	13	30	19	17	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	19	24	34	19	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	25	37	21	11	4	3
Landw./Selbst./Freib.	38	22	36	19	12	6	6
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	22	18	32	15	9	4
evangelisch	268	16	29	25	15	1	13
katholisch	72	14	14	48	10	6	7

Sagen Sie mir bitte, ob Sie Informationen aus diesen Nachrichtenquellen vertrauen.
Wie ist das mit ... den privaten Fernsehsendern?

Medienvertrauen: Regionale Presse

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	10	7	32	32	15	4
Geschlecht							
männlich	490	16	8	33	29	12	3
weiblich	511	5	7	30	36	18	4
Alter							
18-24 Jahre	56	6	3	30	51	7	3
25-34 Jahre	138	8	3	27	37	20	4
35-44 Jahre	129	9	9	40	33	9	0
45-59 Jahre	275	14	8	30	34	13	1
60 Jahre und älter	404	10	8	32	27	18	6
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	13	4	34	17	25	6
10. Klasse	455	11	9	30	36	11	2
Abitur	100	5	6	30	47	8	3
(Fach-)Hochschule	119	4	8	30	48	8	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	8	8	33	41	9	1
in Ausbildung	40	1	3	21	63	8	4
arbeitslos	60	8	2	45	16	29	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	14	7	29	22	21	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	8	8	27	38	19	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	7	6	36	43	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	16	9	30	38	3	3
Landw./Selbst./Freib.	38	1	15	41	31	8	4
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	11	8	33	30	16	2
evangelisch	268	10	6	27	34	15	8
katholisch	72	2	9	35	47	8	0

*Sagen Sie mir bitte, ob Sie Informationen aus diesen Nachrichtenquellen vertrauen.
Wie ist das mit ... der regionalen Presse?*

Tabelle A 91

Medienvertrauen: Überregionale Presse

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	13	14	36	24	5	7
Geschlecht							
männlich	490	18	12	37	21	7	4
weiblich	511	9	16	35	26	3	11
Alter							
18-24 Jahre	56	7	17	32	38	4	3
25-34 Jahre	138	10	9	48	20	9	4
35-44 Jahre	129	14	15	38	27	6	2
45-59 Jahre	275	16	17	34	25	5	3
60 Jahre und älter	404	13	14	33	22	4	14
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	18	14	36	16	5	11
10. Klasse	455	14	16	37	23	5	6
Abitur	100	6	15	35	33	7	4
(Fach-)Hochschule	119	6	8	32	42	7	5
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	13	15	37	27	5	1
in Ausbildung	40	1	15	17	58	5	4
arbeitslos	60	5	9	70	5	2	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	15	14	31	19	6	14
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	15	18	30	26	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	10	13	44	26	6	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	24	14	30	28	3	2
Landw./Selbst./Freib.	38	11	13	35	33	3	4
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	15	15	36	22	7	4
evangelisch	268	9	15	34	24	2	16
katholisch	72	8	9	41	35	4	4

Sagen Sie mir bitte, ob Sie Informationen aus diesen Nachrichtenquellen vertrauen.
Wie ist das mit ... der überregionalen Presse? (bundesweite Zeitungen und Nachrichtenmagazine...)

Medienvertrauen: Soziale Medien (wie Facebook)

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue gar nicht	vertraue eher nicht	vertraue teilweise	vertraue weitgehend	vertraue voll und ganz	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	33	18	13	6	2	29
Geschlecht							
männlich	490	34	18	14	5	2	27
weiblich	511	33	17	11	6	2	30
Alter							
18-24 Jahre	56	23	41	24	12	0	0
25-34 Jahre	138	46	24	19	4	2	5
35-44 Jahre	129	42	28	16	5	0	10
45-59 Jahre	275	37	16	9	8	5	25
60 Jahre und älter	404	26	10	10	4	1	49
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	326	31	6	10	8	2	43
10. Klasse	455	34	20	16	5	3	23
Abitur	100	37	36	12	4	0	11
(Fach-)Hochschule	119	37	25	10	4	0	25
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	476	37	24	12	7	2	18
in Ausbildung	40	27	45	14	12	0	2
arbeitslos	60	38	11	33	4	4	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	29	10	10	4	2	45
Berufsgruppe							
Arbeiter	155	30	14	14	11	1	29
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	40	26	14	5	2	12
höh.-leit. Ang./Beamte	74	45	30	4	4	3	13
Landw./Selbst./Freib.	38	44	22	12	5	0	17
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	659	35	17	14	7	2	25
evangelisch	268	32	19	9	2	1	37
katholisch	72	28	22	15	5	3	28

Sagen Sie mir bitte, ob Sie Informationen aus diesen Nachrichtenquellen vertrauen.
Wie ist das mit ... den sozialen Medien wie Facebook?

Medien in Deutschland berichten einseitig

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nein	ja	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	27	68	4
Geschlecht				
männlich	490	23	74	3
weiblich	511	31	64	5
Alter				
18-24 Jahre	56	27	69	4
25-34 Jahre	138	30	66	5
35-44 Jahre	129	25	72	3
45-59 Jahre	275	24	75	1
60 Jahre und älter	404	29	64	7
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	326	25	68	7
10. Klasse	455	25	73	2
Abitur	100	34	61	4
(Fach-)Hochschule	119	38	60	3
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	476	26	73	1
in Ausbildung	40	38	56	6
arbeitslos	60	42	53	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	26	67	7
Berufsgruppe				
Arbeiter	155	27	72	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	24	75	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	27	71	2
Landw./Selbst./Freib.	38	24	73	3
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	659	23	74	2
evangelisch	268	32	59	9
katholisch	72	46	48	6

Haben Sie den Eindruck, dass die Medien in Deutschland einseitig berichten und von der Politik gelenkt werden?

Überfremdung: Thüringen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	10	13	29	44	4
Geschlecht						
männlich	490	8	12	28	50	3
weiblich	511	11	14	30	39	5
Alter						
18-24 Jahre	56	6	19	25	50	0
25-34 Jahre	138	12	11	43	32	2
35-44 Jahre	129	14	12	28	46	0
45-59 Jahre	275	8	13	30	46	3
60 Jahre und älter	404	9	13	26	46	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	15	20	24	33	9
10. Klasse	455	10	12	35	42	2
Abitur	100	1	6	28	65	0
(Fach-)Hochschule	119	1	4	26	67	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	9	14	30	44	2
in Ausbildung	40	2	2	29	68	0
arbeitslos	60	22	28	29	21	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	9	11	29	45	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	11	20	26	42	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	5	13	36	42	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	16	4	30	47	3
Landw./Selbst./Freib.	38	9	6	20	66	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	11	13	32	41	2
evangelisch	268	8	14	23	48	8
katholisch	72	1	8	29	57	5

Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Persönliche Benachteiligung durch gesellschaftliche Entwicklung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	21	16	19	43	1
Geschlecht						
männlich	490	21	16	18	45	0
weiblich	511	20	16	20	41	3
Alter						
18-24 Jahre	56	4	22	16	57	0
25-34 Jahre	138	9	19	25	47	0
35-44 Jahre	129	18	16	23	44	0
45-59 Jahre	275	21	15	22	41	0
60 Jahre und älter	404	27	14	14	41	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	33	16	15	32	3
10. Klasse	455	19	18	22	41	1
Abitur	100	4	14	16	66	1
(Fach-)Hochschule	119	6	9	22	63	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	16	16	22	46	0
in Ausbildung	40	2	11	17	70	0
arbeitslos	60	5	40	32	21	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	29	12	15	41	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	20	23	14	43	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	14	14	25	46	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	15	4	27	53	0
Landw./Selbst./Freib.	38	11	13	17	57	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	22	17	22	39	0
evangelisch	268	21	15	13	46	4
katholisch	72	9	7	18	66	0

Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	43	23	14	19	3
Geschlecht						
männlich	490	40	23	16	21	1
weiblich	511	45	22	12	17	5
Alter						
18-24 Jahre	56	38	26	27	9	0
25-34 Jahre	138	42	27	19	12	1
35-44 Jahre	129	36	23	17	23	1
45-59 Jahre	275	39	29	12	18	2
60 Jahre und älter	404	48	16	10	21	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	65	19	4	7	4
10. Klasse	455	38	25	15	20	2
Abitur	100	19	29	27	24	1
(Fach-)Hochschule	119	19	18	21	40	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	36	26	15	22	1
in Ausbildung	40	12	34	43	10	1
arbeitslos	60	67	14	6	11	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	50	19	11	17	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	52	23	7	18	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	31	32	15	21	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	32	20	26	20	2
Landw./Selbst./Freib.	38	28	13	18	39	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	43	22	14	19	2
evangelisch	268	47	21	12	16	4
katholisch	72	27	28	19	22	3

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Notwendigkeit von Gehorsam und Disziplin in der Erziehung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	32	26	20	20	2
Geschlecht						
männlich	490	34	27	21	17	1
weiblich	511	30	26	19	23	2
Alter						
18-24 Jahre	56	14	28	40	18	0
25-34 Jahre	138	16	32	29	21	2
35-44 Jahre	129	22	23	24	29	3
45-59 Jahre	275	22	33	19	24	1
60 Jahre und älter	404	49	21	13	15	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	53	21	13	11	2
10. Klasse	455	27	31	20	20	2
Abitur	100	11	24	31	34	0
(Fach-)Hochschule	119	11	26	30	32	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	23	29	22	25	1
in Ausbildung	40	6	39	33	21	1
arbeitslos	60	23	38	21	13	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	45	20	17	16	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	27	32	19	21	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	20	28	23	28	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	26	18	31	25	0
Landw./Selbst./Freib.	38	20	29	29	22	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	31	27	20	20	1
evangelisch	268	38	24	18	18	2
katholisch	72	16	27	23	28	5

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Muslime in Deutschland akzeptieren Werte des Grundgesetzes

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	12	31	20	18	20
Geschlecht						
männlich	490	13	35	17	20	15
weiblich	511	11	26	22	16	25
Alter						
18-24 Jahre	56	24	52	15	9	0
25-34 Jahre	138	18	47	17	12	6
35-44 Jahre	129	9	33	17	20	21
45-59 Jahre	275	15	28	24	15	19
60 Jahre und älter	404	7	23	20	22	28
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	10	27	19	23	22
10. Klasse	455	11	28	22	18	21
Abitur	100	17	45	18	10	10
(Fach-)Hochschule	119	17	37	16	10	20
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	11	34	20	18	17
in Ausbildung	40	40	46	10	0	5
arbeitslos	60	27	25	24	14	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	8	26	20	19	27
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	8	33	20	22	16
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	10	37	20	13	19
höh.-leit. Ang./Beamte	74	13	36	17	18	16
Landw./Selbst./Freib.	38	22	27	16	26	11
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	14	31	19	18	18
evangelisch	268	6	31	22	18	23
katholisch	72	17	28	18	12	26

Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Muslime stellen zu viele Forderungen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	26	22	16	16	19
Geschlecht						
männlich	490	24	23	18	19	17
weiblich	511	28	22	15	13	22
Alter						
18-24 Jahre	56	7	11	23	37	21
25-34 Jahre	138	22	33	25	12	8
35-44 Jahre	129	22	19	17	24	16
45-59 Jahre	275	21	21	22	14	21
60 Jahre und älter	404	34	22	8	13	22
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	37	21	13	8	22
10. Klasse	455	27	24	14	15	20
Abitur	100	8	22	28	34	9
(Fach-)Hochschule	119	9	21	25	27	18
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	19	26	18	20	17
in Ausbildung	40	2	9	35	42	12
arbeitslos	60	30	27	8	10	25
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	36	19	14	10	22
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	23	26	12	20	19
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	15	28	21	17	19
höh.-leit. Ang./Beamte	74	19	13	32	23	13
Landw./Selbst./Freib.	38	16	28	16	30	10
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	28	22	16	16	18
evangelisch	268	23	26	16	14	21
katholisch	72	19	10	23	25	23

Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.

Großzügige Prüfung von Asylanträgen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	6	19	30	40	5
Geschlecht						
männlich	490	6	19	27	45	3
weiblich	511	6	19	32	35	8
Alter						
18-24 Jahre	56	5	52	24	16	3
25-34 Jahre	138	4	25	42	27	2
35-44 Jahre	129	6	21	33	39	0
45-59 Jahre	275	6	16	33	43	2
60 Jahre und älter	404	7	14	23	45	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	4	18	22	46	9
10. Klasse	455	7	16	34	39	4
Abitur	100	7	26	32	31	4
(Fach-)Hochschule	119	6	28	33	30	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	7	15	33	43	2
in Ausbildung	40	2	46	34	12	6
arbeitslos	60	5	41	30	22	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	5	19	25	41	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	7	13	23	55	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	6	15	40	37	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	4	25	36	32	4
Landw./Selbst./Freib.	38	15	18	13	50	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	6	18	28	43	5
evangelisch	268	6	20	32	35	7
katholisch	72	3	30	33	27	7

Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.

Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	31	30	18	17	3
Geschlecht						
männlich	490	31	31	15	21	3
weiblich	511	31	30	22	13	4
Alter						
18-24 Jahre	56	31	23	26	18	2
25-34 Jahre	138	23	38	27	12	0
35-44 Jahre	129	27	32	21	18	3
45-59 Jahre	275	29	35	17	15	4
60 Jahre und älter	404	37	25	15	20	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	46	29	10	10	5
10. Klasse	455	27	31	21	19	2
Abitur	100	18	28	31	23	1
(Fach-)Hochschule	119	17	32	22	26	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	29	32	21	16	3
in Ausbildung	40	12	33	28	25	2
arbeitslos	60	41	28	16	12	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	34	29	15	18	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	34	32	21	11	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	25	31	20	20	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	25	32	23	19	0
Landw./Selbst./Freib.	38	25	41	13	16	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	35	31	16	14	4
evangelisch	268	26	29	21	22	3
katholisch	72	18	24	31	26	0

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland ist gefährdet.

Getrennte Unterbringung von Asylbewerbern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	8	5	18	68	1
Geschlecht						
männlich	490	12	4	17	68	0
weiblich	511	5	6	19	67	2
Alter						
18-24 Jahre	56	20	2	17	62	0
25-34 Jahre	138	13	11	27	49	0
35-44 Jahre	129	4	6	24	64	1
45-59 Jahre	275	6	3	16	75	0
60 Jahre und älter	404	8	4	15	71	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	14	3	17	64	3
10. Klasse	455	8	7	21	64	1
Abitur	100	2	3	15	80	0
(Fach-)Hochschule	119	1	3	13	82	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	5	5	21	68	0
in Ausbildung	40	5	2	17	76	0
arbeitslos	60	17	19	37	27	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	11	3	12	71	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	16	4	16	63	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	3	6	24	66	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	2	3	20	75	0
Landw./Selbst./Freib.	38	3	2	13	82	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	10	6	18	65	1
evangelisch	268	6	2	20	69	3
katholisch	72	5	0	14	81	0

Asylbewerber sollten von der übrigen Bevölkerung getrennt untergebracht werden.

Mehr Rechte für Menschen, die schon immer hier leben

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	15	11	15	56	3
Geschlecht						
männlich	490	13	11	13	62	1
weiblich	511	16	12	16	51	5
Alter						
18-24 Jahre	56	5	9	38	49	0
25-34 Jahre	138	6	11	25	58	0
35-44 Jahre	129	12	21	12	55	0
45-59 Jahre	275	16	10	13	58	3
60 Jahre und älter	404	19	10	10	55	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	23	12	11	48	6
10. Klasse	455	13	13	16	57	2
Abitur	100	6	8	20	66	0
(Fach-)Hochschule	119	5	9	16	69	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	13	13	15	59	0
in Ausbildung	40	0	10	27	63	0
arbeitslos	60	4	19	41	33	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	19	9	10	56	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	20	11	12	57	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	9	13	17	60	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	14	13	16	57	0
Landw./Selbst./Freib.	38	4	14	11	70	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	17	10	16	55	2
evangelisch	268	11	14	12	57	5
katholisch	72	8	16	10	64	2

Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.

Nationalsozialismus hatte gute Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	6	9	12	68	6
Geschlecht						
männlich	490	5	8	14	66	6
weiblich	511	7	10	9	69	5
Alter						
18-24 Jahre	56	2	10	27	62	0
25-34 Jahre	138	6	19	22	49	3
35-44 Jahre	129	4	12	15	64	5
45-59 Jahre	275	7	10	11	70	2
60 Jahre und älter	404	6	4	5	74	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	10	10	11	58	11
10. Klasse	455	5	12	13	66	4
Abitur	100	3	4	9	84	0
(Fach-)Hochschule	119	1	2	9	87	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	5	11	12	69	3
in Ausbildung	40	3	7	14	76	0
arbeitslos	60	0	15	37	44	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	8	7	7	69	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	7	21	11	56	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	6	11	12	69	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	0	6	12	82	0
Landw./Selbst./Freib.	38	0	4	12	77	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	6	10	14	66	5
evangelisch	268	7	8	8	69	9
katholisch	72	3	8	8	81	0

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Juden passen nicht so recht zu uns

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	3	5	13	69	9
Geschlecht						
männlich	490	4	7	12	65	11
weiblich	511	3	4	15	72	7
Alter						
18-24 Jahre	56	1	1	24	72	1
25-34 Jahre	138	2	13	25	57	2
35-44 Jahre	129	1	0	18	78	4
45-59 Jahre	275	4	4	12	71	9
60 Jahre und älter	404	4	6	8	68	15
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	2	8	16	58	16
10. Klasse	455	5	5	14	68	7
Abitur	100	1	1	10	85	3
(Fach-)Hochschule	119	1	3	7	85	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	2	3	14	74	7
in Ausbildung	40	2	4	23	71	0
arbeitslos	60	8	5	35	45	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	5	8	8	65	14
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	2	9	18	64	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	1	3	13	77	6
höh.-leit. Ang./Beamte	74	2	1	13	74	11
Landw./Selbst./Freib.	38	2	5	8	86	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	3	6	15	69	8
evangelisch	268	3	6	9	67	14
katholisch	72	6	0	15	73	6

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Tabelle A 106

Deutsche Leistung besser als die anderer Völker

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	9	14	27	42	9
Geschlecht						
männlich	490	11	14	29	41	5
weiblich	511	7	13	24	42	13
Alter						
18-24 Jahre	56	5	9	31	48	7
25-34 Jahre	138	4	17	41	34	5
35-44 Jahre	129	4	12	32	50	3
45-59 Jahre	275	10	12	23	51	4
60 Jahre und älter	404	12	15	21	34	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	8	13	32	30	17
10. Klasse	455	11	17	24	41	7
Abitur	100	6	12	24	55	3
(Fach-)Hochschule	119	4	5	24	65	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	6	13	27	52	3
in Ausbildung	40	7	11	37	41	4
arbeitslos	60	3	21	39	33	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	13	14	23	32	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	7	12	27	51	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	5	16	25	52	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	6	6	44	41	2
Landw./Selbst./Freib.	38	10	4	14	70	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	10	13	27	44	6
evangelisch	268	6	17	26	33	18
katholisch	72	10	7	23	56	4

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Tabelle A 107

Durchsetzung des Stärkeren in der Gesellschaft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	6	6	22	63	3
Geschlecht						
männlich	490	4	6	21	66	2
weiblich	511	7	6	24	60	4
Alter						
18-24 Jahre	56	1	8	25	66	0
25-34 Jahre	138	8	11	21	59	0
35-44 Jahre	129	0	2	33	63	2
45-59 Jahre	275	6	4	24	64	2
60 Jahre und älter	404	8	6	17	63	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	11	5	19	58	7
10. Klasse	455	4	8	25	62	2
Abitur	100	2	5	24	68	1
(Fach-)Hochschule	119	4	3	19	72	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	3	6	26	64	0
in Ausbildung	40	1	5	31	62	0
arbeitslos	60	19	4	22	52	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	8	6	18	62	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	3	9	18	70	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	4	5	28	63	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	0	4	39	56	1
Landw./Selbst./Freib.	38	4	4	13	76	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	7	6	22	62	3
evangelisch	268	3	5	26	61	5
katholisch	72	3	2	16	77	1

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Notwendigkeit von Bürgerwehren

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	13	20	18	44	5
Geschlecht						
männlich	490	14	19	14	49	3
weiblich	511	11	21	21	40	6
Alter						
18-24 Jahre	56	4	20	26	50	0
25-34 Jahre	138	15	23	20	38	5
35-44 Jahre	129	16	17	27	40	1
45-59 Jahre	275	11	24	13	50	3
60 Jahre und älter	404	13	19	17	43	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	18	29	14	30	8
10. Klasse	455	13	20	20	44	4
Abitur	100	2	10	22	64	1
(Fach-)Hochschule	119	4	9	17	68	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	12	18	19	49	1
in Ausbildung	40	0	10	29	61	0
arbeitslos	60	24	40	16	13	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	13	21	16	41	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	15	24	11	49	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	10	18	23	49	0
höh.-leit. Ang./Beamte	74	19	11	21	48	0
Landw./Selbst./Freib.	38	7	3	19	72	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	14	21	17	45	2
evangelisch	268	11	21	21	37	11
katholisch	72	8	13	13	63	3

Bürgerwehren sind notwendig, weil der Staat die Sicherheit der Bürger nicht mehr ausreichend gewährleisten kann.

Vertretung von Anliegen der Menschen in unserer Demokratie

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	38	29	18	10	5
Geschlecht						
männlich	490	40	30	18	9	3
weiblich	511	36	28	19	10	7
Alter						
18-24 Jahre	56	19	38	30	13	0
25-34 Jahre	138	32	33	26	7	2
35-44 Jahre	129	30	34	21	8	7
45-59 Jahre	275	34	30	18	15	2
60 Jahre und älter	404	47	25	13	8	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	52	20	13	9	6
10. Klasse	455	36	33	17	8	6
Abitur	100	21	38	27	14	0
(Fach-)Hochschule	119	18	34	31	14	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	31	32	22	12	3
in Ausbildung	40	11	35	41	14	0
arbeitslos	60	41	33	9	5	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	47	25	14	7	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	40	22	20	16	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	27	37	20	11	4
höh.-leit. Ang./Beamte	74	30	26	33	11	0
Landw./Selbst./Freib.	38	17	37	30	14	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	40	29	17	10	3
evangelisch	268	35	29	18	9	9
katholisch	72	25	31	30	14	0

In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.

Tabelle A 110

Beibehaltung Lebensstil von Zuwanderern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	17	32	24	22	4
Geschlecht						
männlich	490	19	30	25	24	2
weiblich	511	16	34	23	21	6
Alter						
18-24 Jahre	56	20	34	32	10	3
25-34 Jahre	138	28	36	25	11	1
35-44 Jahre	129	12	51	17	19	1
45-59 Jahre	275	20	30	23	20	6
60 Jahre und älter	404	13	26	25	31	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	16	26	25	28	5
10. Klasse	455	16	34	22	24	5
Abitur	100	26	35	24	12	3
(Fach-)Hochschule	119	19	38	30	11	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	15	38	23	20	4
in Ausbildung	40	29	46	23	2	0
arbeitslos	60	39	14	33	7	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	15	26	24	30	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	21	39	17	20	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	16	40	24	17	3
höh.-leit. Ang./Beamte	74	8	35	26	25	5
Landw./Selbst./Freib.	38	22	31	23	17	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	20	32	22	23	4
evangelisch	268	12	31	27	23	7
katholisch	72	13	34	30	20	3

Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.

Der Islam gehört zu Deutschland

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	5	13	21	56	4
Geschlecht						
männlich	490	7	15	20	57	2
weiblich	511	4	13	23	55	5
Alter						
18-24 Jahre	56	17	19	35	24	6
25-34 Jahre	138	5	16	42	33	3
35-44 Jahre	129	8	18	16	54	4
45-59 Jahre	275	5	14	20	60	1
60 Jahre und älter	404	3	10	15	67	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	0	8	21	66	5
10. Klasse	455	6	13	20	59	3
Abitur	100	17	17	27	36	3
(Fach-)Hochschule	119	9	29	24	36	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	6	17	19	56	2
in Ausbildung	40	22	28	33	10	8
arbeitslos	60	6	7	47	35	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	3	9	19	64	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	4	15	17	62	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	8	16	22	52	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	3	19	29	49	0
Landw./Selbst./Freib.	38	11	13	15	58	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	5	13	21	57	3
evangelisch	268	5	12	22	57	4
katholisch	72	6	23	22	45	4

Der Islam gehört zu Deutschland.

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	23	28	21	25	4
Geschlecht						
männlich	490	19	30	22	27	3
weiblich	511	27	25	19	23	5
Alter						
18-24 Jahre	56	30	18	33	15	3
25-34 Jahre	138	28	31	20	17	4
35-44 Jahre	129	9	27	33	30	2
45-59 Jahre	275	16	24	22	34	4
60 Jahre und älter	404	30	30	14	22	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	39	29	7	20	4
10. Klasse	455	18	30	22	26	4
Abitur	100	14	21	38	26	1
(Fach-)Hochschule	119	6	19	36	35	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	15	26	26	31	1
in Ausbildung	40	12	14	43	26	4
arbeitslos	60	44	26	16	11	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	30	30	12	21	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	28	16	18	35	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	14	29	26	29	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	6	33	39	23	0
Landw./Selbst./Freib.	38	11	27	23	39	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	24	30	20	24	2
evangelisch	268	24	24	20	26	6
katholisch	72	11	19	26	32	12

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Überfremdung: Wohnumgebung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	3	4	15	77	2
Geschlecht						
männlich	490	2	3	14	80	0
weiblich	511	4	4	16	73	3
Alter						
18-24 Jahre	56	0	3	31	66	0
25-34 Jahre	138	0	4	33	62	0
35-44 Jahre	129	1	2	12	85	0
45-59 Jahre	275	3	4	16	76	1
60 Jahre und älter	404	4	4	8	81	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	5	3	16	73	3
10. Klasse	455	2	4	18	75	1
Abitur	100	0	3	11	85	1
(Fach-)Hochschule	119	1	1	9	87	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	2	4	16	77	1
in Ausbildung	40	0	0	11	89	0
arbeitslos	60	0	3	50	47	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	5	4	10	79	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	3	4	14	80	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	2	5	18	73	1
höh.-leit. Ang./Beamte	74	1	3	15	81	0
Landw./Selbst./Freib.	38	2	0	11	88	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	3	4	18	74	1
evangelisch	268	3	4	10	79	3
katholisch	72	0	2	7	91	0

Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1001	24	22	17	33	4
Geschlecht						
männlich	490	26	23	17	31	3
weiblich	511	23	21	18	35	4
Alter						
18-24 Jahre	56	22	28	20	28	3
25-34 Jahre	138	29	17	32	22	0
35-44 Jahre	129	34	22	20	24	0
45-59 Jahre	275	27	31	16	22	3
60 Jahre und älter	404	18	16	12	47	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	326	22	20	13	38	6
10. Klasse	455	31	22	18	27	3
Abitur	100	17	27	22	33	0
(Fach-)Hochschule	119	11	22	22	42	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	476	30	24	19	26	1
in Ausbildung	40	21	22	29	24	4
arbeitslos	60	20	34	26	18	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	425	18	17	14	43	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	155	35	24	13	29	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	230	31	23	20	24	2
höh.-leit. Ang./Beamte	74	19	29	23	28	0
Landw./Selbst./Freib.	38	19	23	18	40	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	659	28	24	18	26	4
evangelisch	268	18	16	16	46	5
katholisch	72	10	18	22	47	2

Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.